

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

165/166 · Juli/August 2004

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	579
Essay	
GERHARD WAGNER »Ich weiß, daß wir diesmal gewinnen«. Hollywood, Casablanca und die Befreiung von Paris	581
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
MARIO CANDEIAS Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen Workfare-Staat	589
WOLFGANG WEISS Tragfähigkeit – ein Begriff der Regional-Demographie mit politischen Implikationen	602
Utopie & Wirklichkeit	
RICHARD SAAGE Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff?	617
JAN VOGELER, HEINRICH FINK Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen	637
Reine Lehren	
MICHAEL BRIE Welcher Marxismus und welche Politik? Uwe-Jens Heuers Buch »Marxismus und Politik« kritisch gelesen	648
WOLFRAM ADOLPHI Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung. Zwei neue Bücher mit »linkem« Antiamerikanismus-Vorwurf	662
MAX BRYM Die serbischen Četniks einst und jetzt	672

Wieder gelesen

Wandlung und Wahrhaftigkeit.
Franz Fühmann zum 20. Todestag 680

PDS – strategische Debatte

DIETMAR WITTICH
In welcher Gesellschaft leben wir? 689

THOMAS FALKNER
Herausforderungen für sozialistische Politik 701

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT
Opposition und Regierung – Partei und Bewegung –
Widersprüche? Überlegungen zur PDS-Strategie Debatte 715

FRIEDRICH W. SIXEL
Die PDS und die Krise der heutigen Gesellschaft 726

Standorte

ULI SCHÖLER
Der unbekannte Paul Levi? 737

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 752

Bücher & Zeitschriften

Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa.
Stationen einer Emigration
(HELMUT BOCK) 754

Albert Scharenberg, Oliver Schmitke (Hrsg.):
Das Ende der Politik? Globalisierung
und der Strukturwandel des Politischen
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 756

Massimiliano Andretta, Donatella della Porta,
Lorenzo Mosca, Herbert Reiter:
No Global – New Global. Identität und Strategien
der Antiglobalisierungsbewegung
(ARNDT HOPFMANN) 757

Tanja Busse, Tobias Dürr (Hg.):
Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance,
(ULRICH BUSCH) 758

Volker Perthes: Geheime Gärten.
Die neue arabische Welt
(HENNER FÜRTIG) 760

Summaries 764

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 768

VorSatz

»Alles für das Volk. Alles mit dem Volk. Nichts um den Dank des Volkes«, forderte einst ein Teilnehmer des Wartburgfestes von 1817, später ein liberaler Hochverräter und langjähriger Zuchthausinsasse sowie 1848 Abgeordneter des Paulskirchenparlamentes: der Mediziner Gottfried Eisenmann (1795-1867) aus Würzburg. Obwohl der Mann nicht einmal ein richtiger Demokrat war – eine konstitutionelle Monarchie wäre ihm schon ein großes Glück gewesen –, hätte er mit seinem Credo bei den jüngsten Wahlen wohl in kaum einer Partei des deutschen Bundes die Chance auf einen sicheren Listenplatz gehabt; als williger Wahlzettelverteiler würde er vielleicht gerade noch geduldet.

Alles für das Volk? Alles mit dem Volk? Nichts um den Dank des Volkes? »Guter Mann, wo leben Sie?« wäre noch die freundlichste Form, in der jemandem, der es heute wagte, solch unvorsichtiges Wort zu führen, mit großer Selbstverständlichkeit Unzurechnungsfähigkeit attestiert werden würde.

Dabei wird gerade in jüngster Zeit eigentlich alles für das Volk getan; Stichwort Agenda 2010. War das Volk bisher unmündig und vollständig schutzlos dem Sozialstaatsfürsorgeterror ausgeliefert – unter anderem mit dem völlig inakzeptablen Ergebnis nicht endenwollenden Rentenbezuges –, werden die Frühverendungsverweigerer der Zukunft endlich selbst ihr Leben in die Hand nehmen können: indem sie dieselbe entweder in die vorsorglich aufgestellte Specktonne bewegen oder an sich legen – ganz in freier Selbstbestimmung und ohne jegliche Bevormundung durch das Diktat vor sich hinschnöselnder Gewerkschaftsbosse, die ja nicht mal ein Abitur, sondern bestenfalls eine Villa vorweisen können.

Keineswegs weniger gut steht es um den zweiten Eisenmannschen Glaubenssatz. Es ist beinahe unglaublich, was alles mit dem Volk getan wird. Denn: Es gab bisher nichts, was das Volk – zumindest das deutsche – nicht mit sich hätte tun lassen; sogar in den Krieg ist es 1999 wieder gezogen, und im Moment läßt es die Vorbereiter künftiger Kriege beim Ausbau der EU zur waffenstarrenden Kriegsmacht gewähren. Ein schönes Volk.

Bei Lichte besehen, wird auch nichts um den Dank des Volkes verrichtet. Zumindest jene, die – im Zeichen eines als Neoliberalismus drapierten Sozialdarwinismus' – ihr gemeinwesenzerstäubendes Wirken Aufsichtsratsposten wie andere werthaltige Briefmarken sammeln läßt, sind derart geschäftig beschäftigt, daß gar keine Zeit bleibt, dem Volke nach dem Maule zu reden.

Auch wenn die, in ihren weniger guten Teilen an Melvin Lasky und seine (zum Zwecke der Spaltung der deutschen Linken von USA-Geheimdiensten bezahlte) Zeitschrift »Monat« gemahnende, anti-nationale »Linke« beim Aufrufen des Topos' »Volk« pawlowartig nach einer pol-pot-gestählten Gesinnungspolizei zu flehen pflegt – sieht sie doch den ostischen Untermenschen mit seinen nationalitätsch-antisemitischen Unterwanderstiefeln den in jeder Hinsicht reichlich ausgestatteten Herrenmenschengarten des Anti-Deutschtums zertrampeln –, wollen wir mit, im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium eingeübtem Sadismus noch ein wenig am Begriff des Volkes festhalten und in Gottfried Eisenmann ausdrücklich keinen Wegbereiter für Auschwitz sehen. (Diplomatischere Darlegungen zum Thema der USA-vergötzenden germanischen Simulations-Linken finden sich im vorliegenden Heft übrigens beim gelernten Diplomaten Dr. Wolfram Adolphi.)

Nicht um den Dank des Volkes Politik zu treiben, deutet gewöhnlich auf bevorstehendes Harakiri – zumindest wenn man nichts Vernünftiges gelernt hat und/oder nicht wenigstens jemanden kennt, der jemanden kennt. In dieser Hinsicht haben natürlich Gerhard Schröder und Wolfgang Clement rein gar nichts zu befürchten: Für sie ist selbst und gerade nach dieser Europawahl ein kommoderes Plätzchen in einer kapitalistischen Wärmestube stets reserviert. Falls ich mich nicht irre. Vielleicht lieben ja die Bosse – ganz wie einst Josef Wissarionowitsch Stalin – nur den Verrat und nicht den Verräter. An dieser Frage wird sich möglicherweise erweisen, wie totalitär das heutige System schon geworden ist.

Grundsätzlich anders sieht das mit den Wahlverlusten freilich für die vielen SPD-Hinterbänkler aus. Für sie droht der 13. Juni jene Bedeutung anzunehmen, die vor fast fünfzehn Jahren der Mauerfall für das schnauzende und rückgratentfernte SED-Personal hatte: das Aus.

Worüber der Rest des politischen Personals aber nicht in Häme verfallen sollte. Jedem einzelnen von ihnen ist sehr zu raten, sich vertrauensvoll auf der Couch eines Analytikers über die Bedeutung der Zahl 43 auszusprechen; in den jeweiligen Parteivorständen wird das wohl kaum noch möglich sein.

57 Prozent des Wahlvolks blieb am 13. Juni 2004 im Bett oder auf der Datsche; da könnte man sich Wahlen künftig ja gleich ganz schenken. Besser wäre das wahrscheinlich sogar, denn wenn die heutigen Nichtwähler wieder wählen gehen sollten, haben nur diejenigen von den bisherigen Politikern allen Grund, glücklich dreinzuschauen, die nicht vergessen hatten, daß man in Deutschland seine Volksverbundenheit manchmal am nachdrücklichsten mit einigen Jahren Exil nachweist.

Allerdings besteht im Moment noch keine Gefahr. Bislang wird in Deutschland der Super-Star nur gesucht. Gnade uns jedoch Gott, wenn er gefunden sein wird.

Denn eines ist klar: Bezahlen werden die Zeche andere. Sie, liebe Leserin, und Sie, lieber Leser.

Bis dahin wollen wir weiterhin unbequem bleiben – was natürlich unbequem ist, im Land der Bequemen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GERHARD WAGNER

»Ich weiß, daß wir diesmal gewinnen«. Hollywood, Casablanca und die Befreiung von Paris

Die »Casablanca«-Werbung verheißt seit nunmehr rund sechzig Jahren vor allem eine »Schicksalsbegegnung« zwischen Ilsa Lund, Rick alias Richard Blaine und Victor Laszlo, »Kino der großen Gefühle«, also eindringliche Bilder der romantisch entgrenzten Liebe, der schmerzenden Ambivalenz, des würdevollen Unglücklichseins. Alljährlich geraten darum auch Tausende Urlaubshungrige beim Blättern in Nordafrika-Reiseprospekten immer wieder in Verückung. Denn unverdrossen und farbintensiv wird ihnen eine nostalgische Filmkulisse versprochen. Vor Ort aber, im exklusiven Hyatt-Hotel, finden sie lediglich eine Ricks »Café Américain« nachempfundene Szenerie mit Klavier vor. Denn die wichtigste marokkanische Hafenstadt Dar al Beida mit ihrem (allerdings nur noch im Zentrum spürbaren) orientalischen Flair, ihren weißen Häusern mit Terrassendächern, ihren vielen Theatern und Kabarettis war nie Drehort dieser Hollywood-Produktion.

In den tourismus- und medienindustriellen Werbekulten drohen deren geschichtliche Konturen und Dimensionen unterzugehen. Besser als von Casablanca lernt man den Streifen daher von anderen Handlungsräumen und -orten aus verstehen. Neben Lissabon, New York, Pearl Harbour und Moskau sind das vor allem die französischen Städte Marseille, Paris und Vichy. Sie können in das Bewußtsein rufen, daß in den Filmbildern mehr aufgehoben ist als eine Sammlung romantischer Augenblicke: Die Zeiten, die Lagen und ihre Deutungen sprechen in ihnen mit; sie assoziieren unaufhörlich europäische und nordamerikanische Geschichte, die oft dröhnend und deprimierend ist, sie erinnern an Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, folgen deren Blutspuren.

Marseille

»Everybody Comes to Rick's« heißt das Broadway-Bühnenstück von Joan Alison und Murray Burnett, nach dem die Zwillingbrüder Philip G. und Julius J. Epstein im Bunde mit Howard Koch das Drehbuch schrieben, Max A. Steiner (der Komponist von »Im Winde verweht«) die Musik. Ja, im Café von Rick treffen sich alle. Aber nicht nur zu Jazz und Fado, Manhattan und Rotwein. Denn wie das Café ist auch Casablanca ein Ort, an dem sich viele Orte miteinander verbinden, eine Enklave kultureller Polyphonie, in der sich unzählige dramatische Geschichten ereignen: von Liebe und Flucht, Spionage und Gaunerei, Verfolgung und Mord, Mitläufertum und Widerstand. Und tragikomische Szenen wie jene mit den englischen

Gerhard Wagner – Jg. 1948, Dipl.-Kulturwissenschaftler, Dr. phil. habil., Wissenschaftspublizist und -berater in Berlin.
Veröffentlichte zuletzt: Walter Benjamin – Moderne und Faschismus, Berlin 2004 (»Helle Panke« e. V.; Pankower Vorträge, H. 61); in UTOPIE kreativ: Ursprung und Utopie. Visionäre Motive im Werk von Antoine de Saint-Exupéry, Heft 126 (April 2001).

Uhrzeitübungen eines betagten, all seine Hoffnungen auf Amerika setzenden Ehepaares, gespielt von Ilka Grüning und Ludwig Stössel: »Oh, such much watch!« Ja, Casablanca bedeutet tatsächlich auch viel Zeit, verdichtete Zeit, einen Zustand – wie der reale Exilort Marseille, dessen Atmosphäre Anna Seghers in ihrem Roman »Transit« von 1943 beschrieb. Casablanca gerät im 126. Film des aus Ungarn stammenden Regie-Routiniers Michael Curtiz (Mihaly Kertesz; 1888-1962), der vor seiner Emigration mit Stummfilmen wie »Sodom und Gomorrha« (1922) und »Die Sklavenkönigin« (1925) bekannt wurde, zur bleiernen Wartestation, durch die viele historische Koordinaten laufen, die für intensive Augenblicke Heimat der Heimatlosen ist und ihrer Zerrissenheit zwischen Vertriebenensein und Aufbruchswillen. Die geschichtsgebunden ist und zugleich eine Metapher für den unaufhaltsamen Lauf der Zeiten. Von ihm singt Dooley Wilson in der Rolle des Pianisten Sam: »As time goes by ...«

Darum erzählt »Casablanca« nach der halbdokumentarischen Einleitung mit Erdkugel – auf der auch Marseille und Lissabon zu sehen sind –, mit ihren Kriegs- und Fluchtszenen dann in 102 Minuten rasch und konzentriert, extrem künstlich und gleichzeitig realistisch (Kamera: Arthur Edeson; Schnitt: Owen Marks). Mit vielen europäischen, noch gehobene Bühnensprache und psychologische Einfühlung gewohnten Emigranten in großen und kleinen Rollen: wie Curt Bois als Taschendieb, Marcel Dalio als Croupier und Paul Henreid als tschechischer Widerstandskämpfer Victor Laszlo; Peter Lorre ist der Kuriermörder und Visahändler Ugarte, Szöke Szakall der Kellner, Conrad Veidt der Major Strasser. Sie alle verleihen dieser auf erzählerische Kontinuität, Illusion und Identifikation setzenden Hollywood-Fiktion von Casablanca eine ihrer faszinierenden authentischen Dimensionen.¹

1 Siehe dazu Aljean Harmetz: »Verhaften Sie die üblichen Verdächtigen«. Wie »Casablanca« gemacht wurde, Berlin 2001.

2 Zuvor gab es nur eine 1953 für die westdeutschen Kinos erstellte, um 23 Minuten gekürzte und verstümmelte Synchronisationsfassung. In ihr fehlen die Figur des Majors Strasser und jeder Hinweis auf die Konzentrationslager; der Widerstandskämpfer Viktor Laszlo wird zu einem Wissenschaftler mit unklaren Absichten und verworrenen Erfindungen; Ilse Lund erscheint als leichtfertige Frau, von der sich Rick Blaine ohne Aufhebens verabschiedet; die Leitmelodie »As Time Goes By« wird nur kurz angespielt.

Paris

Wie zur Bestätigung der Traum- und Sehnsuchtsphantasien des heutigen Kinopublikums gibt es in der letzten, 1975 unter der Regie von Wolfgang Schick entstandenen Synchronfassung für das ARD-Fernsehen eine falsche Übersetzung. Sie schien aber zu den »großen Gefühlen« gut zu passen und wurde daher auch in die deutschen Untertitel der englischsprachigen Originalversion übernommen.² Es sind eben jene geflügelten Worte: »Ich schau' dir in die Augen, Kleines.« Humphrey Bogart sagt jedoch zu Ingrid Bergman nicht: »I'm looking in your eyes, kid.« Sondern: »Here's looking at you, kid.« Und das heißt als idiomatische Redewendung des amerikanischen Englisch nichts anderes als: Hoch die Tassen! Oder einfach: Prost!

Durch die mehr als »freie« deutsche Übertragung geht die wichtige dramaturgische Funktion dieses Trinkspruchs aber verloren. Denn Rick gedenkt mit ihm mehrmals der gemeinsamen unbeschwernten Zeit in Paris, die bis kurz vor dem per Lautsprecherstimme angekündigten Einmarsch der deutschen Truppen währte. Und er fügt tröstend hinzu: »We always have Paris.« Uns bleibt immer Paris.

Europa und dieser sein damaliger kultureller Mittelpunkt waren bis 1940 von den Amerikanern oft mit viel Sentimentalität gesehen

worden, als fern und geheimnisvoll. Das ist heute noch leicht nachvollziehbar. Nicht nur zwischen Place Vendôme, Opéra und Rue de la Paix, zwischen Sacré-Cœur und Tour Eiffel. Sondern auch an jenen zahllosen Orten in Paris, an denen Geschichte nicht bloße symbolische Erinnerung, sondern sinnliche Gegenwart ist: in verwitterten Markthallen wie dem Marché du carreau du Temple; in der Gare d'Austerlitz, einem einstigen Emigrationsbahnhof mit rostigem Stahl- und gebrochenem Glasdach, mit allegorischen Figuren aus dem 19. Jahrhundert, von dem noch heute Züge nach Barcelona und Madrid (über Port-Bou) fahren; im felsigen Parc Buttes Chaumont; auf dem endlosen Boulevard du Temple, den schon Louis Daguerre auf eine versilberte Kupferplatte bannte; in der geschäftigen Rue Daguerre, die zu jenem 14. Pariser Bezirk gehört, der als erster befreit wurde. Man lese dazu Ernest Hemingways Nachlaßprosa »Paris – ein Fest fürs Leben« (1964), man höre George Gershwins Instrumentalwerk »Ein Amerikaner in Paris« (1928).

Der Film zitiert deshalb nicht zufällig diese schillernde Metropole und ihre damalige jüngste Geschichte in mehreren Szenen: Ilsa und Rick im Auto auf den endlosen Champs-Élysées, mit dem Arc de Triomphe im Hintergrund; beide im »La Belle Aurore«, tanzend und Champagner trinkend; dann Rick, am letzten Zug nach Südfrankreich auf einem der alten Pariser Bahnhöfe die Geliebte erwartend, von der er aber einen Abschiedsbrief erhält. (Als Ilsa erfuhrt, daß Victor, ihr vermeintlich toter Mann, doch am Leben war, verließ sie ja Rick.)

Nach diesem Junitag des Jahres 1940 werden deutsche Truppen am Arc de Triomphe paradiert, wird Hitler sein Beute-Paris am Trocadéro besichtigen, wird die Gestapo an der vornehmen Avenue Foch, die von den Champs-Élysées abgeht, ihre Zentrale installieren. Der Philosoph Jean-Paul Sartre beschrieb im Dezember 1944 rückschauend die bedrückende Pariser Atmosphäre: die Rationierungen und Plünderungen, die Käuflichkeit und den Fatalismus, die innere Zerrissenheit und »geheime Scham«.³

Vichy

Über Frankreich brach nach dem Fall der Maginot-Linie, der militärischen Niederlage seiner unter dem letzten Oberbefehlshaber General Weygand schlecht geführten, technisch unterlegenen Armee binnen sechs Wochen, der Gefangennahme von zwei Millionen Bürgern und dem Waffenstillstand mit Hitlerdeutschland eine »neue Form von Sklaverei« herein. So der Flieger-Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry in seinem aufrüttelnden »Brief an einen Amerikaner« von 1943.⁴ (Er war im November/Dezember 1940 von Casablanca über Lissabon in die USA, nach New York, gegangen – wie einige der Emigranten in der Filmhandlung.)

Frankreich behielt zwar seine Kolonien – Marokko war seit 1912 eines seiner »Protektorate« –, doch zwei Fünftel des Landes standen unter direkter Herrschaft des deutschen Militärs; Elsaß und Lothringen wurden von »Gauleitern« des Reiches regiert. Der greise Marschall Henry Philippe Pétain – zuvor, von 1934 bis 1939, Kriegsminister – unterwarf sich nach dem Treffen mit Hitler am 24. Oktober 1940 in Montoire-sur-Loire bei Tours als Staatschef der »freien«, un-

3 Jean-Paul Sartre: Paris unter der Besatzung, in: Irene Selle (Hrsg.): Frankreich meines Herzens. Die Résistance in Gedicht und Essay, Leipzig 1987, S. 57. Siehe auch Janet Flanner: Paris, Germany. Reportagen aus Europa 1931-1950, München 1992.

4 Antoine de Saint-Exupéry: Die innere Schwerkraft. Schriften aus dem Krieg. Hrsg. von Reinhard Schmidt, Frankfurt a. M. 1990, S. 354. Zu weiteren intellektuellen Exponenten des französischen Widerstands und der nationalen Selbstkritik siehe Lionel Richard: Deutscher Faschismus und Kultur, Berlin 1982, S. 265-274.

5 Siehe dazu Gerhard Hirschfeld, Patrick Marsh (Hrsg.): *Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940-1944*, Frankfurt a. M. 1991.

besetzten Vichy-Zone dem antiliberalen und antirepublikanischen, dem klerikal gestützten Kollaborationskurs.⁵ Dieser schloß allgegenwärtige Polizei- und Geheimdienstwillkür, millionenfache militär-industrielle Zwangsarbeit und Deportationen ein. Acht bis neun Millionen Franzosen arbeiteten auf die eine oder andere Weise direkt für das faschistische Deutschland, bauten Verteidigungsanlagen am Atlantik mit Militärstraßen und Bunkern für U-Boote, arbeiteten in Rüstungsfabriken für die NS-Kriegsmaschinerie oder erzeugten Nahrungsmittel. Zwei Millionen französische Zwangsarbeiter wurden über die Grenze deportiert, achtzig Prozent der Agrar- und Industrieproduktion Frankreichs gingen nach Deutschland.

Die antijüdische Gesetzgebung des Vichy-Regimes belegt, wie sehr es eine effektive Kollaboration anstrebte. Pétains »Arisierungsmaßnahmen« wurden bereits praktiziert, bevor die deutschen Faschisten die rechtliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung als ersten Schritt auf dem Weg zur »Endlösung« anordneten. Vom Sammel-lager Drancy bei Paris aus wurden allein von Juli 1943 bis August 1944 mit 64 Transporten rund 60 000 französische Juden nach Auschwitz-Birkenau verbracht. Insgesamt fielen 76 000 französische Juden Vichy zum Opfer. Gewiß wären es viele mehr gewesen, wären sie nicht von Résistancekämpfern und anderen mutigen Franzosen in Bauernhöfen, Schulen und Klöstern versteckt worden, hätten sie nicht – wie in der »Casablanca«-Handlung einige der Emigranten – gefälschte Papiere, neue Identitäten und Alibis erhalten.

Mehrere Szenen des Films verweisen direkt auf die nach dem Kurort Vichy in der Auvergne benannte Regierungsperiode unter dem Kabinett von Pierre Laval sowie ihre politischen Phrasen von der »nationalen Revolution« und von »Arbeit – Familie – Vaterland«: Zu Beginn wird ein flüchtender Emigrant, der ohne Papiere ange-troffen worden war, von einem Polizeikommando erschossen – nicht irgendwo, sondern vor einem Zeichen der Zeit, einem Pétain-Plakat. Unter Tränen singt eine Französin, zuerst die trinkfreudige Freundin Ricks, dann die Gespielin eines deutschen Offiziers, in der Café-Bar die »Marseillaise« mit, die von dem Partisanenführer Victor Laszlo gegen die Wacht am Rhein der uniformierten Teutonen angestimmt worden war. Ein durch Rufe wie »Vive la France! Vive la patrie!« (Es lebe Frankreich! Es lebe das Vaterland!) intensiviertes Spiel mit dem Unwahrscheinlichen und dem Pathetischen zugleich, eine Demonstration von Widerstandswillen: Hollywood in Hochform. Gegen Schluß des Films wirft der korrupte Polizeipräsident und Erotomane Renault, gespielt von Claude Rains, angewidert eine Flasche Mineralwasser – Marke »Vichy« (!) – in einen Abfallkorb, läßt nach dem Ende des Bösewichts Strasser nicht Rick, sondern zum Schein »die üblichen Verdächtigen« verhaften. Und eröffnet Rick die Möglichkeit, gemeinsam mit ihm nach Brazzaville im Kongo zu gehen, um von dort aus gegen die Feinde zu kämpfen – der Beginn der »wundervollen Freundschaft«. Diese Filmfiktion entsprach nicht nur der ursprünglichen Planung de Gaulles, den Kampf gegen die Nazis von den französischen Kolonien aus zu führen. Sie entsprach darüber hinaus nichts anderem als der militärischen Allianz zwischen dem »freien« Amerika, dem – wie Präsident Franklin D. Roosevelt im Dezember 1940 unterstrich – »Arsenal der Demokratie« und

dem guten alten, jetzt geschundenen Europa. Der Film nimmt sogar einige geschichtliche Entwicklungen vorweg, denn Charles de Gaulles von London aus geführte Bewegung »La France libre«, ihre »Forces francaises libres« spielten 1942, zur Zeit der Dreharbeiten, in den militärstrategischen Planungen der 1941 zwischen den USA und Großbritannien beschlossenen »Atlantic Charta« noch keine wesentliche Rolle. (Darauf verweist auch ein Regiefehler in »Casablanca«: Die in einer kurzen Großaufnahme gezeigten Transitvisa für das unbesetzte Frankreich, um die sich die gesamte Filmhandlung dreht, tragen ausgerechnet die Unterschrift de Gaulles, nicht, was logisch gewesen wäre, die Pétains.) – »La France libre« wird aber bald zur Anti-Hitler-Koalition stoßen und mit der Verteidigung der Festung Bir-Hakeim in der Sahara dem deutschen »Wüstenfuchs« Erwin Rommel einen ersten schweren Schlag versetzen – getreu dem Aufruf de Gaulles vom 18. Juni 1940 zum Kampf an der Seite der Alliierten. Daran erinnert heute in Paris der Name einer Métrostation nahe dem Eiffelturm. Sie ist ein guter Ausgangspunkt, um sich abseits der großen »Wahrzeichen« diese Periode und ihre Vorgeschichte zu vergegenwärtigen.

Da ist zum Beispiel die Maison de la Mutualité, an der Place Maubert zwischen Notre-Dame und Panthéon gelegen, ein Gemeinde- und Kulturhaus im neoklassizistischen »grand style«, 1935 Veranstaltungsort des Kongresses zur »Verteidigung der Kultur«, Schauplatz von Demonstrationen während der Volksfrontperiode, architektonisches Symbol der widerspruchreichen Entwicklung der dreißiger Jahre. Diese war geprägt von einer 1930 einsetzenden Wirtschaftskrise, großen Streiks, der Spaltung der Gewerkschaften, dem Rechtsradikalismus mit Publikationsorganen wie »Je suis partout« (Ich bin überall; Auflage zeitweilig über 300 000 Exemplare), den außenpolitischen Verböten des Zweiten Weltkrieges, der massenhaften politischen Abstinenz und Harmoniesucht, Orientierungslosigkeit und Verzweiflung. Die Lethargie konnte nur kurzfristig unterbrochen werden: durch die am 26. April und 3. Mai 1936 in den Parlamentswahlen siegende »Volksfront für Brot, Freiheit und Frieden« aus Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten. Diese »Einheitsfront um jeden Preis« (Maurice Thorez, Juni 1934)⁶ mit dem am 5. Juni gebildeten Kabinett von Léon Blum an der Spitze war aber auch von reformistischen, kleinbürgerlich-liberalen Zielstellungen durchsetzt und zerbrach bereits im Frühsommer 1937. Die Arbeiterbewegung hatte, so schien es manchen jedenfalls, auf lange Sicht »ihre werbende Kraft bei den besten Elementen des Bürgertums eingebüßt« (Walter Benjamin).⁷

Eine neue »Kontinuität« wurde nun, 1940, vor allem von der Regierung Pétain zugesichert: eine »nationale Revolution«, eine bereits vor dem Krieg postulierte konservativ-klerikale, ständestaatliche, antikommunistische und antilibérale »Neuordnung« Frankreichs. Die korporativ-konservativen Vorstellungen der dreißiger Jahre griff daher auch das Kollaborations-Komitee auf, dem 321 Kapitalgesellschaften unterstanden. In maßgeblichen Kreisen des französischen Bürgertums wurde die Parole aus der Volksfront-Zeit »Besser Hitler als Blum« während des Krieges ersetzt durch die Parole »Lieber Hitler als Stalin«.

6 Zitiert nach Heinz Köller, Bernhard Töpfer: Frankreich. Ein historischer Abriss, Berlin 1976, Teil 2, S. 303.

7 Walter Benjamin: An Max Horkheimer; Paris, 24. Januar 1939, in: Frankfurter Adorno Blätter (München), IV (1995), S. 29.

Pearl Harbour

Die Amerikaner kannten die erfolgreichen Unterwerfungswerkzeuge der Hitlerdiktatur in Deutschland – die Scheinlösung sozialer Konflikte, die politische Propaganda für die »Volksgemeinschaft«, die alltägliche soziale Gewalt, die Ersetzung der Arbeitslosigkeit durch Zwangsarbeit, die Ausrichtung auf den Krieg – nur aus Zeitung, Hörfunk und Wochenschau. In jenem Jahr 1942, in dem der Film gedreht wurde, stand für die Regierung der Vereinigten Staaten bereits fest, daß die »Neutralität« und der Isolationismus aufgegeben werden mußten.⁸ Bis Pearl Harbour waren 88 Prozent der Amerikaner noch dagegen gewesen. Die wesentlich von der Hearst-Presse, aber auch von Henry Ford, Charles Lindbergh, katholischen Kirchenfürsten und faschistischen Strömungen – die Autoren wie Sinclair Lewis und seine Frau Dorothy Thompson erbittert bekämpften⁹ – beeinflusste Stimmung war erst nach dem Überfall am 7. Dezember 1941 deutlich umgeschlagen: Man verlangte nach dem »Tag der Schande«, an dem sechs Kriegsschiffe versenkt wurden, und der Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA vom 11. Dezember 1941 immer energischer die militärische Lösung. Sie sollte nicht zuletzt die Gefahr der ökonomischen und geopolitischen Ausgrenzung der USA durch die Pläne eines »Großraums Europa« unter deutscher, einer »Wohlstandsregion Groß-Ostasien« unter japanischer Flagge bannen. (Historiker sagen heute, daß Roosevelt von dem Überfall durch Geheimdienstberichte vorher gewußt, ja ihn provoziert habe.)¹⁰

8 1942 sind 553 amerikanische Unternehmen noch in Deutschland tätig, darunter Standard Oil, Texaco, General Motors und IBM; sie liefern sogar während des Krieges unter anderem Treibstoffe, Schmiermittel, Teile für Flugzeuge und Lochkartenrechner für das »maschinelle Berichtswesen«. Hitlers Rüstungsstrategien konzipieren um diese Zeit u. a. einen Amerika-Fernbomber.

9 Angeregt von seiner Frau Dorothy Thompson, die bis zu ihrer Ausweisung 1934 Deutschland-Korrespondentin amerikanischer Zeitungen war, entwarf »Babbitt«-Autor Sinclair Lewis 1935 in seinem reportagehaft-utopischen Zeitroman und Theaterstück »It can't happen here« die Horrorvision einer faschistischen Machtübernahme in den USA. Vgl. S. Lewis: Das ist bei uns nicht möglich, Leipzig/Weimar 1984, Neuausg. ebd. 1992.

10 Vgl. Dirk Bavendamm: Roosevelts Krieg, Berlin 2002; George Morgenstern: Pearl Harbour 1941. Eine amerikanische Katastrophe, München 1998; Robert B. Stinnett: Pearl Harbour. Wie die amerikanische Regierung den Angriff provozierte und 2476 ihrer Bürger sterben ließ, Frankfurt a. M. 2003.

1942, also im Entstehungsjahr des Films, spitzt sich die Situation durch weitere Ereignisse immer mehr zu: Es gibt ein Treffen zwischen Franco und Hitler im französisch-spanischen Grenzort Hendaye, auf dem Franco die Waffenhilfe für Deutschland zwar ablehnt, aber verdeckt weiter kooperiert; erfolgreiche US-amerikanische Angriffe auf japanische Flugzeugträger bei Midway bringen die Wende im Pazifik-Krieg; Winston Churchill kommt auf Staatsbesuch in die USA und erfährt vom Fall der britischen Festung im libyschen Tobruk, Roosevelt sagt Großbritannien Waffenhilfe zu; es landen anglo-amerikanische Truppen in Nordafrika, es fallen die deutschen Stellungen in Mersa Matruh und El Alamein, Casablanca wird besetzt; deutsche und italienische Truppen marschieren in die noch unbesetzten Teile Vichy-Frankreichs ein; vor Toulon versenkt sich die Flotte Frankreichs; es erfolgen die ersten Deportationen französischer Juden nach Auschwitz-Birkenau.

Dann, vom 14. bis 26. Januar 1943, kam es zu einem erneuten Treffen zwischen Roosevelt und Churchill – diesmal in der marokkanischen Hafenstadt. Beide erklärten dort die bedingungslose Kapitulation der sogenannten »Achsenmächte« Deutschland, Italien und Japan zu ihrem Kriegsziel. (Joseph Goebbels' fanatische Berliner Sportpalast-Rede vom »totalen Krieg« im Februar sollte darauf eine Antwort sein.) Diese Ereignisse haben nicht nur in den Wochenschauen Filmgeschichte gemacht: Die Uraufführung von »Casablanca« am 26. November 1942 im New Yorker »Warner's Hollywood Theatre« war ein »flop«, ein Reifall; als aber im Januar 1943 Roosevelt und Churchill am Handlungsort des Films tagten und die Gespräche über ihre militärische Allianz Amerikas Medien

beherrschten, entschloß sich »Warner Bros.« zu einem, wie man heute sagen würde, PR-Gag, nämlich dem Kinostart von »Casablanca« am 14. des Monats. Damit begann der Erfolgskurs des Streifens – drei Oscars: bester Film, bestes Drehbuch, beste Regie.

New York

Vor diesem Hintergrund voller sich überstürzender Ereignisse war die Rolle des Rick eine große Herausforderung für den lange unbekanntem Nebendarsteller Humphrey Bogart, der erst 1941 als Philip Marlowe in John Hustons »Der Malteser-Falke« auffiel. Das Drehbuch mit seiner knappen Charakterskizze ließ ihm alle Möglichkeiten: Weil Rick – als individualistischer Zyniker, als verletzter Einsamer und großer Liebender – nicht aalglatt ist, kann er um so eindringlicher hier eine propagandistische Mission erfüllen. Denn er verkörpert die moralische Überlegenheit der westlichen »Freiheitswerte« im Kampf gegen die »Achsenmächte« Deutschland, Italien und Japan. (Auf die realen Spannungen zwischen diesen verweist eine kleine Szene: Major Strasser schiebt bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Casablanca den aufdringlichen italienischen Militärattaché einfach beiseite.) Bald kann Rick seinen einstigen Rückzug vom politischen Handeln – er betrieb 1935 Waffenschmuggel für das von Italien angegriffene Äthiopien, kämpfte 1936 auf der Seite der spanischen Republikaner – nun durch solidarische Handlungsbereitschaft und selbstlose Entsagung sühnen. Vor dem machtvollen »Marseillaise«-Chorgesang rät er nationalbewußt im Schlagabtausch mit dem aus einem Gestapo-Dossier zitierenden Major Strasser unter besonderem Hinweis auf »gewisse Viertel« den Deutschen und ihren Verbündeten davon ab, jemals in New York – dem Ort seines zielichtigen, aber einträglichen Vorlebens – einzumarschieren. Selbst den Elendsquartieren der Metropole mit ihrer alltäglichen Kriminalität und Brutalität verleiht er hier noch heroische Größe. Und nachdem er schon etliche deutsche Schecks über Roulette-Spieleinsätze zerriß, als Ein-Mann-Hilfskomitee in Sachen Transitvisa und Reisegeld tätig war, verzichtet er auf dem Flughafen auf Ilsa, gibt seine Café-Bar und seine politische Neutralität auf, nimmt Abschied vom Isolationismus und ergreift Partei – als Einzelheld unabhängig von den USA, aber stellvertretend für sie und sogar kriegspatriotisch-beispielgebend. Victor Laszlo erkennt sofort die weltpolitische Bedeutung dieses Schrittes: »Gut, daß Sie wieder in unseren Reihen sind. Ich weiß, daß wir diesmal gewinnen.« Bekanntlich trat das vor 60 Jahren mit der Landung in der Normandie (6. Juni), dem Volksaufstand zur Befreiung von Paris (19. bis 25. August) und dem Einmarsch der Westalliierten ein.

Moskwa

»Casablanca« belegt, daß die Kriegsereignisse auch zu einer engen Verzahnung von Film, Politik und Patriotismus in den USA führten. Schon im Dezember 1941 war ein regierungsamtlicher Themenkatalog für die Filmproduktion erstellt worden, der neben der Aufdeckung der »Natur des Feindes« die Propagierung der »amerikanischen Lebensweise« vorsah. Nach Vorläufern wie »Bekanntnisse eines Nazispions«, unter der Regie von Anatole Litvak 1939 gedreht,

11 Siehe dazu Helmut G. Asper: »Etwas Besseres als den Tod ...« Filmexil in Hollywood. Portraits, Filme, Dokumente, Marburg 2002.

»Der Todessturm« von Frank Borzage und »Der große Diktator« von Charlie Chaplin, beide 1940, entstanden 1942/43 in Hollywood – stets unter der Mitwirkung von Emigranten – weitere wichtige Anti-Nazi-Filme.¹¹ Sie begleiteten mehr oder weniger propagandistisch im Juli 1943 die Landungen der Westalliierten auf Sizilien, im September an der Südspitze Kalabriens, bei Salerno und Tarent; im November/Dezember die Konferenz der Regierungschefs von Großbritannien, der USA und der UdSSR in Teheran. Zu ihnen zählen: »Sein oder Nichtsein« von Ernst Lubitsch, »Das siebte Kreuz« von Fred Zinnemann mit Spencer Tracy, nach Anna Seghers; »Auch Henker müssen sterben« von Fritz Lang, nach John Wexley und Bertolt Brecht; von Billy Wilder »Fünf Gräber bis Kairo«, von Douglas Sirk »Hitler der Wahnsinnige«, von Alfred Louis Werker »Die Geheimwaffe«. Zwischen dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad und der Konferenz von Teheran schickten Warner Bros. und Michael Curtiz sogar einen »Botschafter nach Moskau« – so der Filmtitel – und ließen »Uncle Joe«, wie Stalin von den Amerikanern genannt wurde, in prallen Szenen vom Volk bejubeln.

Wenige Jahre danach begannen in Hollywood Senator McCarthy und die Inlands-Geheimdienste, plumper Antikommunismus und Kalter Krieg zu wüten – um von späteren, auch jüngsten Entwicklungen zwischen Weißem Haus, Pentagon und Beverly Hills zu schweigen. Zu den mutigen Schauspielern, die McCarthy in Hollywood die Stirn boten, gehörte Humphrey Bogart, unterstützt von seiner Frau Lauren Bacall. Um so mehr sollten heute für jenes cineastische Engagement, das den sogenannten »Kultfilm« um den fiktiven, multiplen und magisch überhöhten Exilort Casablanca hervorbrachte, des Pianisten Sam Worte gelten: »You must remember this ...« Ihr müßt euch daran erinnern ...

MARIO CANDEIAS

Erziehung der Arbeitskräfte

Rekommodifizierung der Arbeit
im neoliberalen *Workfare*-Staat

Der besondere Charakter der Ware Arbeitskraft besteht darin, dass zu ihrer Produktion und Reproduktion nicht-kapitalistisch organisierte Arbeit (zumeist von Frauen), Ruhezeiten etc. benötigt werden, und es in fortgeschrittenen Ökonomien tendenziell steigender Qualifikationen bedarf. Es bedarf des Schutzes der Arbeitskraft, will man sie nicht zerstören (und die betroffenen Menschen dann teuer alimentieren müssen). Dies ist von jeher eine der wichtigsten Funktionen des Sozialstaates, von der Arbeiterbewegung in harten Auseinandersetzungen durchgesetzt, als gesellschaftlicher Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit für die Akkumulation des Kapitals durch Eröffnung neuer Verwertungsbereiche via Massenkonsum und staatlichen Investitionen nichtsdestoweniger förderlich. Nicht zuletzt hat das »Auffangen« von aus der gesellschaftlichen Produktion herausgeschleuderten Arbeitskräften eine legitimatorische Funktion. Aus all diesen Gründen ist die Arbeitskraft nur partiell in die Warenform zu zwingen. Es bleibt ein Widerspruch zwischen ihrem Warencharakter und ihren Reproduktionserfordernissen. Die Bewegung dieses Widerspruchs manifestiert sich in Wellen der Kommodifizierung, Dekommodifizierung und Rekommodifizierung. Esping-Andersen (1990, 3) vereinseitigt diesen Widerspruch, wenn er »die Ausweitung sozialer Rechte« zur »Essenz« staatlicher Sozialpolitik erklärt. »Dekommodifizierung«, also die Minderung der Marktabhängigkeit und »Reduzierung des Warencharakters von Bürgern«, sei die unmittelbare Funktion des Sozialstaates. Einmal mehr wird damit die im Fordismus vorherrschende Form von Sozialstaatlichkeit verabsolutiert und ihre andere Seite vernachlässigt. Die Form kann vielmehr als durchaus erfolgreicher Versuch der Verstetigung der Reproduktion individueller Arbeitskraft analysiert werden. »Sozialpolitik ist die staatliche Bearbeitung des Problems der dauerhaften Transformation von Nicht-Lohnarbeitern in Lohnarbeiter. [...] eine Vergesellschaftung durch Lohnarbeit *hat* in der Tat zur Voraussetzung, dass arbeitsmarktexterne Existenzformen staatlich organisiert und sanktioniert werden« (Lenhardt/Offe 1977, 101). Für den Fordismus schließt dies die Verallgemeinerung von Familienernährer und Hausfrauenehe¹ ein (z. B. durch das Steuerrecht), den paternalistischen Druck der Arbeitsbürokratie und die Beibehaltung des so genannten Lohnabstandsgebotes für Sozialhilfe. Die Austarierung zwischen der Schutzfunktion und der Funktion, die Verwertbarkeit von Arbeitskräften wiederherzustellen oder zu verbessern, hängt von den konkreten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und sozialpoli-

Mario Candeias – Jg. 1969, Politologe, Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie beim »Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus«, Dissertationsschrift »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise«, im Frühjahr 2004 im Argument Verlag erschienen.

1 Diese »Reproduktionsarbeiterinnen« sind eine sozialstrukturelle Voraussetzung dafür, dass Lohnarbeiter überhaupt als solche fungieren können.

tischen Kompromissen ab. Mit der Verschiebung der Kräfteverhältnisse im Zuge von Transnationalisierung und Umwälzung der Produktionsweise gerät auch der sozialstaatliche Kompromiss unter Druck. Mit wachsender Arbeitslosigkeit steigen die Kosten für Lohnersatzleistungen und die Sicherung des Existenzminimums. Damit wächst der Zwang zur Reintegration dieser Arbeitskräfte. Veränderte Produktionsformen erfordern dabei die Neukonstitution der Arbeitskraft. Die Verwissenschaftlichung der Produktion verlangt ihre Requalifizierung. Damit wird die kommodifizierende Funktion des Sozialstaates gegenüber seiner dekommodifizierenden gestärkt. Die sehr unterschiedlichen Versuche zur Bearbeitung dieses Problems sind Ausdruck der national spezifischen Kräfteverhältnisse. Sie verweisen auf unterschiedliche Bedingungskonstellationen, die im hegemonialen Rahmen des Neoliberalismus je nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen unterschiedliche nationale Formen der Kompromissbildungen zulassen.

Schleifen der letzten Bastion des fordistischen Sozialstaates

Im Gegensatz zu anderen neoliberalen Reformen erfolgt die Konvergenz der nationalen Regulationsformen der Arbeitskraftproduktion vergleichsweise spät – Ausdruck einer institutionellen Festigkeit des Staates, die sich trotz veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse nur langsam transformieren lässt. In den angelsächsischen Ländern (USA, Großbritannien, Neuseeland, Kanada) wurden neoliberale Formen des Workfare und der Druck auf Arbeitslose auf Grund anderer gesellschaftlicher Voraussetzungen relativ frühzeitig eingeführt (vgl. Peck 1999). In Europa sichert ein hochentwickelter Sozialstaat zunächst noch ein vergleichsweise hohes Beschäftigungsniveau und hohe Lohnersatzleistungen. Ohne starkes disziplinierendes Moment führt dies tendenziell zur »Unterminierung der sozialen Position des Chefs« in den Unternehmen, zu »Selbstsicherheit und Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft« (Kalecki 1943, 237). Aus diesem Grunde konnten Flexibilisierung des Kündigungsschutzes sowie Kürzungen von Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe länger abgewehrt werden, Qualifikation der Arbeitskraft und Arbeitsbeschaffung standen im Vordergrund. Dies ist ein Zeichen dafür, dass wohlfahrtsorientierte Kräfte wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, sozialdemokratische und linke Parteien, Kirchen, christdemokratische Arbeitnehmergruppierungen etc. in jenen Teilen des Staatsapparates, der für die sozialen Sicherungssysteme zuständig ist, stark verankert waren und eine Bastion im Stellungskrieg gegen den Neoliberalismus bildeten. Absenkung der Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall, Abbau von Kündigungsschutzbestimmungen, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Senkung der Höhe und Dauer von Lohnersatzleistungen, Mindestlohngesetzgebungen, Erhöhung des Renteneintrittsalters bei gleichzeitiger Senkung des Rentenniveaus und der Höhe – es sind diese Themen, an denen sich die offenen und breitesten gesellschaftlichen Kämpfe (vor allem in den 90er Jahren in Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik) entzündeten. Im Alltagsverstand war ein Bewusstsein von erworbenen sozialen Rechtsansprüchen lange Zeit noch lebendig, das sich im selbstbewussten und informierten Handeln der

Hilfeberechtigten beim Einklagen ihrer Ansprüche niederschlug und erst unter jahrzehntelangem ideologischen Sperrfeuer, über die Kostenexplosion des Sozialstaates, zu hohes Anspruchsdenken und »Sozialschmarotzer«², geschliffen werden musste (was selbstverständlich nie vollständig gelingen kann).

Die fortbestehende dekommodifizierende Funktion des Sozialstaats stellte ein potenzielles Rückzugsgebiet gegen die wachsende Konkurrenz in und um Lohnarbeit dar, das aus neoliberaler Sicht geräumt werden muss, um überhöhte Lohnforderungen in die Schranken zu weisen und einen funktionierenden Markt für Niedriglohnarbeit aufzubauen. Angesichts des für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit nachteiligen Verhältnisses von Produktivität, Zins und Wachstum unter neoliberalen Bedingungen, geraten die mit der Regulierung und Verwaltung von Arbeitslosigkeit betrauten Staatsapparate und die sie stützenden Kräfte unter Druck. Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung und die Dominanz der wirtschafts- und finanzorientierten Staatsapparate erzwingen die Kürzung der staatlichen Ausgaben. Sozialausgaben stellen bekanntlich den größten Posten im Haushalt und erwecken Begehrlichkeiten, denen sich die zuständigen Ressortminister, aber auch Gewerkschaften u. a. immer weniger entziehen können (oder wollen). Es hat sich ein hegemoniales Deutungsmuster durchgesetzt, das sich aus den Versatzstücken von der »Kostenexplosion«, übertriebenen »Ansprüchen«, mangelnder »Eigenverantwortung« und »Einsicht« zusammensetzt, dass dieses Sozialsystem nicht mehr bezahlbar ist – mangels Alternativen trifft dieses Deutungsmuster selbst bei vielen Betroffenen auf passive Zustimmung. Damit verbunden ist auch die verbreitete Vorstellung, dass nur Unternehmen Beschäftigung schaffen, das Kapital also als »Arbeitgeber« fungiert und selbst produktiv ist. Diese ideologische Verkehrung heißt unter den gegenwärtigen Verhältnissen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit nur zu lösen ist, indem die Hürden für die Anstellung von Arbeitskräften in Form von zu hohen Löhnen, Kündigungsschutzrechten, Lohnnebenkosten etc. beseitigt werden, und Investitionen durch Senkung der Unternehmens- und Einkommenssteuern gesenkt werden.

Von jeher betrachten Neoliberale Sozialstaat und rigide Arbeitsmärkte als Schuldige an der hohen Arbeitslosigkeit. Gemäß neoliberaler Theorie solle jeder am Produktionsprozess beteiligte Faktor (vor allem Arbeit und Kapital) nach seinem Beitrag zur Produktion, seiner Grenzproduktivität, entlohnt werden, was Verteilungsgerechtigkeit nach dem Prinzip der Leistung garantiere. Die daraus resultierende absolut effiziente Ressourcenallokation Sorge dann für den Zustand der optimalen Wohlfahrtsversorgung. In der Realität wird das neoklassisch/neoliberale Modell jedoch immer wieder mit den Problemen herrschender Ungleichgewichte konfrontiert. Diese werden auf »exogene Schocks« zurückgeführt, deren Ursache außerhalb des Marktes zu suchen sei. Bei einem Überangebot an Arbeitskräften müsse der zu diesem Zeitpunkt existierende Reallohnsatz zu hoch sein, da andernfalls automatisch mehr Arbeit nachgefragt würde. »Dieser Zusammenhang ergibt sich aus der Grenzproduktivitätstheorie, nach der der Wert des Produkts, das sich mit der letzten eingesetzten Arbeitskraft erzielen lässt, mit dem Preis der Arbeit

2. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an den Ausspruch des Kanzlers Kohl über den schädlichen Einfluss einer »sozialen Hängematte« auf die moralische und wirtschaftliche Kraft der Gesellschaft.

übereinstimmen muss [...] Wenn der Preis für Arbeit sinkt, fällt auch der Produktionsbeitrag, den die letzte Arbeitseinheit leisten muss, um noch einen Gewinn zu erbringen.« (Hunt/Sherman 1993, Bd. 2, 71) Ein niedrigerer Reallohn sei dem Modell entsprechend immer mit einer höheren Beschäftigung verbunden. Der Lohn müsse so lange sinken, bis die Nachfrage nach Arbeit wieder mit dem Angebot übereinstimmt und der Arbeitsmarkt sich wieder im Gleichgewicht befindet – es herrscht Vollbeschäftigung (wobei mit dem Begriff der »natürlichen Arbeitslosigkeit« in der neoliberalen Theorie eine untere Grenze gezogen wird, die nicht unterschritten werden darf, ohne eine Gefährdung der Preisstabilität hervorzurufen). Stelle sich doch ein dauerhaftes Ungleichgewicht mit einem Überschuss an Arbeitskräften ein, so sei dies zurückzuführen auf Beschränkungen des freien Wettbewerbs, beispielsweise durch staatliche Mindestlohngesetzgebung (wie der Sozialhilfe), zu hohe Lohnersatzleistungen etc., aber auch Gewerkschaften oder andere Rigiditäten, die den Preis der Arbeitskraft dauerhaft über ihrem Gleichgewichtspreis fixieren würden. »Nur Preise, die sich auf dem freien Markt bilden, bringen den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zustande.« (Hayek 1977, 30) Aus mikroökonomischer Perspektive verhindere also das Niveau von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, dass Erwerbslose, wenn sie sich rational verhielten, Jobs im unteren Arbeitsmarktbereich annähmen. Auch würden Unternehmen aufgrund der durch die soziale »Hängematte« bedingten hohen Lohnansprüche keine Arbeitsplätze für wenig qualifizierte, dementsprechend wenig produktive Arbeitskräfte anbieten. Die Annäherung an qualifikations- und produktivitätsspezifische Marktlöhne werde erschwert oder unmöglich gemacht, »wenn durch staatliche Sozialleistungen de facto eine vergleichsweise hohe Untergrenze für den Arbeitslohn festgeschrieben wird. In diesem Falle entsteht – sozialleistungsbedingt – Mindestlohnarbeitslosigkeit« (Boss 2002, 118). Diese verursache soziale Kosten, die über hohe Lohnnebenkosten finanziert werden müssten und damit die Grenzproduktivität des Faktors Arbeit weiter verminderten und Einstellungen behinderten, was wie in einem Kreislauf zu steigender Arbeitslosigkeit und erhöhten Ausgaben des Sozialstaates führe.

Diese Position erfreut sich mehr und mehr einer breiten Zustimmung. Die neue Sozialdemokratie propagiert die Verwirklichung von »Chancengleichheit« und Abkehr von der Orientierung an »Verteilungsgerechtigkeit« (Giddens 1999). »Während letztere als »unzeitgemäß«, »leistungsfeindlich« und daher »ungerecht« gilt, reduziert sich »Gerechtigkeit« auf angeblich gleiche Ausgangsbedingungen für alle. Was jede/jeder dann aus diesen Startchancen macht, ist ihm und ihr selbst überlassen.« (Blauer Montag 2002, 719) Das ist Neoliberalismus pur, denn Verteilungsgerechtigkeit verhindere soziales Lernen, indem sie falsches Verhalten belohne. Es fehle der Druck der Not, um das Verhalten, das diese Not verursacht hat, zu korrigieren. »Gleichheit kann es nur insofern geben, als die Spielregeln für die Teilnahme am Markt für alle gleich sind«, es kann »Übereinstimmung nur im Hinblick auf die Mittel und nicht auf die Ziele« geben (Hayek 1981, 17). Angesichts gleicher Ausgangsbedingungen seien die Gründe für Arbeitslosigkeit nur im individuell-

len Fehlverhalten zu suchen; dem Arbeitslosen tritt von vornherein der Verdacht des Eigenverschuldens entgegen: Fehlqualifikationen, Fehlsozialisation, individuelle Defizite, Suchtverhalten, Motivationschwächen (Blauer Montag 2002, 720).³ Detlef Scheele⁴ veranschaulicht: »Gewährt man einem jungerwachsenen Mitarbeiter [...] einen Lohn, der in keinem erkennbaren Verhältnis zur [...] produktiven Leistung für das Unternehmen steht, fördert man gutmeinend Fehlsozialisationen und damit Anspruchsdenken an die Allgemeinheit und letztlich ein Leben außerhalb üblicher Berufsbiografien.« Diskursiv schon lange in den Köpfen verankert, wird hier die Vorstellung des Eigenverschuldens bei Erwerbslosigkeit über Workfare-Maßnahmen institutionell verallgemeinert.

Sozialdemokratischer Neoliberalismus

In Abgrenzung von orthodox-neoliberalen Vorstellungen vom »schlanken Staat« stellt die Sozialdemokratie die Bedeutung der Beibehaltung des Sozialstaates heraus – schließlich leiste der Wohlfahrtsstaat einen wichtigen legitimatorischen Beitrag, »das Prinzip des Wettbewerbs und dessen Wirkungen zu akzeptieren« (Boss 2002, 1). Darüber hinaus stifte der Sozialstaat im kommunitaristischen Sinne Gemeinschaftlichkeit, festige den Zusammenhalt der Gesellschaft, sorgte für »faire« und »gerechte« Verhältnisse – nur eben unter dem neoliberal umgedeuteten Begriff von Gerechtigkeit.⁵ Kern der neoliberalen Reartikulation des sozialdemokratischen Projekts ist es, Ansprüche an den Sozialstaat, ungerechtfertigte Leistungen und amoralische Verhaltensweisen durch eine Reorientierung auf Eigenverantwortung und Gemeinschaftlichkeit abzubauen und »die Moral der breitesten Volksmassen den Erfordernissen der ständigen Entwicklung des ökonomischen Produktionsapparates anzupassen, folglich auch physisch neue Menschentypen herauszuarbeiten. Aber wie wird es jedem einzelnen Individuum gelingen, sich in den Kollektivmenschen einzugliedern, und wie sich der erzieherische Druck auf die Einzelnen vollziehen, damit ihr Konsens und ihre Mitarbeit erreicht wird« – diese Kombination von Konsens und Zwang ist eine diskursive von Rechten und Pflichten (Gramsci, *Gef.* 7, 1544). Für diesen kulturellen Wandel in den Einstellungen beispielsweise zu Arbeit und Leistung gelte es, »unsere Rechtsansprüche unserer Bereitschaft anzupassen, gemäß unserer Pflichten zu leben« (Blair 1999, 47, vgl. Giddens 1999, 81). Eine Ideologie des wechselseitigen »Gebens« soll rechtfertigen, dass Unternehmen und Beschäftigte einen Teil »ihres« erarbeiteten Einkommens für sozial Schwächere abgeben und diese dafür eine Gegenleistung erbringen sollen, nämlich sich in irgendeiner Form für die Gemeinschaft als nützlich zu erweisen. Es könne »nicht toleriert werden [...] wenn jemand einfach Geld vom Wohlfahrtsstaat nimmt ohne jeden Sinn für Verantwortung gegenüber der Gesellschaft« (Schröder/Blair 1999, 18). Dies trifft auch auf die Zustimmung zu einem verbreiteten Arbeiterethos sowie auf rassistische und chauvinistische Einstellungen großer Teile der Bevölkerung zu, die nicht bereit sind, mit »ihrer« Arbeit über Sozialabgaben für das Auskommen nicht-arbeitender »Ausländer«, »Asozialer«, »Studenten« und anderer »Faulenzer« aufzukommen. Der alte Sozialstaat verliert angesichts steigender

3 »In der Sprache der Arbeitsmarktpolitik wimmelt es demzufolge auch von medizinisierenden und psychologisierenden Begriffen«, wie »Diagnose«, »Anamnese«, »Prophylaxe«, »Persönlichkeitsprofile«, »Profiling« etc. »Arbeitsmarktpolitik wird zu einer Form der medizinisch-psychologischen (Zwangs-) Therapie.« (Ebenda).

4 Detlef Scheele ist Geschäftsführer der größten kommunalen Beschäftigungsgesellschaft in Hamburg. Er gilt gleichzeitig seit Jahren als einer der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Vordenker der Hamburger Sozialdemokratie (zitiert nach Blauer Montag 2002, 720).

5 Nicht mit kommunitaristischen Argumenten, auch mit systemtheoretischen wird dies begründet: »Staatstheoretische Anleihen werden insbesondere bei der »sozialdemokratischen Variante« der Systemtheorie genommen, wie sie vom Bielefelder Soziologen Willke formuliert wurde. Seine Trilogie des Staates kennzeichnet einen Teil der wissenschaftlichen Diskussion bereits über seine Buchtitel: Von der *Entzauberung des Staates* (1983) zur *Ironie des Staates* (1992) bis schlussendlich zur *Supervision des Staates* (1997). Zentral war eher die politisch-ideologische »Entzauberung« des Staates als Teilsystem neben anderen Teilsystemen. Der Staat leistete nie das, was ihm als zentrale Steuerungs- und zeitweise auch Planungsinstanz zugewiesen wurde. Als Instrument der Klassenherrschaft ohnehin schon abgeschrieben, drohte der Staat und mit ihm das All-

gemeinwohl in der differenzierten Vielfalt eigenlogisch vor sich hin evolutionieren der Teilsysteme – versinken. Luhmanns Diktum *Fürs Überleben genügt Evolution* (1993, 645) stieß jedoch sowohl politisch – Umweltkatastrophen, Armut – als auch theoretisch auf Widerspruch. In Willkes Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaften bedarf es einer Instanz, die die Fehlfunktionen oder besser gesagt: blinde Flecke der Teilsysteme mit Blick auf das Allgemeinwohl und der Funktionsfähigkeit ganzer Gesellschaften reguliert. Nach der systemtheoretischen Abschaffung des Staates wurde er als *primus inter pares* bzw. gesamtgesellschaftlicher Therapeut mit Supervisionsfähigkeiten wiedergeboren. Dezentrale Kontextsteuerung und Moderieren der Selbstregulierung statt direkter Eingriffe in die Teilsysteme (wie Wirtschaft, Familie, Wissenschaft) wurden zu Staatsaufgaben erhoben. Dezentrale Kontextsteuerung durch den allgemeinwohlverpflichteten Staat und Selbststeuerung der Gesellschaft tragen aber auch dazu bei, Fragen nach der Legitimität politischen Handelns an das bloße Funktionieren zu knüpfen.« (Brütt 2001, 276)

6 Die Verkürzung und Absenkung der Arbeitslosenhilfe betrachtet Schröder in einer Rede vom 16. März 2003 als »notwendig, um vor dem Hintergrund einer veränderten Vermittlungssituation Arbeitsanreize zu geben«.

7 Adam Przeworski (1985): *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge/Paris, zitiert nach Lessenich (1999, 428, Fn. 23).

Belastung der Lohnneinkommen und gleichzeitiger Kürzungen der daraus erwachsenden Ansprüche breit an Zustimmung, was zur Entsolidarisierung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, Alten und Jungen usw. führt. Ressentiments werden für den neoliberalen Umbau des Sozialstaates mobilisiert.

Auch aus ökonomischen Gründen müsse der Staat intervenieren. Die Selbststeuerungskräfte des Marktes und durch politische Entscheidungen hervorgebrachte institutionelle Fehlanreize führten zu Problemen bei der Vermittlung des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften, die potenziell in eine stärkere Übereinstimmung gebracht werden könnten. Diese so genannte Mismatch-Arbeitslosigkeit ließe sich also durch bessere Vermittlung der Arbeitsuchenden, ihre Qualifizierung und Erhöhung von Anreizen und Druck beseitigen.⁶ Der Staat tritt in der Folge nicht länger als kompensierender auf, sondern als aktivierender, der die Arbeitslosen bei ihrer Suche nach Arbeit »unterstützt«, individuelle Selbstverwertungsinitiativen stärkt. Gegen sich seit 1968 verstärk verbreitende »postmaterialistische« Einstellungen, die »Arbeit« nicht länger uneingeschränkt als erstrebenswerten Lebenssinn zu akzeptieren, wird mit der Reetablierung einer säkularisierten protestantischen Arbeitsethik eine ideologische Aufwertung der Lohnarbeit, unabhängig von den konkreten Arbeitsbedingungen, betrieben. Nur ein Leben in Arbeit garantiere ein Leben in »Würde« (was im konkreten Fall nicht falsch ist, da Arbeitslose tendenziell von gesellschaftlicher Marginalisierung bedroht sind, als abstraktes Prinzip aber gerade erst jene Bedingungen produziert). »Hieß es Anfang der 90er Jahre noch, »Arbeit soll sich wieder lohnen«, geht es jetzt quer durch alle politischen Parteien nur noch um »Arbeit, Arbeit, Arbeit.« (Blauer Montag 2002, 718) Schließlich sei, so Schröder und Blair (FR v. 9. 6. 1999, 18), »Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung besser als gar keine Arbeit«. Adam Przeworski notiert lakonisch: »Die Arbeiterklasse ist einen weiten Weg gegangen, von den Versuchen zur Abschaffung des Lohnverhältnisses zur Absicherung, dass ja niemand aus ihm ausgeschlossen werde.«⁷

Der Staat hat dabei die Aufgabe, Beschäftigungsfähigkeit⁸ herzustellen. »Die Furcht vor dem Scheitern im Wettbewerb darf nicht dazu führen, dass eine den Fortschritt lähmende, existenzielle Angst vor dem Risiko entsteht.« Der aktivierende Sozialstaat zielt daher darauf ab, »möglichst viele Menschen, also auch die risikoscheuen, zum Mitmachen am ergebnisoffenen Marktprozess zu ermutigen.« (Boss 2002, 1). Denn »ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muss reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln« (Schröder/Blair 1999, 18). Die neue »Kundenorientierung« in den Ämtern hat zweifelsohne Vorteile gegenüber einer allzu oft von den Einzelnen absehenden Bürokratie, die Arbeitslose als »Störfälle« einer reibungslosen Verwaltung betrachtete – doch mit der scheinbaren Gleichstellung als Kunde verlieren die Betroffenen zugleich ihren Status als Rechtssubjekte und damit einen Anspruch auf existenzsichernde staatliche Leistungen. Der Appell an Eigeninitiative und -verantwortlichkeit ist an sich nicht falsch, die Vermittlung von

Arbeitslosen besser als ihre bürokratische Verwaltung – beides sieht jedoch von den realen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sowie von konkreten Arbeitsbedingungen vor allem im Niedriglohnsektor ab. Statt Menschen zur Selbstverantwortung zu befähigen, verkehrt der autoritäre Zwang diese zur permanenten Selbstdemütigung: Arbeit muss unter allen Umständen akzeptiert werden, sonst drohen Sanktionen. Der neoliberale Individualismus ist autoritär verordnet. Selbstverantwortung lässt sich jedoch nicht erzwingen, wird damit zur bloßen Unterwerfung. Gegen eine vermeintliche »Verfestigung« einer »Subventionsmentalität« (Bodo Hombach) müssten, so Detlef Scheele, Arbeitslose »unter Beweis stellen, dass sie bereit sind, zugunsten niedrig entlohnter Tätigkeiten das System zu verlassen.« Der sozialstaatliche Aktivierungsgedanke beschleunigt letztlich die Reproduktion der Arbeitskraft, verallgemeinert die bereits durch die bayrisch-sächsische Zukunftskommission verbreitete neue ideologische Leitfigur des »Arbeitskraftunternehmers«, verallgemeinert auch die individuelle Internalisierung der Marktlogiken aus der Sphäre des unmittelbaren Produktionsprozesses zu einem umfassenden gesellschaftlichen Leitbild. Der Arbeitskraftunternehmer ist wie der Lohnarbeiter – denn nichts anderes ist er –, »der andre Mensch, der sich selbst freiwillig zu verkaufen gezwungen ist« (MEW 23, 793).

In den USA, GB, Dänemark oder in der Bundesrepublik wurden erste Modellversuche über Initiativen regional-staatlicher oder kommunaler Ebenen gestartet. Die lokale Ebene dient als »Experimentierfeld für neue postfordistische Regulationsweisen« (Roth 1998, 107). Doch erst mit der Reartikulation neoliberaler Workfare-Konzepte durch die Sozialdemokratie, von den USA über Großbritannien bis nach Deutschland, wurde deren Verallgemeinerung möglich. Waren Sozial- und Arbeitsministerien als Bastion sozialstaatlicher Kräfte zuvor heftigen Angriffen von Wirtschafts- und Finanzministern, Unternehmensverbänden und Wissenschaft ausgesetzt, ist mit den neuen Sozialdemokraten unter veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen der Neoliberalismus auch im Innern der entsprechenden Staatsapparate angekommen. Damit ist der Stellungskrieg innerhalb des Staatsapparates vorläufig entschieden. Gleichzeitig geriert sich die Sozialdemokratie in Abgrenzung zum orthodoxen Neoliberalismus in der Rolle des sozialpolitischen Konsensstifters – kein genereller Abbau des Wohlfahrtsstaates, vielmehr Zersetzung seiner fordistischen Form und »Anpassung« an globalisierte Verhältnisse, Versöhnung von Markt und Staat. Der Prozess einer solchen Verallgemeinerung verläuft über neokorporatistische Formen der Governance, z. B. das Benchmarking in diversen Formen des »Bündnis für Arbeit«. Benchmarking steht in diesem Fall für die permanente Suche nach den weltweit erfolgreichsten Modellen der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und zur Reform der Sozialsysteme; transnationale Verhältnisse werden für die Durchsetzung nationaler Politiken eingesetzt. Heinze und Streck (1999, 33), prononcierte Mitglieder der entsprechenden Arbeitsgruppe im damaligen deutschen »Bündnis für Arbeit«, sprechen es offen aus: Im »Wettbewerb der Nationen« müsse sich staatliche Politik am internationalen »Kennziffernvergleich« orientieren. Es gelte, Arbeitsmärkte (aber auch Steuersysteme) durch Abbau von »Überregulie-

8 Weitere Leitbilder sind »Entwicklung des Unternehmertums«, die »Förderung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und ihrer Beschäftigten und nicht zuletzt das Gender Mainstreaming, als Leitlinie zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Männern und Frauen (vgl. den jährlich erscheinenden »Nationalen Beschäftigungspolitischen Aktionsplan« der von jedem Land gemäß der auf europäischer Ebene erstellten Leitlinien aufgestellt wird (vgl. Brütt 2002, 560).

rungen« zu flexibilisieren und Lohnnebenkosten zu senken. Existenzsichernde, sozial- und tarifrechtlich abgesicherte Löhne verstehen Heinze und Streeck als »Arbeitsverhältnis de luxe« (40). Unternehmen würden Löhne und Abgaben abverlangt, »die konstruiert sind, als handele es sich um Strafgebühren für die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft«, während das Sozialsystem ausgestaltet sei, als ob es das Recht jedes Arbeitnehmers sei, von der Arbeit fern zu bleiben (41). Sie empfehlen, wie ihr Kollege Fritz Scharpf (1995), vor allem Kombilohnmodelle, die durch Übernahme der kapitalseitig anfallenden Sozialbeiträge zur Senkung der Lohnnebenkosten beitragen und auf diese Weise einen positiven marktförmigen Anreiz für die Anstellung eines (Langzeit)Arbeitslosen darstellen.

Verschärfung des Zwangs als Anreiz zur Arbeit

Gegen einen solchen Staat hat auch die neoliberale Orthodoxie nichts einzuwenden: Staatstätigkeit ist akzeptiert, solange deren »Marktkonformität« gewährleistet ist (Röpke 1948, 258 ff). Ausdrück einer solchen Strategie sind die von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen und innerhalb kürzester Zeit in Gesetzesform überführten Reformen des Arbeitsmarktes (vgl. Brütt 2002). Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und Androhung von Leistungskürzungen, Ausweitung der Leiharbeit, Subventionierung von Niedriglohn, Beschleunigung der Reintegration durch (Teil)Privatisierung der Vermittlung von Arbeitslosen. Letztere wird über die Anwendung unternehmerischer Managementkonzepte betrieben: Im Rahmen einer »Neuen Freiwilligkeit« werden zwischen Vermittlern und Arbeitslosen individuelle Zielvereinbarungen getroffen. Eine Freiwilligkeit, die sich darauf beschränkt, eine angebotene Stelle anzunehmen, sich als Leiharbeiter zu verdingen oder einer anderen Maßnahme zur Reintegration in den Arbeitsmarkt teilzunehmen (bis hin zur Verrichtung kommunaler Arbeiten für 1,50 Euro pro Stunde) – oder eben Leistungskürzungen hinzunehmen. Für die Arbeitgeber winkt auf der anderen Seite die Möglichkeit zur Verwirklichung der »atmenden Fabrik«: die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte kann durch Leiharbeiter der jeweiligen Nachfrage flexibel angepasst werden. Um die Kernbelegschaften herum wird damit der Kündigungsschutz faktisch abgeschafft. Leiharbeiter können sogar kostenlos auf Probe eingestellt werden, Langzeitarbeitslose können unterhalb der geltenden Tarife beschäftigt werden. Die Reformen setzen auf die neoliberalen Mechanismen der »Anreize«: positive Anreize für Vermittler und Unternehmen, negative für Arbeitslose. Über die sprachpolitische Redefinition von Anspruchsberechtigten zu Kunden, von Niedriglohn zu Minijobs, Scheinselbständigkeit zu Ich-AG, soll das Diskursfeld gegen die »Miesmacher« und »Bedenkenträger« hegemonial besetzt, über positive Konnotationen Veränderungen in den Einstellung und Praxen bewirkt werden und über die tatsächlichen materiellen Verschlechterungen hinweg täuschen. Dabei enthält die Abkehr von der ausschließlichen Kriminalisierung von Schwarzarbeit durch die Legalisierung von sozialabgabenfreien Niedriglohnexistenzen durchaus ein fortschrittliches Element, zugleich aber ist dies ein erheblicher Rückschritt, da damit auf eine Perspektive angemessener gesellschaftlicher Teilhabe durch Arbeit verzichtet und

eine wachsende Gruppe der *labouring poor* – insbesondere von Frauen – staatlich organisiert wird.⁹ Diese Form der Proletarisierung wird heute euphemistisch als gesellschaftliche »Integration« oder (mit Luhmann) als »Inklusion« in das System der Arbeit bezeichnet. Vulgär-kommunitaristisch gehöre es zum »Wohle aller« »zu den Solidarpflichten der Gemeinschaft, ihre Mitglieder nicht vor Marktzwängen zu schützen, die sie dazu bewegen können, sich noch einmal aufzuraffen« (Heinze/Streeck 1999, 44). Auch Hartz akzentuiert dies als Aufgabe aller, niemand dürfe jetzt »blockieren oder schmollen«, es »ist jeder gefordert«, Kritik sei unangebracht (Kommission 2002, 286). Tatsächlich verfolgen solche Positionen klar partikularistische Interessen. Hartz und andere zeigen sich hier in ungewöhnlich offener Weise als personifizierte Charaktermasken der Bourgeoisie, der nackten Interessen der herrschenden Gruppen. Diese stilisieren sich selbst als Opfer von Zwängen, wissenschaftlich abgesichert: »Mangels Alternativen besteht die Aufgabe darin, das jetzige System funktionsfähig zu halten und zu verbessern«, so Hutton und Giddens (2001, 261). Es existiert kein Platz mehr für Kapitalismuskritik. Das Funktionieren des Systems wird selbst zur Alternative gegenüber katastrophischen Konsequenzen eines unregulierten Kapitalismus.

Neoliberalismus de Luxe – Requalifikation der Arbeitskräfte

Doch der neoliberale Workfare-Staat hat noch mehr zu bieten, schließlich braucht das Kapital nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern billige qualifizierte Arbeitskräfte.¹⁰ Und für die Nationalstaaten sind qualifizierte Arbeitskräfte und das Thema Bildung überhaupt ein wesentlicher Faktor im transnationalen Standortwettbewerb.¹¹ Der Widerspruch zwischen Dequalifikation durch einseitig flexibilisierte Produktionsverhältnisse und der Anforderung nach Höherqualifikation durch die Entwicklung der Produktivkräfte nimmt im Neoliberalismus eine spezifische Form an: Während Workfare die »negative Erziehungsfunktion« (Gramsci, Gef. 5, 1043) der Arbeitskräfte an die neue Anforderung übernimmt, nimmt Bildung eine potenziell konsensstiftende »positive Erziehungsfunktion« ein. Die Ansätze reichen von der Requalifizierung im Beruf oder bei Arbeitslosigkeit, über die Reform der Hochschulen und den aufgeregten Debatten der Schulreform, angeregt durch die internationale PISA-Studie, bis hin zur Forderung nach neuen Eliten. Ideologisch überformt reagieren diese Diskurse auf reale Problemlagen: Das in den Bildungsinstitutionen vermittelte Wissen »hat sich vom Leben entfernt« (Gef. 7, 1524), sowohl von der Entwicklung der Bedürfnisse der gesellschaftlichen Individuen wie von den Bedürfnissen der neuen Produktions- und Arbeitsformen. Der neoliberale Diskurs um eine Bildungskrise nimmt dies auf und liefert eine bestimmte Bearbeitungsweise dieses Problems. Ohne dies hier näher untersuchen zu können, und ohne die auch fortschrittlichen Elemente¹² – notwendig für die Organisation eines breiten aktiven Konsenses – darin aufzuzeigen, wird eine Tendenz neoliberaler Bildungspolitik deutlich: die Zurichtung der Bildung auf Verwertung, die Steigerung des Leistungsprinzips und mehr Druck für jene am unteren Rand, die diese Leistung nicht erbringen können (zunächst durch Aussonderung in

9 Die so genannten Minijobs stellen zunächst einen Versuch dar, die vielen informellen Beschäftigungsverhältnisse in Haushalten zu legalisieren und steuerlich zu subventionieren. Der von der Hartz-Kommission vorbereitete und von Bundesregierung und Opposition nun ausgehandelte Kompromiss zu den Minijobs sieht aber vor, die Grenze der Steuer- und Sozialabgabenfreien Beschäftigung von 325 auf 400 € anzuheben (Arbeitgeber zahlen eine 25 %ige Pauschalabgabe, bei Haushaltshilfen nur 12 %). Darüber hinaus sollen bis 800 € im Monat verminderte Sozialabgaben für Arbeitnehmer fällig werden (von 6 % bis zum vollen Satz von derzeit 21 %), um so den Anreiz zur Aufnahme schlecht bezahlter Stellen zu erhöhen und Teilzeitarbeit attraktiver zu gestalten. Das Niveau der anrechnungsfreien Einkommen neben dem Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld soll den Übergang in die Arbeit fließender gestalten. Angesichts des Zwangs zur Annahme von Niedriglohnarbeit bedeutet dies einen Wandel staatlicher Sozialleistungen von *Lohnersatzleistung* zur *Lohnergänzungsleistung*, so der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums in seinem Bericht von August 2002. Verbunden mit der generellen Senkung von Arbeitslosenhilfe (jetzt »Arbeitslosengeld II«) und der Sozialhilfe (bei gleichzeitiger Aufstockung der Mehrbedarfzuschläge und Erhöhung der Freibeträge für »Hinzuverdienst«) wird eine Abkehr vom individuellen Recht auf eine existenzsichernde staatliche Unterstützung betrieben, zugunsten einer Konzentration

staatlicher Hilfsleistungen auf die »wirklich« Bedürftigen (Friedman 1962, 60; Hayek 1980, Bd. 3, 83).

10 Auf eine gewisse »Strukturkorrespondenz« zwischen der Ausformung des Bildungssystems und den psycho-sozialen Anforderungen der jeweiligen Produktions- und Arbeitsweisen haben bereits Samuel Bowles und Herbert Gintis in *Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie* (1978) hingewiesen.

11 Im Geschäftsbericht 2000 der rot-grünen Bundesregierung erhalten Kreativität und Kompetenz der menschlichen »Humanressourcen« den Rang des »wichtigsten Rohstoffs Deutschlands« (34). Von bildungspolitischen Reformen hänge die »Weiterentwicklung des Industriestandortes Bundesrepublik« ab (53).

12 So warnte eine kritische Bildungsforschung seit Jahren davor, dass trotz Ausweitung des Bildungssystems (oder gerade aufgrund ihrer besonderen Form) sich klassen- und schichtspezifische Ungleichheiten verfestigen, statt abgebaut zu werden (Heydorn 1969, Bourdieu 1973, Bowles/Gintis 1978), ohne dass dies in der (bildungs-)politischen Öffentlichkeit für besondere Aufregung gesorgt hätte. »Erst die vorherrschend neoliberale Artikulation, von der die Auswertung der PISA-Studie bestimmt ist, die Befürchtung also, dass die soziale Ausdifferenzierung in den Klassenräumen zu einem Standortnachteil im globalen Wettbewerb der »Wissensgesellschaften« zu werden drohe«, brachte (vor allem in Deutschland) eine

der Schule, endlos-erzwungene Qualifizierungsversuche und schließlich Arbeit im Niedriglohnsektor). Die Teilung in hochproduktive und wenig qualifizierte Arbeitskräfte wird dabei durch die Subjekte selbst mit reproduziert. Auf den verstärkten Druck zum Lernen reagieren viele Kinder wie Erwachsene in gerechtfertigter Weise mit Widerstand, der jedoch häufig in Ablehnung von Bildung überhaupt umschlägt und damit ihre gesellschaftliche Position am unteren Rand weiter verfestigt. Als »bildungsresistent« abgeschrieben werden sie eben in Niedriglohnjobs mit schlechten Arbeitsbedingungen gezwängt. Auf der anderen Seite streben Arbeitskräfte massenhaft zu computer-, informations- und kommunikationsorientierten Weiterbildungen, um aus der vermeintlichen Sackgasse industrieller Arbeit herauszukommen und als »immaterielle Arbeiter« im Dienstleistungssektor in Projektarbeit Selbstausbeutung zu betreiben. Ihre Ablehnung kollektiver Organisationsformen, etwa Gewerkschaften, schreibt sie zugleich auch auf prekäre Arbeitsformen fest.

Grundsätzlich wird eine Mobilisierung von Qualifizierungspotenzialen angestrebt. Erreicht werden soll dies durch die Abkehr von umfassenden Bildungsabschlüssen durch Einrichtung von flexiblen und »schlanken« Bildungsgängen (wie dem Bachelor – der Master bleibt dann einer »Elite« vorbehalten; Weiterbildungslehrgänge statt Höherqualifizierung durch fachliche Ausbildung, von Lernmethoden statt -inhalten¹³ etc.). Polemisch heißt dies: *Bildung für die Elite – Beschäftigungsfähigkeit fürs Volk*. Bildung wird auf Ausbildung in Hinblick auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes reduziert. Folge ist eine zunehmende Marktorientierung und Privatisierung von Bildung, vor allem von Weiterbildungsträgern, aber auch Hochschulen und Schulen. Die Bildungseinrichtungen erhalten mehr Autonomie (z. B. über Globalhaushalte) und sollen untereinander um Standards und »Drittmittel« konkurrieren. Damit ist zugleich eine Differenzierung des Bildungsangebots wie auch dessen marktförmige Vereinheitlichung und Ausrichtung an Verwertbarkeit beabsichtigt. Der Bildungsbegriff wird auf Ausbildung und Wissenserwerb verkürzt. »Unnützer« Ballast soll abgeworfen werden und eine vermeintliche Praxisnähe befördern. Letztere zielt auf eine »ideologische Subjektivierung von Bildungspraxen« (Merkens 2002, 340). Mit einer tendenziellen Abkehr von der Überprüfung reproduzierbaren Wissens sollen die Individuen als Subjekte des Lernens stärker in den Mittelpunkt rücken. Individuelle Lernerfahrungen (an die Möglichkeit kollektiver Lernerfahrungen wird kaum mehr gedacht) sollen Kreativität und Identitätsfindung stärken. Die Stichworte sind »ganzheitliches«, »eigenständiges«, »anwendungsbezogenes« und »erfahrungsorientiertes« Lernen (vgl. Bernhard 2002, 313). Ganztagschulen sollen diesen Ansatz verwirklichen und Mütter auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, voll am Erwerbsleben teilzuhaben und gegebenenfalls zuvor entsprechende Requalifikationsmaßnahmen zu absolvieren. Auch in Bildungsfragen wurden in der Art einer passiven Revolution emanzipative Forderungen der Linken aufgenommen und in neoliberaler Form reartikuliert. Doch was hoffnungsvoll »lebenslanges Lernen« genannt wurde, wird zu einem »Bildungsdauerlauf«, in dem »die Subjekte ruhelos ihrer immer schneller verfallenden

den Brauchbarkeit hinterher rennen« (Geißler 1998, 79). Die Emanzipationsidee, dass es uns durch Bildung dereinst besser ginge, löst sich unter dem Zwang zur ökonomischen Verwertung der Bildung auf. Permanente Qualifizierung und Requalifizierung tritt als objektive Notwendigkeit auf, der sich die Subjekte einsichtig unterzuordnen haben bzw. die sie aktiv aufgreifen sollen. Ziel ist die Abschaffung jener Bildungshemmnisse, »die der Entfaltung der Produktivität und der Subjektvermögen der Individuen im Wege standen«; eine effizientere Gestaltung und Verallgemeinerung der Lernprozesse »sollte möglichst viele der zur Verfügung stehenden Humanressourcen in verwertbares Arbeitsvermögen verwandeln« (Bernhard 2002, 316). Ergebnis ist eine umfassende Ökonomisierung des Selbst, die von der Vorstellung des unternehmerisch handelnden Menschen geprägt ist.

Allerdings reproduziert die »zeitliche und räumliche Entgrenzung des Lernens« (Merkens 2002, 340) durch seine Ökonomisierung zugleich widersprüchliche Nutzungsmöglichkeiten dieses erweiterten Wissens. Vermittlung von Lernmethoden und von mehr Selbständigkeit beim Lernen statt eines tradierten Wissenskanons, von real erweiterter Autonomie also, ermöglicht auch die Aneignung anderer als der gewünschten Lerninhalte, ermöglicht potenziell ein größeres Selbstvertrauen beim Beurteilen und Infragestellen des Gelernten. Der Erwerb von Wissen verändert Selbstverhältnisse wie gesellschaftliche Verhältnisse. Je mehr spezifische Fähigkeiten entwickelt werden, desto vollständiger die Subjektivation, desto mehr wird aus der einfachen (von außen aufgezwungenen) Unterordnung eine Beherrschung der Praxis als aktive Zustimmung des hegemonialen Konsenses – Unterwerfung und Beherrschung bilden eine widersprüchliche Einheit. Doch der Erwerb des »savoir-faire« (Althusser) ermöglicht auch die Aneignung und Veränderung der Verhältnisse durch die Subjekte, verschiebt potenziell Machtverhältnisse und macht gegenhegemoniale Praxen auf einem höheren verallgemeinerten Niveau des Wissens denkbar. Schließlich kann sich die »begreifende Selbstverfügung« (Bernhard 2002, 315) erst auf der Grundlage von Wissen entwickeln. Bildung nimmt somit wichtige Funktionen für die Legitimierung, aber auch die Anfechtung von Herrschaft ein (vgl. Heydorn 1969). Sein »Humankapital« zu optimieren ist nicht genug, »das Menschsein-Wollen« lässt sich »unter dem Qualifikationskostüm neoliberaler Reproduktionsbedingungen nicht stilllegen« (Bernhard 2002, 322).

Der neoliberale Workfare-Staat dient somit der Anpassung der Arbeitskräfte und der Sozial- und Bildungssysteme an eine veränderte hochtechnologisch flexible Produktionsweise – und macht zugleich die vollständige Entwicklung letzterer erst möglich. Im Rahmen neoliberaler Restrukturierung sind damit und darüber hinaus spezifische Formen erweiterter Selbstbestimmung, Verantwortung und Wahlfreiheit ermöglicht worden, bezogen auf Arbeitsformen, Lebensstile, Konsum oder Geschlechterverhältnisse. Mit der Förderung dieser Handlungsoptionen ist zugleich die Forderung nach ihrem spezifischen Gebrauch verbunden. »Wer es an Initiative, Anpassungsfähigkeit, Dynamik, Mobilität und Flexibilität fehlen lässt, zeigt objektiv seine oder ihre Unfähigkeit, ein freies und rationales

neue Dynamik in die Diskussion (Merkens 2002, 339). Trotz vielfältiger Kontroversen zeichnet sich eine breite Zustimmung zu den neoliberalen Reformvorschlägen ab, nicht zuletzt durch die Aufnahme kritischer Forderungen zur Reform der Bildungssysteme aus dem Kontext der sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, die reartikuliert und ideologisch als »lebenslanges Lernen«, »Autonomie« und »Eigenverantwortung« aufgeladen, der neoliberalen Modernisierung dienen (350).

13 Schon aufgrund der raschen Entwertung erworbenen »Wissens« durch die beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte und dem Kult um das ewig Neue eine vermeintliche Notwendigkeit. Entsprechend sollen Methoden der Wissensaneignung statt konkreter Wissensbestände im Mittelpunkt stehen.

Subjekt zu sein.« (Bröckling u. a. 2000, 30) Dem wird staatlicherseits abgeholfen: durch »fordern und fördern« wird ein »autonomes« neoliberales Subjekt erzwungen. »Die eingeklagte Selbstverantwortung« reduziert sich dabei auf die »Ausrichtung des eigenen Lebens an betriebswirtschaftlichen [...] Kalkülen« (ebd.) der Verwertbarkeit der Arbeitskraft. Durch seine Intervention im Bereich Forschung und Technologie, auf die hier nicht näher eingegangen werden konnte, vor allem aber durch seine Maßnahmen zur Beschleunigung der Reproduktion und Qualifikation der Arbeitskraft wirkt der Staat unmittelbar als entgegenwirkende Ursache zum tendenziellen Fall der Profitrate (vgl. Poulantzas 1978, 164 f). Wohlgermerkt stellt dies keine Lösung des Problems struktureller Arbeitslosigkeit dar, aber eine durchaus wirksame Bearbeitungsweise. Die dieser Art vorangetriebene Entwicklung der Produktivkräfte produziert zugleich Widersprüche und weist damit potenziell auch immer schon über diese konkrete Art neoliberaler Vergesellschaftung hinaus.

Bislang aber wird mit der Aufrechterhaltung finanzpolitischen Drucks das Terrain für weitere Reformen der Sozialsysteme bereitet. Die Agenda 2010 zeigt die Richtung auf, die CDU/CSU setzt auf noch radikalere Positionen. In diesem Klima reduziert sich die neue Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in ihrer Umsetzung auf ein »fordern statt fördern«. Nach dem Einstieg in die Privatisierung von Renten- und Krankenversicherung ist dies nun auch bei der Arbeitslosenversicherung denkbar. Nach jeder weiteren Anhebung der Beiträge bei gleichzeitiger Absenkung sozialstaatlicher Leistungen, der zeitlichen Verkürzung ihrer Gewährung und Verschärfung der Disziplinarmaßnahmen stellt sich für gut verdienende und hochqualifizierte Arbeitskräfte zunehmend die Frage: Wozu brauche ich sozialstaatliche Sicherungssysteme noch? Denkbar geworden ist der Weg zur steuerfinanzierten Grundsicherung auf niedrigem Niveau (selbstverständlich verbunden mit entsprechenden Pflichten oder »gemeinnützigem« Arbeitszwang) und einer privaten Vorsorge für jene, die es sich leisten können. Eigenverantwortung wird zum Zwang und individuelle Freiheit mündet in die systematische Zerstörung gesellschaftlicher Solidarität. Doch die aktive Zustimmung zu den Sozialreformen ist dahin. Allenfalls kann mangels sichtbarer politischer Alternativen ein brüchiger passiver Konsens aufrechterhalten werden. Auf wachsende Widerstände und Unzufriedenheiten reagieren die herrschenden Gruppen mit einer Beschleunigung der immer gleichen neoliberalen Reformen und einer Betonung von Zwangselementen gegenüber dem Konsens. An einem solchen Punkt »lösen sich die gesellschaftlichen Gruppen von ihren traditionellen Parteien, das heißt, die traditionellen Parteien in dieser gegebenen Organisationsform, mit diesen bestimmten Männern, die sie bilden, sie vertreten oder führen, werden von ihrer Klasse oder Klassenfraktion nicht mehr als ihr Ausdruck anerkannt« (Gef. 7, 1577 f). Es kommt zu einem »Zwiespalt zwischen Repräsentierten und Repräsentanten«. Es bleibt offen, ob der Riss in der hegemonialen Apparatur durch autoritäre Formen des Neoliberalismus und die Produktion von Konsens durch Zwang vorübergehend gekittet werden kann, oder ob es gelingt, ihn von links zu einem Bruch auszuweiten (vgl. Candeias 2004).

Literatur

- Bernhard, Armin (2002): Neue Lernkultur und die marktconforme Zurichtung der Bildung, in: *Das Argument* 246, 44. Jg., S. 311-324.
- Blair, Anthony (1999): Facing the Modern Challenge – the Third Way in Britain and South Africa, Rede vom 21. Januar, Südafrika, Auszüge in: N. Fairclough (1999), *Die Konstruktion des Fortschritts im Diskurs von New Labour*, in: *Das Argument* 230, 41. Jg., S. 373-382.
- Blauer Montag (Autorenkollektiv, 2002): *Arbeitskraftunternehmer, Ich-AG und »aktiverender Sozialstaat«*, in: *Das Argument* 248, 44. Jg., S. 709-723.
- Boss, Alfred (2002): *Sozialhilfe, Lohnabstand und Leistungsanreize*, Berlin u. a.
- Bourdieu, Pierre (1973): *Kulturelle Reproduktion und soziale Reproduktion*, in: Ders. u. J. C. Passeron: *Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt*, Frankfurt/M.
- Bowles, Samuel, u. Herbert Gintis (1978): *Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie*, Frankfurt/M.
- Bröckling, Ulrich, Susanne Krasmann u. Thomas Lemke (Hg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart*, Frankfurt/M.
- Brütt, Christian (2001): »Neoliberalismus plus«, in: M. Candeias u. F. Deppe (Hg.): *Ein neuer Kapitalismus?* Hamburg, S. 265-283.
- Ders. (2002): Nach Hartz, Konsensualer Neoliberalismus im aktivierenden Sozialstaat, in: *Das Argument* 247, 44. Jg, S. 559-568.
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg.
- Esping-Andersen, Goesta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Friedmann, Milton (1962): *Kapitalismus und Freiheit* (1984), Frankfurt/Berlin.
- Geißler, K. (1998): *Das Diktat der Tempomacher*, in: *Widerspruch* 36, 18. Jg., Heft 2.
- Giddens, Anthony (1999): *Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio (zit. Gef.) (1991 ff): *Gefängnishefte*, Bd. 1-10, hgg. v. K. Bochmann, W. F. Haug u. a., Berlin/Hamburg.
- Hayek, Friedrich A. von (1977): *Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen.
- Ders. (1980): *Recht, Gesetzgebung, Freiheit 3. Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, Landsberg a. Lech.
- Ders. (1981): *Recht, Gesetzgebung, Freiheit 2. Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, Landsberg a. Lech.
- Heinze, Rolf, u. Wolfgang Streeck, *An Arbeit fehlt es nicht. Die bisherige Beschäftigungspolitik ist gescheitert, eine radikale Wende unumgänglich: im Dienstleistungssektor könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen*, in: *Der Spiegel*, Nr. 19, v. 10.05.1999, 38-45
- Heydorn, Heinz-Joachim (1969 ff): *Ungleichheit für Alle, Bildungstheoretische Schriften*, Frankfurt/M.
- Hunt, Emery; Howard Sherman (1993): *Volkswirtschaftslehre*, 2 Bd., Frankfurt/New York.
- Hutton, Will; Anthony Giddens (Hg.) (2001): *Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, Frankfurt/New York.
- Kalecki, Michael (1943): *Politische Aspekte der Vollbeschäftigung*, in: Ders. *Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971*, Marburg 1987, S. 235-241.
- Kommission *Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* (2002): *Vorschläge der Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Umstrukturierung der BfA*, Berlin, <http://bmairacer.workbox.de/Hartz-Kommission>.
- Lehnhardt, Gero; Claus Offe (1977): *Staatstheorie und Sozialpolitik*, in: Chr. V. Ferber, F. X. Kaufmann (Hg.): *Soziologie und Sozialpolitik*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 19, S. 98-127.
- Lessenich, Stephan (1999): *Vorwärts – und nichts vergessen. Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention*, in: *Prokla* 116, 29. Jg., S. 411-430.
- Merkens, Andreas (2002): *Ideologie, Kritik, Bildung*, in: *Das Argument* 246, 44. Jg., S. 339-53.
- Peck, Jamie (1999): »Help and Hassle« – *Mittel, Motive und Methoden lokaler Workfare-Strategien*, in: S. Lang u. a. (Hg.): *Jobwunder USA*, Münster, S. 192-209.
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Röpke, Wilhelm (1948): *Die Gesellschaftskrise der Gegenwart*, Erlenbach/Zürich.
- Roth, Roth (1998): *Postfordistische Politik*, in: Chr.Görg u. R.Roth (Hg.), *Kein Staat zu machen*, Münster, 95-118
- Scharpf, Fritz W. (1995): *Subventionierte Niedriglohnbeschäftigung statt bezahlter Arbeitslosigkeit*, in: *Zeitschrift für Sozialreform*, 41. Jg., Heft 2, S. 65-82.
- Schröder, Gerhard; Anthony Blair (1999): *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*, u. a. in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, S. 887-96.

WOLFGANG WEISS

Tragfähigkeit – ein Begriff der Regional-Demographie mit politischen Implikationen

Die globale Bevölkerungsentwicklung wird oft mit *dem Bevölkerungsproblem* gleichgesetzt. Der Begriff wird zumeist auf ein Ungleichgewicht zwischen der Anzahl der Bevölkerung und den Möglichkeiten der Befriedigung von Grund- und Kulturbedürfnissen reduziert. Historisch stand zunächst, wie bei *Malthus*, der formale Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und der Menge der Nahrungsmittel im Mittelpunkt (Khalatbari 1998, S. 6 f.). Später erweiterte sich die Frage zur Beziehung von Anzahl bzw. zahlenmäßiger Zunahme der Menschen und Armut in ausgewählten Teilen der Welt. Komplexere Zusammenhänge, z. B. die sozialen und politischen Hintergründe von Hunger, bleiben in der demographischen Literatur bisher leider häufig ausgeblendet. Selbst die Anerkennung des Zusammenhanges von Armut in einem Teil der Erde und der Ressourcenverschwendung an anderer Stelle erfährt bis heute erhebliche Widerstände. Mittlerweile scheint jedoch auch diese Erkenntnis durch das reale Bevölkerungswachstum, welches in weiten Regionen der Erde der dominanteren Prozess ist, überholt worden zu sein; im globalen Maßstab haben sich die Relationen verändert und lassen sich wie folgt umreißen:

- Noch nie gab es auf der Erde gleichzeitig so viele Menschen.
- Noch nie wurden so viele Menschen geboren und
- noch nie hatten die Menschen zur Geburt eine so hohe Lebenserwartung.
- Noch nie gab es so viele junge Menschen und
- noch nie gab es so viele alte Menschen.
- Noch nie war die Existenz der Menschheit als Gattung durch eigenes Wirken so gefährdet.

Diese im weltweiten Maßstab neuen Verhältnisse verlangen nach neuen Erklärungen, um zu realisierbaren Lösungen der daraus abgeleiteten oder der damit in Zusammenhang stehenden Probleme zu gelangen. Das größte Problem ist sicher der *Hunger* in der Welt. Es dürfte dabei relativ unwichtig sein, ob es nun wirklich exakt 825 Mio. Menschen sind (also fast jeder Siebente!), die an chronischer Unterernährung leiden, oder ob es sich dabei »nur« um einen Nahrungswert handelt, ob es 10 000 oder 35 000 Kinder sind, die täglich durch Hunger oder an dessen Folgen sterben (FAO Report 2000)! Es dürfte auch unerheblich sein, ob dieser Hunger als generelles Nahrungsmitteldefizit auftritt oder ob er »lediglich« Ausdruck von Mangelerscheinungen durch einseitige bzw. defizitäre Ernährung ist, und welchen Anteil der zunehmende Mangel an sauberem Trinkwasser

Wolfgang Weiß – Jg. 1954; Dr. rer. nat. habil., Lehrbeauftragter und Leiter der Forschungsgemeinschaft »populus et regio« am Institut für Geographie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, zuletzt in UTOPIE kreativ: Zwischen Marx und Malthus. Die Scheu der Linken vor der Demographie, Heft 159 (Januar 2004).

daran hat. Jeder einzelne Fall ist einer zuviel. Bedeutend hingegen ist die räumliche Verteilung von Hunger, Armut und existenzieller Not auf der Erde: Wegen ihrer geographischen Verbreitung und der engen Beziehung von Bevölkerungswachstum und Ernährung wird auch vom »Malthusianischen Gürtel« gesprochen (Ruppert 1982). Diese Gebiete werden inhaltlich wie räumlich von jenen unterschieden, in denen eine stagnierende oder sogar rückläufige Bevölkerung in Wohlstand und Sicherheit lebt. Die oben aufgelisteten Probleme sind also zu ergänzen:

- Noch nie ging es zeitgleich so vielen Menschen so gut und
- noch nie ging es zeitgleich so vielen Menschen so schlecht!

In die Publizistik ist dieser weltweite Wandel aus unterschiedlicher Perspektive und mit verschiedenen Absichten unter der Bezeichnung »*global change*«, aber auch als »*Wende*«¹ eingegangen. Letztlich geht es um jene Fragen, die schon von Johann Peter *Süssmilch* (1707-67) und Robert *Malthus* (1766-1834) aufgeworfen wurden. In die heutige Sprache übersetzt und rational verkürzt fragte Werner *Mohrig* (1976): »Wieviel Menschen trägt die Erde?«

1 Die bereits 1982 erschienene englischsprachige Originalausgabe der »Wendezeit« von Capra wurde aus der Perspektive der 1970er Jahre geschrieben!

Allgemeine Perspektiven auf die Tragfähigkeit

Der allgemeinste Begriff zur Beschreibung der Fragestellung ist *Tragfähigkeit*. Heute wird darunter allgemein ein Potenzial verstanden, das eine maximale Bevölkerungsdichte bzw. die Existenz einer maximal bestimmten Anzahl von Menschen in einem konkreten Raum ermöglicht. Die Determinanten dieses Maximums sind allerdings äußerst verschieden. Es sind nach wie vor die Bedingungen des Naturraumes, zunehmend jedoch soziale Faktoren, vor allem aber Unterschiede in den ökonomischen Grundlagen von Wirtschaftsräumen und deren Verflechtung mit anderen Regionen, welche selbst in unmittelbarer Nachbarschaft zu fast unbesiedelten Flächen zu enormen Konzentrationen führen können. Das Sinnbild dafür ist die Oase in der Wüste. Aus einem anderen Blickwinkel ist jedes Maximum nur als temporäre Erscheinung sinnvoll, etwa ein mit Publikum gut gefülltes Stadion bei einem hochkarätigen Fußballspiel. Dabei ist sowohl die räumliche Dimension von Bedeutung, also der Maßstab der Betrachtung, als auch die zeitliche Dimension, insbesondere bezüglich der Beständigkeit von Konzentrationsgründen, wie z. B. die Vorräte eines Rohstofflagers.

Die Vielfalt der Perspektiven auf den Begriff kann jedoch zu erheblichen Missverständnissen führen, so dass eine Differenzierung notwendig erscheint. Dabei ist die folgende Diskussion keineswegs als ein in sich geschlossenes oder abgeschlossenes Konstrukt anzunehmen, sondern eher als Versuch eines Einstiegs in eine differenzierte Behandlung des Themas, das bislang zumeist leider allzu oft nur eindimensional behandelt wurde.

Einige Gebiete der Erde zeichnen sich als Gunsträume der menschlichen Existenz aus, wogegen in anderen Gebieten das menschliche Leben durch Eigenschaften des Naturraumes erschwert wird. Die Überwindung vorrangig natürlicher Grenzen des Siedlungsraumes erfolgt zumeist im sozialen Kontext mit technischen und technologischen Mitteln. Dieser Prozess hat einen quantitativen und einen qualitativen Aspekt, welche in der Praxis eng zusammen-

wirken. Quantitativ wird die bereits besiedelte Fläche vergrößert, während qualitativ die Tragfähigkeit der bereits besiedelten Gebiete erhöht wird.

Die Tragfähigkeit wird sowohl durch physisch-geographische Komponenten (Klima, Relief, Vegetation, Bodengüte) als auch soziale und ökonomische Momente bestimmt. Unter letzteren dominiert der Entwicklungsgrad der Produktionsfaktoren bzw. der Produktivkräfte vor anderen Merkmalen, wie z. B. der Wirtschaftsstruktur, dem Sozialverhalten im Rahmen des jeweils gegebenen sozialen Systems, der Bevölkerungsstruktur und nicht zuletzt der Siedlungsweise, welche bezüglich der Bevölkerungsverteilung auch unter Beachtung der zeitlichen Entwicklung als eher abgeleitet zu betrachten sind (Bähr 1983, S. 260 ff.).

Tragfähigkeit ist also ein komplexer Begriff, in welchem die Relativität der Beziehung zwischen den natürlichen Lebensgrundlagen, der sozialökonomischen Entwicklung und kulturellen Ansprüchen des Menschen im Rahmen seiner Geschichte zum Ausdruck kommt (siehe Tabelle 1 im Anhang).

Überschreitung von Tragfähigkeit führt zur *Überbevölkerung*. Je nach Dominanz jener Faktoren, welche die Tragfähigkeit einschränken, sollte von einer agraren, ökonomischen bzw. ökologischen Tragfähigkeit gesprochen werden. Folglich kann die Überbevölkerung analog als agrare, ökonomische bzw. ökologische Überbevölkerung bezeichnet werden.

Im engeren Sinne wird der Begriff Tragfähigkeit weitgehend mit der *agraren Tragfähigkeit* gleichgesetzt. Er beschreibt den *Nahrungsmittelspielraum* (Mombert 1929) und damit genau diejenige Tragfähigkeit, von welcher schon *Süßmilch* (1741) und später *Malthus* (1798) ausgingen (Elsner 1999). Die agrare Tragfähigkeit im engeren Sinne drückt die jeweils aktuelle Relation von Nahrungsmittelproduktion und existierendem Nahrungsmittelbedarf aus, im weiteren Sinne die Mensch-Ressourcen-Relation (Leib; Mertins 1983, S. 206).

Die Vergrößerung der Bevölkerung erhöht den Nahrungsmittelbedarf, und das verlangt nach Erweiterung der Nahrungsmittelproduktion. Doch bis in die 1920er Jahre dominierte bei der Bearbeitung dieses Problems mechanistisches und deterministisches Denken. Die Anwendung moderner Technologien der Agrarwirtschaft und soziale Faktoren waren dabei untergeordnet. Für Penck (1924) lag das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie in der Befriedigung der Nahrungsmittelbedürfnisse; bei Annahme einer maximalen agraren Bodenausbeutung war für ihn der Höchstsertrag primär durch physisch-geographische Bedingungen (Fläche, Klima, Boden usw.) beschränkt. Damit ist die durch ihn berechnete maximale Bevölkerungszahl der Erde als agrare Tragfähigkeit zu verstehen (siehe Tabelle 2 im Anhang).

Jenseits der Tragfähigkeit

Ist der Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung größer als die Menge der verfügbaren Nahrungsmittel, so ist Hunger die Folge. Formal werden die an Hunger oder seinen Folgen leidenden Menschen allgemein als *Überbevölkerung* bezeichnet. Hunger ist für die Betrof-

fenen etwas Absolutes, so dass aus ihrer Perspektive eine weitere Differenzierung nach agraren oder anderen Ursachen der Überbevölkerung relativ unsinnig ist. Immerhin hungern heute etwa 825 Millionen Menschen bzw. sind chronisch unterernährt. Dieses Problems ist kaum kurzfristig zu bewältigen. Trotz weiterer agrarer und industrieller Fortschritte werden im Jahr 2015 wahrscheinlich noch immer 580 Mio. Menschen an Hunger leiden (FAO 2000).

Heute ist Tragfähigkeit nirgendwo mehr auf agrarwirtschaftliche Parameter und physisch-geographische Bedingungen sowie Produktionsmethoden und Produktivität zu beschränken. Allein die Tatsache, dass auch in reichen Gesellschaften Menschen hungern und sogar an Hunger sterben, zeigt, dass auch rein soziale Bedingungen die Tragfähigkeit bestimmen können. Dieser Sachverhalt sei hier als *soziale Tragfähigkeit* bezeichnet. Diese reflektiert primär die jeweiligen Verteilungsmechanismen einer Gesellschaft und kennzeichnet das Maß der Teilhabe des Einzelnen am gesellschaftlichen Reichtum. Sie umfasst aber auch kulturelle Momente, wie z. B. die in einer Gesellschaft üblichen Ernährungsgewohnheiten, die durch bestimmte Stufen der Veredelung von Nahrungsmitteln, vor allem von Getreide als Viehfutter zu Fleisch, zur Beschränkung der insgesamt zur Ernährung bereitstehenden Mittel beiträgt.

Sofern die *agrare Tragfähigkeit* von Produktion und Verteilung des Produktionsergebnisses abhängt, ist sie als eine Form der *sozialen Tragfähigkeit* zu verstehen. Im engeren Sinne umschreibt die *soziale Tragfähigkeit* aber diejenige Bevölkerung, die durch eine Gesellschaft »ernährt« werden kann, *ohne soziale Verwerfungen zu erleiden*.² Das geht nicht nur weit über den Begriff *Ernährung* hinaus, sondern orientiert sich an durchschnittlich üblichen Aufwendungen jenseits der Befriedigung der Grundbedürfnisse.³

Interessant ist diesbezüglich die Perspektive der *Kulturlandschaftsforschung*. Im Vergleich mit seinen Nachbarn bewertet Müller-Wille (1952) die hohe Bevölkerungsdichte in Westfalen und bezieht sich auf Wagner (1923) und Penck (1924): Er kennzeichnete die Region als *gut bewohnt* bzw. als *reich besiedelt*. Der zwar primär agrarwirtschaftliche Tragfähigkeitsansatz bezieht sich damit auf soziale Momente, welche die Kultur und die Lebensweise der Menschen einer *Landschaft* widerspiegeln. Ihre *Güte* und ihr *Reichtum* werden als *Qualität* verstanden, einer bestimmten Anzahl von Menschen als Lebensraum zu dienen. Anders gesagt: Je reicher eine Region ist, desto mehr Menschen kann sie »ernähren«.

Rein formal spielt in den industrialisierten Regionen der Erde die Tragfähigkeit im Sinne der Existenzsicherung der Bevölkerung keine entscheidende Rolle mehr. Tragfähigkeit hat hier eher eine Bedeutung im Sinne von »erträglich«. Verdichtungen in städtischen Kernräumen mit Umweltproblemen, mentale Belastungen durch hohe Verkehrsdichten, Unterschreitung der persönlichen Distanzmaße im täglichen Sozialkontakt, z. B. in öffentlichen Verkehrsmitteln, Stress durch Lärm, Deprivation durch hohe Wohndichten und vieles mehr werden oft als unerträglich empfunden. Die Psychologie untersucht diese Fragen forschungsseitig u. a. in der *Crowding-Forschung* und behandelt das *Crowding-Syndrom* sogar als psychologisches Krankheitsbild (Schultz-Gambard 1985). Der *Gedrängefaktor* führt also

2 »Sozial« ist nicht gleich »sozial gerecht« – das wird unter political correctness (»sozial verträglich«) sowie in der »linken« Literatur, insbesondere im Sinne einer politischen Programmatik, oft verwechselt..

3 Das Maß dafür wird in der aktuelleren politischen Praxis mindestens überall dort gesucht, wo sich der Begriff z. B. auf die Tragfähigkeit sozialer Netze bzw. auf die »Größen ihrer Maschen« erweitern lässt, wenn in der Rentendiskussion den Menschen suggeriert wird, dass nur die Alten an der Gefährdung des Sozialstaates schuld sind, weil sie zu lange leben, und wo über Einwanderungsquoten mit »Das Boot ist voll!« diskutiert wird. – Das richtige Maß dagegen zu finden und dennoch gerecht zu sein, dürfte eine der größten Herausforderungen humanistischer Politik sein!

4 Die Reaktionen des Einzelnen können sehr verschieden sein. Sie hängen von individuellen Ansprüchen ab, aber auch von den Möglichkeiten, auszuweichen. Typisch ist die Segregation der vermögenden Bevölkerung aus den Zentren in das Umland, wo in ländlicher Ruhe ein Ausgleich zur psychischen Belastung im Beruf und durch die Stadt gesucht wird. Typisch ist auch das Abtauchen verminderter Teile der Bevölkerung in ein Umfeld, in dem gleiche Armut in der Nachbarschaft nicht so bedrückend empfunden wird, wie die Nähe einer vom Status her »inkompatiblen« Gruppe. Es geht also beim »crowding« weniger um die Verletzung einer realen Distanz, als um die Unterschreitung einer als unangenehm empfundenen Nähe.

zum Empfinden⁴ räumlicher Enge, was als *psychologische Tragfähigkeit* bezeichnet, kaum treffender charakterisiert werden kann (Ruppert 1990, S. 4-8.).

Tragfähigkeit und relative Überbevölkerung

Der Begriff *Überbevölkerung* fand auch schon in der klassischen politischen Ökonomie Anwendung. Er wurde damals allerdings im Sinne der *ökonomischen Tragfähigkeit* nicht auf demographische Fragestellungen angewandt, sondern auf die Unausgewogenheit von Erwerbsmöglichkeiten und die Anzahl der Erwerbspersonen. Dieser Sachverhalt wurde insbesondere durch Marx als *relative Überbevölkerung* bezeichnet (MEW 1964, Band 25, S. 246 f.), wobei die Relativität in zweifacher Hinsicht gegeben ist:

Erstens ist die Anzahl der durch den Rationalisierungsprozess von der Produktion ausgeschlossenen Arbeitskräfte immer im Verhältnis zur insgesamt notwendigen Arbeit zu sehen, was heute verkürzt in der Arbeitslosenquote zum Ausdruck gebracht wird. Zweitens sind diese »überschüssigen« Arbeitskräfte aus Sicht der Produktion keineswegs als Überbevölkerung anzusehen, wenn sie als Angehörige der konsumierenden Bevölkerung nicht »überflüssig« sondern sogar nötig sind.

Das entspricht einem sozialökonomischen Standpunkt, nach dem die Bevölkerung als Hauptproduktivkraft und als Hauptkonsumtionskraft der Gesellschaft eine Einheit bildet. Damit wird die Bevölkerung aber nicht im demographischen Sinne als demographische, sondern als sozialökonomische Kategorie angesprochen. Der häufige Vorwurf, Marx hätte sich hinsichtlich eines »allgemeinen Populationsgesetzes der Menschheit« geirrt, weil seine Aussagen nicht kompatibel zu den populationsdynamischen Anschauungen der Demographie seien, ist somit gegenstandslos – er zielt auf eine andere Kategorie in einem anderen System ab. Zwar sind die Begriffe zum Teil dieselben, sie haben aber unterschiedliche Inhalte. Wenn aber die Bevölkerung ausschließlich im Zusammenhang mit dem sozialökonomischen System unter Beachtung ihrer historischen Entwicklung analysiert wird, tritt sie ebenso ausschließlich als sozialökonomische Kategorie auf (Pankratjeva 1974).

Wenn heute aus demographischer Perspektive von »relativer Überbevölkerung« gesprochen wird, dann also ebenfalls wieder im Sinne einer ökonomischen, richtiger: einer *ökonomisch-technologischen Tragfähigkeit*. Dabei geht es im Kern um Defizite bei der Ausschöpfung von vorhandenen Ressourcen, wobei es unerheblich ist, ob die Ursachen im fehlenden technischen Know-how, im fehlenden oder fehlgeleiteten Kapital oder in den politisch-ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen liegen (Leib; Mertins 1983).

Eine ähnliche Perspektive auf die *ökonomische Tragfähigkeit* hatte offenbar Meadows, u. a. mit seiner Rückkopplung von Kapital, Landwirtschaft und Umweltverschmutzung auf die Bevölkerungsentwicklung, einem Beispiel für die Vernetzung demographischer Prozesse mit ökologischen, ökonomischen und im soziologischen Sinne sozialen Momenten (1972, S. 83). Dieser Ansatz führt ohne Umwege zur heutigen Problemlage:

Sie hat im globalen Maßstab im Unterschied zur »einfachen« agraren Tragfähigkeit eine völlig neue Qualität. Die *ökologische*

Tragfähigkeit beschreibt das Verhältnis von aktuellem Gebrauch und zukünftig notwendiger Menge und Qualität der Ressourcen in Abhängigkeit vom Wachstum der Bevölkerung. Das führt weit über die agrare Produktion im engeren Sinne hinaus. Insbesondere die Effektivität der Agrarwirtschaft in den entwickelten Industriestaaten beruht auf dem enormen Verbrauch nichtregenerierbarer Ressourcen sowie auf dem Einsatz von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln und synthetischem Dünger in einem Maße, das weit über den ökologisch optimalen Parametern des Bodens liegt.

Der FAO-Report 2000 geht davon aus, dass die globale Nahrungsmittelproduktion zumindest bis zum Jahr 2030 schneller als die Weltbevölkerung wachsen kann, weist aber gleichzeitig auf räumliche Unterschiede und den zunehmenden Druck auf die Umwelt hin.

Eines der Hauptprobleme dürfte diesbezüglich die zunehmende Desertifikation⁵ in vielen Teilen der Erde sein. Dabei beschränkt sich dieser Prozess heutzutage kaum noch auf gering besiedelte Areale. Allein in China, das mit nur 7 % der agraren Nutzfläche der Erde 22 % der Weltbevölkerung ernähren muss, hat die Desertifikation eine kaum vorstellbare Dynamik erreicht. Noch in den 1950er Jahren nahm die Wüstenfläche jährlich um 1 560 km² zu; in den 1970er Jahren waren es schon 2 100 km²; um 2000 sind es 2 460 km² – das entspricht fast der Fläche des Saarlandes! – 27 % der Landfläche Chinas sind bereits verödet. Gleichzeitig leiden viele Regionen der Erde unter zunehmender Humidität.⁶

Es ist letztlich der Mensch, der die Regenerationsfähigkeit der Natur durch Überbeanspruchung reduziert. Besonders einsichtig beschrieb Domrös (1992) diese neue Qualität von Bevölkerungsentwicklung und Ökologie am Beispiel der Entwicklungsländer, indem er »demographische Explosion« und »ökologische Implosion« gegenüberstellte.⁷

Tragfähigkeit im raum-zeitlichen Kontext

Die einzelnen Formen bzw. Varianten der Tragfähigkeit sind nicht zu verabsolutieren, das heißt, dass es zum Beispiel keine absolute agrare Tragfähigkeit gibt bzw. keine soziale Tragfähigkeit an sich. Die Annahme konstanter Kapazitätsgrenzen, die von der Bevölkerung gemäß allgemeiner Populationsgesetze bestenfalls nur kurzfristig überschritten werden können, ist lediglich für sehr abstrakte Modelle tauglich, wie sie zum Beispiel in der Biologie benutzt werden, wenn das Wachstum von Populationen durch die Begrenztheit konkreter Ressourcen limitiert wird. In der Realität ist eher von einer gewissen Variabilität der Kapazitäten auszugehen. Sie kann sowohl eine Vergrößerung der Tragfähigkeit beinhalten, beim Menschen insbesondere durch den technischen und technologischen Fortschritt, als auch eine Verringerung, vorrangig durch die Zerstörung oder den irreversiblen Verbrauch von Ressourcen. Daraus leiten sich jene dynamischen Modellansätze⁸ ab, die auch in moderne Bevölkerungsprognosen einfließen⁹. Zwischen den einzelnen Formen der Tragfähigkeit gibt es vielfältige Wechselbeziehungen. Sie sind auch in ein raum-zeitliches Bedingungsgefüge eingebunden, das zu einer weiteren Relativierung der Tragfähigkeit zwingt.

5 Desertifikation ist das Vordringen von Wüsten oder wüstenähnlichen Verhältnissen in aride (trockene) oder semiaride (halbtrockene) Räume. Die Desertifikation bedroht nicht nur die randtropischen Dornstrauch- und Trockensavannen des Sahel südlich der Sahara, sondern auch viele Gebiete in anderen Teilen der Erde.

6 Klimatisches Maß der Feuchtigkeit: Die mittlere Niederschlagsmenge im Jahr oder einzelner Monate liegt über der Verdunstung. Da Verdunstung nicht nur vom Niederschlagseintrag abhängt, sondern auch von der Temperatur, ist Humidität nicht absolut. – Veränderungen der Humidität in Mittel- und Nordeuropa werden derzeit durch die Zunahme von Moosen in Rasenflächen sowie den Befall von Gehölzen und Gebäuden mit Flechten, Algen und Pilzen, insbesondere mit Schimmelpilzen, angezeigt.

7 Katastrophen durch Transportunfälle (z. B. Öltanker) sowie die überregionale Übertragung von Pflanzen- und Tierkrankheiten durch Globalisierung des Agrarmarktes usw. sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

8 Zum Beispiel bei Meadows 1972, S. 78.

9 Die eher biologistische Populationsdynamik, welche langfristige Entwicklungen zumeist als logistische Kurven darstellt, findet man in der Traditionslinie der makrostatistischen Bevölkerungstheorie, denen zum Beispiel Kingsley Davis folgte, der bereits 1945 als erster den Begriff »demo-

graphic transition« prägte. Zwar hatte Davis auch eine theoretische Basis mit sozialhistorischem Hintergrund, doch wurden seine Ansätze zumeist rein formal interpretiert. Diese reduktionistische Vorgehensweise fand insbesondere durch Notestein, den ersten Direktor des 1936 gegründeten »Office of Population Research« in Princeton, Eingang in die europäischen Prognosen, die durch die UNO seither global fortgesetzt werden (Mackensen 1999, S. 5 f., 21).

10 In der Zeit von 1979/81 bis 1994 hatte die Bevölkerung von Afrika eine Wachstumsrate von 49 %, wogegen die Nahrungsmittelproduktion in der gleichen Zeit nur eine Wachstumsrate von 41 % hatte.

Die *räumliche* Seite dieses Konstrukts tritt zweifach in Erscheinung: Erstens durch die *regionale Tragfähigkeit*, womit wir die gebietlichen Unterschiede in der Lebensqualität und ihre Wahrnehmung bzw. ihre Akzeptanz durch die Menschen kennzeichnen wollen. Letzteres kann dabei sogar maßgeblich sein, denn sonst wäre kaum verständlich, dass viele Menschen bei Notlagen sogar in solche Regionen abwandern, in welchen ihnen kaum echte Verbesserungen ihrer Lebenslage beschert werden, wie zum Beispiel in den Slums der Metropolen vieler Entwicklungsländer. Zweitens wird sie durch den *Grad der Isolation* des jeweils betrachteten Gebietes bestimmt. So muss trotz globaler Verbesserung der Ernährungslage der Weltbevölkerung für Afrika eine erhebliche Verschlechterung der Versorgung konstatiert werden, denn die Nahrungsmittelproduktion bleibt dort schon seit vielen Jahren deutlich hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück (Brameier 1996).¹⁰

Die *zeitliche* Seite des Konstrukts ergibt sich aus dem historischen Entwicklungsniveau der Produktionsfaktoren bzw. der Produktivkräfte, insbesondere durch die Arbeitsproduktivität und die Technologie. So verändert sich zum Beispiel die agrare Tragfähigkeit etwa der gleichen Anbaufläche in Abhängigkeit vom technologischen Fortschritt, und so verändern sich auch überregionale Wanderungsziele durch Veränderungen in der regionalen Lebensqualität. Schließlich ist die regionale Tragfähigkeit auch vom überregionalen Warenaustausch abhängig, mit welchem organisiert wird, dass in vielen Ländern der Erde viel mehr Menschen ohne Not leben können, als gemäß der agraren Tragfähigkeit überhaupt möglich wäre, bzw. dass aus einigen Regionen die agraren Überschüsse in diesbezüglich übervölkerte Gebiete verbracht werden.

Da sich die zeitliche Dimension der regionalen Tragfähigkeit historisch klassifizieren lässt, kann auch von einer *historischen Tragfähigkeit* gesprochen werden. Aus sozialhistorischer Sicht erhalten dann die Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung den Charakter historischer Bevölkerungsgesetze, die hinsichtlich der historischen Wirtschaftssysteme jeweils gesondert zu erforschen und in ihrer Verbindung und Wechselbeziehung mit dem jeweils gegebenen System zu untersuchen sind (Lenin 1961). Mackenroth (1953, S. 414 f.) kennzeichnet diese Relation als »historisch-soziologische *Bevölkerungsweise*«, in der sich der Bevölkerungsvorgang und das generative Verhalten vollziehen. Überhaupt ist für ihn die Bevölkerungsweise ein zentraler Begriff, den er analog zur *Wirtschaftsweise* entwickelt, ähnlich dem »historischen Typ der Bevölkerungsreproduktion«, der nach Visnevskij (1981) nur durch eine *demographische Revolution* abgelöst werden kann. Eine solche Revolution sei z. B. der weltweite Übergang zur individuell bewussten Beschränkung der Geburtenzahl, ein zuvor niemals da gewesenes »endogen motiviertes Zeugungsverhalten der Massen«, womit der »Übergang zu einem neuen historischen Typ der Geburtlichkeit« erfolge. Mit Bezug auf ein Wirtschaftssystem oder die in einer Region vorherrschende Lebensqualität kann hinsichtlich der jeweiligen Gesellschaft auch vom »Typ der demographischen Bevölkerungsreproduktion« gesprochen werden (Büttner 1981).

In diesem Sinne sind auch die verschiedenen Versuche der mehr oder weniger bewussten Einflussnahme der Gesellschaft auf die Po-

pulationsdynamik des Menschen zu verstehen. Alle staatlichen Regulationen der Anzahl der Menschen an einem Standort oder einer Region sowie der Reproduktionstätigkeit werden als *Bevölkerungspolitik* bezeichnet. Sie sind nicht nur Widerspiegelung des jeweiligen Reproduktionstyps einer Gesellschaft, denn sie reglementieren auch das Wanderungsverhalten.¹¹

Die Krux mit der Nachhaltigkeit

Im Unterschied zur hier erfolgten Differenzierung des Begriffes Tragfähigkeit wird er in der Literatur eher generalisiert verwendet. Wird zum Beispiel Umwelt explizit im ökologischen Sinne als »spezifischer natürlicher Lebensraum«¹² verstanden, wie bei Haggett (1991, S. 189), erscheint dieser Ansatz dominant als auf die ökologische Tragfähigkeit ausgerichtet. Es ist in dieser Form ein auf die natürlichen Verhältnisse fixiertes Konzept, das die Handlungen des Menschen im ökologischen Gefüge zumindest teilweise ausblendet. Es ist einerseits auf den Augenblick bezogen und geht andererseits von einer Polarisierung von Mensch und Umwelt aus. Dieser Ansatz zeichnet sich durch eine geringe »Tiefe« des ökologischen Denkens aus, denn er ist anthropozentrisch und auf Nutzen und Verbrauch natürlicher Ressourcen orientiert.

Wenn Ökologie hingegen im Sinne eines ganzheitlichen Weltbildes als »tiefe« Ökologie verstanden wird, nähern wir uns dem Konzept von *sustainable development* (langfristig tragfähige Entwicklung), in welchem der Mensch mit seiner Bedeutung für den Naturhaushalt im umfassenden Sinne einbezogen ist. Daraus lässt sich auch für die Bevölkerungsgeographie respektive die Regional-Demographie ein komplexerer Tragfähigkeitsbegriff ableiten, der in den letzten Jahrzehnten als *Sustainability* (langfristige Tragfähigkeit) zum Schlüsselbegriff der Ökologiebewegung geworden ist, der mit »*Nachhaltigkeit*« nicht nur falsch übersetzt ist, sondern damit auch verfremdet und politisch instrumentalisiert wurde. Sustainability, also langfristige Tragfähigkeit ist kein *Rahmen* sondern ein *Attribut* der Gesellschaft. In der Definition von Lester Brown, dem Gründer des Worldwatch Institutes, ist eine Gesellschaft nur dann »langfristig tragfähig, wenn sie ihre Bedürfnisse befriedigen kann, ohne die Chancen künftiger Generationen zu gefährden« (Capra 1996, S. XI). Darum hebt sich Sustainability von anderen Formen der Tragfähigkeit als eine völlig eigenständige Kategorie ab.¹³

Tragfähigkeit – tragfähig – erträglich

Gewöhnlich gehen einzelne Formen der Tragfähigkeit ineinander über bzw. lassen sich nicht scharf voneinander abgrenzen. So ergeben sich z. B. hinsichtlich der psychologischen Tragfähigkeit die individuellen psychologischen Dispositionen nicht nur aus den biologischen Anlagen, sondern werden auch im sozialen Kontext geprägt, über den u. a. gesellschaftlich-kulturelle Werte aufgenommen werden. Zudem überlagern sie sich mit Normen, die im täglichen Leben unter anderem zu Gewohnheiten verfestigt werden. Daraus ergibt sich eine so *enge Beziehung von sozialer und psychologischer Tragfähigkeit*, dass es zuweilen schwierig ist, beide voneinander abzugrenzen. Das kann auf der Ebene der individuellen Beziehungen

11 Die negativen Beispiele überwiegen: Rassengesetz, Mutterkreuz, §218, Zuzugssperren und Mauern. Oftmals spielt dabei die reale Tragfähigkeit keine Rolle, dafür eine um so größere in der politischen Argumentation. Zur Bevölkerungspolitik gehören aber ebenso Maßnahmen der Familienplanung und der Unterstützung von Familien mit Kindern (pronatalistische Familienpolitik) als auch die massenhafte Umsiedlung von Menschen aus Räumen mit offensichtlich (?) überschrittenen Grenzen der Tragfähigkeit (zum Beispiel in Indonesien). Um die aktuelle Bevölkerungspolitik verschiedener Staaten zu umreißen, ist ein gesonderter Beitrag nötig.

12 Nicht zu verwechseln mit dem »Lebensraum« in der Terminologie der faschistischen Geopolitik!

13 Um Missverständnisse zu vermeiden: Sustainability hat nur teilweise etwas mit Nachhaltigkeit zu tun. Nachhaltigkeit – sofern eben nicht einfach nur falsch übersetzt – war ursprünglich ein betriebswirtschaftliches Konzept der Forstwirtschaft des 19. Jahrhunderts, ohne jegliche Gesellschaftsanalyse und -kritik sowie ohne ökologische Ambitionen. Sie ist auf den langfristigen quantitativen Nutzeffekt ausgerichtet – Sustainability hingegen schließt nicht nur die Qualität der Lebensweise mit ein, sondern hinterfragt auch die Sinnhaftigkeit menschlicher Bedürfnisse.

Langfristige Tragfähigkeit beschreibt also nicht nur die äußeren Potenziale für die Bevölkerungsentwicklung, insbesondere die Naturressourcen, sondern ist zunächst auf die mehr oder weniger bewusste Einschränkung der inneren Ansprüche einer Gesellschaft gerichtet. Sie ist damit zugleich eine konsequente Aufforderung zu einem maßvollen Umgang mit den Ressourcen.

14 Berüchtigte Beispiele sind die »Bartholomäusnacht« (Niedermetzelung der Pariser Hugenotten in der Nacht vom 23./24. 8. 1572), die »Kristallnacht« (faschistische Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland in der Nacht vom 9. zum 10. 11. 1938) und das ethnische Massaker in Ruanda, das am 7. April 1994 begann (in etwa 100 Tagen wurden fast 1 Million Menschen bestialisch umgebracht).

15 Feststellung eines bewaffneten Angriffs gegen einen oder mehrere Bündnispartner von außen, gewertet als Angriff gegen alle Bündnispartner, infolge dessen die Bündnisverpflichtungen ausgelöst werden müssen.

recht banale Züge tragen, wenn zum Beispiel der befreundete Nachbar auch auf geringste Distanz ertragen wird, aber eine Person, mit der Dissens besteht, allein dadurch stört, dass bekannt ist, dass sie sich in der Nähe aufhält. Wenn sich solche Momente auf soziale Gruppen übertragen, die sich obendrein im Sozialstatus, im religiösen Bekenntnis oder im biologischen Habitus als »fremdländisch« erweisen, kann es zu massenpsychologischen Reaktionen kommen, die in der Geschichte der Menschheit leider nicht gerade selten waren bzw. sind. Solche Konflikte haben zwar mit dem klassischen Begriff der Tragfähigkeit nur wenig zu tun, folgen aber ähnlichen Gesetzmäßigkeiten, denn es geht auch hier um das Überschreiten von Grenzen. Diese kennzeichnen keine natürlichen Ressourcen, technologischen Kapazitäten oder sozialen Potenziale, sondern umreißen eher die sozialpsychologische Toleranz bzw. die Fähigkeiten, bestimmte Lasten als *erträglich* (!) akzeptieren zu können. Diese Grenzen der Tragfähigkeit sind zuweilen äußerst flexibel, denn sie sind an soziale und psychologische Dispositionen gebunden. *Diese* »bestimmen« dann, was »Überbevölkerung« ist. Das kann zum Teil »zivilisiert« ablaufen, wenn in einem gut ausgestalteten Rechtsstaat jene, die sich zum Beispiel durch Straftaten außerhalb der Gesellschaft stellen, von dieser angemessen bestraft respektive bzw. geächtet werden. Es kann aber auch zu Lynchjustiz und zu Pogromen kommen.¹⁴ Problematisch für die Einbeziehung solcher Erscheinungen in ein Konzept der Tragfähigkeit ist die oft leichtfertige Gleichsetzung von Ursache und Auslöser bzw. Anlass.

Ein diesbezüglich relativ gut dokumentiertes Beispiel der jüngeren Geschichte ist der Terrorakt auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington am 11. September 2001. Nur wenige Stunden nach dem Anschlag, weit vor der Aufklärung der Ursache der Katastrophe, war in vielen Medien auch in Mitteleuropa die antiarabische und antimuslimische Stimmung größer als die Anteilnahme gegenüber den Opfern. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde der Terrorismus in vielen Regionen der Welt mehr oder weniger toleriert, aber mit diesem Ereignis war die Toleranz erschöpft. Es wurde die Grenze der sozialen und psychologischen Tragfähigkeit überschritten, so dass bereits einen Tag später der NATO-Rat erstmals die Anwendung des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages¹⁵ ins Gespräch brachte und am 2. 10. 2001 bestätigte. Die militärischen Aktionen begannen am 7. 10. 2001.

Diese schnelle Reaktion war insbesondere deswegen möglich, weil die Gesellschaft offenbar darauf vorbereitet war. Der Terrorakt auf das World Trade Center war nur noch Anlass bzw. Auslöser für Handlungen, für die das gesellschaftliche Klima bereits existierte. Nach dem Ende des zuvor alles dominierenden und zuweilen auch kaschierenden Ost-West-Konfliktes fokussierten sich die Spannungen auf die zunehmenden Differenzen zwischen »Nord« und »Süd«, aus denen sich spätestens mit Ende des Kalten Krieges insbesondere in den Industriestaaten ein fundamentaler Neo-Malthusianismus abzuleiten scheint (Findlay 1995).

Alte Bekannte – frisch lackiert

Diesen »neuen Malthusianismus« umschreibt Hollifield mit der »wieder auflebenden Betonung der den Ressourcen inhärenten Be-

schränkung«. Dabei bezieht er sich insbesondere auf (die) Land (-fläche), aber auch auf Kapital, weitere natürliche Ressourcen und Jobs. Der »neue Malthusianismus« lebt von der Vorstellung, dass in der Marktwirtschaft nur soviel Arbeit zur Verfügung steht, wie im Spektrum des jeweiligen Arbeitsmarktes benötigt werde, womit sich Zuwanderung aus ökonomischen Erwägungen eigentlich erübrige. Dahinein mischen sich allgemeine Ängste vor einer Überbevölkerung, die vor allem durch Umweltbelastung, Verknappungen der Sozialleistungen, Wohnungen usw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Lebensqualität der betreffenden Staaten haben werde (Hollifield 2000).

Sicher überschneiden sich in diesen Punkten verschiedene Aspekte der Tragfähigkeit. Es vermischen sich sogar die ökologischen, ökonomischen und psychologischen Ansätze mit der regionalen Perspektive derart, dass auch von einer Reaktivierung des Geo-Determinismus¹⁶ als Grundlage einer *neuen Geopolitik*¹⁷ gesprochen werden kann. Letztlich beschreibt Hollifield aber die in eine bestimmte Politik umgesetzte Haltung zu Ausländern, die in einigen Staaten, insbesondere in Frankreich, als ein bewusster Versuch, Einwanderung mit Bevölkerungspolitik zu verbinden, gewertet werden kann. Dagegen stellt er Deutschland, das insbesondere aus Furcht vor Überbeanspruchung der sozialen Potenziale spätestens ab 1974 eine eher restriktive Haltung zur Immigration einnahm, was er als *neo-malthusianistischen Ansatz der Ausländerpolitik* kennzeichnet. Darin widerspiegelt sich auch eine allgemeine Furcht der westlichen Gesellschaften vor Massenimmigrationen aus Zentral-, Ost- und Südosteuropa, Nordafrika und Asien, wie sie von Münz und Seifert konstatiert wird. Die vermeintliche ethnische und kulturelle Infiltration, zumindest jedoch die »Überfremdung« hätte danach zwingend eine steigende Kriminalität, neue Formen der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und bei der Wohnungssuche etc. zur Folge, also letztlich die Verringerung der Lebensqualität weiter Teile der Bevölkerung (Münz; Seifert 1999, S. 96.).

Die Angst vor einer solchen Entwicklung umreißt ein ganz spezifisches Potenzial einer Gesellschaft, das hier als *sozialpsychologische Tragfähigkeit* bezeichnet werden soll. Sie wird weniger durch ein rationales als ein eher mentales Verhältnis der Menschen zueinander bestimmt, sowie durch eine allgemein befürchtete bzw. empfundene Gefährdung des Lebensstandards einer sozialen Gruppe durch eine andere. Ethnische Unterschiede müssen dabei nicht zwingend vorausgesetzt sein, können jedoch eine Indikator-, Katalysator- bzw. Modulatorfunktion einnehmen. Die Grenzen der sozialpsychologischen Tragfähigkeit werden bei den heutigen globalen Migrationen sehr schnell erreicht, wenn die äußerlich erkennbare Verschiedenheit aufeinandertreffender Populationen zugleich Unterschiede in der Bildung (Weiß 2000, S. 174 ff.) und in den verinnerlichten Rechtsauffassungen markiert¹⁸ sowie auf einem differenzierten sozio-ökonomischen Status aufbauen (Kliot 1995).

Die gesellschaftliche Antwort der Überschreitung der Grenzen der sozialpsychologischen Tragfähigkeit war in der Vergangenheit oft ungezügelter Nationalismus und Chauvinismus gegenüber jenen Menschen, deren Lebensweise als weniger zivilisiert galt oder die

16 Ableitung sozialökonomischer Unterschiede aus Bedingungen des Naturraums. Im Extremfall werden sogar die Politik oder deren Ergebnisse mit dem Wetter begründet (klassisches Beispiel: der »General Winter«).

17 Im Unterschied zur »offensiven« Geopolitik im faschistischen Deutschland, die als offizielle Staatspolitik die Kriegsziele begründete, sind die heutigen Ansätze eher »defensiv« und kommen auf »Samtpfötchen« daher. Sie erzeugen das Bewusstsein, einen rechtmäßigen Besitzstand zu verteidigen; so fühlen sich die mehr oder weniger direkt Beteiligten im Recht! Theoretischer Hintergrund und weltanschauliche Basis dieser Anschauung sind jedoch die gleichen: Kollektiver Egoismus, oft sogar Rassismus und Großmachtstreben.

18 Wie z. B. in der Lebensführung und im Habitus der »Asylbewerber« in Rostock-Lichtenhagen 1992!

19 Abgeleitet von dem gleichnamigen »politischen Roman« von Hans Grimm (Albert Langen, München 1926), den die meisten Nazis und ihre Mitläufer aber sicher gar nicht gekannt haben dürften.

20 Die Umdrehung der Grimmschen Parole sollte die »Landnahme im Osten«, dem dominanten Zielgebiet der Aggression, geradezu naturgesetzlich legitimieren.

21 Zumindest aus diesem Grunde ist es äußerst bemerkenswert, wenn die geopolitische Lage (sic!) in den aktuellen Überlegungen wieder eine Rolle spielt, wie Münz und Seifert feststellen. Allerdings wird die heutige Antwort in juristische Gesetze gegossen, die als Einwanderungsgesetze umschrieben, vorbeugend die selektive Ausgrenzung unliebsamer Immigranten betreiben.

aus unterschiedlichen Gründen als Bedrohung empfunden wurden. Es sind auch sozialpsychologische Momente, die in jenen Konflikten zur Mobilisierung der Massen führen, die oft als religiöse, ethnische oder rassistische Auseinandersetzungen bezeichnet werden, im Kern aber eher mit der unterschiedlichen Teilhabe dieser Gruppen am gesellschaftlichen Reichtum zu begründen sind. Es sind ebenfalls sozialpsychologische Vorbereitungen notwendig, um fast ein ganzes Volk auf den »Kampf gegen slawische Untermenschen« und »jüdische Parasiten an der Volksgemeinschaft« einzuschwören, wie es den Faschisten in Deutschland vor und im Zweiten Weltkrieg gelang. Die Verbindung dieser Positionen mit den geopolitischen Thesen vom »Volk ohne Raum«¹⁹ führten schließlich von der Diskussion um die Reserven der Tragfähigkeit im »Raum ohne Volk«²⁰ direkt in den totalen Krieg!²¹

Das Niveau ist entscheidend

Der Begriff Tragfähigkeit ist untrennbar mit den Begriffen *Bevölkerungsoptimum* und *Bevölkerungsmaximum* verknüpft, wobei das Maximum in der Regel synonym die Grenze der Tragfähigkeit anzeigt, das Optimum hingegen wesentlich tiefer angesetzt wird. Beide Begriffe werden in der Literatur zumeist nicht eindeutig definiert, obgleich sich schon viele namhafte Autoren diesem Thema stellten. Die Unsicherheit erwächst einerseits daraus, dass die maximal mögliche Einwohnerzahl eines konkreten Gebietes bzw. der Erde insgesamt bei aller Vielfalt der anzusetzenden Variablen letztlich vom jeweils definierten Existenzminimum abhängt, also eine relativierende, reduktionistische Grenzwertbetrachtung ist. Andererseits ist die Bestimmung eines etwaigen Optimums auch von weltanschaulichen und moralischen Positionen des jeweiligen Bearbeiters abhängig, welcher seine eigenen oder die von ihm akzeptierten Wertmaßstäbe zur Lebensweise (z. B. Lebensstandard) und auch die von ihm angenommenen mittleren individuellen Befindlichkeiten (z. B. persönliche Ansprüche) in die Kalkulation mit einbringt. Damit ist dieses Optimum eher ein Begriff der Sozialökologie oder bezieht sich auf die ökologische Tragfähigkeit. Im Laufe der Wissenschaftsgeschichte gab es unterschiedliche Versuche, ein Maximum der Weltbevölkerung zu bestimmen (Tab. 2).

Bei erschöpfter Tragfähigkeit erleiden Menschen in jedem Falle Not. Für den einzelnen Betroffenen mag es unerheblich sein, welche Form der Tragfähigkeit für ihn zutrifft, wenn seine Existenz gefährdet ist. Aus Sicht der Wissenschaft hingegen ist diese Differenzierung notwendig, um für die Bewältigung von Problemlagen die richtigen Konzepte zu erarbeiten, denn selbst bei extremer Bescheidenheit, egal ob erzwungen oder bewusst aus Überzeugung, kann die Bevölkerung die Tragfähigkeit eines Raumes langfristig nicht überschreiten.

Das gilt vor allem für die globale Bevölkerungsentwicklung oder die in einzelnen Regionen. Ob es bis zum Jahre 2050 auf der Erde nun vielleicht doch knapp 14 Milliarden Menschen werden, wie *Süßmilch* schon vor über 200 Jahren errechnete, oder ob durch den ökologischen Kollaps in weiten Teilen der Erde ein Massensterben ausgelöst wird, wie es in den Worst-Case-Szenarien von *Meadows*

berechnet wurde? Die künftige Tragfähigkeit wird auch und vielleicht sogar noch stärker als je zuvor davon abhängen, ob die Menschheit in Zukunft den mittleren Energieverbrauch der USA oder den von Äthiopien haben wird, ob sie sich den mittleren Fleischverzehr von Deutschland oder den von Vietnam leisten wird, ob Inder und Chinesen den gleichen Zugang zum Tourismus haben werden wie Japaner. Und vielleicht sind Vergreisung und letztlich Schrumpfung der Bevölkerung fast aller Staaten Europas sogar ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der globalen Verteilungsgerechtigkeit?

Fragwürdige Tragfähigkeitskonzepte hier und heute

In der aktuellen Politik in Deutschland wird der Tragfähigkeitsbegriff mehrfach verwendet. Er wurde sogar regelrecht populär durch seine Funktion in der »Agenda 2010«. Die gutherzige Absicht, die *Tragfähigkeit sozialer Netze* funktionstüchtig und den Sozialstaat erhalten zu wollen, soll nicht bezweifelt werden. Auch der Befund in den demographischen Analysen ist durchaus korrekt. Aber die abgeleiteten Schlussfolgerungen sind ungenierter, plump geklonter *Malthus*!²² Nur einzelne Parameter wurden ausgetauscht: Das geometrische Anwachsen der Bevölkerungszahl von Malthus ist heute die logistische Zunahme der Altersrentner; die lineare Zunahme der Nahrungsmenge bei Malthus ist heute der rückläufige Anteil der realen Lebensarbeitszeit in Relation zur Lebenserwartung. Es wird kein Gedanke an die rasante Steigerung der Arbeitsproduktivität verwendet. Zudem wird der Spaltung der Gesellschaft in Kapital und Arbeit die Spaltung in Eltern und zeitlebens Kinderlose gegenüber gestellt, ohne deren Ursachen zu differenzieren.

Die generalisierenden, mit der heutigen Vielfalt individueller Biographien nicht mehr kompatiblen sozialen Systeme versagen nicht *wegen* der demographischen Entwicklung oder *weil* die Gesellschaft ihre Tragfähigkeit verliert, genauer: jenen Reichtum, der für einen angemessenen Lebensabend der künftigen Alten nötig ist. Die demographische Entwicklung ist vielmehr ein *Resultat* der Auflösung der Solidargemeinschaft durch die systematische Individualisierung der Altersvorsorge, *resultiert* aus einer fundamentalen Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft, in der mittlerweile die zweite Generation die Unterschreitung der einfachen Reproduktion²³ um etwa ein Drittel praktiziert. Dafür haben einige Demographen nur noch traurige Bonmots²⁴ übrig – und die Politik reagiert mit Verfremdung der Begriffe: Obgleich derselbe Kapitalstock jetzt weniger Kinder zu versorgen hat, sich die Kapazität für Kinder also vergrößert, sprechen Politik und Verwaltung von *fehlender Tragfähigkeit* zum Beispiel für Schulen, weil *zu wenig Kinder* da sind! Damit bekommt der Begriff einen völlig neuen Inhalt: Tragfähigkeit wird durch die Anzahl der Menschen definiert, die mit öffentlichen Leistungen zu versorgen sind. Vorgeblich begründet wird das mit dem Gebot des sparsamen Umgangs mit öffentlichen Finanzen. Wohlbemerkt: In diesem Falle geht es nicht um die Tragfähigkeit als existenzieller Rahmen für Menschen, aber es wird derselbe Begriff benutzt, wodurch auch dieses Argument den Anstrich einer naturgesetzlichen Legitimation erhält. Die innere Logik dieses auf dem Kopf stehenden Ansatzes folgt

22 Zur Vertiefung siehe auch: Weiss 2004.

23 Für den vollständigen Ersatz der Elterngeneration ist eine mittlere Kinderzahl von 2,15 je Frau nötig. In den Ländern der ehemaligen BRD wird dieser Wert seit etwa 1970 fast permanent um 1/3 unterschritten.

24 Am unverfänglichsten ist dabei wohl: »In Deutschland wird mittlerweile sogar die Kinderlosigkeit vererbt!«

zum einen der totalen Übertragung betriebswirtschaftlicher Kalküls der Marktwirtschaft auf öffentliche Haushalte, reflektiert zum anderen die Gefangenheit im Wachstumsdenken.

Letzteres ist angesichts der bald allgemeinen demographischen Schrumpfung auch für die Privatwirtschaft von enormer Bedeutung. Die *Unterschreitung der Tragfähigkeit* der regional ausgerichteten Gewerbe²⁵ ist vor allem in ländlichen Räumen nicht nur eine Umschreibung für fehlenden Gewinn. Diese Tragfähigkeit definiert sich aus einer minimalen Kundschaft mit einer ebenso minimalen Kaufkraft in Regionen, in denen sich aufgrund struktureller Gegebenheiten nicht einmal eine Konkurrenz etablieren kann. Damit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Funktionstüchtigkeit von Marktwirtschaft, der Wettbewerb, sogar wenn man ihn positiv besetzt, allein schon durch objektive Gründe nicht gegeben. Die deutlichste Ausprägung solcher Strukturen finden wir in Deutschland in Ostelbien und in der Altmark, wo die Bevölkerungsdichte großflächig vielfach unter 50 Einwohner/km² und die individuelle Kaufkraft in fast 50 % aller Gemeinden bis zu 50 % unter dem Mittelwert der BRD liegt. Aus Sicht der Regional-Demographie werden diese Gebiete als die *ländlichsten* Räume angesprochen (Weiß 2002). Hier kumulieren bereits heute demographische Schrumpfung und superlative Ländlichkeit zum minimierenden Faktor der Existenz.

Wenn dieser Tragfähigkeitsbegriff auf Infrastruktur übertragen wird, dann ist eigentlich deren *Auslastung* gemeint. Er hat sich bereits fest etabliert, findet sich zum Beispiel in Umkehrung des ursprünglichen *Tragfähigkeitsansatzes der Raumordnung*, der obere Belastungsgrenzen in Verdichtungsräumen zu bestimmen suchte, in der modernen Regionalplanung, zum Beispiel im Landesentwicklungsplan Sachsen 2003.²⁶ Dabei geht es im Kern um die definitivische Ausweitung ländlicher Räume zur Begründung für den Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Lebensbedingungen in jenen Gebieten. Der Öffentlichkeit wird diese Androhung des Abbaus von Sozialleistungen mit: »Das trägt sich nicht!« übersetzt.

Auf diesen Tragfähigkeitsgedanken wird auch Bezug genommen, wenn in den laufenden Funktional- und Verwaltungs- bzw. Struktur-reformen²⁷ von der »Veranstaltungskraft« der Kommunen die Rede ist. Damit ist aber im wesentlichen nur die finanzielle Seite der kommunalen Leistungsfähigkeit gemeint. Derselbe Gedanke begleitet im vergrößerten Europa die Diskussionen um die Veränderung der Zielgebiete der Regionalförderung. Damit wird der Tragfähigkeitsbegriff endgültig auf den Kopf gestellt, denn es geht dabei letztlich nur um Argumente zur Verweigerung sozialer Leistungen für ausgewählte soziale Gruppen und Regionen.

25 Damit sollen jene Betriebe gekennzeichnet werden, die wirtschaftlich vollständig auf die betreffende Region ausgerichtet sind. Der »Bäcker an der Ecke« und der Dorfkrug beteiligen sich nicht an der Globalisierung.

26 Entwurf für die Beteiligung gem. § 6 Abs. 2 SächsLPIG (Nach Vorlage der Drucksache 3/7887 des Sächsischen Landtages, 3. Wahlperiode, Anhörungsentwurf vom 28. 1. 2003, Ausgabe vom 27. 2. 2003).

27 Zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg.

Tabelle 1:
»Formen«, eventuell auch »Dimensionen« der Tragfähigkeit²⁸

Form der Tragfähigkeit	wird bestimmt durch das jeweils aktuelle	Auswirkung bei Grenzüberschreitung
Agrare Tragfähigkeit	Verhältnis von Nahrungsmittelbedarf und der realisierten bzw. maximal möglichen agrarwirtschaftlichen Produktion	Hunger
Ökologische Tragfähigkeit	Verhältnis von Nutzung bzw. Verbrauch und der zukünftig notwendigen Menge und Qualität an Ressourcen	allgemeine existenzielle Bedrohung
Ökonomische Tragfähigkeit	Verhältnis von Erwerbsmöglichkeiten und der Anzahl an Erwerbspersonen	Arbeitslosigkeit
Soziale Tragfähigkeit	Verhältnis zwischen den Menschen sowie durch die Verfügbarkeit des Einzelnen über Existenzmittel	sozialer Ausschluss, soziale Verwerfungen
Psychologische Tragfähigkeit	Verhältnis zwischen dem natürlichen und sozialen Milieudruck und der individuellen Belastbarkeit	Crowding-Syndrom, selektive Abwanderung
sozialpsychologische Tragfähigkeit	Verhältnis zwischen den Menschen sowie durch eine allgemein befürchtete bzw. empfundene Gefährdung des Lebensstandards durch bestimmte soziale Gruppen	Ausgrenzung, Pogrome; Reglementierung der Einwanderung/ Zuzugsbeschränkung
langfristige Tragfähigkeit (Sustainability)	Verhältnis der Bedürfnisse einer Gesellschaft und der Inanspruchnahme von Mitteln zu ihrer Befriedigung unter Beachtung der Balance von Natur und Gesellschaft und der Verantwortung für künftige Generationen	nachhaltige Restriktionen für die Lebenschancen künftiger Generationen
Regionale Tragfähigkeit	Verhältnis von regionaler Lebensqualität, überregionalen Chancen und dem Aufwand eines Standortwechsels	überregionale Migration

28 Die Begriffsbestimmung wird hier keineswegs als abgeschlossen betrachtet, also auch in der Überschrift bewusst offen gehalten.

Tabelle 2:
Historische Berechnungen der Tragfähigkeit der Erde²⁹

Autor	berechnete maximale Weltbevölkerungszahl
A. VON LEENWENHOEK (1679)	13,385 Milliarden
J. P. SÜSSMILCH (vor 1797)	13,932 Milliarden
VON FIRCKS	E. G. RAVENSTEIN 5,995 Milliarden über 9 Milliarden
BALLOD (1912)	22,4 Milliarden (nach damaliger japanischer Lebenshaltung)
PENCK (1924)	7,7 Milliarden (differenzierte Bewertung des Klimas)
FISCHER (1925)	6,2 Milliarden
HOLLSTEIN (1937)	13,3 Milliarden (bonitiert nach Landwirtschaft und Boden)
JANTZEN (1940)	8 bis 10 Milliarden
MEADOWS (1972)	8,2 Milliarden (entspricht dem ökologischen Optimum)

29 Zusammenge stellt nach: Ruppert 1982, S. 33/34; Bähr 1983, S. 263-267; Elsner 1999, S. 98; Jantzen 1940, S. 115.

Literatur

- Bähr, Jürgen: Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht, Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1983.
- Brameier, Ulrich: Welternährungsgipfel 1996, in: Praxis Geographie, Jg. 26., 10/1996, S. 36-42.
- Büttner, Thomas: Einige Grundzüge der demographischen Reproduktion im Sozialismus, in: Khalatbari, Parviz (Hrsg.): Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Akademie-Verlag Berlin 1981, S. 87-101.
- Capra, Frietjof: Wendezeit. 5. Auflage. Deutscher Taschenbuch Verlag. München 1996.
- Domrös, Manfred: Die Bevölkerungsexplosion - und: Wie Ökosysteme implodieren. Zeitschrift zur politischen Bildung (Eichholzbrief) 29/1992, S. 71-79.
- Elsner, Eckart: Süßmilch und Malthus. Über gegensätzliche Standpunkte, die Megastädte der Zukunft und die Entwicklung der Bevölkerungszahlen, in: Khalatbari, Parviz und Otto, Johannes (Hrsg.): 200 Jahre Malthus 1999, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden 1999, S. 87-99. (MzB ; Heft 96).
- Findlay, Allan: Population Crises: The Malthusian Specter? In: Johnston, Ron J., Peter J. Taylor u. Michael J. Watts (Hrsg.): Geographies of Global Change - Remapping the World in the Late Twentieth Century. Blackwell, Oxford 1995, pp. 325-386.
- Jantzen, W. (Hrsg.): E. von Seydlitzsche Erdkunde für höhere Schulen. 6. Teil: Erde und Mensch. 2. Auflage. Ferdinand Hirt, Breslau 1940, S. 115.
- Haggert, Peter: Geographie – Eine moderne Synthese. Stuttgart 1991.
- Hollifield, James F.: A New Malthusianism? Immigration Policy in Europe and the United States, in: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 99, 2000, S. 24-28.
- Khalatbari, Parviz: Ein Pamphlet, das einen 200jährigen Streit auslöste, in: Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e.V. Berlin 1998, Nr. 19, S. 6-7.
- Kliot, Nurit: Global Migration and Ethnicity: Contemporary Case Studies, in: Johnston, Ron J., Peter J. Taylor u. Michael J. Watts (Hrsg.): Geographies of Global Change - Remapping the World in the Late Twentieth Century. Blackwell, Oxford 1995, pp. 387-412.
- Leib, Jürgen, Mertins, Günter: Bevölkerungsgeographie, Westermann Verlag, Braunschweig 1983.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Zur Charakteristik der ökonomischen Romantik, in: Lenin Werke, Band 2. Dietz Verlag, Berlin 1961, S. 121-264. (Erstveröffentlichung in: Nowoje Slowo, Heft 7-10, April-Juli 1897).
- Mackenroth, Gerhard: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Springer, Berlin etc. 1953, S. 414 f. (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft : Abt. Staatswiss.; 5).
- Mackensen, Rainer: Theoretische Notizen zum Konzept der Transition, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften, Leske + Budrich, Opladen 1/1999, S. 5-28.
- Meadows, Dennis u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1972.
- MEW 1964, Band 25, S. 246f
- Mohrig, Werner: Wieviel Menschen trägt die Erde? Leipzig: Urania 1976.
- Mombert, Paul: Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie. Gustav Fischer Verlag Jena 1929.
- Müller-Wille, Wilhelm: Westfalen. Landschaftliche Ordnung und Bindung eines Landes. Aschendorff, Münster Westf. 1952.
- Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Zweite aktualisierte und erweiterte Auflage. Campus, Frankfurt/New York 1999.
- Pankratjeva, N. V.: Die Bevölkerung und ihre Struktur, in: Notkin, A. I.; Maier, H.: Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Akademie-Verlag, Berlin 1974, S. 91-123.
- Penck, Albrecht: Das Hauptproblem der physischen Anthropogeographie, in: Zeitschrift für Geopolitik I. 1924.
- Ruppert, Helmut: Bevölkerungsentwicklung und Mobilität. Westermann, Braunschweig 1982.
- Ruppert, Helmut: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungswachstum, in: geographie heute, Heft 78, Westermann, Braunschweig 1990, 11. Jg., S. 4-8.
- Schultz-Gambard, Jürgen: Crowding: Sozialpsychologische Erklärungen der Wirkung von Dichte und Enge, in: Frey, D.; Irie, M. (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Huber, Bern 1985, S. 175-208.
- United Nations Food and Agriculture Organization: FAO Report 2000, Rom 2000.
- Visnevsckij, Anatolij Grigorjewic: Die Theorie der demographischen Revolution, in: Khalatbari, Parviz (Hrsg.): Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik. Akademie-Verlag Berlin 1981, S. 55-68.
- Wagner, H.: Lehrbuch der Geographie. 10 Auflage. 1920-1923.
- Weiß, Volkmar: Die IQ-Falle. Intelligenz, Sozialstruktur und Politik. Leopold Stocker, Graz 2000.
- Weiß, Wolfgang: Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung sowie Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (gemeinsame Hrsg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4. 2002. 60. Jg., S. 248-254.

RICHARD SAAGE

Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff?

I.

Wer heute über politische Utopien redet, muß wissen, daß es keinen Konsens darüber gibt, was man unter diesem Begriff zu verstehen hat. Exemplarisch läßt sich dieses Dilemma in den Sozialwissenschaften aufzeigen. In ihrem Diskurs sind vor allem der intentionale, der totalitäre und der klassische Utopiebegriff schulemachend geworden.

Die intentionale Konzeption geht in ihren Ursprüngen auf Gustav Landauer zurück. In seiner 1907 erschienenen Studie *Die Revolution* interpretierte er die *Utopie* als den entscheidenden sozialen Sprengsatz der revolutionären Umbrüche in Europa seit dem 16. Jahrhundert. Deren Mechanismen suchte er dadurch zu kennzeichnen, daß die gesellschaftliche Entwicklung immer zwischen zwei »Zuständen relativer Stabilität« pendelt. Diese Ordnungsgefüge, die alle Bereiche der Gesellschaft umfassen und auch in das Individualleben eingreifen, nannte er *Topie*. Freilich ist deren Bestandssicherheit nicht absolut, weil es in ihrem Wirkungsbereich Potentiale gibt, die sie nicht zu absorbieren vermag: die »Utopien«. Für sie sind kennzeichnend, daß sie sich der Sphäre der herrschenden gesellschaftlichen Normen und Institutionen entziehen. Als ein »Gemenge individueller Bestrebungen und Willenstendenzen, die immer heterogen und einzeln vorhanden sind«, sind sie negatorisch auf die Herrschaftsstrukturen der *Topie* gerichtet.

In dem Maße, wie es den Trägern der Utopie, vor allem den Intellektuellen und Künstlern, gelingt, sie zu zersetzen, gerät die jeweilige *Topie* in eine Legitimationskrise. Hat sie eine bestimmte Intensität erreicht, so beginnen sich die ursprünglich individualisierten Utopien durch »die Form des begeisterten Rausches« zu einer überindividuellen »Gesamtheit und Mitlebensform« zu bündeln. Die Utopie geht nun von der Destruktion zur Konstruktion über, indem sie das fiktive Szenario einer idealen Gesellschaft entwirft, das freilich an den restriktiven Bedingungen seiner Verwirklichung scheitert und ein neues Herrschaftsgefüge hervorbringt. Diese neue *Topie* umfaßt zwar in der Regel neben den erhalten gebliebenen Komponenten der früheren Herrschaftssysteme die siegreichen Elemente der älteren Utopien. Doch ausdrücklich lehnt Landauer jeden historischen Fortschrittsdeterminismus ab. Wir müssen daraus den Schluß ziehen, daß der Rückfall auf die Stufe bereits überwunden geglaubter Utopien möglich ist. Allerdings lebt das utopische Potential unterhalb der soziopolitischen Herrschaftsebene in den Individuen weiter.

Richard Saage – Jg. 1941, Prof. Dr.; seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls »Politische Theorie und Ideengeschichte« am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Studium der Politikwissenschaft, Geschichte, Philosophie und Soziologie. Unter anderem Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter »Utopieforschung – Eine Bilanz« sowie »Vermessungen des Nirgendwo – Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien«. In UTOPIE kreativ zahlreiche Veröffentlichungen zur Utopieforschung.

Die folgenden Ausführungen ergänzen und entwickeln Gedanken weiter, die ich in dem Aufsatz »Methodenprobleme der Utopieforschung«, in: Helmut Reinalter (Hg.): Denk-systeme, Theorie- und Methodenprobleme aus interdisziplinärer Sicht, Innsbruck u. a. 2003, S. 211-226, formuliert habe. Sie stellen in dieser überarbeiteten und um wesentliche Aspekte erweiterten Version den bisher umfassendsten Versuch dar, das seit Ende der achtziger Jahre meinen einschlägigen Arbeiten zugrundeliegende Utopieparadigma zusammenfassend darzustellen. Um den Essaycharakter dieses Beitrages nicht zu gefährden, habe ich darauf verzichtet, die hier formulierten Gedanken in meinen verstreut publizierten Untersuchungen noch einmal explizit auszuweisen. Selbstverständlich sind sie im Anhang ebenso genannt wie jene Quellen und Forschungsliteratur, mit denen sich dieser Essay auseinandersetzt.

Es ist klar, daß Landauers Utopiebegriff eine Neuschöpfung ist, die mit dem von Morus entwickelten Ansatz in seiner berühmten Schrift von 1516 nur noch wenig gemeinsam hat. Das, was beide Konzeptionen verbindet, stellt eine vergleichsweise kleine Überschneidung ihrer Bedeutungsgehalte dar. Sie beschränkt sich auf die Konfrontation des utopischen Ideals mit den kritikwürdigen Tendenzen der Herkunftsgesellschaft und dem Anspruch auf Emanzipation der in der bisherigen Geschichte unterdrückten gesellschaftlichen Gruppen und Klassen. Tatsächlich hat Landauers Utopiebegriff eine anarchistische Stoßrichtung. Die Utopie tritt im Namen der ungehinderten Entfaltung des Individuums gegen die in Institutionen geronnene Herrschaft an, die vom Staat über die Wirtschaft bis ins private Leben reicht. Doch während nach diesem Verständnis die Utopie das Medium darstellt, innerhalb dessen institutionalisierte Formen der Repression gleichsam verflüssigt werden, wertet die klassische Tradition das institutionelle Element ihres Entwurfs gerade auf. Es verwundert nicht, daß Landauer in seiner Schrift *Die Revolution* (1905) diese Seiten der *Utopia* des Thomas Morus ausblendet. Um sie überhaupt in sein Paradigma integrieren zu können, hebt er lediglich die Elemente hervor, die man als relativ liberal einstufen könnte wie die Förderung des Friedens, die Pflege von Wissenschaft und Kunst, die Aufhebung der Ständeordnung, die Wahl der Beamten, die religiöse Toleranz sowie die deistische Vernunftreligion.

Andere wichtige Differenzen kommen hinzu. Die klassische Utopie war von Anfang an antiindividualistisch ausgerichtet: Stets hatte das Ganze Priorität gegenüber den Teilen bzw. dem Individuum. Diese Prämisse schlug sich nieder in dem Entwurf einer Gesamtgesellschaft, deren institutionelles Geflecht von der Wirtschaft bis zum politischen System und den Beziehungen zwischen den Geschlechtern detailliert ausgeführt wird. Dagegen bleiben die Ausführungen Landauers und seiner Nachfolger über die konkrete Ausgestaltung ihres Entwurfs eher vage. Sie wenden sich nicht wie die klassische Tradition gegen den Individualisierungsprozeß der frühen Neuzeit, sondern nehmen von ihm ihren Ausgang. Bei Landauer ist das utopische Potential anthropologisch begründet. Mehr oder weniger ausgeprägt ist es in den Individuen verankert, bevor es zu einer kollektiven Größe mutiert. Vor allem aber steht die klassische Tradition im Zeichen der Raum-Utopie: Die fiktive gesellschaftliche Alternative existiert zeitgleich zu den kritisierten gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen die Utopie entstand. Zugleich erfolgt ein Bruch mit der bisherigen Geschichte, die als durch und durch korruptiert gilt. Im Gegensatz zu dieser Annahme könnte man Landauers Ansatz eine Zeitutopie nennen, weil sie ihr Ziel, die herrschaftsfreie Gesellschaft, in die Zukunft verlagert, ohne freilich die utopische Fiktion an ein konsistentes Fortschrittmuster zu binden, wie dies später bei Bloch der Fall ist. Im Unterschied zur Raumutopie wird die Vergangenheit aufgewertet, weil in jede Stufe einer verwirklichten Utopie Elemente vergangener Utopien aufgenommen worden sind.

Das intentionale, weil von der individuellen Handlungsmotivation ausgehende Utopieverständnis ist von Karl Mannheim und Ernst Bloch folgenreich weiterentwickelt worden. Zwar wirft Mannheim Landauer vor, er unterstelle, im Prinzip sei jede Utopie verwirklich-

bar; er neige daher zur »Seinsblindheit« und zum Voluntarismus, weil er verkenne, daß es absolute, d. h. unrealistische Utopien gibt. Doch dieser Distanzierung stehen weitreichende Übereinstimmungen gegenüber. Wie Landauer sieht auch Mannheim nicht nur die erste Gestalt des utopischen Bewußtseins im Chiliasmus der Wiedertäufer, der die individuellen utopischen Intentionen zu einer überindividuellen Gesamtheit verbindet. Ebenso wichtig ist, daß er von ihm das Topie-Utopie-Muster übernimmt: Er ordnet der Topie die Ideologie zu, während die Utopie durch die Funktion gekennzeichnet ist, die Strukturen der Topie zu sprengen. Auch übernimmt er Landauers These, daß jede Seinsstufe utopische Potentiale früherer Gesellschaftsformationen enthält, durch die sie in Richtung auf ein nächstes Sein gesprengt wird. Allerdings interpretiert Mannheim – im Gegensatz zu Landauer – diesen Prozeß im Rahmen eines rechtshegelianischen Evolutionsmodells.

So folgenreich Mannheims Konzeptualisierung »Utopie« und »Ideologie« für die Sozialwissenschaften auch gewesen sein mag: Die erfolgreiche Wirkungsgeschichte dieser Differenz kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Mannheims wissenschaftssoziologischer Ansatz selbst ist, der ihr letztlich den Boden entzieht. Als standortgebundene, d. h. selektive Sichtweise gesellschaftlicher Wirklichkeit ist es für den Zeitgenossen unmöglich, zwischen Ideologie und Utopie zu unterscheiden. Wer vermag zu erkennen, was »seinstranszendent« im Sinne der Veränderung der sozialen Verhältnisse und was Apologie des gesellschaftlichen Status quo ist, wenn die auf Verwirklichung angelegte »relative Utopie« zur Ideologie in dem Augenblick werden muß, in dem sie sich der Transformation zur nächsten Seinsstufe verweigert? Man wird sagen können, daß Mannheim den Begriff der Utopie als eigenständige Kategorie auflöst und zu einer Variante dessen erklärt, was er unter Ideologie versteht: Sie tritt einmal als Anwalt der Veränderung des Status quo auf (Utopie), muß aber zugleich die von ihr geschaffene gesellschaftliche Wirklichkeit verteidigen (Ideologie). Nur unter dieser Prämisse ist plausibel, daß Mannheim sowohl den Chiliasmus der Wiedertäufer als auch den Liberalismus genauso unter den Utopiebegriff subsumiert wie den Konservatismus und den Sozialismus/Kommunismus. Im Sinne seines wissenschaftssoziologischen Ansatzes handelt es sich um standortgebundene Denksysteme, die sich in einer abgestuften Weise zur jeweiligen sozio-politischen Wirklichkeit befinden. Doch durch das analytische Raster fällt der spezifische Kern des Utopischen selbst: Er umfaßt alles, was sich seit der frühen Neuzeit an relevanten Denkkonzeptionen entwickelt hat, und ist eben durch diesen Totalitätsanspruch gleichzusetzen mit dem »Nichts«.

Auch Ernst Blochs spätere marxistische Wende, die die utopische Intention, vermittelt über die Kategorie des »objektiv« Möglichen, in den kategorialen Rahmen des historischen Materialismus einbindet, kann die Beeinflussung seines Utopiebegriffs durch Landauer nicht verdecken, obwohl er seinen Ideengeber verschweigt. Für ihn beginnt das utopische Denken gleichfalls mit den sozialrevolutionären Bestrebungen des Bauernkrieges und der Wiedertäufer des 16. Jahrhunderts. Dem entspricht, daß er – wie Landauer – in der Utopie im Kern eine nach vorn gerichtete Motivation sieht, die sich

in individuellen Träumen, Wünschen und Sehnsüchten Ausdruck verschafft und auf die Gestaltung der besseren Möglichkeiten einer keineswegs vollständig determinierten Zukunft drängt. Bloch ist zudem gleichfalls davon überzeugt, daß die Entstehung von Topien, selbst wenn sie die Form einer konterrevolutionären Regression annehmen, das utopische Potential in den Individuen nicht zu zerstören vermag. Doch dieser positiven Einschätzung stehen gravierende Defizite gegenüber. Landauer hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß das Utopische kein autonomes Phänomen ist, sondern Derivatcharakter hat: Es ist Ausfluß revolutionärer Umbrüche. Dieser Reduktionismus hat seinen Preis: Als utopisch gilt alles, was die revolutionäre Umwälzung fördert. Auf der subjektiven Ebene ausgesiedelt, kann sich bei Bloch die utopische Intention in einer unübersichtlichen Fülle möglicher Ausdrucksformen Geltung verschaffen: Sie reichen von religiösen Eschatologien, rauschhaften Zuständen und orgiastischen Chiliasmen über individuelle Tagträume, Märchen und Jahrmärkte bis hin zur Neunten Symphonie Beethovens. Wer einen Begriff notwendig so weit fassen muß, »entgrenzt« ihn im wahrsten Sinne des Wortes. Utopien hören dann auf, ein klar umrissener Untersuchungsgegenstand zu sein.

Setzte Mannheim dieser Ausuferung immerhin dadurch eine Grenze, daß er sie auf rekonstruierbare Denksysteme bezog, so können sich Utopien bei Bloch in letzter Instanz eigentlich nur »ereignen«. Dem wissenschaftlichen Zugriff entzogen, gibt es lediglich einen authentischen Weg, sich ihnen zu nähern: die direkte Teilhabe an ihnen als subjektives Erlebnis. Von diesem Utopiebegriff ist gesagt worden, daß er die Statik »endzeitlicher Idealvorstellungen« durchbrochen und das Utopische zugleich dynamisiert habe. Erst dieser Neuaufwertung, die eine Wende von der bloßen Denkbemühung zu einer die Geschichte durchziehenden und Theorie und Praxis vermittelnden Denkhaltung bewirkte, sei die Erneuerung des utopischen Diskurses, insbesondere in den Sozialwissenschaften, zu verdanken.

Lassen Landauer, Bloch und Mannheim das Urmuster des Utopischen mit den sozialrevolutionären Bestrebungen der Wiedertäufer und des Bauernkrieges beginnen, so führt Karl Raimund Popper den totalitären Utopiebegriff auf Platons *Politeia* zurück. Als eine geschlossene Systemutopie habe er sie der offenen Gesellschaft der attischen Demokratie mit ihrer Dynamik, ihren Klassenkämpfen, ihrem Individualismus und dem Emanzipationsstreben ihrer Unterschichten als Alternative empfohlen. In der Moderne, so Popper, entstand eine ähnliche Konstellation: Utopische Konzepte einer geschlossenen Gesellschaft, wie sie von Marx und Hegel entwickelt wurden, sind ihm zufolge als Antwort auf die Individualisierungstendenzen und Konfliktpotentiale der pluralistischen Gesellschaften des Westens zu begreifen. Für Poppers Utopiebegriff im engeren Sinn ist entscheidend, daß er ihn nicht aus einer Ontologie oder Anthropologie ableitet. Vielmehr führt er Platons utopisches Modell des ständischen Kommunismus auf die aristokratischen Stammesgesellschaften Spartas und Kretas bzw. auf deren ältere Vorläufer zurück. In deren Statik, Konfliktlosigkeit und Stabilität glaubte er, eine Lösung für das Problem gefunden zu haben, wie man den Klas-

Was unter dieser Formulierung verstanden werden muß, ist klar genug: Es ist das Plädoyer für einen gegenstandsunabhängigen Utopiebegriff, der von dem von Morus entwickelten Muster nur noch die Intention übrig läßt. Die Identität des utopischen Phänomens liegt dann nicht in »irgendwelchen Ähnlichkeiten positiver Zukunftsbilder (...), sondern in der kritischen Negation der bestehenden Gegenwart im Namen einer glücklicheren Zukunft, die noch so verschieden ausgemalt sein mag. Deshalb kann sich die utopische Intention auch dort ausdrücken, wo auf Zukunftsbilder verzichtet wird« (Neusüss).

senkampf vermeiden sowie den Einfluß der ökonomischen Interessen auf ein Minimum reduzieren und kontrollieren könne.

Das entscheidende Gestaltungsprinzip des utopischen Musters ist nach Popper der Holismus bzw. das Ganzheitsdenken, das er als unmittelbare Konsequenz der »Rückkehr zum Stamm, zur primitiven Horde« interpretiert. Ihm zufolge hat das Interesse des »Ganzen« stets Vorrang gegenüber den Wünschen des Individuums. Das utopische Gesellschaftsmodell interpretiert Popper entsprechend als Ausfluß der vormodernen Strukturen einer tribalen Großfamilie, die in ihrer Unterkomplexität in einer ausdifferenzierten Industriegesellschaft nicht anders als durch Terror im großen Stil verwirklicht werden kann. Er kommt immer dann zum Tragen, wenn er sich mit dem Historizismus und einer bestimmten Variante der Sozialtechnologie verbindet. Auch der Historizismus ist Ausfluß des ursprünglichen Stammesegoismus, der für sich eine welthistorische Mission und damit einen absoluten Herrschaftsprimat reklamiert. Zugleich fungiert er innerhalb des utopischen Modells als das entscheidende Bindeglied zwischen dem holistischen Systementwurf und der zu verändernden sozio-politischen Realität: Erst dadurch, daß die Utopie mit dem Anspruch auftritt, ein historisches Gesetz bzw. eine »geschichtliche Notwendigkeit« zu exekutieren, erhebt sie den Anspruch auf Totalrevision der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dieser Handlungsimperativ wird eingelöst durch die sogenannte »utopische Sozialtechnik«. Als »Methode des Planens im großen Stil« schafft sie irreversible Fakten. Zugleich ist die Anwendung des totalitären Terrors ihr notwendiges Korrelat, weil nur dann die Stetigkeit der utopischen Zielsetzung auf lange Zeit gesichert erscheint, wenn der Pluralismus konkurrierender Interessen ebenso zerstört wird wie alle anderen aus dem sozialen Wandel folgenden Hindernisse, die der Verwirklichung des Endziels im Wege stehen.

Poppers Verdienst besteht sicherlich darin, daß er systematischer als dies je zuvor der Fall gewesen ist, die totalitären Potentiale geschlossener Systemutopien mitsamt ihrem historizistischen Geltungsanspruch aufgedeckt hat. Aber die Stärken dieses Utopiebegriffs bezeichnen zugleich auch seine Schwäche. Poppers Ansatz zerstört nämlich die Autonomie des utopischen Phänomens; er reduziert es zum Ausfluß des Totalitarismus, ja, zu einem Synonym desselben. Die Folgen sind weitreichend. Sie führen zu einer groben Verstümmelung des Utopischen, die notwendig dann eintritt, wenn ein Teil für das Ganze genommen wird. Durch die Gleichsetzung mit dem Totalitarismus erfährt nämlich einerseits das Utopische eine Ausweitung auf Denkstrukturen, die ihm eher fremd sind. So subsumiert Popper die Gesellschaftstheorien von Marx und Engels ebenso unter den Begriff der Utopie wie das Herrschaftssystem des Faschismus. Andererseits führt Poppers Ansatz aber auch zu einer charakteristischen Verengung des utopischen Phänomens, die deren Substanz unmittelbar berührt. Als Derivat des Totalitarismus gleichsam auf ein statisches Konstrukt festgelegt, wird das Utopische gerade nicht als das wahrgenommen, was es von Anfang an gewesen ist: ein Diskurs, in dessen Rahmen auch in Alternativen gedacht und für Lernprozesse sensibilisiert wurde.

So zielt Poppers Vorwurf, die politische Utopie sei strukturell unterkomplex, ins Leere. Gewiß, im utopischen Denken der Neuzeit

Einer der ersten, der diesen Zusammenhang in aller Klarheit erkannte, war der Historiker Thomas Nipperdey: »Die utopische Welt (...) ist (...) eine funktionelle Totalität. Das zusammenschließende Prinzip ist nicht das der hierarchischen Stufung, die Zuordnung gemäß einer Analogie spielt keine Rolle mehr. Vielmehr sind die Teilbereiche der utopischen Welt einander gleichgeordnet und gleichursprünglich auf ein gemeinsames, von ihnen gemeinsam erst zu konstituierendes Zentrum bezogen. Die Welt ist in sich selbst monistisch strukturiert. Die Interdependenz ist nicht gemeinsamer Aufbau, sondern die Vermittlung von allen mit allen, ein universales Ineingreifen, ein dynamischer Vorgang des sich Integrierens. Die führende Kategorie ist nicht mehr die der Substanz, sondern die der Relation. Die Eigenwelt der Teilbereiche ist nicht geschlossen, sondern funktionalisiert, diese Eigenwelt ist darum auch nicht natürlich vorgegeben, sondern dem planenden Zugriff aufgegeben.«.

hat es immer auch Modelle gegeben, deren regressiver Gemeinschaftscharakter unübersehbar ist. Doch es gehört zum Ethos wissenschaftlichen Arbeitens, die Kritik an einem Genre nicht an seinem schwächsten, sondern an seinem stärksten Glied anzusetzen. Wer zum Beispiel die *Utopia* des Thomas Morus mit den mittelalterlichen Gesellschaftsformationen vergleicht, kommt um die Einsicht nicht herum, daß sie mit deren stratifikatorischen Strukturen bricht. Daß es unter diesen strukturellen Voraussetzungen den utopischen Denkern der klassischen Tradition gelang, zwanglos den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in ihre Konstrukte zu integrieren, ist eine logische Konsequenz dieses Tatbestandes. Wenn so das utopische Denken seit seinen Anfängen der Komplexität der Moderne nicht nur Rechnung trug, sondern ihr, wie sich an vielen Beispielen erweisen läßt, vorarbeitete, so bietet es doch den nicht zu unterschätzenden Vorteil, Komplexität auch reduzieren bzw. sie sich in anderen, vielleicht humaneren Kontexten als Gedankenexperiment zumindest vorstellen zu können.

Das Dilemma des intentionalen und des totalitären Utopiebegriffs ist offensichtlich: Beide Ansätze argumentieren reduktionistisch, weil ihr Gegenstand sich mit dem Phänomen des Utopischen immer nur partiell deckt. Wer sich also auf die politische Utopie in unverkürzter Weise einlassen will, kommt um den Rekurs auf die Quellen, in denen sie sich niederschlug, nicht herum. Einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten bietet in der Tat der Vorschlag, den Norbert Elias gemacht hat: Die Rückbesinnung auf die klassische Tradition, die mit Morus' *Utopia* begann. Gehe ich nämlich von diesem Muster aus, so sind politische Utopien Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften, die sich zu einem Wunsch- oder Furchtbild verdichten. Was Utopien und Dystopien verbindet, ist, daß es sich stets um fiktive, rational nachvollziehbare Gesellschaftsmodelle handelt, die, das bloß subjektive Wünschen oder Ängste überschreitend, eine Welt bezeichnen, die wir haben oder vermeiden wollen. In beiden Fällen ist das normative Motiv dominant, unverzichtbare Werte des Humanen wie Liebe, Integrität und gesellschaftliche Solidarität zu optimieren oder doch wenigstens zu verteidigen. Ihre Zielprojektionen zeichnen sich durch eine präzise Kritik bestehender Institutionen und sozio-politischer Verhältnisse aus, der sie eine in säkularisierten Kategorien artikulierte Alternative gegenüberstellen. Ohne die antithetische Konfrontation des utopischen Ideals mit dem, was kritikwürdig erscheint, verlöre die klassische Utopie ihre Identität.

Daß sie zu Beginn des 16. Jahrhunderts mit dem Zerfall der feudalen Ständegesellschaft entstand, ist kein Zufall. Zwei Wege boten sich an, auf deren Zerfall zu reagieren. Den ersten Weg beschritten die Vertreter des subjektiven bzw. individualistischen Naturrechts. Sie versuchten, einen neuen gesellschaftlichen Konsens dadurch zu erreichen, daß sie das autonome Individuum und seine vernünftige Urteilskraft in das Zentrum der neuen Sinnstiftung stellten. Über einen Vertrag, den die einzelnen Vernunftträger in einem vorstaatlichen Naturzustand untereinander abschlossen, sollten politische Herrschaft und das ihm vorausgesetzte gesellschaftliche System vorwiegend säkular gerechtfertigt werden. Den anderen Weg gingen seit

dem Erscheinen der *Utopia* des Thomas Morus im Jahr 1516 die Utopisten. Als Produkt der Säkularisierung versuchten sie von Anfang an deren Konsequenz, die Individualisierung und Fragmentierung der Lebenswelten durch die entstehende bürgerliche Gesellschaft, mit einem neuen ganzheitlichen Ordnungsgefüge zu beenden. Deren Bausteine sind ebenfalls Konstrukte der verweltlichten Vernunft selbst, allerdings in ihrer kollektiven bzw. monistischen Spielart: Sie gestaltet die Utopien zu einem Entwurf, der uns zeigen soll, wie die Welt, in der wir leben wollen, sein oder nicht sein soll.

Die analytischen Vorteile dieses Konzeptes liegen auf der Hand, weil sie die Defizite des intentionalen und des totalitären Utopiebegriffs vermeiden. Ich möchte drei Vorzüge nennen:

1. Das klassische Utopiemuster bietet klare Kriterien, die seinen Gegenstand von anderen Phänomenen deutlich abgrenzen. Danach können metaphysische und jenseitige Visionen wie das Paradies oder das »goldene Zeitalter« ebensowenig als politische Utopien gelten wie bloße Traumassoziationen, chiliasmatische Heilserwartungen und religiöse Eschatologien, Mythen oder die verschiedenen Varianten des individualistischen Vertragsdenkens. Als Konstrukte der säkularisierten Vernunft sind sie normativ nach vorn gerichtet. Aus diesem Grund dürfen sie auch nicht ineingesetzt werden mit Antizipationen technischer Art wie Science-fiction oder mit sozialwissenschaftlicher Prognostik, wie sie etwa der Marxismus oder die Futurologie versuchen. Methodologisch zu einem Idealtypus verdichtet, sind in der Perspektive des klassischen Utopiebegriffs aber auch durchaus Mischformen identifizierbar.

2. Dieses Konzept trägt in dem Maße, wie es die politische Utopie als ein Phänomen des Reagierens und Antizipierens zugleich begreift, der Kontinuität und dem Wandel seines Gegenstandes voll Rechnung. Zwar bleiben seine Strukturelemente, die von der Sozialkritik über das wirtschaftliche und politische System bis zu seinem Geltungsanspruch reichen, identisch. Doch füllen sie sich variabel mit epochenspezifischen Inhalten, weil sich die Problemlage, auf die sie reagieren, verändert. Da sie nicht auf ein bestimmtes Genre festgelegt sind, können die utopischen Inhalte durch unterschiedliche Medien wie den Roman oder den sozialphilosophischen Diskurs transportiert werden.

3. Der klassische Utopiebegriff steht nicht unter dem Zwang, die utopische Fiktion auf ihr vorgegebene Größen wie »Revolution« oder »Totalitarismus« zurückführen zu müssen. Sie können mit ihnen konvergieren, sind aber nicht mit ihnen identisch. Mit dem Wegfall reduktionistischer Zuordnungen macht er den Weg frei für eine kritisch-hermeneutische Untersuchung seines Gegenstandes. Erst sie ermöglicht es, vom Utopischen im Plural, d. h. von seinen vielfältigen Gestalten zu reden und, fast wichtiger noch, es als ein lernfähiges, durch selbstkritische Reflexion sensibilisiertes Phänomen zu begreifen, das die moderne Zivilisation nachhaltig beeinflusst hat. Insofern öffnet sich dieses Konzept der Wirkungsgeschichte des utopischen Denkens und kann so zu einem konkreten Gegenstand historischer, soziologischer, politologischer, philosophischer und literaturwissenschaftlicher Forschung werden.

II.

Niemand wird behaupten können, daß Max Webers richtungweisende Diagnosen der modernen Gesellschaft utopische Züge tragen. Wer seine Analysen des bürokratisierten »Gehäuses der Hörigkeit der Zukunft« kennt, wird ihn eher als antiutopischen Fatalisten bezeichnen wollen. Und doch ist er in der Entwicklung der Methodologie seines idealtypischen Ansatzes der utopischen Methode näher als man auf den ersten Blick vermutet. Wie beim utopischen Entwurf, so handelt es sich beim Idealtypus um ein Konstrukt sozialer Realität, das in dieser Reinform in der historischen Wirklichkeit nirgendwo vorkommt.

Um mit Weber zu sprechen: Er »wird gewonnen durch einseitige *Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte* und durch Zusammen-schluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar, vorhandener *Einzelerscheinungen*, die sich jenen einseitig hervorgehobenen Gesichtspunkten fügen zu einem in sich einheitlichen *Gedankengebilde*. In seiner begrifflichen Reinheit ist dieses Gedankengebilde nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine *Utopie*, und für die *historische Arbeit* erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe und wie fern die Wirklichkeit jenem Ideal-bilde steht«.

Wenn wir diese idealtypische Methode auf das uns überlieferte utopische Material in seinen verschiedenen Artikulationsformen anwenden, dann bietet es sich an, mit Andreas Voigt zwischen archistischen und anarchistischen Konstruktionsmustern des utopischen Denkens zu unterscheiden. Voigt begründete diese Differenz anthropologisch. Er sah nämlich das unterscheidende Merkmal in dem verschiedenen Verhalten der Menschen zum Dienen und Herrschen, zu Zwang und Freiheit. Das Ideal der *archistischen* Utopie ist daher in der Regel ein Staat mit starker umfassender Zwangsgewalt, der die Beziehungen der Staatsangehörigen von der Wiege bis zur Bahre in allen Einzelheiten regelt. Das Leitbild der *anarchistischen* Utopie geht demgegenüber vom Gesellschaftsideal der absoluten Freiheit aus. Jeder Zwang, jede Art von Herrschaft, die Regierung, die Polizei und die Justiz werden verworfen. So unversöhnlich sich die holistischen und die individualistischen Prämissen beider Ansätze gegenüberzustehen scheinen – eines verbindet sie unter dem Oberbegriff der klassischen Utopie: Sie stehen in Opposition zum besitz-individualistischen Egoismus ihrer Herkunftsgesellschaft und optieren für ein fiktives Gesellschaftsmodell mit solidar-gemeinschaftlicher Ausrichtung. Obwohl Morus' *Utopia* wie fast alle Utopien seiner Epoche dem archistischen Typus zuzuordnen sind, vollzog sich in deren *formalen* Mustern einer fiktiven, aus dem Geist der Sozialkritik hervorgehenden idealen Solidar-gemeinschaft vor allem in der Epoche der Renaissance und der Reformation die allmähliche Herausbildung des *anarchistischen* Utopietypus, der – bereits in der Antike nachweisbar – seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine hegemoniale Konjunktur erlebte.

Allerdings unterscheidet sich mein Gebrauch der Kategorien »archistisch« und »anarchistisch« von Voigts Ansatz grundlegend. Zunächst halte ich deren Anbindung an anthropologische Grund-befindlichkeiten für reduktionistisch, weil archistische Utopien auch Antworten auf die Chaotik der Herkunftsgesellschaften ihrer Autoren ebenso interpretierbar sind, wie ihre anarchistischen Varianten auf deren hohen Reglementierungsgrad verweisen können. Ferner entzieht sich der Gebrauch beider Kategorien als Idealtypen, d. h. als heuristische Instrumentarien der wertend ablehnenden Konnotation, die Voigt ihnen beimißt. Und schließlich ist für meinen Ansatz das unterschiedliche Naturverhältnis der archistischen und anarchistischen Utopie zentral, das für Voigt keine Rolle spielt. Seit der Antike ist nämlich die utopische Phantasie, die dem archistischen Muster zugrundeliegt, ganz auf die Regulation von Sozialmechanismen aus-

gerichtet. Ein Bereich jenseits der Gesellschaft kann nicht bestehen, weil er planender Vernunft entzogen wäre. Auch die Natur selbst ist dem gesellschaftlichen Nutzenprinzip untergeordnet. Demgegenüber ist für den anarchistischen Ansatz in der antiken Schäfer-Dichtung der Entwurf politischer und sozio-ökonomischer Institutionen sowie von Normen gesellschaftlichen Handelns und kultureller Interaktion peripher. Doch gleichwohl ist Politik als Friedensstiftung auf das urgeschichtliche Hirtentum zurückbezogen und wird an ihm gemessen.

Auf der Folie dieser idealtypischen Unterscheidung läßt sich die Rezeption des antiken Utopiemusters ebenso abbilden wie das spezifische Profil der modernen Utopie selbst. So nimmt Morus trotz der unverkennbaren Kontinuitätslinien einen bedeutenden Paradigmenwechsel für die archaische Denktradition vor, wenn er den pejorativen Arbeitsbegriff der Antike aufwertet und gleichzeitig das Gemeineigentum zur Grundlage nicht nur – wie bei Platon – der politischen Elite, sondern der Gesamtgesellschaft erhebt. Dieser Egalitarismus nivelliert das, was selbst noch bei Euhemeros außer Frage stand: die hierarchische, ständestaatliche Struktur der Gesellschaft mit ihren Privilegien und Rängen. Eine zweite Trennlinie, die die moderne archaische Utopie von ihren antiken Vorläufern unterscheidet, wird konstituiert durch ihre Stellung zur modernen Naturwissenschaft und Technik: Sie ersetzt den kontemplativen Wissenschaftsbegriff Platons durch die aktive Anwendung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in Form einer in die Sphäre der Wirtschaft eingreifenden Technik, die dem antiken Denken fremd war. Durch diesen Vorgang dynamisiert und als Zeitutopie seit Mitte des 18. Jahrhunderts in die Zukunft projiziert, wurde im Zeichen des teleologischen Fortschrittsdenkens das antike Paradigma der ewigen Wiederkehr des Gleichen ebenso obsolet wie der Primat der überschaubaren und statischen Größe der antiken Idealstadt. Den durch die industrielle Revolution produzierten Reichtum vor Augen, ersetzte die moderne archaische Utopie schließlich den ehernen Tatbestand knapper Ressourcen durch den des materiellen Überflusses, der bisher außerhalb der Welt des Mythos undenkbar erschien. Demgegenüber gelang die »Modernisierung« des anarchistischen Utopieansatzes erst, als er den antiken Automaten-Mythos der selbsttätigen Natur durch die »Sklaverei der Maschine« (Oscar Wilde) ersetzte.

Auf dem idealtypischen Raster des klassischen Utopiebegriffs lassen sich aber auch die entscheidenden Differenzen zum Chiliasmus bzw. zur Eschatologie identifizieren. Ausschließlich das Resultat menschlicher Anstrengungen und nicht eines transzendenten Gnadentaktes, erscheint im Unterschied zur Paradies-Konzeption Morus' *Utopia* als das Resultat der Analyse jener Gesellschaft, aus der ihr Autor stammt und der sie zugleich als die bessere Möglichkeit entgegentritt. Die Alternative besteht nicht darin, daß man den irdischen Lasten und weltlichen Genüssen entsagt, um ein frommes Leben zu führen. Worauf es ankommt, ist vielmehr, die aufgezeigten weltimmanenten, von den Menschen selbst zu verantwortenden Ursachen des Elends zu beseitigen: Erst dann sind die Fundamente Utopias gelegt. Gegenüber den Vorstellungen der chiliastischen Schwarmgeister in der frühen Neuzeit sind die »neuen Menschen« Utopias

keineswegs a priori vollkommen. Ihre anthropologische Grundausstattung gleicht der einer *tabula rasa*: Sie kann durch äußere Einflüsse in eine positive oder negative Richtung modelliert werden. Im Gegensatz zum chiliastischen Selbstverständnis spielen daher in den archaischen Raum-Utopien der frühen Neuzeit Institutionen eine entscheidende Rolle: In Staat, Wirtschaft, Familie, Bildungswesen, Religionsgemeinschaft und Schule haben sie die konstruktiven Anlagen der Menschen zu fördern und ihr destruktives Potential durch vernünftige Gesetze zu reprimieren. Zwar entziehen die Raum-Utopien der frühen Neuzeit in der Regel gleichfalls dem Mein und Dein den Boden. Doch im Unterschied zum Chiasmus hielt man an einer hierarchischen Ordnung fest, die vom politischen System bis zur patriarchalischen Familienstruktur reichte. Was schließlich für die Utopie die Sozialkritik bedeutet, ist für das chiliastische Paradigma die Apokalypse. Dem entspricht, daß sich die dem utopischen und dem chiliastischen Ansatz zugrunde liegenden Motive ausschließen. Nicht Aufklärung über die von den Menschen selbst verschuldeten Ursachen deprivierter sozialer Verhältnisse ist die Stroßrichtung des apokalyptischen Paradigmas, sondern die Mobilisierung von individuellen und kollektiven Ängsten vor der Strafe Gottes.

Vor allem ermöglicht die idealtypische Methode analytisch tragfähige Kriterien der Unterscheidung zwischen Utopie und Science-fiction. Im Unterschied zur klassischen Utopie, die seit der Antike in ihrem jeweiligen Entstehungskontext auf sozio-politische Krisensymptome reagierte, ist Science-fiction Ausfluß des Wissenschafts- und Technikoptimismus des 19. Jahrhunderts. Dem kühnen Entdecker und Erfinder bzw. dem genialen Ingenieur und nicht gesellschaftlichen Krisenherden verdankt sie ihre Inspiration. Verschieden ist auch die Stellung beider Genres zur Technik. Zwar spielte für die klassische Utopietradition von Anfang an deren Hochschätzung eine entscheidende Rolle, wie wir nicht erst seit Bacons *Neu-Atlantis* wissen. Seit dem 19. Jahrhundert steigt sie sogar mit dem Einsetzen der Industrialisierung zu einem Eckpfeiler des utopischen Entwurfs auf. Doch geht es dem utopischen Denken nicht so sehr um die Technik an sich, sondern vielmehr um ihre Auswirkung auf die Gesellschaft. Demgegenüber betont Science-fiction das Ob und Wie der technischen Innovation. Ihre Autoren interessieren sich dafür, wie das Raumschiff möglichst realistisch zum Fliegen gebracht wird. Die Nutzung der Technik durch den Protagonisten und seine durch sie ermöglichten spektakulären Taten sind entscheidend, nicht aber ein gesamtgesellschaftliches Szenario, das als Wunsch- oder Furchtbild geschildert wird. Auch das Verhältnis beider zur Zukunft unterscheidet sich grundlegend. Science-fiction lebt, Elemente der Futurologie assimilierend, seit ihren Anfängen von einer, wenn auch imaginär angereicherten Prognostik technischer Entwicklungen, die bis zur Antizipation der Atombombe durch Karel Čapek und H. G. Wells reichte. Im Gegensatz zu diesem prognostischen Prinzip des »Wenn-Dann«, das Science-fiction mit der Zukunftsforschung verbindet, ist das klassische utopische Denken selbst nach seiner geschichtsphilosophischen Wende um die Mitte des 18. Jahrhunderts auch ohne Prognostik ausgekommen. Nicht die Antizipation von Zukunft aufgrund der Extrapolation real existierender Techniken, sondern die norma-

tive Fiktion einer staatlich verfaßten oder staatsfreien Gesellschaft, wie wir sie haben oder nicht haben wollen, hat entscheidend auf ihr Profil eingewirkt – gleichgültig, ob das imaginäre Gemeinwesen als regulatives Prinzip wie in der Raumutopie oder aber als prinzipiell verwirklichtbar wie in der Zeitutopie gedacht worden ist.

Ein ebenso großer analytischer Vorteil der idealtypischen Methode besteht freilich darin, Mischformen des utopischen Denkens zu identifizieren. In der Welt des antiken Mythos sind nämlich sowohl im archaischen als auch im anarchistischen Spektrum Elemente auffindbar, ohne die die moderne Utopie nicht entstanden wäre. Zu Recht gilt als antikes Urmuster des archaischen Gesellschaftsentwurfs Platons *Politeia*. Doch darf nicht übersehen werden, daß sein idealer Staat seinerseits Vorläufer in antiken Idealstadtkonzeptionen hatte, die, wie z. B. Hippodamus, sein Modell antizipierten und in Stein ausführten. Als Artefakten der Ratio stellen sie ein an geometrischen Basisfiguren ausgerichtetes »sekundäres System« dar, das dem Chaos der Natur entzogen und ausschließlich menschlicher Kontrolle unterworfen ist. Zugleich schaffen sie neben der sozio-politischen Verfassung die in Architektur geronnene physische Umwelt für ein »gutes Leben«. Diese Konzentration aller Kräfte im Kampf gegen die äußeren Naturgewalten macht Herrschaft zu einer nicht hintergehbaren Tatsache. Der anarchistische Ansatz der Antike argumentiert umgekehrt: Alle Probleme werden gelöst, wenn man sich für ein Leben nicht gegen, sondern mit der Natur entscheidet. Selbst Teil der Natur, sorgt diese für das Menschengeschlecht dann, wenn es sich ihr ohne prometheischen Trotz überläßt und ihrer Weisheit vertraut. Das »goldene Zeitalter«, nicht nur von Hesiod, sondern auch in der römischen Dichtung von Vergil, Horaz u. a. immer wieder beschworen, ist nichts anderes als eine mythische Überhöhung dieses Credo. Nach der Kritik der archaischen Linie des utopischen Denkens durch Autoren wie Samjatin, Huxley und Orwell scheint dieses anarchistische Muster der antiken Utopie noch unausgeschöpfte Potentiale zu enthalten, an die die sogenannten »postmateriellen« Utopien der 60er und 70er Jahre unter ökologischen und antitotalitären Vorzeichen anknüpfen konnten.

Auch der Chiliasmus stellt trotz aller gravierenden Differenzen zur modernen Utopie ein »Mischmodell« dar, weil er Elemente enthält, die für diese konstitutiv geworden sind. Zu nennen ist der diesseitige Charakter des Paradieses und seine Prämisse der Abwesenheit der durch die Unterscheidung von Mein und Dein vermittelten Konkurrenzbeziehung sowie sexueller Begierden. Ebenso wichtig ist das Postulat der Perfektionsfähigkeit des Menschen sowie das Konzept des Millenniums als intermediäre Ebene zwischen der rein irdischen Existenz der gefallenen Menschen und der rein himmlischen Seinsweise der Erlösten. Wenn schließlich im Sinne des Joachim von Fiore im chiliastischen Denken nicht die Hierarchie der Kirche, sondern die Mönche zum Vorbild für die Menschheit avancieren, dann ist zugleich auf die Affinität hingewiesen, die das mittelalterliche Kloster mit der Organisationsstruktur der klassischen utopischen Gemeinwesen der frühen Neuzeit verbindet. Selbstverständlich kann man angesichts dieser gemeinsamen Schnittmenge an der Option einer »christlichen Utopie« festhalten. Schwärmte der

Utopist Gabriel des Foigny (1630-1692) nicht von einem Land, in dem »Milch und Honig« fließen und nannte nicht ein Autor wie Johann Gottfried Schnabel (1692-1751/58) seine Utopie der *Insel Felsenburg* ein »irdisches Paradies«? Lebte Morus nicht vier Jahre in einem Kloster? Und war nicht Campanella zeit seines Lebens ein Mönch? Doch abgesehen davon, daß die chiliastische Metaphorik bei den genannten Autoren in keinem Fall die Struktur des utopischen Musters sprengt, hat diese Option einen bedeutsamen Nachteil in Kauf zu nehmen. Sie muß den Begriff der Utopie bzw. des Chiasmus so weit fassen, daß sie die aufgezeigten Differenzen mit einzuschließen hat. Ihr heuristischer Gebrauchswert und ihre analytische Trennschärfe sind also denkbar gering.

Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg ist es ebenfalls zu Mischmodellen von klassischen Utopien und Science-fiction-Szenarien gekommen. So integriert Ursula K. Le Guins *The Left Hand of Darkness* in überzeugender Weise Elemente der Science-fiction wie interstellare Reise, Raumschiffe, kosmische Zeitdifferenzen, Aliens fremder Planete etc. in das klassische utopische Muster, ohne dieses selbst aufzugeben. Umgekehrt wurde in der fortgeschrittenen Science-fiction-Literatur das fiktive gesellschaftliche Szenario gegenüber den Akteuren aufgewertet. Die neuen Entwürfe reichen von einer geeinten Menschheit und einem auf wissenschaftlich-technischem Fortschritt beruhenden beispiellosen Wohlstand für alle bis hin zur Vervollkommnung des Menschen im Medium schöpferischer Arbeit und gesellschaftlicher Harmonie, die nicht zuletzt auch das Resultat eines ausdifferenzierten Erziehungssystems ist. »Star Trek – The next generation« hat zweifellos das Erbe dieses Trends zu einer positiven Zukunftsvision angetreten: Normative Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens drängen das Action-Muster in den Hintergrund. Tatsächlich läßt die Kombination aus rationalem aufklärerischem Denken, romantischen Gefühlen, der entdeckenden Neugier und der »Philosophie des Weltraums«, die sich am Universum als Ganzem orientiert, künstliche Mittel zur Spannungssteigerung wie Weltraumkämpfe oder Verfolgungsjagden beinahe obsolet erscheinen. Daß freilich diese utopischen Elemente das Science-fiction-Muster keineswegs sprengen, wird vor allem an ihren dystopischen Varianten deutlich. Ein Menschenbild vor Augen, dessen Grundwerte der Solidarität, Liebe und Wahrhaftigkeit sie nicht relativierten, wollten Samjatin, Huxley und Orwell Kräfte mobilisieren, damit eine Zukunft, die wir nicht wünschen können, vermieden wird. Doch ob diese Intention die dystopische Science-fiction zu beeindruckend vermag, ist mehr als fraglich. Geprägt vom Hang zum Fatalismus und der versteckten Lust am Untergang stellt sich das Problem, ob sie die Funktion der klassischen »schwarzen« Utopien, nämlich als Warnbilder für aktuelle Gefahren der Zukunft zu dienen, überhaupt auszuüben vermag.

III.

Das klassische Utopiemuster erschöpft sich aber nicht in seiner Eigenschaft als heuristisches Prinzip zur Auffindung seiner eigenen Identität und Abgrenzung von anderen geistesgeschichtlichen Phänomenen. Anders als das Konstrukt des Idealtypus ist das klassische

utopische Muster darüber hinaus selber Teil des historischen Prozesses seit der frühen Neuzeit gewesen. Nicht als statischer Idealtypus, wohl aber als historische Kategorie verdankt es seine Dynamik der Eigenart, sowohl auf Fehlentwicklungen zu reagieren als auch Alternativen zu ihnen antizipieren zu können.

Die klassischen Utopien der Neuzeit riskieren zwar den Traditionsbruch mit der Herkunftswelt, in der sie entstanden sind, um eine Alternative zu deren gesellschaftlichen Fehlentwicklungen aufzeigen zu können. Doch ebenso sicher ist, daß es falsch wäre, utopische Konstrukte immer nur mit idealen Gemeinwesen oder zukünftigen Schreckensszenarien gleichzusetzen und sie ausschließlich unter diesem Aspekt zu sehen. Ebenso wichtig wie der utopische Entwurf selbst ist der sozio-politische Anlaß, der ihn hervorgebracht hat. Die Utopien der Renaissance und der Reformation bei Morus, Campanella, Andreae und Winstanley reagieren auf die extreme Polarisierung zwischen Armen und Reichen, auf die feudale und frühkapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeit, aber auch auf einen Staat und seine Justiz, die von den Interessen einer besitzindividualistischen Oberschicht instrumentalisiert sind. Die Utopien im Zeitalter des Absolutismus, wie sie von de Foigny, Vairasse, Fontenelle, de Lahontan, Fénelon, Schnabel, Mercier, Morelly, Diderot, Restif de la Bretonne u. a. konzipiert wurden, attackieren die Institution der absolutistischen Monarchie sowie deren Stützmächte in Gestalt des Adels und der katholischen Kirche. Sie prangern den Luxus der Reichen ebenso an wie die Unterwürfigkeit und das Elend der Armen.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert stellen Utopisten wie Saint-Simon, Fourier, Owen, Cabet, Bulwer-Lytton, Bellamy, Morris, H. G. Wells und Bogdanow dem durch die Industrialisierung erzeugten gesellschaftlichen Reichtum ohne historisches Beispiel die Verelendung breiter Schichten der Bevölkerung gegenüber, die ebenfalls präzedenzlos ist. Die Dystopien seit Beginn der 20er Jahre bei Samjatin, Huxley und Orwell nehmen ihren Ausgang von der Destruktionskraft der modernen Technik im Ersten Weltkrieg und der Anwendung totalitärer Herrschaftstechniken sowohl in ihrer östlichen wie westlichen Ausprägung. Und die sogenannten postmateriellen Utopien, die von Skinner, Huxley, Callenbach und Le Guin entworfen wurden, empören sich über den ungehemmten Konsumismus der reichen Industrieländer und die zunehmende Verarmung der südlichen Regionen, die noch nicht abgeschlossene Gleichstellung der Frau mit dem Mann und die zunehmende Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen der Menschheit durch den Industrialisierungsprozeß.

Aber der sozio-politische Kontext des klassischen Utopiediskurses ist nicht nur dessen Auslöser: Er wirkt auch auf die Antizipationen des utopischen Gemeinwesens selber ein, die den kritisierten Fehlentwicklungen konfrontiert werden. Er erzwingt, wenn man so will, deren jeweilige epochenspezifische Gestalt. In dem Maße nämlich, wie das utopische Denken die mit dem jeweiligen Stand der Naturbeherrschung gegebenen Möglichkeiten seiner Ursprungsgesellschaft auslotet, bleiben seine Fiktionen ihr zumindest punktuell verhaftet. Zeigen läßt sich dies an der Triade »Wissenschaft/Technik«, »Arbeit« und »Bedürfnisse«, die als der Motor des Systems der materiellen

Reproduktion der utopischen Gemeinwesen zu gelten hat, sofern sie sich nicht als bloßes kritisches Korrektiv des Zivilisationsprozesses, wie in den anarchistischen Utopien des »Bon sauvage« im 18. Jahrhundert, sondern auch als eine konstruktive Alternative zu ihm verstanden. So zogen die großen Utopisten der Renaissance und der Reformation aus dem begrenzten Stand der Naturbeherrschung durch Wissenschaft und Technik, der selbst bei Bacon den Rahmen der Agrargesellschaft nicht zu sprengen vermochte, zwei Konsequenzen: Sie werteten die physische Arbeit in einem Maße auf, wie es das Mittelalter und die Antike nicht kannten. Und sie plädierten für deren vollständige Mobilisierung in möglichst effizienter Weise, die sich nicht selten am organisatorischen Vorbild militärischer Hierarchien orientierte.

Dem niedrigen Stand der Produktivität der Arbeit in der Antike und der frühen Neuzeit entsprach, fast wichtiger noch, der eherne Imperativ des Luxusverbots: Legitim war nur die Befriedigung sogenannter »natürlicher« Bedürfnisse. Er ermöglichte es, die gesamte Wirtschaft ausschließlich auf die Erzeugung lebensnotwendiger Güter festzulegen. Zu einer dramatischen Neuakzentuierung dieser Triade kam es erst mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert: Wissenschaft und Technik eröffneten zum ersten Mal in der Geschichte die Perspektive einer Industriegesellschaft, die nicht mehr in der physischen Arbeit, sondern in der maschinellen Produktion die Quellen eines gesellschaftlichen Reichtums sieht, der die Perspektiven eines grenzenlosen materiellen Überflusses zu verbürgen schien. Aus dieser Perspektive zogen die Utopisten weitreichende Folgerungen: Das Sparsamkeitsgebot wurde ersetzt durch den hedonistischen Massenkonsum, und an die Stelle der physischen Fron trat die Maschine, die die menschliche Arbeit nicht abschaffte, ihr aber neue qualifizierte Betätigungsfelder zuwies. Dieses Szenario lebte von dem Glauben, daß die Technik per se neutral sei: Ob sie sich zum Nutzen oder Schaden der Menschen auswirke, hänge allein von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, dann aber vor allem nach den Erfahrungen der großen Materialschlachten des Ersten Weltkrieges kamen Zweifel an dieser Prämisse auf: Sie wurden von den klassischen »schwarzen« Utopien zu einem Furchtbild der Zukunft verdichtet. Wissenschaft und Technik avancieren nun zu der großen Destruktionskraft, die die vollständige Versklavung der Menschen bewirkt. Aber auch die sogenannten »postmateriellen« Utopien seit Anfang der 60er Jahre sehen sich insofern auf ihre Ursprungsgesellschaft zurückverwiesen, als ihre Fiktionen entscheidende Impulse von der drohenden ökologischen Katastrophe erhalten. Sie fördern Wissenschaft und Technik nur noch insoweit, wie sie die Überlebensbedingungen der Menschheit sichern helfen. Und sie kehren bei gleichzeitiger Aufwertung ästhetischer und sexueller Bedürfnisse zu einer Ethik des Konsumverzichts zurück, der einer Entlastung der menschlichen Arbeit von den Geboten äußerster Effizienz zugunsten selbstbestimmter Tätigkeit entspricht.

Doch die Abhängigkeit der utopischen Fiktion von dem soziopolitischen Kontext ihrer Entstehung wird auch deutlich, wenn man sich ihrem Geltungsanspruch zuwendet. Nicht zufällig ist er im

18. Jahrhundert in dem Augenblick einem wichtigen Paradigmenwechsel unterworfen, als eine Reihe bedeutender technischer Erfindungen, die von der Koksverhüttung des Eisens über Newcomens Dampfmaschine bis hin zum Puddelverfahren und der Dreschmaschine reichen, einen neuen Stand der Naturbeherrschung ankündigten, der auch neue Möglichkeiten der Gesellschaftsgestaltung zu eröffnen schien. Diese Weichenstellung der zivilisatorischen Entwicklung in Europa hinterließ im utopischen Denken tiefe Spuren. In den älteren Utopien fand der Erzähler in der Regel die perfekte Gesellschaftsordnung bereits fertig vor: Er hatte deren ideales Funktionieren dem Leser lediglich mitzuteilen. Seit dem 18. Jahrhundert jedoch erlebt der Leser mit, wie das utopische Gemeinwesen entsteht: Die handelnden Subjekte werden zu Demiurgen einer idealen Welt. Das Moment der »Machbarkeit« und des Planens war schon immer ein wichtiges Element der utopischen Fiktion. Aber es verblieb in der Sphäre der Phantasie. Jetzt wird dagegen das utopische Konstrukt zu einer konkreten Aufgabe, die auch tatsächlich gelöst werden kann: eine Überzeugung, die im Umschlag von der Raum- zur Zeitutopie ihren prägnantesten Ausdruck findet.

In der Epoche der Renaissance und der Reformation wurde das utopische Gemeinwesen, zumeist in Gestalt einer Insel, zeitgleich zu den kritisierten gesellschaftlichen Verhältnissen gedacht, denen es als die bessere Alternative konfrontiert wurde. Utopisches Ideal und Ursprungsgesellschaft waren durch ein räumliches Kontinuum miteinander verbunden. Demgegenüber wird das utopische Ziel nun in die Zukunft projiziert, und zwar mit der geschichtsphilosophisch verbürgten Erwartung, daß es von der Realität eingeholt wird. Diese Assimilierung des utopischen Entwurfs mit dem teleologischen Fortschrittsdenken mag viele Gründe haben. Unbestreitbar jedoch ist, daß sie auch mit dem wachsenden Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen zu tun hat, ihre gesellschaftlichen Verhältnisse von Grund auf rational gestalten zu können. Umgekehrt wirkte freilich die Erfahrung der Destruktionskräfte der Technik seit dem Ersten Weltkrieg auch auf den Geltungsanspruch der Zeitutopie zurück: Seit Samjatins *Wir* ist die geschichtsphilosophische Fortschrittsperspektive diskreditiert, weil in ihrem Namen selbsternannte »Eliten« menschenverachtende Unterdrückungssysteme gerechtfertigt haben. Dies vorausgesetzt, ist im neueren Utopiediskurs die Tendenz erkennbar, zum Geltungsanspruch der älteren Raum-Utopien zurückzukehren: Er hat den Status eines regulativen Prinzips, das immer nur annäherungsweise verwirklicht werden kann und nicht mehr auf eine revolutionäre Totalrevision der sozio-politischen Wirklichkeit abzielt.

IV.

Aber der klassische Utopiediskurs reagiert nicht nur auf die ihm von außen vorgegebenen Rahmenbedingungen: Sie einerseits als Grenze akzeptierend, versucht er sie andererseits aber auch durch Ausschöpfung ihrer Potentiale zu erweitern. In diesem Zusammenhang ist zu wenig beachtet worden, daß der utopische Diskurs durch alternatives Denken und durch seine Lernfähigkeit geprägt worden ist. Zu Recht ist oft darauf hingewiesen worden, daß die autoritäre So-

zialutopie in der Nachfolge von Morus und Campanella die Welt in ein riesiges Kloster verwandelt, das seiner antiindividualistischen Stoßrichtung auf allen Ebenen der Gesellschaft Geltung verschafft: Militärische Disziplin und rationalistische Planung reglementieren den Tagesablauf und die Lebenswelt der einzelnen insgesamt auf der Wiege bis zur Bahre. Ihre Privatheit ist ganz oder weitgehend aufgehoben, ihre Bewegungsfreiheit von der Obrigkeit eingeschränkt, und ihre Bedürfnisse, Sitten und Gebräuche, ihre Zeremonien, selbst ihre Kleidung, Wohnungen und die Grundrisse ihrer Städte, unterliegen dem Diktat vollständiger Homogenität.

Doch es darf nicht vergessen werden, daß seit dem 16. Jahrhundert immer fiktive Gegenmodelle zu diesen utopischen Leviathanen konstruiert worden sind, die die individuelle Freiheit und die Vielheit der Bedürfnisse zur höchsten Maxime erhoben. In Rabalais' *Abtei Thelema* gibt es als Antwort auf Morus' *Utopia* nur eine Regel: »Tu, was Dir gefällt!« In de Foignys Australien-Utopie am Ende des 17. Jahrhunderts sind Gesetze und der Staat abgeschafft: alle Entscheidungen werden von Gleichen auf lokaler Ebene getroffen. Im Zeitalter des Absolutismus prägten vor allem de Lahontan und Diderot den utopischen Sozialcharakter des »Bon sauvage«: Er ruht in sich selbst und lebt mit seinesgleichen in einer »wohlgeordneten Anarchie«, die – frei von aller individuellen Fremdbestimmung – durch das Gesetz der Natur sich selbst reguliert. Fourier und Morris entwarfen im 19. Jahrhundert das Szenario eines von institutionellen Zwängen weitgehend befreiten Gemeinwesens, damit sich die Individuen ohne Bevormundung autonom entfalten können. Und selbst die utopischen Fiktionen bei Cabet und Bellamy lassen die Tendenz einer Individualisierung der menschlichen Bedürfnisse erkennen. Unterdessen sind diese Beispiele für den utopischen Diskurs seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts gleichsam hegemonial geworden: Im Unterschied zu den etatistischen Sozialutopien der frühen Neuzeit wird die Garantie individueller Privatheit und die eigenverantwortliche Selbstentfaltung eines jeden einzelnen zu einem unverzichtbaren Strukturelement der alternativen Fiktion.

Aber der utopische Diskurs artikulierte sich nicht nur in Alternativen: Er ließ auch von Anfang an die Bereitschaft erkennen, die eigenen Prämissen zu überprüfen. Der Beginn einer solchen kritischen Selbstkorrektur fängt mit Morus selbst an: Hythlodius, der Parteilänger der Utopier, muß sich die bohrende Frage gefallen lassen, ob das kommunistische Gemeinwesen, das er propagiert, nicht das Gegenteil von dem bewirkt, was er beabsichtigt: nämlich Mord und Aufruhr sowie trostlose Nivellierung und lähmende Initiativlosigkeit. Theodor Hertzka und H. G. Wells kritisierten die klassische Tradition mit dem Argument, ihr Defizit bestehe darin, daß sie der Tugend einen viel höheren Stellenwert eingeräumt habe als der individuellen Freiheit. Diese Tendenz selbstkritischer Infragestellung der antiindividualistischen Stoßrichtung der klassischen Tradition erreicht dann im 20. Jahrhundert in den Dystopien ihren Höhepunkt: Tatsächlich lassen sich Samjatin's *Wir*, Huxleys *Schöne neue Welt* und Orwells *1984* nicht nur als Reflexe auf die totalitären Herrschaftstechniken, sondern auch als detaillierte Kritik der zentralen Strukturmerkmale der klassischen Tradition lesen. Vereinfacht aus-

gedrückt, werden deren normative Vorgaben in dem Maße in ihr Gegenteil verkehrt, wie ihre ursprüngliche Absicht der Emanzipation der Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung entfällt.

Da die Utopisten in der Nachfolge Morus' ihre idealen Gemeinwesen nie vom Individuum, sondern immer vom Ganzen her dachten, ist eben diese Konsequenz gezogen, sobald das »Ganze« gleichgesetzt wird mit dem ebenso partikularen wie absoluten Machtanspruch einer totalitären Herrschaftskaste. Für Samjatin, Huxley und Orwell ist das Positive nur noch indirekt, nur noch im Schatten des Furchtbildes von 1984 erkennbar. Der postmaterielle Utopiediskurs der Gegenwart ist gleichsam durch den Filter dieser Utopiekritik hindurchgegangen. So wird zwar in Le Guins Utopie *Planet der Habenichtse* die Positivität des utopischen Konstrukts erneuert. Aber es streift zugleich den Schein höchster Perfektion des menschlichen Zusammenlebens ab. Statt dessen liefert der utopische Entwurf seine eigene Kritik gleich mit: Er ist reflexiv geworden, weil er selbst die Möglichkeiten des Scheiterns des utopischen Ideals aufzeigt. Und schließlich trägt er der ökologischen Kritik von Hans Jonas dadurch Rechnung, daß er die Fiktion einer solidarischen Gesellschaft an den partnerschaftlichen Umgang der wissenschaftlich-technischen Zivilisation mit der äußeren Natur bindet. Der klassische utopische Diskurs richtete aber den selbstkritischen Fokus auch auf seine eigenen geschlechtsspezifischen Wahrnehmungsschranken. Bisher von patriarchalen Interessenlagen mehr oder weniger dezidiert bestimmt, ging er spätestens seit Ende der siebziger Jahre dazu über, die Frauenfragen nicht nur als ein Politikfeld unter anderen zu behandeln, sondern ins Zentrum des gesamten Konstrukts zu stellen. Von einigen dekonstruktivistischen Ausnahmen abgesehen, erwies sich das klassische Muster als robust genug, auch diesem Paradigmenwechsel standzuhalten.

Der Vorwurf postmoderner Kritiker, die klassische Utopie als »große Erzählung« reproduziere das, was als Totalitarismus das Profil der modernen Zivilisation der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bis zur Unkenntlichkeit entstellt habe, ist aufgrund ihrer Lernfähigkeit von ihr selbst widerlegt worden. Für diejenigen, die deren enormes Potential der Selbstkorrektur ignorieren, löst sich in der Tat die Identität des utopischen Phänomens auf. Aber es ist gerade sie, die garantiert, daß die Betonung der Differenz deren Einbindung in eine Solidargemeinschaft nicht zerstört, sondern zur Voraussetzung hat.

V.

Man kann nicht behaupten, daß der klassische Utopiediskurs wirkungslos geblieben ist. Gleichwohl spricht vieles dafür, daß es sich bei der Annahme um einen Irrweg handelt, die Wirksamkeit des utopischen Denkens stehe zur gesellschaftlichen Realität in einem Verhältnis wie die naturwissenschaftliche Hypothese zum Experiment. Wer sich so dem utopischen Denken nähert, schreibt es bereits ab, bevor er es überhaupt zur Kenntnis genommen hat, weil jeder weiß, daß jene Experimente, die vom Jesuitenstaat am Paraguay bis zu den utopischen Kommunen Owens, Fouriers und Cabets in den Vereinigten Staat reichen, gescheitert sind. Die Wirksamkeit des utopischen Denkens erfolgte vielmehr in einem komplizierten Diffusionsprozeß eher indirekt.

So prägte es jenseits einer Eins-zu-Eins-Umsetzungslogik sowohl die Struktur der westlichen Gesellschaften als auch die Herrschaftsordnungen des sowjetischen Typs dadurch, daß es teils bestehende Trends verstärkte, teils neue Entwicklungspotentiale erschloß. In Campanellas *Sonnenstaat* spielen Zeitmeßgeräte und Wetterfahnen eine große Rolle. Sie symbolisieren das reibungslose Funktionieren der einzelnen in den sozio-technischen Superstrukturen der westlichen Zivilisation. Die Erkenntnis der Utopisten insbesondere des 19. Jahrhunderts, daß infolge der immer komplexer werdenden Arbeitsteilung jeder von jedem auf einer sich stets erweiternden Stufenleiter in zunehmendem Maße abhängig werde, hat seine Entsprechung in der Herausbildung von »Sachzwängen«, die den einzelnen zu angepaßtem Verhalten zwingen. Systemübergreifend prägte das utopische Muster aber auch die realsozialistischen Länder. In ihnen findet sich die Vorstellung der autoritären Variante des utopischen Denkens wieder, daß das ideale Gemeinwesen nur zu verwirklichen ist, wenn die Politik Vorrang gegenüber der Wirtschaft, die Bürokratie gegenüber den Rechten der einzelnen, die Planbarkeit gegenüber der individuellen Spontaneität und Kreativität, die Überwachung und Bevormundung der Individuen gegenüber der persönlichen Autonomie und das Prinzip der Abschottung nach außen gegenüber dem Recht eines jeden einzelnen nach ungehinderter Bewegungsfreiheit hat. Auch die Vision eines »neuen Menschen« findet sich im utopischen Diskurs der Bolschewiki. Ihr hat Trotzki emphatisch Ausdruck verliehen, als er 1924 schrieb, im vollendeten Sozialismus erhebe sich der gewöhnliche Mensch auf die Höhe eines Aristoteles, Goethe und Marx. Und er fügte den Satz hinzu, daß über der Gebirgskette neue Gipfel aufragten.

Der utopische Diskurs hinterließ nicht nur Spuren in den gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen; er ist in vielen anderen Lebensbereichen der Moderne präsent. Als Beispiele seien lediglich Architektur und Malerei genannt. So sind die Architekturkonzeptionen der klassischen Utopietradition in ihrem Vorbildcharakter für die Moderne nicht hoch genug einzuschätzen. Die Bauweise und der Grundriß der utopischen Stadt in der Renaissance sind vollkommen funktionalistisch und rationalistisch ausgerichtet. Orientiert an geometrischen Mustern, lassen sie ein instrumentelles Verhältnis zur Natur erkennen. Es handelt sich um Antizipationen einer von technischer Zweckrationalität geprägten Bauweise und Stadtplanung, die heute zum Alltag der Weltzivilisation gehört. Aber der klassische Utopiediskurs insbesondere des 19. Jahrhunderts brachte auch Alternativen hervor. So gibt William Morris die an geometrischen Strukturen orientierte Stadt- und Landschaftsplanung auf: Er stellt sie in den Dienst einer groß angelegten Renaturalisierung, die der Gartencitybewegung entscheidende Impulse vermittelte. Und wer heute eine Alternative zur »unwirtlichen Stadt« sucht, kann immer noch Anregungen in den Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten wie Fourier und Owen finden, die ihre Baupläne in den Dienst der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Menschen stellten. Was für wichtige Richtungen der Architektur und der Stadtplanung zutrifft, läßt sich auch von der modernen Malerei sagen. Insbesondere der Konstruktivismus der russischen Avantgarde zwischen 1913

und 1932 zog einen radikalen Schlußstrich unter die künstlerischen Formen der Vergangenheit. Sein Gestaltungsmedium war, an zentrale Strukturmerkmale der Renaissance-Utopie erinnernd, die geometrische Figur, die mit Malewitschs »Schwarzes Quadrat auf weißem Grund« die äußerste Radikalität des Traditionsbruches symbolisierte. Planung, Klassenlosigkeit, Ablehnung der Vergangenheit, der Aufbau eines »neuen Lebens« im »tabula-rasa-Verfahren«, sowie die Wende von der Analyse zur Synthese bezeichnen Elemente einer ästhetischen Programmatik, die ihre Herkunft aus dem utopischen Denken nicht leugnen können.

Dennoch ist spätestens nach dem Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme in Europa vom Ende des utopischen Denkens die Rede. Diese These ist zutreffend, wenn man sie auf die autoritäre Linie des klassischen Utopiediskurses einschränkt. Die Gesellschaftsordnungen des sowjetischen Typs haben alle Realisierungsbedingungen ihrer eigenen Utopie erfüllt: von der Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktions- und Arbeitsmitteln über die Erziehungsdiktatur bis hin zur Alleinherrschaft einer selbsternannten Elite. Dennoch brachen sie in sich zusammen, ohne daß es einer gewaltsamen Einwirkung von außen bedurft hätte. Die Gründe dieses welthistorischen Vorganges haben – neben vielen anderen Faktoren – auch mit den totalitären Strukturmerkmalen jener Fiktion zu tun, die in Bogdanows Mars-Utopien ihren klassischen Ausdruck fand. Ich möchte drei Ursachenzusammenhänge nennen, die das blockierten, was ich als Lernfähigkeit des utopischen Denkens bezeichnet habe: das Monopol der Wahrheitsfindung und des sozio-politischen Handlungsprimats für eine kleine Elite, die Fortschreibung eines antiindividualistischen Homogenitätspostulats und der geschichtsphilosophisch begründete Verwirklichungsanspruch des utopischen Konstrukts, der diesem letztlich seine selbstkritische Potenz und seinen handlungsorientierenden Geltungsanspruch als eines regulativen Prinzips raubte. Wer tendenziell die Utopie des Kommunismus als verwirklicht betrachtet, kann andere Utopien nicht mehr neben sich dulden. Obwohl vom utopischen Denken inspiriert, ist er dem Zwang unterworfen, es zu liquidieren. Das ist, wenn nicht alles täuscht, eines der zentralen Dilemmata der Sowjetunion gewesen.

Wäre es falsch, das Ende der autoritären Utopievariante mit dem Ende des utopischen Denkens schlechthin gleichzusetzen? Die Beantwortung dieser Frage hängt vom Standpunkt derer ab, die sie stellen. Wer meint, die Gesellschaft sei im Kern intakt, braucht keine Utopie. Doch dem steht die Tatsache gegenüber, daß der Problemdruck, der seit Morus Utopien hervorbrachte, weiter fortbesteht. Aber seine Qualität hat sich selbst noch im Vergleich zu den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts so verändert, daß die Lösungen der klassischen Tradition, insbesondere die Entwürfe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, ihnen nicht mehr gewachsen sind. Heute stehen die Überlebensbedingungen der Menschheit selbst auf der politischen Tagesordnung, die durch die Vernichtung der Regenwälder, die Zerstörung der schützenden Ozonschicht, den Treibhauseffekt, die Bevölkerungsexplosion in den unentwickelten Regionen des Südens und durch einen immer noch möglichen atomaren Holocaust in Frage gestellt sind. Dieser Bedrohung kann nur begegnet

werden, wenn es zu einem neuen Ausgleich zwischen den unverzichtbaren Rechten der einzelnen und den unabweisbaren Ansprüchen eines solidarischen Ganzen kommt. Das eigentliche Problem, das von Anfang an im Zentrum des utopischen Denkens stand, ist also nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus nicht gegenstandslos geworden.

Es könnte mithin sein, daß es sich im Gegenteil in aller Schärfe erneut stellt. In diesem Falle wäre das utopische Denken nach den Erfahrungen seiner fast vierhundertjährigen Geschichte den neuen globalen Herausforderungen nur dann gewachsen, wenn es einschlägige Folgerungen aus seinen eigenen Lernprozessen zieht.

Literatur

- Ernst Bloch: *Das Prinzip Hoffnung*. 3 Bde., 3. Auflage, Frankfurt am Main 1990.
- Klaus Burmeister, Karlheinz Steinmüller (Hrsg.): *Streifzüge ins Übermorgen*. Science Fiction und Zukunftsforschung, Weinheim und Basel 1992.
- Ruth Eaton: *Die ideale Stadt*. Von der Antike bis zur Gegenwart, Berlin 2001.
- Norbert Elias: *Thomas Morus' Staatskritik*. Mit Überlegungen zur Bestimmung des Begriffs Utopie, in: *Utopieforschung*, Bd. 2. Hrsg. v. Wilhelm Voßkamp, Frankfurt am Main 1985, S. 101-150.
- Klaus Garber: *Arkadien und Gesellschaft*. Skizze zur Sozialgeschichte der Schäferdichtung als utopischer Literaturform Europas, in: Voßkamp 1985, Bd. II, S. 37-81.
- Hubertus Gäßner, Karlheinz Kopanski, Karin Stengel (Hrsg.): *Die Konstruktion der Utopie*. Ästhetische Avantgarde und politische Utopie in den 20er Jahren, Marburg 1992.
- Klaus J. Heinisch (Hrsg.): *Der utopische Staat*. Morus: *Utopia*. Campanella: *Sonnenstaat*. Bacon: *Neu-Atlantis*. Übers. v. Klaus J. Heinisch, 5. Aufl., Reinbek bei Hamburg 1970.
- Hans Jonas: *Das Prinzip Verantwortung*. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt am Main 1984.
- Gustav Landauer: *Die Revolution*, Frankfurt am Main 1919.
- Karl Mannheim: *Ideologie und Utopie*. Siebente Auflage, Frankfurt am Main 1985.
- Arnhelm Neußiss: *Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens*, in: Ders. (Hrsg.): *Utopie*, Begriff und Phänomen des Utopischen. 3., überarb. u. erw. Auflage, Frankfurt am Main/New York 1980, S. 13-112.
- Thomas Nipperdey: *Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit*, in: *Archiv für Kulturgeschichte*, Bd. 44 (1962), S. 357-378.
- Platon: *Politeia*, in: Ders.: *Sämtliche Werke*. In der Übersetzung v. Friedrich Schleiermacher mit der Stephanus-Numerierung hrsg. v. Walter F. Otto, Ernesto Grassi und Gert Plamböck, Reinbek bei Hamburg 1984.
- Karl R. Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. 2 Bde., 7. Aufl., Tübingen 1992.
- François Rabelais: *Gargantua und Pantagruel*. Hrsg. v. Horst und Edith Heintze. Übersetzung auf Grund der maßgebenden französischen Ausgabe v. Ferdinand Adolf Gelbcke. Erster Band, Frankfurt am Main 1974, S.170-181.
- Richard Saage: *Vertragsdenken und Utopie*. Studien zur politischen Theorie und zur Sozialphilosophie der frühen Neuzeit, Frankfurt am Main 1989.
- Ders. (Hrsg.): *»Hat die politische Utopie eine Zukunft?«*, Darmstadt 1992.
- Ders.: *Vermessungen des Nirgendwo*. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt 1995.
- Ders.: *Utopieforschung*. Eine Bilanz, Darmstadt 1997.
- Ders.: *Innenansichten Utopias*. Wirkungen, Entwürfe und Chancen des utopischen Denkens, Berlin 1999.
- Ders.: *Politische Utopien der Neuzeit*. Mit einem Vorwort zur zweiten Auflage: *Utopisches Denken und kein Ende?*, Bochum 2000.
- Ders.: *Utopische Profile*, Band I: *Renaissance und Reformation*, Münster 2001.
- Ders.: *Utopische Profile*, Band II: *Aufklärung und Absolutismus*, Münster 2002.
- Ders.: *Utopische Profile*, Band III: *Industrielle Revolution und Technischer Staat im 19. Jahrhundert*, Münster 2002.
- Ders.: *Utopische Profile*, Band IV: *Widersprüche und Synthesen des 20. Jahrhunderts*, Münster 2004.
- Ders.: *Methodenprobleme der Utopieforschung*, in: Helmut Reinalter (Hg.): *Denksysteme, Theorie- und Methodenprobleme aus interdisziplinärer Sicht*, Innsbruck, Wien, München, Bozen 2003, S. 211-226.
- Leo Trotzki: *Literatur und Revolution*. Nach der russischen Erstausgabe von 1924 übersetzt von Eugen Schäfer und Hans v. Riesen, Berlin 1968.
- Andreas Voigt: *Die sozialen Utopien*. Fünf Vorträge, Leipzig 1906.
- Max Weber: *Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, in: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wirtschaftslehre*, Tübingen 1988, S. 146-214.
- Oscar Wilde: *The Soul of Man under Socialism*, in: Ders.: *De Profundis and other Writings*, London u. a. 1986.

JAN VOGELER, HEINRICH FINK

Heinrich Vogeler und die Utopie vom neuen Menschen

HEINRICH FINK:

Jan Vogeler interessiert uns als Zeitzeuge über seinen Vater. Sicherlich: Was können Kinder für ihren Vater? Aber immerhin, manche Kinder stehen zu ihrem Vater und erklären deutlich, daß sie sich von ihm nicht distanzieren. Jan Vogeler hat den wichtigsten Teil des Werkes von Heinrich Vogeler erhalten. Er hat ihn gerettet. Und: Er hat als Zeitzeuge nicht nur Geschichte konserviert, sondern auch aufgedeckt.

Jan Vogeler wurde am 9. Oktober 1923 in Moskau geboren.

Von 1925 bis 1932 wohnten die Vogelers in Berlin-Neukölln, in der Bräsigstraße 138. Wer dort vorbeikommt, wird eine kleine Gedenktafel sehen. Jan ist auch in Berlin eingeschult worden. 1932 ging Jan Vogeler mit seinen Eltern nach Moskau. Sie wohnten im Kreml bei den Großeltern Marchlewski. Später zogen sie in das bekannte Haus an der Moskwa, das 1931 für Prominente gebaut worden war. Sehr bald wurde es berüchtigt, weil sehr viele alte Genossen, unter anderem Bucharin, von dort aus verhaftet wurden. Jan ging in Moskau in die Karl-Liebknecht-Schule. Dort war er mit den uns bekannten Schülern Wolfgang Leonhard, Stefan Doernberg und Markus Wolf zusammen. Wolfgang Leonhard beschrieb schon ein paar Pointen dieser Biographien in »Die Revolution entläßt ihre Kinder«, gleiches tut Markus Wolf in »Troika«.

1937 kamen sie in die deutsche Schule, die bald schließen mußte, weil die Lehrer verhaftet wurden. Von 1941 bis 1943 saß Jan Vogeler mit Doernberg und Leonhard, Marianne Weinert und Markus Wolf auf der Schulbank in der Kominternschule. Auch die wurde 1943 geschlossen.

Das Nationalkomitee »Freies Deutschland« brauchte tüchtige Dolmetscher. Einer dieser Dolmetscher wurde Jan Vogeler. Er kam an die Front.

35 Jahre lang war er dann an der Moskauer Universität, erst als Student der Geschichte der Philosophie, dann als Dozent. 1952 fühlte er sich gezwungen, den künstlerischen Nachlaß von Heinrich Vogeler, der inzwischen in der ganzen Sowjetunion zusammengetragen worden war, der DDR zu übergeben. Darüber werden wir noch reden. Er hat das damals, so betonte er, als Sowjetbürger getan. Er war Professor für Philosophie an der Lomonossow-Universität. Er hat Seminare über Heidegger gehalten. Er fühlte sich der »Frankfurter Schule« insofern verpflichtet, weil er meinte, die kritische Richtung dieser Schule müsse gerade an einer Moskauer Universität gehört werden.

Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Dezember 2003 in der Inselgalerie in Berlin. Gekürzte Fassung des Gespräches.

»Juni 1923 bis September 1924: erste Reise (Heinrich Vogelers – die Red.) in die Sowjetunion zusammen mit seiner späteren zweiten Ehefrau Zofia (Sonja) Marchlewka, Tochter des polnischen Kommunisten Julian Marchlewski und dessen Frau Bronislawa. Winter 1923 bis Juni 1924: Vogeler Leiter der Kunst-Abteilung der Moskauer »Kommunistischen Universität der Nationalen Minderheiten des Westens«, einer Parteschule unter dem Rektorat Marchlewskis. Juli 1924: Reise auf die Krim. September 1924: Rückkehr mit Sonja und Jan nach Deutschland (Worpswede); wenig später Eintritt in die KPD«. Bernd Stenzig: Worpswede. Moskau. Das Werk von Heinrich Vogeler, Worpswede 1991, S. 19.

Außerdem arbeitete er ständig als Dolmetscher. Jan Vogeler war im deutschen Gottesdienst in der Peter-und-Paul-Kirche Übersetzer. Er hat damit nicht nur deutsche Theologie kennengelernt, sondern auch bald Kontakt zur Freien Universität in Berlin gehabt, mit Lehrern wie Helmut Gollwitzer und zur Evangelischen Akademie mit Franz von Hammerstein.

Jan Vogelers Emeritierung 1990 war für ihn Anlaß, nach Deutschland überzusiedeln. 1992 lud ihn Karl-Friedrich von Weizsäcker nach München ein. An der Münchener Universität arbeitete Jan Vogeler im Fachbereich Kommunikationswissenschaften über die Propaganda der Roten Armee und des Nationalkomitees »Freies Deutschland«.

Danach ging Jan Vogeler zurück an den Ursprungsort seines Vaters, nach Worpswede, ins Teufelsmoor.

Es gibt ein Buch mit Postkartengrüßen seines Vaters an ihn. Ein Sammler namens Gerhard Kaufmann hat diese Postkartengrüße irgendwo aufgefunden und in einem Buch zusammengefaßt. Dort schreibt Jan Vogeler sehr innig über seinen Vater: »Mein Vater berichtete mir von seinen Reisen durch Zentralasien und den Kaukasus in Form von kleinen postkartengroßen Aquarellen oder Farbstiftzeichnungen. Die eine oder andere Farbkarte schickte er mir sogar in einem Briefumschlag. Die optischen Eindrücke, die mein Vater sammelte, waren Bausteine für ein Werk, das ihm deutlich vorschwebte und das er begonnen hatte, in einigen Entwürfen zu Komplexbildern in die Tat umzusetzen.«

Heinrich Vogeler war der bekannte Jugendstilmalers, und kein Geringerer als Josef Beuys schwärmt von ihm als dem großen Maler mit dem großen Entwurf. Dieser große Entwurf wurde auch von der Bremer Bürgerschaft intensiv aufgenommen. Man schmückte sich mit Heinrich Vogelers Möbeln und Accessoires. Wer einmal in Worpswede war, weiß, wie reich das Werk von Heinrich Vogeler ist. Ende 1918 erfolgte Heinrich Vogelers tiefer Bruch mit seinem bisherigen Werk nicht als Kunst, sondern als Politik. Für ihn war der Krieg, um mit Rosa Luxemburg zu sprechen, eine Barbarei. Er schrieb an den deutschen Kaiser einen Brief, einen Friedensappell mit der Bitte um Entlassung aus der Armee. Damit wurde er zwar sehr ernst genommen, aber anders als gewollt. Er bekam eine Einweisung zur Untersuchung seines Geisteszustandes. Für Heinrich Vogeler bedeutete diese Zeit eine politisch-weltanschauliche Neuorientierung. Der bekannte Künstler trat in die kommunistische Partei ein.

Was hat er Dir davon berichtet?

JAN VOGELER:

Ich würde unterstreichen, daß nicht nur Heinrich Vogeler, sondern viele Deutsche und nicht nur Deutsche, durch den Ersten Weltkrieg erst zu Pazifisten, dann zu Sozialdemokraten und dann die Linken mit Rosa Luxemburg zu Kommunisten wurden. Heinrich Vogeler nannte sich Kommunist, als er aus dem Krieg nach Hause, nach Worpswede kam, ohne formell zur Partei zu gehören. Das geschah bei ihm durch den Einfluß, den die russische Revolution auf ihn hatte. Sie richtete sich damals vor allem gegen den Krieg und sorgte für den Frieden in Rußland. Heinrich Vogeler war aber ein sehr

»23. Januar 1918: Friedensappell an den Kaiser aus Worpswede (»Märchen vom lieben Gott«), unmittelbar ausgelöst durch die von der Sowjetunion geforderten Gebietsabtretungen bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk.«
Ebenda, S. 16.

»12. November 1918: Wahl in den Arbeiter- und Soldatenrat der Kreisstadt Osterholz. Gemeinsam mit Curt Stoermer und Carl Emil Uphoff Gründung der pazifistisch-sozialistischen »Gemeinschaft für sozialen Frieden«. –
18. November: In Bremen erster großer politischer Vortrag; Darlegung der bis 1923 vertretenen Grundpositionen: rätekommunistisches Gesellschaftsmodell; mystische Geschichtskonzeption mit der tätigen Nächstenliebe als »kosmischem« Gesetz und der Friedensgemeinschaft als historischem Zielpunkt. – Im künstlerischen Werk fruchtbarer Neuanfang, dabei zwei Tendenzen: 1. Bildaufbau an den Kubismus angelehnt, Details realistisch; Interpretation des Krieges als göttliches Strafgericht und Wiege des »neuen Menschen«; 2. Anknüpfen an den »Realismus« der Vorkriegszeit unter Aufnahme expressionistischer Stilmittel.« Ebenda.

eigenartiger Kommunist. Vielleicht sollte man hier sogar unterstreichen, daß er 1929 – nachdem er 1925 tatsächlich in die KPD eingetreten war – aus dieser Partei hier in Berlin ausgeschlossen wurde, weil man ihn zu den Rechten, den Brandler-Leuten zählte, die eine andere Politik in der Führung der Partei machten als die Gruppe um Thälmann. Heinrich Vogeler versuchte sogar, aus seiner Sicht des Kommunismus verschiedene Experimente real durchzuführen.

Er war 1872 in der Familie eines reichen Bremer Kaufmanns geboren worden, hatte aber früh zu malen begonnen. Er wurde einer der ersten Worpsweder Maler. Was ihn an Worpswede nebenbei so angezogen hat, war nicht nur Worpswede selbst, sondern auch eine sehr schöne Worpswederin mit einem schönen blonden norddeutschen Zopf. Sie wurde seine erste Frau, Martha Vogeler. Mit ihr baute er in Worpswede ein Haus aus den Geldern, die er noch von seinem in Bremen gestorbenen Vater geerbt hatte. Dieses Haus steht heute noch, heißt Barkenhoff und wurde in den ersten zehn Jahren vor dem Ersten Weltkrieg Zentrum nicht nur des Lebens Heinrich Vogelers mit seiner Frau und seinen dort geborenen drei Töchtern, sondern auch für eine intellektuelle, sehr breit interessierte Gruppe von Dichtern, unter anderem Rainer Maria Rilke. Sie kamen oft nach Worpswede, lebten in diesem Haus. Viel später, nach dem Ersten Weltkrieg, hat er aus diesem Haus ein Kinderheim für die Kinder politisch Verfolgter gemacht. Es gab in Berlin, in Bremen, in Hamburg blutige Kämpfe mit vielen Toten. Und es gab die Kinder dieser Gefallenen und derer, die für lange Jahre im Gefängnis landeten. Jedenfalls war das der reale Versuch, auf dem Barkenhoff eine Zelle einer ganz neuen Gesellschaft zu gründen. Das war der erste Versuch Heinrich Vogelers, die neue Gesellschaft in Worpswede aufzubauen.

1920 ist diese Martha mit den drei Töchtern aus dem Barkenhoff ausgezogen und hat sich in Worpswede ein eigenes Haus gebaut. In diesem Haus wird heute noch nach ihren überlieferten Anweisungen Kunstgewerbliches in Form von handgewebten Stoffen hergestellt. Die Martha ist mit ihren Kindern aus dem Barkenhoff, der zur Kommune wurde, ausgebrochen und hat zu Heinrich gesagt: Mit dir will ich nichts zu tun haben. Sie hat ein eigenes Leben entwickelt in der Nähe vom Barkenhoff, im »Haus im Schluß«.

HEINRICH FINK:

Zu seiner Ehrenrettung: Er hat ihr das Haus gebaut.

JAN VOGELER:

Er hat ihr zumindest geholfen, in geldlicher und anderer erdenklicher Hinsicht, weil er sehr interessiert war an der Entwicklung und am Leben der drei Töchter, die auch nichts mit den sogenannten Kommunisten zu tun haben wollten.

Der berühmte Barkenhoff. Das war das erste Leben Heinrich Vogelers. Es war die Zeit, als Heinrich Vogeler – zehn Jahre vor dem Ersten Weltkrieg – als Jugendstilmaler berühmt wurde, nebenbei auch gut verdient hat und das Geld auch in die weitere Entwicklung dieses Hauses und anderer zugehöriger Bauten gesteckt hat. Mich gab es ja damals noch nicht, ich bin später, 1923, geboren. Aber rückblickend möchte ich sagen: Das war die schöpferisch erfolg-

»Vogeler überläßt der Familie die Einrichtung des Barkenhoffs und das Nutzrecht an allen bis 1918 geschaffenen Arbeiten.« Ebenda.

»August 1919 bis Sommer 1923: Kommune Barkenhoff. ... Landwirtschaftlich-handwerkliche Produktionskommune mit Schmiede, Tischlerei, Imkerei, ab September 1922 auch Sägewerk sowie mit einer angegliederten Arbeitsschule. Motiv für die Gründung: Vogeler kann sich nach dem Scheitern der Novemberrevolution weder

zur bürgerlich-kapitalistischen Republik noch zur KPD zugehörig verstehen. Die Arbeitsgemeinschaft soll seine ›bespöttelte Ideologie in die Tat umsetzen‹ und ist als Beispiel gedacht, das Nachahmer finden und so doch noch gewaltlos gesamtgesellschaftliche Umwälzungen herbeiführen soll... Scharfe Ablehnung durch Behörden, rechts stehende Öffentlichkeit; von der KPD bespöttelt bzw. ignoriert. Bei nicht-KP-gebundenen Linkssozialisten und unter linksliberalen Intellektuellen Aufgeschlossenheit. Bei Teilen der Bremer Arbeiterschaft und auf dem linken Flügel der Jugendbewegung großer Zuspruch sowie hohe Geltung und beträchtlicher ideeller Einfluß Vogelers.« Ebenda, S. 17 ff.

reichste und auch glücklichste Zeit Heinrich Vogelers. Wenn Sie mir das nicht glauben, fahren Sie nach Worpsswede und sehen Sie sich an, was es da außer diesem Haus noch an Kunstwerken gibt. Zum Beispiel der Worpssweder Bahnhof – der wurde auch von ihm gebaut.

HEINRICH FINK:

Heinrich Vogeler selbst hat diesen Bruch aber nicht so gesehen. Er meinte, daß seine großen Werke, die er dann in der Sowjetunion geschaffen hat, letztlich eine Weiterentwicklung waren. Ich würde Dich gern fragen, wie Du das siehst: als Stilbruch oder Weiterentwicklung?

JAN VOGELER:

Nein, Du hast es richtig gesagt. Es ist ein Stilbruch, der schon vorher begann. Er begann hier im Barkenhoff, um 1918/19, nach dem Ersten Weltkrieg und nach seinem Brief gegen den deutschen Kaiser. Da begann er noch hier nach einer neuen Kunst zu suchen. Das Schlagwort dafür war »Wandmalerei«. Dieses Haus wurde von ihm innen ausgemalt. Das war zu einer Zeit, da er sich schon als Kommunist bezeichnete. Zumindest inhaltlich war es eine neue Kunst.

Es gibt da ein berühmtes Bild. Es entstand auch noch vor dem Ersten Weltkrieg. Das zeigt Martha Vogeler und den Eingang zum Barkenhoff. Und es zeigt einige Künstler und Künstlerinnen aus der damaligen Zeit. An dem Bild hat er mehrere Jahre gemalt. Ich möchte hervorheben, daß Martha Vogeler hier schon als andere Frau erscheint.

Ich möchte eine sehr umstrittene Frage aufwerfen: Martha, die ihm oft als Modell gestanden hatte, war, als er sie kennenlernte, ein ganz einfaches Bauernmädchen, obwohl ihr Vater Lehrer war. Aber für Vogeler war es wichtig gewesen, dieses Mädchen zu einer allseitig entfalteten Persönlichkeit zu machen – und das ist ihm gelungen. Er schickte sie nach Bremen zu seinen Bekannten, und sie lernte dort Musik. Sie lernte Sprachen, und sie lernte, wie man sich benimmt – und sie entwickelte sich so, daß sie hier schon als eine Frau dasteht, die zwar gemalt ist in die Idylle des Barkenhoffes, aber die schon hinausgewachsen ist aus der Rolle, nur eine Frau von Vogeler zu sein. Sie wurde später eine interessante Persönlichkeit und hat bis 1961 in Worpsswede gelebt.

Dann gibt es ein anderes typisches Bild aus dieser glücklichen Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Das zeigt auch Martha Vogeler, aber es gilt als Frühlingsbild. Dieses Bild hängt jetzt im »Haus im Schluch«.

Jetzt machen wir einen Zeitsprung: Es gibt auch ein Bild von Lenin. Aber dieser Lenin ist ganz eigenartig. Er ist auf einem roten Hintergrund gemalt wie eine Fahne mit lauter schwarzen Trauerzeichen. Es ist 1924 entstanden, nachdem Heinrich Vogeler schon mit seiner zweiten Frau, meiner Mutter Sonja Marchlewska, nach Moskau gekommen war und die Sowjetunion bereiste, Baku zum Beispiel und südliche Gebiete. Zu dieser Zeit entwickelte Heinrich Vogeler einen ganz neuen Stil. Seine Idee war, daß der zukünftige Künstler nicht einfach nur ein Bild malt, um es an einen Reichen zu verkaufen, sondern Wandmalerei in Form von Komplexbildern macht. Das ist der Bruch, an den wir herankommen wollen. Vogeler meinte, vielleicht werde in der Zukunft der Maler nicht einfach Bilder fürs Aufhängen malen, sondern Wandbilder für Gemeinden

christlicher oder kommunistischer Art. Das war der Versuch Vogelers, stilistisch und inhaltlich einen neuen Weg in der Bildenden Kunst in Rußland zu betreten.

HEINRICH FINK:

Ich finde es wichtig, darüber nachzudenken, ob der Schritt vom Jugendstil zum sozialistischen Realismus nun ein Stilbruch war oder, wie Vogeler selber meinte, ein Fortdenken. Es war für ihn wichtig, daß diese Dialektik in der Kunst auch verinnerlicht wurde. Von daher ist es auch interessant, daß er meinte, für ihn sei die Vernunft die Hebamme sowohl für die Kunst als auch für seine politische Haltung. 1919 schrieb er mit anderen: »Das neue Leben – ein kommunistisches Manifest«. Dort versucht er sich zu erklären. Es ist ziemlich lang, ich will nur drei Auszüge bringen:

»Ein wunderbar bewegtes Leben mit einer höheren Kultur sehen wir so aus der sozialistischen Revolution erwachsen. Überall das Ringen um die Freiheit der Selbstsicherung an den Stellen, wo der kapitalistisch orientierte Gewaltmensch aus seinem Weltbild heraus nur eine neue Sklaverei erkennen kann.« Heinrich Vogeler versuchte nun sein Bekenntnis auf einen Nenner zu bringen. Sein Bekenntnis war ein Bekenntnis zum Frieden. Die einzige Partei, die aus diesem Krieg gelernt hatte, war für Heinrich Vogeler letztlich die kommunistische Partei.

»Der Weg zum Frieden zwischen Mensch und Mensch liegt vor uns. Kein wahrer Friede liegt zwischen Paragraphen. Was nützen uns alle Demokraten, die eine neue Militärmacht aufstellen müssen, um ihr kapitalistisches Reich mit Grenzen und Zöllen zu befestigen? Uns kann nur helfen der große Gläubige an den dauernden unzerstörbaren Frieden zwischen Mensch und Mensch, zwischen Volk und Volk, der den tierischen Egoismus in sich überwand und das ewige Gesetz der Werktätigenliebe für sich und alle zurückerobert. Der Kommunist, der Parteilose, der freie Mensch.« Für ihn war die Freiheit des Menschen ein neuer Mensch. Und diese Freiheit fand Vogeler in der Erziehung zum neuen Menschen. Er hat den Barkenhoff umgewandelt in einen Hof für Kinder. Diese Kinder waren ihm sehr wichtig. Begonnen hat es mit Vogelers Entschluß, sein damals von der Arbeitsgemeinschaft bewirtschaftetes Anwesen der Roten Hilfe zur Mitnutzung für ein Kinderheim anzubieten. Damit hatte Vogeler den biedereren Worpssweder Bürgern ein rotes Kuckucksei ins Nest gelegt ...

JAN VOGELER:

Vielleicht darf ich dazu etwas anmerken. Heinrich Vogeler war ja nicht der einzige der deutschen Intelligenz, der erstens erschüttert war durch den Ersten Weltkrieg und der zweitens im Anfangsstadium der Sowjetunion glaubte, daß dort tatsächlich eine sozialistische, ganz andere Gesellschaft entsteht. Er hat seine Vorstellungen von einer neuen Gesellschaft noch lange in sich getragen und erst später, viel später, in der Stalinzeit, begannen meine Mutter und mein Vater zu zweifeln an diesem Experiment »sozialistische Sowjetunion«.

Wo machen wir jetzt weiter? Mit Heinrich Vogeler als Pädagoge. Das ist auch eine sehr interessante Frage, die im Unterschied zu seinen Komplexbildern leider noch nicht genügend erforscht ist. Es

»1924: Der Barkenhoff geht über in den Besitz der Roten Hilfe Deutschlands.– In Vogelers Kunst Herausbildung der Technik der ›Komplexbilder‹ in Anknüpfung an die kubistische Flächengliederung früherer Arbeiten: Aufsprennung der Bildfläche in meist asymmetrische Einzelfelder, häufig mit einem Symbol als übergreifendem Gliederungsprinzip; innerhalb der Felder – auch sie überschneidend – die realistische Darstellung verschiedenster Wirklichkeitsausschnitte in vielfältig variierten Perspektive. Ausdrucksziel: Vergegenwärtigung der dialektischen Ganzheit eines bestimmten Sozial- und Produktionszusammenhangs; gedachte Entwürfe zu Wandbildern. Thematische Schwerpunkte der etwa 15 Bilder (bis 1936): der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Sowjetunion; die Arbeit der Roten Hilfe; der Kampf gegen den Kapitalismus und Faschismus (ein Gemälde, ein Entwurf).« Ebenda, S. 19.

geht darum, daß für Vogeler nach 1918/19/20 die Art der Erziehung und Schulbildung, die er selbst als Kind und später in ihrer weiteren Entwicklung im Deutschland der Weimarer Republik und außerhalb Deutschlands erlebte, zu einer alten Gesellschaft gehörte. Er fand, daß sie keineswegs den Menschen vorbereitet, als allseitig entwickeltes Individuum und selbständig denkender Mensch in die erwachsene Zeit hineinzuwachsen.

Mir scheint, daß Vogeler einer von denen war, die sehr früh versuchten, auch in der Reform der Bildung voranzukommen. Das hing natürlich mit seinen praktischen Versuchen in der Worpsweder Barkenhoff-Schule zusammen. Vorhin sprach ich über diese Wandbilder. Die ersten Wandbilder entstanden im großen Speisesaal, in dem Mitte der zwanziger Jahre die Kinder vom Barkenhoff saßen. Das war das erste Mal, daß Vogeler mit der damaligen herrschenden Kulturpolitik zusammenstieß, die versuchte, diese Bilder vom Barkenhoff als »erzieherisch schädlich« zu vernichten. Nicht nur Maler, sondern auch die größten Intellektuellen in Deutschland, Einstein zum Beispiel, haben sich mit einem Manifest, mit einer öffentlichen Erklärung, gegen den Versuch gewandt, diese Bilder vom Barkenhoff zu vernichten. Dadurch wurde Vogeler unter der deutschen linken – nicht unbedingt kommunistischen – Intelligenz sehr berühmt. Nicht nur durch seine Werke, nicht nur durch sein kommunistisches Manifest, sondern auch durch diese Diskussion, die es Mitte der zwanziger Jahre um Liquidierung oder Erhaltung dieser Kunststrichtung vom Barkenhoff gab.

HEINRICH FINK:

Der neue Mensch war für Heinrich Vogeler der gebildete Mensch, und damit meinte er gar nicht in erster Linie Anhäufung von Wissen, sondern einen Menschen, der etwas Neues, eine neue Gesellschaft schaffen kann. Wie hast Du das damals bei ihm erlebt, Du warst ja immerhin schon 18 Jahre?

JAN VOGELER:

Als mein Vater starb, 1942, war ich noch sehr jung. Ich war anfangs zu klein, um seine Kunst zu bewerten und richtig zu verstehen. Aber als Mensch war er für mich – das sage ich jetzt ganz bewußt etwas übertreibend – ein idealer neuer Mensch, ein Mensch zum Beispiel, der mich nie geschlagen hat, der immer versucht hat, mein eigenes Denken, meine Eigenständigkeit auch auf solchen Gebieten wie Religion, Glaube oder auch der politischen Bildung nicht zu vergewaltigen, nicht zu verbieten. Sondern er versuchte, auch wenn das jetzt ein bißchen hochtrabend klingt, zu meiner Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit beizutragen. Wenn Sie so wollen, war ich in diesem Geiste meinem Vater treu geblieben, als ich später nicht nur Student der Lomonossow-Universität wurde, sondern 30 Jahre lang versucht habe, in der Stalinzeit Studenten über Geschichte der Philosophie zu fördern.

HEINRICH FINK:

Das war nach der Stalinzeit.

JAN VOGELER:

Das war nach der Stalinzeit, aber das Erbe war noch da.

»Keine ideologische Geschlossenheit. Schulpläne in Ansätzen verwirklicht, ab Frühjahr 1921 auch eine eigens dafür abgestellte examinierte Lehrkraft, jedoch keine staatliche Anerkennung als preußische Kultusministerium.« Ebenda, S. 17. Weitere Literatur: Ulla Plener (Hrsg.): Helmut Schinkel. Zwischen Vogelers Barkenhoff und Stalins Lager. Biographie eines Reformpädagogen in Dokumenten (1902-1946), Berlin 2000.

HEINRICH FINK:

Hat Heinrich Vogeler die Stalinzeit eigentlich so kritisch erlebt, wie wir das jetzt von ihm erwarten?

JAN VOGELER:

Das ist eine sehr schwierige Frage. Heinrich Vogeler fuhr 1931 arbeitslos aus Berlin nach Rußland – eigentlich gar nicht als Emigrant, sondern weil ein Kommunist, ein sehr gebildeter alter Marxist, Lengnik, der Vogeler in Deutschland kennengelernt hat, ihn nach Moskau eingeladen hat, um eine sehr schöpferische eigenartige Arbeit zu beginnen. Das war die Zeit der Kollektivwirtschaften, die zu dieser Zeit gegründet wurden. Das bedeutete, daß zum Beispiel 100 Bauern zwangsweise oder halb zwangsweise in einer Kollektivwirtschaft zusammengefaßt wurden. Dann mußten sie ihre Kühe, ihre Schafe, ihre Schweine zusammenlegen und dafür Ställe bauen, die nicht nur für eine Kuh oder ein Schaf oder ein Pferd sind. Also mußte eine Produktion für die nötigen Produktionsgebäude entwickelt werden. Das sollte von Moskau aus ein Komitee für Standardisierung leiten. Und da sollte Vogeler mitmachen. Das hat sich dann sehr bald als unmöglich erwiesen. Die Bedingungen waren in jedem Dorf und jeder Gemeinde ganz anders.

Meine Mutter und ich kamen 1932 nach Moskau, und da begann ein ganz neues Leben für Heinrich Vogeler. Vogeler wurde nicht verhaftet, nicht erschossen, obwohl er in Deutschland, bevor er nach Rußland gefahren ist, aus der KPD 1929 als Rechter, als potentieller Antistalinist ausgeschlossen worden war.

In Rußland hat er, als ich – als heranwachsender Junge – ihn allmählich immer besser kennenlernte, fast nie das ganze Jahr in Moskau gelebt, sondern ist andauernd durch die Sowjetunion gereist: Zentralasien 1926, Aserbaidshan 1939, Karelien 1934/35, Kaukasus 1933. Viele seiner Bilder sind auf diesen Reisen entstanden. Ich sehe es so, daß Vogeler der Meinung war, daß dort irgendwo, nicht unbedingt in Moskau, nicht unbedingt in der KPdSU, das neue Leben und neue Beziehungen zwischen den Menschen, vielleicht auch neue Menschen entstehen. Das hat ihn sehr interessiert. Das ist auch der Inhalt seiner Kunst in Moskau gewesen. Gleichzeitig lebten wir in Moskau damals schon nicht mehr im Kreml, sondern im Haus der Regierung oder im »Haus am Moskwafluß«. Vielleicht haben einige von ihnen das Buch von Juri Trifonow gelesen oder werden es lesen. Das sind Bücher, die dokumentieren, daß wir – Sonja und Heinrich Vogeler und ich – gegenüber dem Kreml lebten. Das Haus steht heute noch in Moskau. Wenn Sie wollen, können Sie es sich ansehen. Unten ist sogar ein Museum, wo das Andenken der dort Verhafteten, später Erschossenen – Hunderte, Tausende – bewahrt ist. 3000 Menschen lebten in diesem Haus, so groß war es. Dort haben wir also gelebt und haben natürlich sehr schlimme Sachen erlebt.

Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen: Es gab 1936/37/38 die großen Prozesse in Moskau, in denen viele Kommunisten, die als Spione angeklagt und verurteilt, liquidiert, erschossen wurden. Das Besondere in unserer Familie war, daß meine Mutter Sonja Vogeler viele von denen kannte, die vor der Revolution in der Emigration in Deutschland gelebt hatten – so wie ihre Eltern mit ihr. Insofern hatte

»Vogeler gerät bis 1931 in eine immer schwierigere persönliche und materielle Lage. Von Sommer 1927 bis Sommer 1930 arbeitet er als Zeichner und Maler in der Arbeitsgemeinschaft ›Die Kugel‹, einem Architekturbüro in Berlin-Wilmersdorf, das Modelle, Dioramen und Pavillons für Industrieausstellungen gestaltet und nur unregelmäßig zu tun hat. März 1928: Mitbegründer der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler Deutschlands (ARBKD, ASSO), der wichtigsten Organisation kommunistischer bildender Künstler in der Weimarer Republik.« Ebenda, S. 21

»1929. Oktober: Der ›Linksruck‹ in der KPD wird vom ›rechten‹ Flügel nicht mitvollzogen, der weiter eine Zusammenarbeit mit der SPD und eine Einheitsgewerkschaft befürwortet. Vogeler gehört dem ›rechten‹ Flügel an, sympathisiert mit der rechtsoppositionellen KPD(O). Auf dem Reichskongreß der RHD am 13./14. Oktober beantragt er die Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen ›rechten‹ Mitglieder in diese Organisation; er wird aus dem Zentralvorstand der RHD und aus der KPD ausgeschlossen und bleibt fortan – auch in der Sowjetunion – parteilos. 1930: Vogeler weiter Mitglied der RHD, gewisse Wiederannäherung an die

KPD; in großer wirtschaftlicher Not.

August: Die Rote Hilfe zeigt die Vogeler-Ausstellung ›Das neue Rußland‹ auf dem Barkenhoff; letzter Aufenthalt Vogelers in Worpsswede.

31. März 1932: Schließung des Kinderheims Barkenhoff durch die Rote Hilfe.

(6. Januar 1933 Verkauf des Barkenhoffs an den Gartenarchitekten Max Karl Schwarz.)«

Ebenda, S. 21 ff.

Sonja Marchlewska eine sehr kritische Einstellung zu diesen Prozessen. Vogeler selber sah das wahrscheinlich nicht so scharf, denn er kannte diese Leute nicht so sehr. Darüber sprach man auch in der Familie nicht viel. Ich wurde zum Beispiel als Junge in Moskau von meiner Mutter so erzogen, daß ich niemandem erzählen durfte, auch nicht den Schulkameraden, was bei uns gesprochen wird, und ich durfte niemanden von denen zu mir einladen.

Ich will damit nur sagen, das es bei uns in der Familie (damit meine ich meine Eltern und die Großmutter mütterlicherseits, die lange gelebt hat) ein bißchen so war, daß mein – ich sag mal rechtzeitig – 1925 verstorbener Großvater Julian Marchlewski, ein Anhänger Lenins, nicht mehr gefährlich werden konnte. Ich will damit sagen, daß wir diese Zeit relativ gut überlebt haben.

HEINRICH FINK:

Brach für Heinrich Vogeler letztlich eine Utopie zusammen, oder war und blieb diese Utopie für ihn bis zum Schluß bestehen?

JAN VOGELER:

In seinen letzten Monaten in der Verbannung war er dann schon sehr kritisch, obwohl er Angst hatte, das zu Papier zu bringen. Seine Reisen durch die Sowjetunion zeigen, daß er tatsächlich an die Utopie glaubte, trotz aller Schwierigkeiten. Rußland war ja ein sehr rückständiges Land, als die Revolution begann. Es ging für Millionen Menschen erst einmal darum, ihr Analphabetentum zu überwinden, Kultur zu schaffen. Nebenbei gesagt, es gab in den ersten Jahren in Sowjetrußland auch sehr interessante Bewegungen innerhalb aller Kunst- und Kulturrichtungen.

HEINRICH FINK:

Mir liegt doch noch mal an dem Stichwort »Utopie Sozialismus«. Ist Heinrich Vogeler daran verzweifelt oder hat er sich diese Utopie erhalten? Du hast über diese Reisen gesprochen. Ich finde es unglaublich, welche Entbehrungen er auf diesen Reisen in Kauf genommen hat. Er ist in Karelien auf dem Esel, durch den Kaukasus auf dem Pferd geritten, und dann immer auch die Sonja mit dabei. Es gibt ein wunderschönes Bild, das erinnert mich an die Flucht aus Ägypten, an Josef und Maria und das Jesuskind, wie sie durch Karelien gehen und einer da vorn den Esel geleitet. Er hat immer wieder versucht, in diesem großen Rußland die einzelnen Typen für sich einzufangen.

JAN VOGELER:

Ich würde die Antwort ein bißchen breiter fassen. Ich glaube, die Kommunisten und die kommunistischen Parteien haben leider eine sehr schwere und tragische Entwicklung hinter sich. Viele Kommunisten, die damals lebten, haben sich im antifaschistischen Kampf, zum Beispiel in Spanien oder in Deutschland oder in der Roten Armee gegen die Wehrmacht, geopfert. Ich glaube, daß es unter ihnen sehr viele gab, die immer – trotz allem, was geschah, trotz Terror und Erschießung und so weiter – daran glaubten, daß sich irgendwie die Widersprüche so entwickeln werden, daß es zu einem besseren, einem anderen, sozialistischen, Zustand der Gesellschaft kommt. Ich

glaube, daß diese Ansicht auch bei Heinrich Vogeler sehr tief verankert war. Auch die schwersten Erlebnisse, die er hatte, haben das nicht erschüttert – bis vielleicht auf die letzten Monate in Kasachstan, wo er praktisch verhungert ist wie viele zwangsevakuierete Deutsche aus Moskau. Bis auf diese Zeit also, wo er in Kasachstan verhungert ist, war, glaube ich, bei ihm und auch bei vielen anderen – ich will ihn da nicht hervorheben – der Glaube, daß es eine andere, bessere Gesellschaft noch geben wird.

HEINRICH FINK:

Eins muß ich erwähnen: Heinrich Vogeler hat eine sehr große Antifaschismus-Ausstellung gestaltet und mit ihr gezeigt, wo der Feind eigentlich steht. Als Künstler hat er dort das Unmenschliche des Faschismus deutlich gemacht.

JAN VOGELER:

Die Ausstellung war im Mai 1941, unmittelbar vor dem Überfall.

HEINRICH FINK:

Heinrich Vogelers ständiges Bemühen, die Gesellschaft mit Kunst zu verändern, wird heute nicht mehr gesehen. Es ist die Frage: Kann Kunst wirklich die Gesellschaft verändern? Kann Kunst wirklich Menschen verändern? Für ihn war es Gewißheit. Er meinte: das will ich mit meiner Kunst tun, und hat es nach meiner Meinung auch geschafft.

Du hast schon erwähnt, daß er durch eine Zwangsevakuierung von Moskau nach Kasachstan, in die Gegend von Karaganda, zum Kolchos »Budjonny« gekommen ist. War er da allein? Man findet gar nichts dazu, ob Deine Mutter auch dabei war.

JAN VOGELER:

Nein. Ich bin ja auch nicht in Kasachstan gewesen. Da muß ich etwas erläutern. 1937 wohnten wir in Moskau. Mit »wir« meine ich meine Mutter, meinen Vater und mich. Ich war noch zu klein, um einen eigenen Paß zu bekommen. Ich war eingeschrieben im Paß meiner Mutter. Aber 1937 wurde den Deutschen, die in Moskau mit einem deutschen Paß eingereist waren – wir kamen ja noch vor dem Faschismus mit einem legalen Paß nach Moskau – gesagt: Entweder geht ihr zurück in euer liebes faschistisches Deutschland, oder ihr nehmt die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Wir nahmen die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Aber danach stand in dem Paß meines Vaters: Nationalität deutsch. Und in dem Paß meiner Mutter stand: polnisch. So wurde ich Pole. Das hat in unser aller Biographie eine Rolle gespielt. So wurde ich sogar 1941 in die Armee eingezogen, als der Krieg ausbrach, zwar als Sowjetbürger, aber mit der polnischen Nationalität. Auch meine Mutter Sonja Marchlewska wurde 1941 als Dolmetscherin zur Roten Armee eingezogen, und zwar zum Generalstab der Roten Armee, Abteilung Aufklärung.

So kam es, daß meine Mutter und ich nicht als Deutsche nach Kasachstan abtransportiert wurden. Ich habe meinen Vater am Tag der Evakuierung, dem 14. September 1941 wenn ich mich nicht irre, in Moskau zum Bahnhof gebracht, wo er mit vielen, vielen anderen Deutschen, die in Moskau gelebt hatten, nach Kasachstan abtrans-

»7. März 1941: Scheidung von Sonja Marchlewska.«
Ebenda, S. 25.

»Am 13. September 1941 wird Vogeler in einem der ersten Transporte zusammen mit Exilanten und sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität evakuiert.« Ebenda.

»Vogeler tritt nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 in die Deutsche Unterabteilung der Abteilung Propaganda der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee ein, (wie Weinert, Friedrich Wolf, Gustav von Wangenheim u. a.) und macht eine Reihe von Entwürfen für Flugblätter, mindestens drei davon werden gedruckt. Vom 8. bis 13. Juli: Aufrufe im deutschsprachigen Dienst von Radio Moskau an die deutschen Künstler, an die deutschen Bauersfrauen).
23. August: Mit Bezug auf die Rundfunkaufrufe ergeht in Deutschland Anweisung an die Presse, Vogelers Namen nicht mehr zu erwähnen; Vogelers Namen befindet sich bereits auf der Sonderfahndungsliste ›UdSSR‹ des Reichssicherheitshauptamtes.« Ebenda.

»Am 30. September Ankunft (H. Vogelers – d. Red.) mit einer Gruppe aus Moskau im Kolchos 1. Mai, Poststation Kornejewka, Bezirk Woroschilow, Gebiet Karaganda, Kasachische SSR. Einquartierung – gegen 150 Rubel monatlich für Verpflegung – bei einer russischen Kolchosbauernfamilie. In Kasachstan weiter Arbeit an Entwürfen für Flugblätter und Rundfunkaufrufe und vor allem an den ... Lebenserinnerungen. Oktober bis Mitte Mai 1942: Die Rente erreicht Vogeler nicht, auch die Verbindung zu Verwandten und Freun-

portiert wurde. Ich habe das damals nicht als eine Verhaftung oder Verschickung im negativen Sinne betrachtet. Die Wehrmacht näherte sich schon Moskau. Aus Moskau wurden Kinder, Alte, Kranke und so weiter evakuiert, und die Regierung ging auch nach Kuibyschew.

Jedenfalls war für Heinrich Vogeler bis an sein Ende der Glaube, daß es eine neue Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft geben wird und er vielleicht noch einen Beitrag im Kampf gegen den Faschismus leisten kann, lebenswichtig. Seine letzten Werke sind Flugblätter gewesen – in deutscher Sprache an die deutsche Wehrmacht gerichtet, 1941 geschrieben, bevor er abtransportiert wurde. Die wurden dann tatsächlich von der politischen Verwaltung der Roten Armee übernommen, zum Teil mit Texten von Erich Weinert und sie haben die Wehrmacht erreicht.

HEINRICH FINK:

Wann hast Du vom Tod deines Vaters erfahren?

JAN VOGELER:

Das war tragisch. Ich habe das sehr spät erfahren. Wolfgang Leonhard hat es mir erzählt, der auch nach Kasachstan zwangsevakuert war und dort erfahren hat, daß mein Vater gestorben war. Wir trafen uns in der Kominternschule, und dort habe ich das erst erfahren. Das war schwierig für mich.

HEINRICH FINK:

Es ist bekannt, daß Du den Nachlaß von Heinrich Vogeler der DDR 1952/53 übergeben hast. Wie bist Du denn an den Nachlaß gekommen?

JAN VOGELER:

1952 beendete ich mein Studium der Geschichte der Philosophie an der Moskauer Universität. In meiner Moskauer Wohnung, in meinem kleinen Zimmer, lagen über 50 Bilder und ein ganzer Packer von Skizzen meines Vaters. Vor mir stand damals das Problem, daß ich in absehbarer Zeit die Universität beenden würde. Nach damaligem sowjetischen Gesetz mußte ein Absolvent einen Arbeitsplatz annehmen, der ihm zugewiesen wurde. Was sollte ich mit all diesen Sachen machen? Da half mir Friedrich Wolf. Der war erster Botschafter in Polen. Meine Mutter war auch gerade nach Polen ausgewandert. Sie besprach sich also mit dem DDR-Botschafter Friedrich Wolf in Warschau. Es wurde ein Briefwechsel eingefädelt. Ich konnte die Bilder ja nicht einfach einpacken und irgendwo hinschicken. Das war schwierig damals in der Sowjetunion. So jedenfalls ist es gelungen, daß dieser künstlerische Nachlaß von Heinrich Vogeler – der ein sehr wertvoller ist, in finanzieller und in künstlerischer Hinsicht – 1952 nach Deutschland, damals DDR, gebracht wurde. Dort wurde er der Nationalgalerie übergeben.

Ich las dann in Moskau in der Zeitung, im »Neuen Deutschland«, daß die Sowjetregierung den künstlerischen Nachlaß von Heinrich Vogeler der DDR übergeben hat.

Heute gehört das zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz, und als ich mich an sie wandte und fragte, ob ich die Bilder mal ansehen könnte,

sagten die: Nein, Sie haben ja gar keine Beziehung dazu, das ist doch damals von der Sowjetregierung der DDR-Regierung übergeben worden.

Ich habe keinen Anspruch auf diese Bilder und bin eigentlich nur stolz darauf, daß es immerhin gelungen ist, diese Werke von Heinrich Vogeler zu retten und daß sie hier in der Nationalgalerie sind.

HEINRICH FINK:

Wichtige Quellen für Geschichte sind immer Briefe. Friedrich Wolf schreibt an seinen Sohn Markus Wolf am 6. Januar 1951: »Was hörst du über Vogelers Nachlass? Ich sprach jüngst mit Wilhelm Pieck darüber. Er ist sehr interessiert daran.« Davor gab es Bemühungen von Professor Dr. Friedrich Wolf, Irene Gysi und dem Generalsekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Fritz Gönberg, eine Publikation über das Schaffen Heinrich Vogelers herauszugeben in Verbindung mit einem von Sonja Marchlewska überreichten Skizzenbuch mit Aquarellen und Zeichnungen Vogelers. Friedrich Wolf erklärte sich bereit, dafür das Vorwort zu schreiben. Das findet man in der Akademie der Künste der DDR, im Friedrich-Wolf-Archiv.

Trotzdem hier die Frage: Wem gehört denn nun der Nachlaß?

JAN VOGELER:

Dem deutschen Volk.

HEINRICH FINK:

Es ist schwierig, Heinrich Vogeler wirklich zu würdigen. Lew Kopelew schreibt: »Heinrich Vogelers Lebensweg ist eine tragische Parabel, die wesentliche Züge unseres Jahrhunderts, besonders die widersprüchliche und dennoch fruchtbare deutsch-russische Wahlverwandschaft widerspiegelt. Der Künstler, der stets auf der Suche nach neuen Ausdrucksmitteln war und von den sozialen und politischen Wirren mitgerissen wurde, blieb sein Leben lang ein geistreicher, sensibler und naiver Träumer. Ein Mitbegründer der Künstlergemeinschaft Worpsswede, ein Deutscher, ein westeuropäischer Künstler, dem französische Impressionisten und englische Prä-Raffaelisten Vorbildlich nahe waren, hat als einer der ersten seiner Landsleute und Zeitgenossen die übernationale Bedeutung der eigenständigen russischen Kunst empfunden und Rußland als Land der großen geistigen Bewegung erkannt.«

Ich finde es sehr bewegend, was Sonja Marchlewska über diese Zeit von Heinrich Vogeler schreibt: »Wenn die Kriegsjahre für Heinrich Vogeler viel Leid brachten, so sollten alle diejenigen, die diese Tatsache zum Anlaß nehmen, die Sowjetmenschen anzuklagen, sich darauf besinnen, daß all das Schwere jener Jahre im Ergebnis des Überfalls geschehen ist, den deutsche faschistische Heere auf das im friedlichen Aufbau befindliche Sowjetrußland unternahmen.« Ich glaube schon, daß hier ein Stück Wahrheit in der Geschichte zusammengefaßt ist.

den ist lange abgebrochen. Vogeler kann seinen Lebensunterhalt nicht bezahlen und muß Schulden machen. Bis 13. November: Erdarbeiten an einem Stauwehr. 1942 – bis Mitte Mai: gerät in äußerste materielle Not; dramatische Verschlimmerung alter Krankheiten.

24. Januar: Nachricht vom Volkskommissariat für Inneres (NKWD), Dienststelle Karaganda: Rückkehr nach Moskau erst nach Kriegsschluß möglich; Erlaubnis zur Übersiedlung nach Karaganda (kann von Vogeler aufgrund fehlender Mittel und Ausrüstung nicht wahrgenommen werden).

25. Januar: »Aufruf an das deutsche Volk« erscheint in Moskau, unterzeichnet von 60 deutschen Künstlern, Politikern und Gewerkschaftlern, auch von Vogeler.

April: Wirtsfamilie verweigert die Verpflegung; Vogeler muß betteln.

Mitte Mai: Eintreffen eines großen Geldbetrages aus Moskau (Zuwendung der deutschen Schriftstellerfreunde). Abbezahlung aller Schulden.

Ende Mai: Einlieferung ins Krankenhaus des Kolchos »Budjonny«...

14. Juni: Tod im Krankenhaus in Choroschewskoje; dort beigesetzt.«

Ebenda, S. 26.

Heinrich Fink – Jg. 1935, Professor, Dr., Theologe; seit 1979 Professor für evangelische Theologie; 1980-1990 Dekan der Theologischen Fakultät und 1990-1992 Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin. Vorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA). MdB (PDS) von 1998 bis 2002.

Werner Hohmann: Heinrich Vogeler in der Sowjetunion 1931-1942. Daten, Fakten, Dokumente, Fischerhude 1987.

Träume, Wege, Irrwege. Nachdenken über Heinrich Vogeler, zusammengestellt von Ernstheirich Meyer-Stiens, Barkenhoff-Stiftung Worpsswede 1999. Darin enthalten auch Briefe und Schriften von Heinrich Vogeler, u. a. »Das neue Leben – ein kommunistisches Manifest« (1919)

MICHAEL BRIE

Welcher Marxismus und welche Politik?

Uwe-Jens Heuers Buch »Marxismus und Politik«
kritisch gelesen

Fast genau 15 Jahre nach »Marxismus und Demokratie« hat Uwe-Jens Heuer mit seinem Werk »Marxismus und Politik«¹ nun eine zusammenfassende Darstellung seines Verständnisses von Marxismus, Kapitalismus, Sozialismus und Politik vorgelegt. Es ist ein »Angebot ..., mit Hilfe des Marxismus hinter den äußerlichen hin- und herwogenden politischen Kämpfen Tendenzen, vielleicht sogar Gesetzmäßigkeiten aufzudecken« (S. 16).

Uwe-Jens Heuer legt ein in sich konsistentes theoretisches System, einen spezifischen Marxismus vor, der praktisch eingreifend »von Nutzen« (S. 171) sein will. Die Bedeutung dieses Angebots marxistischer Analyse besteht nicht zuletzt darin, dass es von Logik geprägt ist. Die Grundstrukturen werden nicht um des Effekts willen verbogen. Uwe-Jens Heuer scheut sich nicht, die Konsequenzen seines Marxismusverständnisses auch dort zu ziehen, wo es unbequem ist und politisch keinesfalls »opportun« zu sein scheint. Man kann ihm weder innere Klarheit noch Mut absprechen.

Uwe-Jens Heuer stellt sein Angebot marxistischer Analyse bewusst und durchgängig jenen Auffassungen gegenüber, die vom Verfasser dieser Rezension gemeinsam mit Dieter Klein, Michael Chrapa oder André Brie entwickelt wurden und weitgehend für das aktuelle Programm der PDS tragend geworden sind.² Dies fordert den ernsthaften Dialog und macht ihn möglich.

Das Buch »Marxismus und Politik« ist in acht Kapiteln weitgehend chronologisch gegliedert. Die ersten drei Kapitel sind der Herausbildung und Entwicklung der Auffassungen von Marx und Engels gewidmet, die folgenden wenden sich der Zeit nach Engels Tod bis 1914, der Periode zwischen 1914 bis 1945, vor allem durch zwei Weltkriege und die Oktoberrevolution geprägt, dem »neuen Anlauf und dem Ende« des sowjetisch geprägten Sozialismus zu. Abschließend werden »die neue Epoche und der Imperialismus« sowie die »Gegenkräfte« untersucht. Das Buch bietet damit einen Gesamtblick auf den Zusammenhang von Marxismus und Politik insbesondere sozialistischer und kommunistischer Kräfte in einem Zeitraum von weit über 150 Jahren.

Die kritische Reflexion der von Uwe-Jens Heuer entwickelten Auffassungen zum Zusammenhang von Marxismus und Politik soll nun aber nicht der Geschichte folgen, sondern die wichtigsten Bausteine des von ihm dabei prägnant herausgearbeiteten Paradigmas seines Verständnisses von Marxismus und von sozialistischer Politik untersuchen. Den Ausgangspunkt dieses Paradigmas bildet das Verständnis von Kapitalismus als »naturgesetzlicher« Gesamtprozess.

Michael Brie – Jg. 1954, Prof. Dr., Philosoph, Berlin. Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung; Leiter des Bereiches Politikanalyse. Zahlreiche Publikationen, u. a.: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997; ReformAlternativen. Sozialökologisch – zivil, Berlin 2000; Sozialismus als Tagesaufgabe (Hrsg.), Manuskripte 36 der RLS, 2003; Die witzige Dienstklasse. Der politische Witz im späten Staatssozialismus, Texte 13 der RLS, 2004.

1 Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik, Hamburg: VSA 2004, 246 Seiten.

2 Rückblickend wird sichtbar, dass die Unterschiede schon im Reformdiskurs der 80er Jahre bestanden und

*Der Kapitalismus als »naturgesetzlicher« Gesamtprozess
oder die Möglichkeit transformativer Umgestaltung*

Bei der Auswahl aus dem viele Bände der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) füllenden genialen Torso von Marxens »Kapital« konzentriert sich Uwe-Jens Heuer auf einen einzigen Aspekt, auf die »Naturgesetzlichkeit« der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise« und »ihre widersprüchlichen Wirkungen, die bis heute andauern« (S. 31). Mit »Naturgesetzlichkeit« meint er dabei jene »gesellschaftliche(n) Gesetze, die allerdings wie Naturgesetze wirken, sich hinter dem Rücken der Menschen durchsetzen, Resultate hervorbringen, die von den Individuen, die ihre Interessen verfolgen, nicht gewollt sind« (S. 32). Die Politik werde bei Marx als Beweger der Weltgeschichte entthront und die »Naturgesetzlichkeit« des Kapitalismus an ihre Stelle gerückt (S. 33). Diese Einsicht des Marxismus, so Uwe-Jens Heuer, sei bleibend: »Die Eingangsfrage nach dem Fortgelten marxistischer Grundeinsichten«, schreibt er mit Blick auf die Gegenwart, »ist hinsichtlich der »Naturgesetzlichkeit« des Kapitalismus offenbar positiv zu beantworten« (S. 179). Auch »prinzipielle Korrekturen auf Grund der gewaltigen Entwicklung, die der Kapitalismus seitdem (seit Marx – M. B.) genommen hat«, würden »nicht den Grundgestus des Werks, eben die Herausarbeitung des »naturgesetzlichen« Gesamtprozesses« berühren (S. 53).

Mit diesem Ausgangspunkt wird schon im Ansatz Marxens Verständnis von »Naturgesetzlichkeit« auf ein einziges Moment reduziert, auf die Herstellung von gesellschaftlichen Zusammenhängen unter den Bedingungen der uneingeschränkten freien Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalisten wie zwischen den Arbeitern. Während Marx das Verhältnis von Kapital und Arbeit in das Zentrum seiner Analyse rückt, ist es bei Uwe-Jens Heuer ein Aspekt der Wirkungsweise dieses Verhältnisses unter den sehr besonderen Bedingungen völliger freier Konkurrenz.

Für Uwe-Jens Heuer scheint die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital und damit die Dominanz der Kapitalverwertung über die gesellschaftliche Reproduktion unauflöslich mit der Unfähigkeit verbunden zu sein, in diese Reproduktion bewusst einzugreifen. Es ist das Modell der totalen Atomisierung der sozialen Subjekte, ein Modell, das – so widersinnig dies vom Standpunkt des Marxismus wäre – bewussten Klassenkampf nur als Handeln jenseits dieser Wirtschaftsordnung erkennen kann und den Kampf um diese oder jene Weise der bewussten Gestaltung gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse durch staatliche oder korporative oder andere Eingriffe »innerhalb des Kapitalismus« für unmöglich erklärt. Es ist ein Begriff von Naturgesetzlichkeit, der Marxens Kapitalanalyse um fast alle wesentlichen Dimensionen seiner Gesellschaftstheorie beraubt.

Die wesentliche Eigenschaft dieses »naturgesetzlichen Gesamtprozesses« des Kapitalismus, auf die Uwe-Jens Heuer (neben der Bewusstlosigkeit des Ganzen) aufmerksam macht, ist seine Zwi-spältigkeit. Er besitze ein Doppelantlitz, »zivilisatorischen Fortschritt und Barbarei gleichermaßen verkörpernd« (S. 51). Nach dem Ende des »sozialistischen Ausbruchs« gelte dann: »Das Perpetuum mobile verschlingt erneut Menschen und Material, bringt techni-

sich ausdrückten in der Differenz zwischen einer Demokratietheorie, die am gesamtstaatlichen Eigentum festhielt (siehe dafür Uwe-Jens Heuer: *Marxismus und Demokratie*, Berlin 1989, S. 419), und einer sozialistischen Moderne-Konzeption, die auch im Eigentumsbereich mit dem »Mono-subjekt« brach (u. a.: Michael Brie: *Wer ist Eigentümer im Sozialismus?* Berlin 1990). Vgl. dazu Lutz Kirschner: *Gesellschaftskonzeptionelle Vorstellungen der SED-Reformer in den achtziger Jahren*, in: Heiner Timmermann (Hg.): *DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf fünfzig Jahre*, Berlin 2001, S. 477-493.

schen Fortschritt und gewaltiges Elend. Die beiden Gesichter dieses Prozesses, sein Januskopf, bleiben Zivilisation und Barbarei. Immer noch gleicht der menschliche Fortschritt jenem scheußlichen Götzen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte... Aber etwas ist neu, was den Widerspruch noch verschärft. Der technische Fortschritt, das Hauptmittel der kapitalistischen Jagd nach dem relativen Mehrwert, erweist sich selbst als zweifelhaft.« (S. 182)

Der von Uwe-Jens Heuer gewählte Fokus auf die Naturgesetzlichkeit einer Gesellschaft entfesselter freier Konkurrenz ist folgenreich. Es könnte aber auch sein, dass er um der Folgen willen gewählt wurde. Es ist immer das »Licht der großen Kulturprobleme«, die der Wissenschaft »Sinn und Richtung« weisen, so Max Weber.³ Und für Uwe-Jens Heuer ist es das Problem einer Naturwüchsigkeit atomisierter Akteure, mit der er die Geschichte und Gegenwart beleuchtet. Was auch immer Ursache und was Wirkung gewesen sein mag, die Folgen des gewählten Ausgangspunktes sind gravierend. Zwei seien hervorgehoben.

Erstens werden dadurch Aussagen über das Wesen, den Anfang wie das Ende des Kapitalismus getroffen. Während dieser in sich selbst naturgesetzlich sei (ausschließlich durch die freie Konkurrenz isolierter Akteure bedingt sei), träfe dies weder auf sein Entstehen noch Vergehen zu: »Der Kapitalismus muss also aus einer vorhergehenden Gesellschaftsordnung nicht unbedingt hervorgehen, wenn aber alle Voraussetzungen gegeben sind, dann setzt ein unaufhaltbarer Prozess ein. Er kann dann nur noch gebremst oder durch politische Gewalt beendet werden.« (S. 43) Damit werden zwei prinzipiell unterschiedliche Arten von Geschichte behauptet – Geschichte als »naturgesetzlicher Prozess«, in den nicht wirklich eingegriffen werden kann (höchstens bremsend oder beschleunigend, aber keinesfalls in Bezug auf die Richtung) – sie vollzieht sich bewusstlos und ohne Subjekt (S. 179) –, und Geschichte als Prozess grundlegender Richtungsveränderung im Zuge eines Formationswechsels, hervorgerufen durch das bewusste Eingreifen organisierter Subjekte. Damit wird »die Möglichkeit grundlegender Verbesserungen des Kapitalismus innerhalb dessen Rahmen« abgelehnt (S. 37). Es bleibe »als einzige Antwort die Revolution« (ebenda). Folgt man einer solchen Vorstellung, dann besitzt Politik im Rahmen des Kapitalismus nur die Macht über ein Gaspedal (durch die herrschenden Klassen) oder eine Bremse (durch die Unterdrückten), aber auf keinen Fall über ein Steuerrad, das Richtungsveränderung ermöglichen würde.

Zweitens impliziert die Annahme von der Naturgesetzlichkeit eines auf freie Konkurrenz reduzierten Kapitalismus auch, dass er »keine inneren Bremsen hat, die ihn korrigieren«. Dies wirft die Frage »nach der Form und dem Subjekt des Eingriffs«, nach dem »Raum der Politik« (S. 53) auf. Merkwürdig genug ist, dass die Aussagen, die Uwe-Jens Heuer über die Politik trifft, eher negativer Art sind. Dem Reich der Notwendigkeit wird ein (abgeleitetes) Reich der Willkür gegenüber gestellt: »Die politischen Auseinandersetzungen, der politische Klassenkampf sind abgeleiteter Natur, hier ist viel mehr Zufälligkeit am Werke, hängt viel mehr von subjektiven

3 Max Weber: Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1922, S. 214.

Faktoren, selbst von einzelnen Persönlichkeiten ab. Das gilt auch für den Kampf der Arbeiterbewegung im Kapitalismus, und vor allem auch für den revolutionären Ausbruch aus dem »naturgesetzlichen« Gesamtprozess.« (S. 56 f.) Darin, so Uwe-Jens Heuer, sei die »prinzipielle Unterscheidung zwischen ökonomischen »Naturgesetzen« und den Gesetzen des politischen Lebens bei Marx und Engels« (S. 57; vgl. noch einmal zusammenfassend auch S. 204 f.) zu finden. Ausschließlich im Reich der Politik, so muss man schließen, finden Menschen (wenn überhaupt) jene Freiheit von der Naturgesetzlichkeit des Kapitalismus, um diese revolutionär zu sprengen und eine andere, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten. Das Feld der Wirtschaft und des Sozialen entzieht sich nach dieser Auffassung vorläufig jeder bewussten Gestaltung.

Die Annahme vom Kapitalismus als naturgesetzlichem Wechselwirken atomisierter Akteure und die daraus von Uwe-Jens Heuer gezogenen Schlussfolgerungen werfen eine ganze Reihe von Problemen auf, von denen einige, die für sozialistische Politik von besonderer Bedeutung sind, näher betrachtet werden sollen. Zunächst und vor allem fällt auf, dass der von Uwe-Jens Heuer dargestellte Begriff kapitalistischer Ökonomie in Kernannahmen mit dem des Neoliberalismus zusammenfällt, nur dass das Gleiche wie in einem Spiegel genau umgekehrt erscheint und zu völlig entgegengesetzten Schlüssen führt. Er kann deshalb auch so ausführlich die bürgerlichen Lobeshymnen auf jene Seite des Marxschen Werks zitieren, die sich auf die unwälzende Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise und auf ihren »Naturcharakter« beziehen (vgl. S. 176-182).

Wo der Neoliberalismus mit F. Hayek und anderen Neoklassikern den bewusstlos wirkenden kapitalistischen Markt als das Perpetuum mobile allen Reichtums und aller Entwicklung preist, in den um Strafe von Stagnation und Sozialismus willen nicht eingegriffen werden darf, der in seiner »Reinheit« durchgesetzt werden müsse, sieht auch Uwe-Jens Heuer keine Möglichkeit des Eingreifens, es sei denn die der Beseitigung. Wo der Neoliberalismus segensreiche Sachzwänge wirken sieht, die ohne Alternative seien (»There is no alternative!«), da erkennt Uwe-Jens Heuer den Januskopf kapitalistischer Naturgesetzlichkeit, dem nur durch revolutionäre Abschaffung beizukommen sei. Und wo der Neoliberalismus Machtverhältnisse am liebsten völlig ignoriert, sind sie bei Uwe-Jens Heuer ununterscheidbar in das Gewebe der Naturgesetzlichkeit einverwoben und verschwinden so in einem subjektlosen Prozess, der sich hinter dem Rücken der Menschen abspielt. Solange die derart verstandene »Naturgesetzlichkeit« wirkt, ist überhaupt kein Platz für gestaltende sozialistische demokratische Politik.

Während der Neoliberalismus für gute Politik nur den Platz der Durchsetzung der naturhaften Zwänge des Marktes sieht, hat Uwe-Jens Heuer für sie nur den Platz, die Zwänge abzubremsen oder zu beseitigen, nicht aber, ihre Richtung zu verändern. Sozialistische Politik findet also real entweder als Kampf zur Verlangsamung des Wirkens der kapitalistischen Naturgesetzlichkeit statt oder im Augenblick ihrer Beseitigung. Und während der Neoliberalismus den Intellektuellen die Aufgabe zuweist, diese Politik apologetisch hinzunehmen und zu legitimieren, verweist Uwe-Jens Heuer auf

Brecht: »Hauptsächlich in den nichtrevolutionären Situationen kann eine revolutionäre Intelligenz die Revolution in Permanenz halten.« (zit. S. 206) Es geht um eine Kritik jenseits aktueller Möglichkeiten praktischen Eingreifens und realer Veränderung.

Da von Uwe-Jens Heuer ganz im Stile des orthodoxen Marxismus der II. Internationale festgestellt wird, dass »bei Wahlen in den imperialistischen Staaten« das System »gar nicht zur Abstimmung« stehe (S. 218), stellt sich die Frage nach dem Charakter sozialistischer Politik jenseits eines bloßen Antikapitalismus in der Gegenwart. Wenn der Neoliberalismus einen Richtungswechsel der Politik vollzieht, wie Uwe-Jens Heuer an anderer Stelle bemerkt (S. 178), der doch auf eine Durchkapitalisierung von Wirtschaft, Sozialem und Kultur zielt und diese imperial und imperialistisch abzusichern sucht, wieso ist es dann weder richtig noch möglich, auf demokratische Weise für einen dazu alternativen Richtungswechsel zu kämpfen, der sich auch bei Wahlen in erreichten und dauerhaften Mehrheiten manifestiert?!

Im Folgenden sollen mit Marx zwei zentrale Einwände gegen Uwe-Jens Heuers Marxismusrezeption erhoben werden, von denen ausgehend an anderer Stelle schon ein alternativer Entwurf zur Fundierung sozialistischer Politik vorgelegt wurde.⁴ Dies betrifft erstens die Bedeutung von Klassenkämpfen im Kapitalismus in ihrer Bedeutung für dessen Grundgesetze und Eigentumsverhältnisse und zweitens die damit verbundene Frage der Möglichkeit eingreifender Politik.

Erstens: Uwe-Jens Heuer versteht unter Kapitalismus vor allem eine Wirtschaftsordnung freier Konkurrenz, die sich wie ein Perpetuum mobile mit der Kraft von Naturgesetzlichkeit und ohne jede »natürliche Schranke« (S. 182) entwickelt. Für Marx selbst aber ist es das im 23. Kapitel des Ersten Bandes des »Kapital« dargestellte »allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«, auf das seine gesamte Analyse hinführt. Er will damit den Nachweis führen, dass der Ausgangspunkt der erweiterten Kapitalreproduktion, der doppelt freie Lohnarbeiter, der dem Kapital unterworfen ist, im Prozess der Kapitalverwertung auf Dauer gestellt wird: »Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*«⁵. Dieses Gesetz, so Marx, schmiede »den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend.«⁶ Durch dieses Gesetz will Marx den Nachweis geführt haben, dass die Arbeiter der realen Unterordnung unter das Kapital nicht entrinnen können – es sei denn, eine grundlegende Veränderung der Wirkungsbedingungen dieses Gesetzes wäre möglich.

Das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist wie jedes andere von Marx untersuchte Gesetz nur eines der Tendenz nach.⁷ Es ist ab-

4 Vgl. Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin: Karl Dietz 2003.

5 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 673 f.

6 Ebenda, S. 675.

7 So heißt es vom Gesetz des Falls der Profitrate: »Es müssen gegenwirkende Einflüsse im Spiel sein, welche die Wirkung des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben und ihm nur den Charakter einer Tendenz geben ...« Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 242.

hängig von konkreten Bedingungen und es bedarf der Prüfung, ob diese Bedingungen tatsächlich zwingend immer wieder reproduziert werden. Wie Marx bezogen auf die Profitrate sagte: »Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit, indem der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt. Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.«⁸ Im Falle des genannten allgemeinen Gesetzes sind es vor allem das konkrete Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit, der Klassenkampf und die Politik des Staates, die darüber entscheiden, in welchem Maße dieses Gesetz durchkreuzt oder sogar aufgehoben wird. In Abhängigkeit davon bilden sich jeweils unterschiedliche Akkumulationsregimes und Regulationsweisen. Alternativen sind möglich und wurden im 20. Jahrhundert auch zur Geltung gebracht.

Das »Goldene Zeitalter« des Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg, auf das Uwe-Jens Heuer mit Eric Hobsbawm verweist, ist eine solche Konfiguration von Kräfteverhältnissen, Akkumulationsregimes und Regulationsweisen, die stark durch die Erfahrung zweier Weltkriege, eine starke organisierte Arbeiterbewegung und die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion geprägt wurde. Wenn in diesem Zusammenhang von der Fesselung oder Eindämmung des Kapitalismus gesprochen wird, die durch die neoliberale Offensive heute rückgängig gemacht werden soll, um zugleich im Interesse der herrschenden Kreise die neuen Probleme unter Kontrolle zu bringen, dann stellt sich die Frage, ob für diese Periode nicht auch von einer Einschränkung des Wirkens des allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation ausgegangen werden muss, ob nicht sogar in bestimmten Bereichen Gegentendenzen auf Zeit dominant wurden. In den hochentwickelten Zentren war die Reservearmee fast auf Null zurückgegangen und für sehr große Teile der Arbeiterschaft kam es zu einem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg. Über Systeme der sozialen Sicherung und der staatlichen Umverteilung entstand so etwas wie »Sozialeigentum«⁹.

Was bei Uwe-Jens Heuer als faktisch unverändertes Wirken kapitalistischer Naturgesetzmäßigkeit erscheint, erweist sich vom Standpunkt einer Analyse, die den Kern des Ersten Bandes des »Kapital« ins Zentrum stellt, als Nebeneinander und Abfolge sehr unterschiedlicher Akkumulationsregimes und Regulationsweisen, in denen es unter sehr bestimmten Bedingungen und im Gefolge großer sozialer Kämpfe auch gelingen kann, jenen Faktoren, die das Wirken des Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation bestimmen, auf Zeit stärkere Gegenfaktoren gegenüber zur Geltung zu bringen und die reale Unterordnung der Arbeit unter das Kapital zu relativieren, wenn auch bisher nicht aufzuheben.

Eine der wichtigsten Bedingungen dafür ist, dass Marx' Ausgangsannahme, nämlich die Tatsache, dass der Reichtum der Gesellschaften nur als Ware erscheint, als Privateigentum, relativiert und überwunden wird. Es gehört zu den großen Errungenschaften der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen in den hoch-

8 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, in: MEW, Bd. 16, S. 149.

9 Robert Castel: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz 2000, S. 272

10 Lutz Brangsch: Soziale Grundsicherung – ein zukunftsfähiges Konzept für die PDS-Politik? Ms.

11 André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/Main: Suhrkamp 2000.

12 William F. Fisher, Thomas Ponniah (Hrsg.): Another World is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. Nova Scotia: Fernwood 2003.

13 Samir Amin interviewed by V. Sridar: For Struggles, Global And National, in: Jai Sen, Anita Anand, Arturo Escobar, Peter Waterman (Hrsg.): World Social Forum. Challenging Empires, New Delhi: The Viveka Foundation 2003, p. 10.

14 Vielleicht wäre dies und nicht die zentralstaatliche Verfügung über die Produktionsmittel der eigentliche Weg, jene Eigentumsordnung zu errichten, die Marx mit der »Notwendigkeit eines Naturprozesses« als Negation des kapitalistischen Privateigentums entstehen sieht – »das individuelle Eigentum auf der Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 791.

15 Vgl. dazu Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt, in: Michael Brie et al.: Sozialismus als Tagesaufgabe, a. a. O., S. 86 f.; Samir Amin: Soziale Ungleichheit weltweit. Interview am 11. April 2004. www.dnr.de/publikationen.

entwickelten Ländern, dass wesentlich Güter dieser Gesellschaften zunehmend frei zur Verfügung gestellt wurden bzw. ihr Zugang nicht direkt an die Fähigkeit zum Verkauf der Arbeitskraft gebunden wurde. Dazu gehörten gerade in Westeuropa Bildung, Leistungen der Gesundheitsversorgung sowie ein begrenztes Maß an sozialer Absicherung. Der Angriff des Neoliberalismus richtet sich deshalb auch nicht zufällig im Kern darauf, diese Güter wieder in Waren zu verwandeln, sie zu kommodifizieren und in der Folge die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital wieder zu verstärken. Umgekehrt fordern die sozialen Bewegungen unter der Losung »Die Welt ist keine Ware« weitere große Schritte der Entkommodifizierung der Welt. Dazu gehören eine bedarfsorientierte Grundsicherung¹⁰ bzw. ein Grundeinkommen¹¹, eine beschäftigungssichernde Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Förderung einer solidarischen Ökonomie, die Verteidigung bzw. die Durchsetzung des Gemeingutcharakters von Bildung, Wissen, Gesundheit, Wasser und Nahrung u. v. a. m.¹² Im Parteiprogramm der PDS wurde in diesem Zusammenhang die zentrale Forderung erhoben, die gleiche Teilhabe an allen Gütern, die Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens sind (Freiheitsgüter), durchzusetzen.

Solche Schritte würden die Kapitalverwertung der Tendenz nach der Reproduktion der Bedingungen eines freien und solidarischen Lebens unterordnen und die Dominanz des kapitalistischen Privateigentums aufheben,¹³ durch die Dominanz eines *Sozialeigentums* ersetzen, das die Individuen in die wahren Eigentümer des gesellschaftlichen Reichtums verwandelt¹⁴. Aus den doppelt freien Lohnarbeiterinnen und -arbeitern, die sich auch zu den schlechtesten Marktbedingungen verkaufen müssten, würden Menschen, die selbstbestimmt ihr Leben gestalten könnten. Der Kampf gegen den Neoliberalismus ist zugleich der Kampf um eine andere Eigentumsordnung. Er zielt auf die Durchsetzung eines allgemeinen Gesetzes einer nichtkapitalistischen Akkumulation – in sich widersprüchlich und weiter umkämpft, der Tendenz nach aber nicht kapitalistisch, sondern auf die freie Entwicklung eines jeden gerichtet und diese so orientiert, dass sie zur freien Entwicklung aller wird. Es wäre die Durchsetzung der Dominanz einer »Soziallogik«, einer Logik sozialer Effizienz,¹⁵ gegenüber der kapitalistischen Profitdominanz.

Zweitens: Die von Uwe-Jens Heuer ins Zentrum gerückte »Naturgesetzlichkeit« kommt bei Marx erst im Dritten Band des »Kapital« wirklich zum Tragen. Dabei geht es nicht um das Wesen des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, sondern um die Art und Weise der Durchsetzung dieses Verhältnisses an der »Oberfläche«. Unter der Bedingung, dass jeder Kapitalist und jeder Arbeiter »nur als Teil einer gesellschaftlichen Macht, als Atom der Masse«¹⁶ handelt, so Marx, steht er in Konkurrenz zu seinesgleichen, und durch diese Konkurrenz macht sich der »gesellschaftliche Charakter der Produktion und Konsumtion« als naturwüchsiger Zusammenhang geltend. Durch die Unfähigkeit zu kooperativem Handeln kommt es dazu, dass »der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozess ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen«¹⁷.

Für Marx ist aber die Situation eines Kapitalismus der freien Konkurrenz nur ein zeitlich befristetes Stadium, dessen Ursprünge für ihn nicht weit zurückliegen und dessen Überwindung auch innerhalb der Dominanz der kapitalistischen Form er zu studieren beginnt. Während Uwe-Jens Heuer von der Fortdauer einer uneingeschränkten Naturwüchsigkeit bis in die Gegenwart ausgeht, schreibt Marx schon 1858: »Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangner oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg, und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.«¹⁸ Marx behauptet also nicht mehr und nicht weniger als die Herausbildung von Vergesellschaftungsformen, die, obwohl durch das Kapital genutzt, über den Kapitalismus hinausweisen.

Marx geht aber noch weiter. Wie auch Uwe-Jens Heuer vermerkt, konstatiert Marx in der »Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation« von 1864 in Bezug auf die 1847 gesetzlich dekretierte Beschränkung des Arbeitstages für Jugendliche und Arbeiterinnen auf zehn Stunden den Bruch mit der kapitalistischen Naturwüchsigkeit. Der dabei entbrannte Kampf hätte die »große Streitfrage« betroffen »zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet, und der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet. Die Zehnstundenbill war daher nicht bloß eine große praktische Errungenschaft, sie war der Sieg eines Prinzips. Zum erstenmal erlag die politische Ökonomie der Mittelklasse in hellem Tageslicht vor der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse.«¹⁹

Uwe-Jens Heuer zitiert diese Aussage von Marx im Zusammenhang mit der Frage, ob es schon vor einer gewaltsamen Revolution möglich sei, in den »naturwüchsigen« Prozess einzugreifen. Und während er sonst der logischen Folgerichtigkeit das Primat gibt, begeht er hier den Fauxpas, in einer so zentralen Frage wie dem Sieg des Prinzips der Arbeiterklasse über das der Bourgeoisie Marxens These dadurch abzuschwächen, dass – wie Engels später bemerkte – dadurch die Großkonzerne gegenüber den kleineren Unternehmern begünstigt worden wären (S. 74). Dies aber berührt nicht das Prinzip, sondern nur seine ambivalenten Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis innerhalb der kapitalistischen Klasse selbst.

Was Marx an der zitierten Stelle behauptet, ist nicht mehr und nicht weniger als die Möglichkeit der bewussten Kontrolle sozialer Produktion nicht etwa durch direkte Verstaatlichung der Produktionsmittel, sondern durch die gesetzliche Regelung der Bedingungen, zu denen Arbeiter ihre Arbeitskraft verkaufen und Unternehmer diese kaufen dürfen. Neben dem Kampf um die Entkommodifizierung wesentlicher Bereiche sozialer Produktion, die für die Bereitstellung von Grundgütern notwendig sind (siehe vorhergehende These), tritt somit der Kampf für die gesellschaftliche Regulierung

16 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 203.

17 Ebenda, S. 267.

18 Karl Marx. Grundrisse der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 551.

19 Karl Marx: Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, S. 11.

der Bedingungen jeglicher Verfügung über Produktionsmittel und Arbeitskraft sowie Naturressourcen, sei es in privaten, staatlichen oder genossenschaftlichen, kommunalen usw. Betrieben im Interesse der lohnabhängig Beschäftigten, der Beseitigung von Marginalisierung und Ausgrenzung, von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Betrachtet man die Forderungen des Weltsozialforums, so zielen sie neben der Entkommodifizierung vor allem auf die bewusste gesellschaftliche Festlegung der Rahmenbedingungen jedes wirtschaftlichen Handelns. Während durch Entkommodifizierung Bereiche geschaffen werden sollen, in denen Grundgüter eines freien und solidarischen Lebens erzeugt werden, soll durch Regulation der Rahmenbedingungen gesichert werden, dass auch unter den Bedingungen von Märkten und Konkurrenz die Wirtschaft den sozialen, ökologischen und demokratischen Zielen der Mehrheit der Bevölkerung und der zukünftigen Generationen untergeordnet wird. Dies verlangt nicht unbedingt der Form aber dem Inhalt nach eine Kette von umwälzenden Eingriffen in die Macht- und Eigentumsverhältnisse und Vergesellschaftungsformen.

Uwe-Jens Heuer hat, ausgehend von seiner Grundannahme einer nicht gestaltbaren Naturwüchsigkeit des Kapitalismus, für sozialistische Politik nur wenig Platz. In seinem Buch »Marxismus und Politik« wird man viel über die Politik von herrschenden kommunistischen Parteien in den Ländern des untergegangenen sowjetischen Sozialismus, aber fast nichts über Politik unter den Bedingungen des Kapitalismus erfahren, was über die Darstellung der Auffassungen anderer Marxisten hinausgeht. Seine eigene Auffassung des marxistischen Politikverständnisses summiert sich in folgender Aussage: »Der ökonomische Kampf (der Arbeiterklasse – M. B.) wird unmittelbar durch die Naturgesetze des Kapitalismus hervorgerufen, ist Bestandteil ihres Wirkens. Er kann und muss verstärkt werden zur politischen Aktion, die auf konkrete Erfolge zielt und damit zugleich die Entscheidungsschlacht vorbereitet.« (S. 75) Wo dies nicht möglich ist, bleibe nur die intellektuelle Bewahrung der Revolution jenseits realer Politik der Veränderung von Kräfteverhältnissen. Vorbereitung und Durchführung der Entscheidungsschlacht zur Brechung der Naturwüchsigkeit des Kapitalismus und der Aufhebung des Privateigentums sind für Uwe-Jens Heuer die eigentlich sozialistischen Politikformen.

Während an anderer Stelle das Projekt einer sozialen und demokratischen Transformation entwickelt wurde, das die Dominanz des kapitalistischen Privateigentums überwindet,²⁰ bleibt Uwe-Jens Heuer bei der Alternative zwischen systemkonservierenden Reformen und Revolution stehen. Während an anderer Stelle die Einheit von ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Kämpfen gedacht und praktiziert wird, durch die die Gesamtheit der gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse, der Typ von sozialer Reproduktion verändert werden soll,²¹ verharrt Uwe-Jens Heuer bei Kautskys Reduktion des »ökonomischen Klassenkampfes« auf eine niedrigere Form des Kampfes, die keine wesentliche Veränderungen hervorbringen könne. Dies aber ist unendlich weit entfernt von Rosa Luxemburgs Vision einer eingreifenden Praxis, die in einem Prozess

20 Vgl. dazu auch Michael Brie et al.: Sozialismus als Tagesaufgabe, a. a. O.; Vgl. auch Dieter Klein (Hg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit, Berlin: Karl Dietz 2003, S. 69 ff.

21 Darauf zielt die Strategie der gerade erst in Rom gegründeten Partei der Europäischen Linken (EL). Dort wird das Projekt einer »sozialen und demokratischen Transformation« in das Zentrum gerückt (Programm der Partei der Europäischen Linken, Rom 2004: <http://sozialisten.de/sozialisten/el/programm.htm>).

zugleich ökonomische, politische und kulturelle Wirklichkeitsveränderung und Selbstveränderung ist.²² Damit ist Politik, die über den Protest hinausgeht, bis auf den Jüngsten Tag der Revolution verschoben. Zumindest für die Gegenwart würde gelten: Dieser Marxismus oder sozialistische Politik!

Sozialismus und Barbarei?

Die bisherigen Darstellungen haben in Auseinandersetzung mit Uwe-Jens Heuer und unter Anknüpfung an Marx zwei wesentliche Bestimmungen von Sozialismus als einer dem Kapitalismus überlegenen Ordnung entwickelt – (1) die Dominanz des Sozialeigentums in allen Bereichen, wo Grundgüter menschlichen Lebens bereitgestellt werden, sowie die Sozialpflichtigkeit allen Eigentums und (2) die bewusste gesellschaftliche Regulation der Rahmenbedingungen von Wirtschaft nach demokratischen, sozialen und ökologischen Kriterien. Dadurch würde, so die These, sowohl das allgemeine Gesetz kapitalistischer Akkumulation wie die Dominanz »naturwüchsiger« Regulation durch Konkurrenz aufgehoben.

Für Uwe-Jens Heuer ist Sozialismus »erstens die Beseitigung der Herrschaft des Privateigentums« (S. 178). Merkwürdigerweise fehlt jedoch an dieser wie an allen anderen Stellen jedes »zweitens« oder »drittens«. Die Konkretion erfolgt dadurch, dass Uwe-Jens Heuer auch fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus und lange nach der Abkehr auch der chinesischen Kommunisten vom Primat des Staatseigentums und zentralverwaltungs-wirtschaftlicher Planung Sozialismus immer noch entsprechend den Strukturen dieses vergangenen Sozialismus denken will. Eigene systematische Aussagen über alternative Sozialismusformen fehlen.

So wie Uwe-Jens Heuer eine über den »naturwüchsigen« Kapitalismus hinausweisende Transformation für unvorstellbar hält und an der »Entscheidungsschlacht« der Revolution festhält, so ist für ihn der sowjetische Staatssozialismus der einzig mögliche Sozialismus²³: »Es erwies sich, dass das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln eine staatliche Wirtschaftsplanung in mehr oder weniger dirigistischer Form erfordert, dass die Verteilung nach der Leistung der staatlich sanktionierten Regelung bedurfte (offen gestanden hatte ich in der DDR das Gefühl, dass vor allem entgegen der Leistung verteilt wurde – M. B.), dass bei fortbestehenden Ausbeuterklassen (sind damit die Inhaber der Klein- und Mittelbetriebe gemeint? – M. B.) Repression notwendig blieb (hat sich Repression nicht primär gegen andere Gruppen gerichtet? – M. B.), aber auch nach deren Enteignung fortbestand, dass vornehmlich die äußere Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Nachbarn ohne Staat nicht auskam bis hin zum Extrem der Errichtung der Mauer an der Westgrenze der DDR (die doch vor allem die Funktion hatte, den Bürgerinnen und Bürgern der DDR das verbrieft Menschenrecht auf Verlassen des Staates, in dem sie leben, zu nehmen – M. B.²⁴).« (S. 208)

Uwe-Jens Heuer stellt sich bewusst den Konsequenzen: Es sei ein Widerspruch zwischen Volk und Staat entstanden, ein Staat, der »in gewisser Weise sogar mehr Staat als je ein Staat zuvor« (ebenda) war. Merkwürdigerweise wird der Kommunistischen Staatspartei als dem zentralen Subjekt und Akteur der Herrschaft kaum Aufmerk-

22 Vgl. dazu vor allem: Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Werke, Bd. 3, S. 93 – 170.

23 So wird Verstaatlichung durch Uwe-Jens Heuer ohne jede weitere Reflexion mit Durchsetzung des sozialistischen Eigentums gleichgesetzt (S. 139, 208).

24 »Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.« Vereinte Nationen. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, in: Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie, Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 410. Zur zentralen Bedeutung dieses Rechts bemerkt Manfred Riedel: »Das Menschenrecht wird zuletzt freilich nicht durch Gesetzestexte, sondern durch die Tat interpretiert. Paradigma einer Tatinterpretation ist das Auswanderungsrecht ... Indem er (der Staat – M. B.) seinen Bürgern die Möglichkeit der Freilassung einräumt, verzichtet der Staat auf zeitlich unbegrenzte, und das heißt: auf politisch-absolute Herrschaft.« Manfred Riedel: Freiheit und Verantwortung, in: Karl-Otto Apel, Dietrich Böhler, Alfred Berlich, Gerhard Plumpe (Hrsg.): Praktische Philosophie/ Ethik. Bd. 1, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1980, S. 111.

samkeit gezollt, dabei bildete die Partei das herrschaftliche Zentrum von Staat und Gesellschaft. Zu den neuen Übeln zählt er die »Übermacht des Staates«, den »Bürokratismus« und »die weitgehende Verweigerung von politischen Grundrechten« (ebenda). Diese Übel erscheinen als unvermeidliche Folge, und nur der Grad dieser Übel kann in Abhängigkeit von »subjektiven Faktoren« wie der Unterschiede zwischen den Charakteren der verschiedenen Führer beeinflusst werden (vgl. dazu S. 116, 122). Die Alternative eines »demokratischen Sozialismus« sei angesichts der Unreife Russlands für den Sozialismus und dem Ausbleiben der Weltrevolution unmöglich gewesen (S. 120).

Stalinismus, heißt es bei Uwe-Jens Heuer, sei der »Exzess der Macht«, »der nicht in den Aufgaben einer ›Erziehungsdiktatur‹ gründete« (S. 121) Wer aber entscheidet, was »erzieherisch« geboten war und was nicht, wenn nicht die großen Führer oder ihre Interpreten? Die Revolution habe dem »naturgesetzlichen« Gesamtprozess des Kapitalismus ein Ende gesetzt, so Uwe-Jens Heuer, »aber es war nicht das Ende der Barbarei« (S. 122). Tendenziell beantwortet er damit die von ihm selbst gestellte Frage nach der »Vermeidbarkeit oder Unvermeidbarkeit« »barbarische(r) Seiten der sozialistischen Produktionsweise« (S. 53) damit, dass diese durch den Sozialismus selbst ermöglicht werden (S. 178), ohne deutlich zu machen, welche Barrieren dagegen errichtet werden sollten.

Die folgenden Sätze Uwe-Jens Heuers verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil sie die Grundprobleme seiner Position noch einmal zusammenfassen: »Marx und Engels sahen als Alternative den Sozialismus, also eine Ordnung, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben war. Dass eine solche Gesellschaft möglich ist, hat die Geschichte gezeigt, dass sie nicht konkurrenzfähig war, ebenfalls. Wenn wir heute eine sozialistische Gesellschaft für notwendig halten, so beweist dies nicht, dass sie kommen wird.« (S. 236) Warum ist aber diese Gesellschaft »notwendig«, wenn sie sich nicht zuletzt als mindestens so »naturwüchsig« erwiesen hat wie der Kapitalismus, den sie überwinden wollte?! (Vgl. zum Problem der Naturwüchsigkeit im Staatssozialismus weiter unten.) Und wieso aber sollten »wir« noch einmal eine »nicht konkurrenzfähige« Gesellschaft für notwendig halten und ihr Entstehen betreiben?

Mehr noch: Wenn die »Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums ... notwendig Triebkraftverluste mit sich bringt« (S. 53; Triebkraftgewinne werden dagegen an keiner Stelle thematisiert) und dann der Staat zur »zentralen Antriebskraft« wird (115), eine Kraft, die zudem nicht in der Lage ist, dauerhaft erfolgreich zu konkurrieren, dann scheint dies auch chancenlos. Zudem müssten, wie Uwe-Jens Heuer mit Blick auf das den USA weit unterlegene Kuba/Domenica Losurdo zustimmend zitiert, als Preis dieses Sozialismus wieder die Unterdrückung wichtigster politischer Freiheiten in Kauf genommen werden (S. 217 f.). Wie er selbst schreibt: »Die Forderung nach freien Wahlen an die Adresse der Opferstaaten läuft auf deren Kapitulation durch Abwahl des Systems heraus.« (S. 218) Die Konsequenz dieser Gedanken ist: Da Sozialismus eigentlich immer ökonomisch kapitalistischen Konkurrenten gegenüber unterlegen ist, muss er sich immer »durch bestimmte diktatorische Maßnah-

men« (ebenda) wehren. Dann aber ist demokratischer Sozialismus schon per Definition eine *Contradictio in adjecto*.

Folgt man der Position von Uwe-Jens Heuer, dann müsste vieles als »unvermeidlich« akzeptiert werden, was er selbst als Produkt des Kapitalismus ablehnt, müsste hingenommen werden, dass Sozialismus Barbarei ermöglicht, eine Barbarei, die jede Sozialistin und jeder Sozialist in ihrem kapitalistischen oder imperialistischen Gewande bekämpfen würde. Wenn aus einer Revolution ein »sozialistischer« Doppelprozess von Zivilisation und Barbarei hervorgeht, der in seiner Wirkung für die Menschen und Völker nicht weniger »naturhaft« und »barbarisch« ist als der des Kapitalismus und zu Zeiten sogar schlimmer, was bleibt dann vom Sozialismus übrig als einer Bewegung, die »*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«²⁵?! Sozialismus muss doch bei allem vor allem eines sein: ein realer Fortschritt in Richtung auf mehr Freiheit und mehr bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, als seine Vorgängergesellschaften boten. Das, was Uwe-Jens Heuer als einzig möglichen Sozialismus ansieht, hat davor versagt.

Uwe-Jens Heuer hat sicherlich recht, wenn er feststellt: »Dass Sozialismus selbst Barbarei ermöglichen kann, ... ist schmerzlich, aber nicht dadurch zu bewältigen, dass wir diese Gesellschaften einfach aus dem Sozialismus exkommunizieren, was uns ja auch jeder Auseinandersetzung mit ihnen entheben würde.« (S. 178) Was aber ist das »Sozialistische« an diesen Gesellschaften? Die bloße »Beseitigung der Herrschaft des Privateigentums« ist m. E. nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts unzureichend, um von Sozialismus in Marxens emanzipatorischem Sinne zu sprechen. Es kann rückschrittliche wie fortschrittliche Formen der Beseitigung des Privateigentums geben und bedarf Kriterien, die gesellschaftliche Macht- und Eigentumsverhältnisse an Emanzipationskriterien messen.²⁶

Das von Uwe-Jens Heuer so viel gescholtene Parteiprogramm der PDS enthält eine auf Hermann Klenner zurückgehende Definition: »Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, garantiert in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen und Völker. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Profitdominanz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen. Dazu gehören die entsprechende Veränderung der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Bewahrung der natürlichen Umwelt, die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, Solidarität nach innen und außen sowie eine weltumspannende Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.«

Worin bestanden nun Elemente, Züge, Spuren von Sozialismus im sowjetischen Staatsparteisozialismus? Ich möchte zwei hervorheben: Erstens war beabsichtigt worden, mit den Mitteln des Staatseigentums die produktiven Ressourcen unmittelbar in gesellschaftli-

25 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

26 Vgl. dazu: Michael Brie: Der sowjetische Staatsparteisozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«. Beitrag für eine Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Oktober 2003.

27 Uwe-Jens Heuer spricht in diesem Zusammenhang von »gesicherten sozialen Grundrechten« (S. 208). Was aber sind das für »Rechte«, wenn den Individuen, um die es geht, gerade ihre Stellung als eigenständige Rechtssubjekte im Verhältnis zu Partei und Staatsmacht abgesprochen wurde? Es sind eher Gratifikationen als Rechte, eher Zugeständnisse als Leistungen, deren Grundlage die eigenständige und gesetzlich geschützte Vertretung von Interessen darstellt. Im strengen Sinne gibt es zwar politische Rechte ohne soziale Rechte, aber nicht umgekehrt. Wer sich nicht selbständig organisieren, sich keine eigene Meinung öffentlich bilden darf, wer sich nicht zum Protest gegen die Regierung versammeln darf, dem ist der Charakter als gesellschaftliches Subjekt, das autonome Rechte hat, aberkannt. Die Rechte waren bestenfalls Leihgaben.

28 Rainer Land: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Initial, Heft 6/2003, S. 81.

29 Siehe Anm. 17

ches Eigentum zu überführen. In der Folge wurde für jene, die nicht der politischen Repression unterworfen wurden (dies waren viele Millionen), wesentliche soziale Leistungen allgemein zugänglich. Das verstaatlichte Eigentum wirkte unmittelbar wie Sozialeigentum (im Sinne der Gewährleistung sozialer Dienste) und war mit weitgehend kostenlosen Leistungen in Bildung, Gesundheit usw. verbunden.²⁷ Die chronische Defizitwirtschaft sicherte jedem und jeder einen Arbeitsplatz. Gleichzeitig aber wurden Kriterien von Effizienz außer Kraft gesetzt und Innovation blockiert, sodass die Quellen der intensiven Steigerung der Arbeitsproduktivität verschüttet wurden und dieser Sozialismus der Systemkonkurrenz nicht standhalten konnte.

Die unmittelbare Identität von Verfügung über produktives Eigentum und Sicherung sozialer Leistungen mittels einer Zentralverwaltungswirtschaft hat sich als nicht überlebensfähig erwiesen. Angesichts der wachsenden Rückstände bei der produktiven Verwendung der gesellschaftlichen Ressourcen gegenüber dem Westen verzichtete die Arbeiterschaft des Staatssozialismus auf ihr soziales Eigentum und wurde zur treibenden Kraft der Beseitigung des Staatssozialismus. Das zur Erreichung eines sozialistischen Ziels angewandte Mittel, die Aufhebung der Herrschaft des kapitalistischen Privateigentums in einer kommunistisch geführten Zentralverwaltungswirtschaft, hat die Probe der Praxis nicht bestanden. Zugleich war sie die Grundlage vieler Verletzungen der sozialen wie politischen Menschenrechte und wurde mit der Sklavenarbeit von Millionen Menschen in den GULAGs verbunden.

Zweitens: Dem sowjetischen Staatsparteisozialismus lag die Vorstellung zugrunde, durch zentrale Planung der Gesamtheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse und die unmittelbare Unterordnung aller Betriebsorganisationen und »Arbeitskollektive« unter einen Willen die Naturwüchsigkeit und Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu überwinden. Rainer Land spricht in diesem Zusammenhang von einer »*gesamtgesellschaftlich gesteuerten Modernisierung*«: »Tatsächlich wurden die Grundstrukturen einer modernen Gesellschaft nicht beseitigt, sondern einer Meta-Organisation, der Herrschaft der Staatspartei, untergeordnet, deren Macht sich nicht auf den Staat ... beschränkte, sondern alle Funktionssysteme durchdrang. ... Der Kern der Parteiherrschaft war die Fähigkeit, in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme intervenieren zu können.«²⁸

Dieser Anspruch einer gesamtgesellschaftlichen Steuerung, dieser Versuch, den gesellschaftlichen Zusammenhang der Produktionsagenten »als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozess ihrer gemeinsamen Kontrolle«²⁹ zu unterwerfen, war sicherlich sozialistisch. Aber er war mit der Enteignung, Entmachtung und auch mit der realen Bewusstlosigkeit der wirklichen Produzenten gegenüber den zentralen Verwaltungen verbunden und erzeugte eine eigene Art von »Naturwüchsigkeit«, die die scheinbare Allmacht der zentralen Parteigremien konterkarierte und sie völlig ohnmächtig machte, dem eigenen Untergang wirksam entgegen zu steuern. Es ist die Tragik dieses Versuchs totaler Bewusstheit jeder Einzelhandlung, zu einer eigenen staatssozialistischen »Naturwüchsigkeit« geführt zu haben.

Die in der DDR noch 1988 erhobene Forderung nach »blindem Vertrauen« in die Parteiführung war nur der Ausdruck der Verkehrung des Anspruchs auf Bewusstheit in eine Herrschaft, die wissenschaftliche Analyse, demokratische Öffentlichkeit und autonome Interessenartikulation um ihrer Selbsterhaltung willen dauerhaft unterdrücken musste. Die Naturwüchsigkeit des Staatssozialismus brachte hinter dem Rücken selbst der machtvollsten Akteure Krisenzyklen hervor, die letztlich in eine allgemeine Zusammenbruchskrise mündeten.³⁰ Auch in diesem Falle widersprach das gewählte Mittel also dem sozialistischen Ziel.

Fazit

Wer Sozialismus anstrebt, wird, so ist meine feste Meinung, sich von einem Verständnis von Kapitalismus verabschieden müssen, das dessen Veränderung nur durch Revolution und Errichtung eines Staatssozialismus, eines Sozialismus gegründet auf zentralistischem Staatseigentum, für möglich hält. Uwe-Jens Heuer will diese Trennung nicht vollziehen. Sein Marxismus und sein Politikverständnis verbleiben innerhalb des Paradigmas eines Kautskyschen Marxismus. Im Unterschied zu diesem akzeptiert er folgerichtig aber auch die Unvermeidlichkeit der Barbarei eines darauf gegründeten Sozialismus. Eine lebendige marxistische Theorie und Neubegründung emanzipatorischer sozialistischer Politik ist davon ausgehend aber – so mein Fazit – unmöglich. Und sie wird den Opfern des kommunistisch-staatssozialistischen Versuchs nicht gerecht.

30 Vgl. u. a. dazu die folgenden Arbeiten: János Kornai: *Economics of Shortage*. Amsterdam: North Holland 1980; Michael Masuch: *Die sowjetische Entscheidungsweise*. Ein Beitrag zur Theorie des realen Sozialismus. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1981 (33), Heft 4, S. 642-667; Vitali Naijschul: *Bürokratischer Markt*, in: *Nezavissimaja gazeta*, 26.9.1991, S. 5 (russ.); Michael Brie: »Selbstaufhebung« des Realsozialismus, in: Michael Brie, Dieter Klein (Hrsg.): *Zwischen den Zeiten*. Ein Jahrhundert verabschiedet sich, Hamburg: VSA 1992, S. 57-100.

WOLFRAM ADOLPHI

Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung

Zwei neue Bücher
mit »linkem« Antiamerikanismus-Vorwurf

Zu den machtpolitisch plausibelsten, für die Menschen verheerendsten und zugleich absurdesten, weil von Beginn an immer auch selbstzerstörerischen ideologischen Konstruktionen, mit denen nach 1945 in Nachkriegs-Ostdeutschland die Sowjetunion als Besatzungsmacht und »Großer Bruder« wie auch die SED- und DDR-Führung über Jahrzehnte hinweg ihre Macht absicherten, gehörte der Antisowjetismus-Vorwurf. Seine Wirkung bezog er aus mindestens drei – und zwar sehr unterschiedlichen – Faktoren. Der erste – »von oben« durchgesetzt – bestand in der Willkür und Unberechenbarkeit, mit der er von den Herrschenden in Anwendung gebracht wurde. Der zweite – »von oben« und »von unten« sich speisend – war die »revolutionäre Disziplin«, mit der Tausende antifaschistische Widerstandskämpfer in ihrem durch überreichliche persönliche Erfahrung gestützten Bestreben, ein Wiedererstarken des Faschismus unter keinen Umständen zuzulassen, einen solchen willkürlichen Umgang mit dem Antisowjetismus-Vorwurf mittrugen, ihm mit ihrer Autorität zusätzliches Gewicht verliehen und ihn selbst dann noch akzeptierten und erduldeten, wenn er – was ja nicht selten vorkam – gegen sie selbst gerichtet war. Und der dritte dieser Faktoren schließlich – vor allem »von unten« kommend – bestand in der Überzeugung vieler ganz »normaler« Mitläufer des nazi-faschistischen Systems, daß Wiedergutmachung nötig war und im Rahmen dieser Wiedergutmachung nach einem außergewöhnlich grausamen Vernichtungskrieg auch außergewöhnliche Maßnahmen der Disziplinierung ihre Berechtigung hatten und hingenommen werden mußten. Mit aller Schärfe spiegelt der Einsatz des Antisowjetismus-Vorwurfs so die tragische und dramatische Doppelgesichtigkeit der Sowjetunion als Befreierin des deutschen Volkes vom Faschismus auf der einen und als keinen Widerspruch duldende Durchsetzerin eigener Machtinteressen auf der anderen Seite, und mit eben solcher Schärfe spiegelt er auch die Deformierung, ja Selbstzerstörung kommunistischer und antifaschistischer Ideale in einer vom Stalinismus geprägten Partei.

Es ist hier nicht der Platz, dieses Thema in seiner ganzen Komplexität auszuleuchten. Die Literatur dazu füllt viele Regale. Tausendfach ist dokumentiert und beschrieben worden, wie schnell man in der unmittelbaren Nachkriegszeit für »antisowjetische« Bagatelvergehen in Konzentrationslager der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland oder nach Sibirien verbracht werden konnte. Solche drastischen Folgen gab es später in der DDR nicht mehr. Aber bis in die achtziger Jahre hinein blieb der Antisowjetismus-Vorwurf ein erheblicher, und immer gleich blieb die Methode: Gesehenes, Erfahrenes, Erlebtes durfte nicht erzählt,

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler; wissenschaftlicher Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur bei »UTOPIE kreativ«; in der Zeitschrift Veröffentlichungen vorwiegend zur Geschichte und Gegenwart der internationalen Beziehungen und zur Entwicklung der PDS; zuletzt »Kriegsdiktatur« (Heft 151, Mai 2003) und »Verweigertes Gedenken« (In memoriam Hans Voelkner) (Heft 153/154, Juli/August 2003).

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit zwei Sammelbänden auseinander, die nach dem Beginn des Irakkrieges der USA im Jahre 2003 in Deutschland erschienen sind: *erstens* mit: Michael Hahn (Hrsg.): Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange

nicht reflektiert werden, es hatte unterdrückt zu bleiben, weil von Staats und Partei wegen die Rolle der Sowjetunion als Sieger- und Befreiungsmacht im Zweiten Weltkrieg und als Führungsmacht des »sozialistischen Lagers« als etwas all dies Überwölbendes, gleichsam Ewiges und Unantastbares geltend gemacht wurde. Die Warnung vor dem antiemanzipatorischen, anti-aufklärerischen und anti-demokratischen – und damit für alle sozialistischen und kommunistischen Ziele und Vorhaben selbstzerstörerischen – Wesen dieser Politik wurde auch für nicht wenige Antifaschisten und Kommunisten zum Verhängnis.

Vergleichsverzicht, Definitionswirrwarr, Gesinnungsprüfung

Warum dieser Exkurs am Beginn eines Aufsatzes, in dem es doch eigentlich um den Antiamerikanismus-Vorwurf gehen soll? Und zwar am Beispiel zweier Bücher, die im Jahre 2003 als Antwort auf die Absage der Bundesregierung an eine Teilnahme am Irak-Krieg der USA und auf die Anti-Kriegs-Demonstrationen in Deutschland in sich »links« verordnenden Verlagen erschienen sind und in der großen Mehrheit der in ihnen versammelten Beiträge die Erhebung und ausführliche Ausmalung dieses Vorwurfs samt scharfer Diskreditierung derjenigen, die sie mit ihm bedenken, zum Gegenstand haben – nämlich *Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte* aus dem Konkret Literatur Verlag und *Amerika. Der »War on Terror« und der Aufstand der Alten Welt* von *ça ira*?¹ Weil es erstaunlich ist, daß in den insgesamt – unter Hinzurechnung der beiden Einleitungen – 25 Texten dieser beiden Bände niemand den doch eigentlich naheliegenden Vergleich zwischen dem Antiamerikanismus-Vorwurf von heute und dem Antisowjetismus-Vorwurf von gestern überhaupt nur in Erwägung zieht.

Woran liegt das? Ganz gewiß auch daran, daß die Herausgeber – bei *Nichts gegen Amerika* zeichnet Michael Hahn als solcher verantwortlich, bei *Amerika* sind es Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken und Andrea Woeldike – es vorgezogen haben, bei der Suche nach Autorinnen und Autoren nur die ihnen gewohnten, im Westen liegenden Gefilde abzugrasen und auf eine wissenschaftlich fundierte »Ostsicht« auf die Dinge zu verzichten.² Das ist ein weiteres Indiz für die leider auch bei der westdeutschen Linken in all ihren Schattierungen noch immer häufig anzutreffende Unfähigkeit, zu begreifen, daß mit dem Zusammenbruch der DDR auch die alte Bundesrepublik Deutschland von der Bildfläche verschwunden ist und es darum bei der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse im nunmehr entstandenen neuen Deutschland nicht ausreicht, einfach nur die Erfahrungen und Sichten der einen – westlichen – Seite fortzuschreiben und auf ganz Deutschland auszudehnen, sondern daß – will man ein zeitgemäßes Gesamtbild gewinnen – auch die östlichen Erfahrungen und Sichten hineingenommen werden müssen. Was selbstverständlich einschließt, die Lern- und Aufarbeitungsprozesse der Ex-DDR-Linken nicht einfach nur als Ritual von Leuten aus einer fremden Welt abzutun, sondern als Teil gemeinsamer deutscher Geschichte zu begreifen.

Ist man bereit zu einem solchen Herangehen, ergeben sich zwangsläufig ganz andere Fragestellungen und Bewertungen als die, die in den beiden hier vorliegenden Bänden angeboten werden. Natürlich geht es – ist es wirklich notwendig, das zu betonen? – bei dem von mir eingeforderten *Vergleich* zwischen Antisowjetismus-Vorwurf auf der einen und

Geschichte, Konkret Literatur Verlag Hamburg 2003, 176 S. (15 €); und *zweitens* mit: Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken, Andrea Woeldike (Hrsg.): *Amerika. Der »War on Terror« und der Aufstand der Alten Welt*, *ça ira* Verlag Freiburg i. Br. 2003, 318 S. (17,50 €).

Wenn etwa in den sechziger oder siebziger Jahren ein DDR-Student von einer Studentenbrigade in der Sowjetunion zurückkehrte und über schlampige Arbeitsorganisation, Materialverschwendung oder unerträgliche sanitäre Verhältnisse berichtete, hatte er beste Chancen, wegen Antisowjetismus zur Verantwortung gezogen zu werden, und befand sich damit in engster Nachbarschaft zu Frauen, die – ohnehin schon nur im kleinsten Kreise – von Vergewaltigungen in den ersten Friedenswochen zu erzählen wagten, oder von Heimkehrern, die, nachdem sie einst aus Solidarität in die Sowjetunion gegangen oder in der Not politischer Verfolgung dort Schutz gesucht hatten, in Sibirien oder Kasachstan Lagerhaft erleiden mußten und nun die ihnen auferlegte Schweigepflicht brachen, oder vielleicht auch einfach nur von Leuten, die einen »ungebührlischen« Witz gerissen hatten. »Natürlich« war auch Kritik an der Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 antisowjetisch und »natürlich« auch eine Verurteilung der Invasion in Afghanistan 1978. Es paßte buchstäblich alles und jedes hinein in das Antisowjetismus-Verdikt, das Spektrum der »Tatbestände« war weit und unberechenbar, und weit und unberechenbar auch

dehnte sich die Skala der Ahndungsinstrumente.

1 Die genauen Literaturangaben siehe oben.

2 Die Tatsache, daß mit Ivo Bozic in *Nichts gegen Amerika* ein ostdeutscher Autor vertreten ist, ändert an dieser Bewertung nichts. Ivo Bozic ist Jg. 1968, sein DDR-Hintergrund dementsprechend schmal, und sein Text – es wird darauf weiter unten bei dessen Besprechung noch einmal eingegangen werden – besteht aus dieser und jener journalistischer Beobachtung, nicht aber aus ernsthafter wissenschaftlicher Analyse.

3 Michael Brie: Das Gespenst des Antiamerikanismus – Nebelwand der amerikanischen Herrschaftsideologie, in: UTOPIE kreativ, Heft 138 (April 2002), S. 301. – Vgl. auch: Michael Brie: Wer über Antiamerikanismus redet und über Amerikanismus schweigt, heuchelt. 10 Thesen für eine Podiumsdiskussion am Ost-West-Kolleg, Brühl, 13. März 2003, www.rosalux.de/Aktuell/wtext/03kw12.htm. – Eine Arbeit des (westdeutschen) Friedensaktivisten Horst-Eberhard Richter aus dem Jahre 1986 unter dem Titel *Amerikanismus, Antiamerikanismus – oder was sonst?*, erschienen in *Psyche* Nr. 7/1986, S. 583-599, wird in *Nichts gegen Amerika* von Michael Hahn in einem Beitrag *Tägliche Faschismus-Vergleiche. Antiamerikanismus in der Neuen Linken der BRD* herabmindernd und ohne die Bedeutung des Amerikanismus-Begriffs erkennend erwähnt.

4 Frank Illing, Jg. 1965, ist laut kurzer biographischer Notiz Soziologiedozent und

Antiamerikanismus-Vorwurf auf der anderen Seite tatsächlich um einen *Vergleich* und nicht um eine *Gleichsetzung*, und bei einem solchen *Vergleich* ist selbstverständlich sofort geltend zu machen, daß, wer in Deutschland heute des Antiamerikanismus geziehen wird, keineswegs mit Deportation oder Gefängnisstrafen zu rechnen hat, wie das im Falle des Antisowjetismus-Vorwurfs in der DDR lange der Fall war. Aber geistige Enge und Selbstbeschränkung werden dazu führen, es bei dieser einen Ebene der Beurteilung bewenden zu lassen! Das Problem ist doch viel komplexer – und offenbart bei gründlicherer Befassung eben sehr rasch, daß es nicht nur randständige, sondern zentrale, wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Vorwürfen gibt.

Zum Beispiel die, daß sowohl der Antisowjetismus-Vorwurf als auch der Antiamerikanismus-Vorwurf ihre Wirkung entscheidend daraus beziehen, daß von denen, die ihn zur Anwendung bringen, ganz bewußt nicht beschrieben wird, worauf das »Anti« denn eigentlich gerichtet ist. Der Begriff »Sowjetismus« existierte praktisch nicht – so wie auch der Begriff »Amerikanismus« von den Bekämpfern des »Antiamerikanismus« tunlichst umgangen wird. Der zu den bekanntesten ostdeutschen Gesellschaftsanalitikern der Generation der um die 50jährigen zählende Philosoph Michael Brie hat auf diesen Zusammenhang im Frühjahr 2002 bereits einmal sehr deutlich hingewiesen (ohne freilich von den Autorinnen und Autoren von *Nichts gegen Amerika* und *Amerika* mit Ausnahme von Ivo Bozic überhaupt zur Kenntnis genommen worden zu sein). Indem man ständig über Antiamerikanismus spreche, könne man – so Brie – »über den herrschenden Amerikanismus schweigen und ihn genau dadurch stillschweigend durchsetzen«. Und weiter: »Das Wesentliche« werde »gegen Analyse wie Kritik immun, indem es unsichtbar gemacht« werde. »Jeder Versuch, hinter den Nebelvorhang vorzudringen«, werde »als Tabubruch, als Antiamerikanismus denunziert«. Das heißt: »Die Vorsilbe ›Anti‹ lenkt weg von dem, worüber man eigentlich Auskunft haben müßte, um den Inhalt des Antiamerikanismus bestimmen zu können – nämlich den Amerikanismus.«³

Die Parallelen sind unübersehbar: Beim Sowjetismus wie beim Amerikanismus handelte bzw. handelt es sich um Politikströmungen mit der Funktion der Durchsetzung imperialen Vormacht- und Führungsanspruchs. Aber indem diese an sich klaren Begriffe vermieden und dadurch fast aus dem Bewußtsein getilgt wurden und werden, wird das »Anti« von ihnen losgelöst, und so erscheinen »Antisowjetismus« oder »Antiamerikanismus« plötzlich in ganz anderen Bedeutungen. Nicht gegen den Amerikanismus sehen die Autorinnen und Autoren, die in *Nichts gegen Amerika* und *Amerika* den Antiamerikanismus-Vorwurf erheben, den Antiamerikanismus gerichtet, sondern gegen »Amerika« – womit sie die USA meinen –, gegen »die Amerikaner«, gegen »alles Amerikanische«. Hatten wir – siehe oben! – alles schon: Als Antisowjetismus galt *jede* Kritik an der Sowjetunion, an »den Russen«, an »allem Sowjetischen«.

Zwei Autoren in *Nichts gegen Amerika* akzeptieren den Amerikanismus-Begriff und setzen sich mit ihm auseinander: Frank Illing in seinem Aufsatz *Paranoia, Projektion, Personifizierung. Zu einigen vorschnellen Gleichsetzungen von europäischem Antisemitismus und Antiamerikanismus*⁴ und Leonard Zeskind in einem Beitrag, der mit *Noam Chomsky und die Dixie Chicks. Zwei Seiten des Amerikanismus und des Antiamerikanismus in den USA* überschrieben ist.⁵ Prompt heben sich diese bei-

den Texte an Gründlichkeit und Ernsthaftigkeit auch wohltuend von den anderen Beiträgen ab.

Bei den anderen entstehen in der Folge des Verzichts darauf, den Begriff des Antiamerikanismus an den des Amerikanismus zu binden, abenteuerliche Definitionsversuche. Herausgeber Michael Hahn, der zu seinem Band *Nichts gegen Amerika* nicht nur die Einleitung verfaßte, sondern auch gleich noch drei weitere Aufsätze beisteuerte,⁶ die Texte von Illing und Zeskind aber offensichtlich gar nicht richtig zur Kenntnis genommen hat, »behilft« sich – nachdem er ohne ein erkennbares Konzept alle möglichen Äußerungen aus Politik und Wissenschaft zum Stichwort »Antiamerikanismus« aneinandergereiht und zum Teil verworfen, zum Teil mit Zustimmung bedacht hat, – »für die Zwecke dieser Untersuchung von linken Spielarten des Antiamerikanismus (...) mit der folgenden Arbeitshypothese«: »Linker Antiamerikanismus will einen bestimmten Nationalstaat (die USA) für das Elend verantwortlich machen, das der Kapitalismus als gesamtgesellschaftliches – und weltweites – Verhältnis anrichtet. Begünstigt wird dies durch ein »antiimperialistisches« Weltbild, das die Welt vereinfachend in »gut« und »böse« aufteilt. Dabei werden die kritisierten Mängel durch kulturalistische Zuschreibungen mit dem »Wesen«, dem »nationalen Charakter« der USA erklärt (>typisch amerikanisch!«, >American way of life«). Gleichzeitig werden die Zustände im eigenen Land ignoriert, relativiert oder gar beschönigt« (*Nichts gegen Amerika*, S. 18/19).

Eine solche Mischung aus Beobachtungen, Vermutungen und Unterstellungen klärt – man muß es deutlich sagen – nicht auf, sondern vernebelt und verunklart. Christian Stock kommt im gleichen Band nicht viel weiter, wenn er aus dem von ihm als »Standardwerk« bezeichneten Band »Feindbild Amerika« von Dan Diner folgende Argumentation herausarbeitet: Antiamerikanismus trete »nicht als geschlossene und sich auf den ersten Blick als solche zu erkennen gebende Weltanschauung auf«, er könne darum nur »anhand von gegen Amerika in Stellung gebrachten Bildern, Emblemen und Metaphern« »entschlüsselt« werden, und immer habe man zu bedenken, daß »die dem antiamerikanischen Ressentiment entweichenden Zuschreibungen« als »Teil eines überaus zwiespältigen Wahrnehmungsgefüges« verstanden werden müßten, »in dem sich tatsächliche Vorkommnisse und andere Realien mit projektiven Anteilen zu einem undurchsichtigen Geflecht eines negativen Amerikabildes verdichten« (*Nichts gegen Amerika*, S. 81).⁷ Wahrlich: Das hätte der Verfasser einer auf die Bewahrung der »reinen Lehre« gerichteten »Handreichung zum Erkennen und Entschlüsseln von Antisowjetismus« nicht trefflicher formulieren können!

Angeichts des Wabernden, Unklaren in diesen Definitionsversuchen ist es Herausgeber Hahn wohl selbst ein wenig ungemütlich geworden, wenn er erklärt, daß sein Buch keine »Checkliste« liefern könne, anhand derer »sich einwandfrei festlegen ließe, ob ein bestimmter Text oder ein bestimmtes Plakat antiamerikanisch ist oder nicht«, und daß man daher für eine Beurteilung des »Antiamerikanismus«-Gehalts einer Äußerung »immer den jeweiligen Kontext beachten« müsse: »Wer spricht? An wen richtet sich die Aussage? Welche Assoziationen werden hervorgehoben? Warum?« (*Nichts gegen Amerika*, S. 19). Und auch eine »Kritikberechtigung« räumt er ein mit den Worten, daß die Frage nicht sei, »ob Linke die militarisierte Außenpolitik, den Arbeitszwang für Sozial-

Redakteur von Radio Dreyeckland in Freiburg i. Br. sowie »gelegentlicher »Konkret«-Autor« und Autor von »Veröffentlichungen v. a. zur tschechischen Avantgarde«. – Ausführlicheres zu seinem Beitrag siehe weiter unten im vorliegenden Aufsatz.

5 Leonard Zeskind, Jg. 1949, leitet laut kurzer biographischer Notiz das Institute for Research & Education on Human Rights in Kansas City, Missouri, und veröffentlicht u. a. in *The Nation*, *Rolling Stone*, *New York Times* und *Los Angeles Times*. Weiter heißt es: »Langjährige Tätigkeit am Auto-Fließband, in der Stahlindustrie und in der Antifa-Recherche.« Derzeit schreibe er ein Buch über weißen Nationalismus in den USA.

6 Die Beiträge von Michael Hahn in *Nichts gegen Amerika* haben folgende Überschriften: *Einleitung. Notwendige Verunsicherung; Vom Keulenschlag zum Schulterklopfen. Einige Erklärungen und Verklärungen von Antiamerikanismus in der Linken* (das ist Text 2 in diesem Band); *Tägliche Faschismus-Vergleiche. Antiamerikanismus in der Neuen Linken der BRD* (das ist Text 3); *Das Verhältnis beachten. Einige Elemente für eine nicht-antiamerikanische Kritik an den USA* (das ist Text 11 und damit der Schlußtext des Bandes). Die biographische Kurznotiz im Buch weist Hahn, Jg. 1961, als in Tübingen tätigen Journalisten mit einem M.A. der Howard University in Washington sowie als Autor bei *Konkret*, *Jungle World* und *Analyse und Kritik* aus.

7 Der Beitrag von Christian Stock trägt die Überschrift

Profite um jeden Preis. Die globalisierungskritische Bewegung und die USA. In der biographischen Kurznotiz ist Stock, Jg. 1964, in Freiburg i. Br. lebend, als »Redakteur bei der internationalistischen Zeitschrift ›iz3w« und »seit 22 Jahren in verschiedenen sozialen Bewegungen aktiv« benannt.

8 Peter Nowak: Alle gegen Amerika. Antiamerikanismus. Zwei Reader über das Verhältnis der deutschen Linken zu den USA, in: Freitag, Berlin, Nr. 23 v. 28. Mai 2004, S. 15.

9 Der Kritik an Rainer Rilling durch Hahn sei hier noch ein Satz mehr gewidmet. »Auch Rainer Rilling von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung« setze – schreibt Hahn – »Globalisierung« mit »Amerikanismus« gleich« (da immerhin taucht der Begriff des Amerikanismus, wenngleich unreflektiert und nicht untersucht, bei ihm einmal auf), und er zitiert zum Beweis dessen aus einem Aufsatz, den Rilling unter der Überschrift »Verirrt im Amerika-Diskurs?« in UTOPIE kreativ, Heft 136 (Februar 2002, S. 101-106) veröffentlicht hat. Allerdings beweist das Zitat nicht tatsächlich jene Globalisierung-Amerikanismus-Gleichsetzung, die Hahn bei Rilling erkennen zu müssen glaubt, sondern vielmehr, wie oberflächlich Hahn offensichtlich zu lesen pflegt. »Der fundierte ›linke Anti-Amerikanismus« – schreibt Rilling, und er wird von Hahn absolut korrekt zitiert – »zielt auf die Abschaffung der Machtakteure einer globalen kapitalistischen Hegemoniestruktur (›Empire-) und wendet sich gegen eine Globalisierung, die nichts als eine Planetarisierung des Blicks amerika-

hilfebezieher oder die Todesstrafe in den USA kritisieren wollen, sondern wie«, und daß man »begründete Kritik« sorgfältig trennen müsse »vom bloßen antiamerikanischen Ressentiment« (S. 12).

Was aber sind die Maßstäbe dafür, daß das eine »begründete Kritik« ist und das andere nicht? Da muß man schon sehr viel deutlicher werden, als Hahn dies tut, und die Dinge an Realitäten und Fakten binden, sonst verfängt man sich schnell in Methoden der beckmesserischen Gesinnungsprüfung, wie sie Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre in den USA Leute wie Joseph McCarthy anwandten, um gegen Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Thomas Mann und viele andere mit dem Vorwurf des »unamerikanischen Verhaltens« zu Felde zu ziehen. Und Hahn selbst hat ja im Herbst 2002 schon ein im wahrsten Sinne des Wortes schlagendes Beispiel dafür geliefert, wie schnell man bei einem solchen Herangehen der offensichtlich allzu süßen Verlockung zum »Entschlüsseln« des »Einzelfalls« erliegen kann. Er nämlich war es, der – Peter Nowak hat es in einer kürzlich erschienenen und insgesamt erschreckend affirmativen Besprechung von *Nichts gegen Amerika* und *Amerika* in der Wochenzeitung *Freitag* geradezu genüßlich ausgebreitet – »kurz vor den letzten Bundestagswahlen (...) – damals noch als Lokalreporter des *Schwäbischen Tagblattes* – eine Wahlkampfredede der Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, in der sie US-Präsident Bush indirekt mit Hitler verglich, öffentlich machte,« was zur Folge hatte, daß, »als sich die US-Medien des Themas angenommen hatten, (...) die Ministerin nicht mehr zu halten« war.⁸ In *Nichts gegen Amerika* geht er nur scheinbar sanfter zu Werke. Hart jedenfalls nimmt er sich im Text *Vom Keulenschlag zum Schulterklopfen* alle diejenigen vor, die er bei einer Infragestellung der ganzen »Antiamerikanismus«-Konstruktion »ertappt« hat: Micha Brumlik, Rudolf Walther, Reinhart Kößler, Henning Melber, Till Bastian, Ute Scheub, Frank Unger, Robert Misik, Rainer Rilling (S. 20-23).⁹

Ausblendung des Faktischen, Verzicht auf Problemhierarchien

Der Definitionswirrwarr geht einher mit einem ebenfalls für beide Bücher typischen Mangel an einem Grundgerüst der Kategorien und Problemhierarchien und mit einer weitgehenden Ausblendung des Faktischen.

Gegenstand der Betrachtung sind vor allem Deutungen, Ansichten, Meinungen. Hahn sagt es im Falle von *Nichts gegen Amerika* ganz direkt: »Dies ist also kein Buch über die USA (Hervorhebung i. O.), sondern eines über ihre linken Gegner« (S. 8). Mal ganz davon abgesehen, daß hier also stillschweigend die komplette Gleichsetzung von »Gegnern der USA« mit »Antiamerikanisten« vollzogen wird: Wie geht das zusammen mit der hier schon zitierten Hahn-Forderung nach Beachtung des »jeweiligen Kontexts«? Wie ist der zu finden ohne einen Bezug zum Faktischen, zur konkreten Politik und ihren konkreten Folgen?

Christa Wolf hat in den siebziger Jahren mit ihrem Roman »Kindheitsmuster« in der DDR so starkes Aufsehen erregt und so große Unruhe gestiftet, weil sie Autobiographisches aus dem »unpolitischen« Alltagslebens zur Zeit der Herrschaft des deutschen Faschismus geltend gemacht hat, das nicht in die ideologisierte Darstellung dessen, wie das Leben aus »offizieller« Sicht »politisch korrekt« zu sein hatte, paßte. Ich muß an diesen Roman denken, wenn ich lese, wie Ivo Bozic in *Nichts gegen Amerika* unter *Der ferne Westen. Ostdeutsche Heimatliebe und Antiamerikanismus in der PDS* zwar manche stimmige Beobachtung ab-

liefert, sich insgesamt aber bei völliger Außerachtlassung der konkreten USA-Politik genau dorthin schreibt, wo er am Ende sein will: bei einem Rundumschlag gegen alles, was er als »Antiamerikanismus« sieht.¹⁰ Man *kann* das so machen, freilich. Man *kann*, wenn man wie Bozic davon schreibt, daß der Vietnamkrieg »in der DDR« als »Beweis für den barbarischen Zustand der westlichen Welt« galt, völlig ausblenden, daß dies auch von vielen anderen Menschen in der Welt so gesehen und beurteilt wurde; man *kann* dann auch, wie Bozic es tut, feststellen, daß in der DDR »im Verlauf des Kalten Krieges (...) die Ablehnung der USA (wuchs)«, ohne auch nur einen einzigen Satz darauf zu verwenden, daß die USA ihrerseits als einer der beiden Hauptakteure eben jenes Kalten Krieges agierten und als solcher außer der Tatsache, daß sie in Vietnam – und auch in anderen Teilen der Welt – Krieg führten und gegen Kuba eine Blockade verhängt hatten, die DDR gerade nicht als einen ihrer Freunde betrachteten und behandelten, was sich unter anderem darin ausdrückte, daß sie eine entscheidende Rolle bei der 25 Jahre andauernden völkerrechtlichen Nicht-Anerkennung der DDR und bei der Durchsetzung der Cocom-Boykott-Listen spielten; und man *kann* dann natürlich auch unmittelbar zu der durch nichts zu beweisenden These überleiten, daß »kaum ein prominentes Mitglied der PDS seine damalige Unterstützung für die sowjetische Invasion« in Afghanistan »zurückgenommen« habe (dies alles auf S. 68) – zur Aufklärung darüber, was Antiamerikanismus tatsächlich ist, wo und warum er tatsächlich zu bekämpfen wäre, trägt dies alles nicht bei. Es ist bei einem solchen Herangehen dann auch kein Wunder, daß die Überlegungen von Michael Brie über das Verhältnis von Antiamerikanismus und Amerikanismus von Bozic kurzerhand als »simpler rhetorischer Trick« abgetan werden (S. 75-76).

Hätte Bozic sein Thema nicht einfach nur propagandistisch »durchgezogen«, hätte er entdecken können, was es in der kommunistischen Bewegung und in der DDR *tatsächlich* an Antiamerikanischem im Sinne von »Gegen-die-USA-Gerichtetem« gab: nämlich die Ablehnung von Denkweisen, Baustilen, Musikrichtungen, Modeströmungen nicht aus dem tatsächlichen Inhalt dieser Denkweisen, Baustile, Musikrichtungen und Modeströmungen heraus, sondern einfach deshalb, weil sie eben »amerikanisch« waren, das heißt: aus den USA stammten. Wir haben es hier in der Tat mit einer zweiten Spielart des Antiamerikanismus zu tun: einer, die nicht mit realem Amerikanismus in Verbindung gebracht werden kann, sondern bestenfalls mit einem angenommenen, in den Köpfen konstruierten, von Klischees geprägten und vorbestimmten. Einen Versuch, diese Spielart des Antiamerikanismus im Denken und Handeln führender SED-Funktionäre knapp und gedrängt ins Gedächtnis zurückzurufen, hat der Historiker und *UTOPIE-kreativ*-Redakteur Jörn Schütrumpf Anfang 2002 einmal unternommen.¹¹ Manche der dort getroffenen *Beobachtungen* ähneln denen, die Bozic anbietet – die Methode der *Bewertung* und *historischen Einordnung* jedoch ist eine ganz andere. Im Gegensatz zu Bozic, der mit einer starren Gesellschaftsbeachtung die Vorstellung von einer »ewigen Unbelehrbarkeit« der Leute im Osten glaubhaft zu machen versucht, weist Schütrumpf nach, wie diesem stalinistischen Antiamerikanismus im Laufe der Jahre durch das Leben selbst der Boden entzogen worden ist. Dieses historisch-materiale Herangehen ermöglicht es Schütrumpf dann auch, eine klare Grenze zu ziehen zwischen dem, was ein tatsächlich zu bekämpfender,

nischer Eliten ist.« Gegen eine *ganz bestimmte Art der Globalisierung* sieht Rilling diesen Anti-Amerikanismus gerichtet – eben die, »die nichts als eine Planetarisierung des Blicks amerikanischer Eliten ist« – und nicht, wie Hahn meint, gegen die Globalisierung überhaupt.

10 Zu Ivo Bozic sagt die biographische Kurznotiz in *Nichts gegen Amerika*, daß er Mitherausgeber und Autor der Wochenzeitung *Jungle World* ist und früher Redakteur bei den Tageszeitungen *Neues Deutschland* und *Junge Welt* sowie persönlicher Referent der PDS-Abgeordneten Angela Marquardt war. Sein politischer Standort ist mit »immer parteilos« und »in der undogmatischen Linken verkehrend« angegeben.

11 Gemeint ist der VorSatz zu *UTOPIE kreativ*, Heft 135, Januar 2002.

12 »Die heute gepflegten Antiamerikanismusvorwürfe«, schreibt Schütrumpf an der genannten Stelle, »meinen nicht im Ernst Antiamerikanismus, sie meinen selbst zahmste Kritik an US-amerikanischer Außenpolitik. Letzten Endes unterscheiden sich diese Anwürfe im Niveau nicht vom einstigen Antiamerikanismus, war er nun links, rechts oder syntheisiert.«

13 Es sei mir gestattet, die letzten Sätze des genannten Artikels, geschrieben im Oktober 2001, zu zitieren: »Warum ich dies alles in Erinnerung rufe? Weil ich die Ereignisse des 11. September über alles kurzfristige Alltagsdenken hinweg wirklich als Zäsur sehe und tiefer begreifen will. Als Zäsur auch im eigenen Denken und Weltgefühl. Und zu dieser Zäsur gehört für mich an ganz vorrangiger Stelle eine Prüfung meines USA-Bildes. Diese Prüfung läßt mich nicht schwankend werden in meiner Ablehnung des Krieges, den die USA jetzt in Afghanistan führen, und in meiner Ablehnung des Krieges als Mittel des Kampfes gegen den Terrorismus überhaupt. Im Gegenteil: Sie bestärkt mich in dieser Haltung. Aber ich will dem geschlossenen Visier der Kriegsführer nicht meinerseits mit geschlossenem Visier begegnen. Ich will heraus aus Denk-Sackgassen und nicht tiefer hinein. Und fühle mich darin bestärkt, weil Bewegung auch an vieler anderer Stelle ist.«
Wolfram Adolphi: Darf ein Linker die USA verstehen?, in: *Disput*, Berlin, Nr. 11/2001, S. 16-17.

weil die Hirne vernebelnder Antiamerikanismus ist – eben eine Sichtweise, die bestimmte Dinge und Zusammenhänge nicht um ihrer selbst willen, sondern ihres Amerikanischen wegen verurteilt – und dem, was heute alles in den Begriff Antiamerikanismus hineininterpretiert wird.¹²

Es ist an dieser Stelle ein persönlicher Einschub notwendig, weil Bozic einen von mir im Oktober 2001 verfaßten Artikel ausdrücklich positiv erwähnt. Mein Beitrag unter der Überschrift *Darf ein Linker die USA verstehen?*, geschrieben für die PDS-Mitgliederzeitschrift *Disput*, sei, so Bozic, »eine nachdenkliche Betrachtung zu Antiamerikanismus« gewesen (*Nichts gegen Amerika*, S. 76). Da ist insofern ein nicht geringes Unbehagen anzumelden, als in diesem Beitrag weder von Amerikanismus noch von Antiamerikanismus die Rede ist, sondern lediglich von der verschiedene Etappen durchlaufenden Herausbildung meines auch heute vor allem durch Widersprüche geprägten ganz persönlichen USA-Bildes – und zwar ausdrücklich und bewußt fern aller »Ismen« und mit der Absicht, dem ja eben keineswegs etwa nur »SED-typischen«, sondern allgegenwärtigen und immer wieder neu auflebenden Denken in Klischees und Vorurteilen insgesamt etwas entgegenzusetzen.¹³

Das Problem des Fehlens von Problemhierarchien tritt in *Nichts gegen Amerika* besonders deutlich bei Christian Stock und Michael Hahn hervor. Es ist ja zunächst einmal völlig richtig, wenn beide Autoren auf die Gefahren aufmerksam machen, die sich ergeben, wenn Kritik am US-Kapitalismus auf eine solche Weise betrieben wird, daß damit zugleich Kritik am jeweils »eigenen«, »nationalen« Kapitalismus ausgeblendet wird. Auch die bedenkliche Nähe solcher Haltungen zu von rechts kommandem Antiamerikanismus ist richtig herausgestellt.

Andererseits jedoch ist mit solchen Appellen und Warnungen das Problem der besonderen Rolle der USA und des realen Amerikanismus nicht nur nicht erfaßt, sondern geradezu verdrängt. Es ist nun einmal so, daß es die USA waren, die nach dem Zusammenbruch ihres Hauptgegners Sowjetunion die Welt gar nicht erst zu Atem kommen ließen, sondern zum Krieg gegen den Irak bliesen – und zwar eben genau gegen jenen Irak, den sie im Jahrzehnt zuvor als Gegner zum Iran bezahlt und aufgerüstet hatten. Und es ist nun einmal so, daß die USA unter größter Mißachtung der UNO und aller anderen zur Mäßigung mahnenden Stimmen nach dem 11. September 2001 den »Krieg gegen den Terror« ausriefen und erst gegen Afghanistan und dann erneut gegen den Irak zu Felde zogen, und wer da meint, es sei wegen der Anschläge vom 11. September dies das gute Recht einer im Herzen verletzten Nation gewesen, der muß daran erinnert werden, daß es eine Aufklärung der Verbrechen des 11. September – und damit eine Benennung der tatsächlichen und unzweifelhaft Schuldigen – bis heute nicht gegeben hat und der Krieg gegen den Irak mit der falschen Anschuldigung des Besitzes von Massenvernichtungswaffen begründet worden ist. Und so muß man sich eben doch fragen, was Christian Stock im Sinne hat, wenn er angesichts dieser so unübersehbar von den USA ausgehenden Bedrohungen der globalisierungskritischen Bewegung vorwirft, eine »personalisierende und verdinglichende«, »vor allem auf US-amerikanische Politik(er)« zielende Globalisierungskritik zu betreiben, und es nimmt geradezu denunziatorische Formen an, wenn er dieser Bewegung dann auch gleich noch ein »über die Maßen vereinfachendes Weltbild« unterstellt, »welches die Staatenwelt in ›Böse‹ und ›Gute‹ unterscheiden« wolle

und mit dem sie »das berechtigte Anliegen radikaler Herrschaftskritik in Kumpanei mit den reaktionären Gegnern der USA« verkehre (*Nichts gegen Amerika*, S. 94).

Warum diese Scheu davor – oder ist es Unfähigkeit? –, eine Hauptgefahr für den Frieden und für ein grundlegendes Umsteuern in Richtung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit auch als solche zu benennen und im Kampf gegen diese Hauptgefahr Verbündete zu suchen? Warum das Bestreben, diese Suche nach Verbündeten immer gleich dadurch zu denunzieren, daß unter diesen Verbündeten auch falsche sein können? Ja, so vielfältig und kompliziert ist die Welt nun einmal, und so schwierig ist die Suche nach Verbündeten, aber diese Suche ist trotz alledem, will man der erkannten Hauptgefahr etwas entgegensetzen, unabdingbar – und wem nun ist angesichts dessen eigentlich ein »über die Maßen vereinfachendes Weltbild« vorzuwerfen? Den Globalisierungskritikern – oder nicht doch eher Leuten wie Stock?

Hier zeigen sich im übrigen erneut auch die bedenklichen Konsequenzen des selbstverordneten Vergleichsverzichts. Es muß selbstverständlich die Frage gestattet sein, wie jemals eine Anti-Hitler-Koalition hätte zustande kommen können, wenn die Linken der westlichen Welt seinerzeit nach dem von Michael Hahn ausgegebenen Leitsatz »Linke Kritik muß weiterhin zuallererst die *eigenen* (Hervorhebung i. O.) Verhältnisse angreifen, in denen Menschen erniedrigte, geknechtete, beleidigte, verlassene und verächtliche Wesen sind« (*Nichts gegen Amerika*, S. 161), gehandelt hätten? Die Linken mußten damals erkennen – und erkannten, und zwar schon lange vor dem Überfall Deutschlands auf Polen –, daß sich unter den vielen Bedrohungen und Gefährdungen, die der Kapitalismus alltäglich und weltweit hervorbrachte, in Deutschland einige mit ganz besonders drastischen Wirkungen herauskristallisierten – und gegen diese ganz besonderen, über allen anderen stehenden Bedrohungen und Gefährdungen richteten sie ihren Kampf, wobei sie Bündnisse nicht nur mit den *eigenen* Herrschenden eingingen, sondern auch – und sogar im Einklang mit den Ersteren – mit der Sowjetunion.

Natürlich wäre es fatal, einen solchen Rückblick mit der Absicht zu betreiben, im heutigen Deutschland die Notwendigkeit des Kampfes gegen deutsche Ausbeutungsverhältnisse und gegen deutschen Nationalismus und Rechtsextremismus zu negieren oder auch nur geringzuschätzen. Es ist die komplizierte Gleichzeitigkeit dieser Auseinandersetzung mit derjenigen mit der USA-Politik, die von der Linken bewältigt werden muß – und in der Gleichzeitigkeit die Existenz von Problemhierarchien. Einfacher geht es nicht.

Haltlose Gleichsetzung von Antiamerikanismus und Antisemitismus

Zu den stärker differenzierenden, nachdenklicheren und auch einmal die USA-Realität kritisch beschreibenden Beiträgen in *Nichts gegen Amerika* zählt – wie bereits weiter oben angedeutet – der von Frank Illing unter dem Titel *Paranoia, Projektion, Personifizierung. Zu einigen vorschnellen Gleichsetzungen von europäischem Antisemitismus und Antiamerikanismus*. Gegen die – mit Verlaub: geradezu abstruse! – These von Dan Diner, wonach es sich beim Antiamerikanismus um eine »Stufe in der über den Antisemitismus hinausgehenden Verweltlichung der Judenfeindschaft« handele (S. 95),¹⁴ setzt Illing die Überlegung, daß »der moderne Antisemitismus (...) nicht zu trennen« sei »von der aus ihm

14 Illing zitiert Dan Diner: *Feinbild Amerika*, München 2002, S. 33 f.

15 »In der Existenz dieser ›amerikanistischen‹ Ideologie liegt ein weiterer Unterschied zum Antisemitismus. Die Ablehnung des ›typisch Amerikanischen‹ kann sich auf ein reales Pendant beziehen, wenn in Amerika selbst verkündet wird, was ›amerikanisch‹ und was ›anti-‹ oder ›un-amerikanisch‹ sein soll. Charakteristisch für den ›Amerikanismus‹ ist die Identifizierung von Kapitalismus, Individualismus und parlamentarischer Demokratie (unter Ausschuß anderer Demokratievorstellungen) und deren Propagierung als Vorbild für andere Länder. (...) Die christlich-missionarische und nicht selten manichäische Rhetorik (›Reich des Bösen‹, ›Achse des Bösen‹) wird zur Legitimation bemüht, selbst wenn von ihr nicht unbedingt auf die tatsächliche Politik geschlossen werden kann. Diese Ideologie ist in Äußerungen amerikanischer Politiker über ihre politischen Vorstellungen stets präsent.«
 Frank Illing: Paranoia, Projektion, Personifizierung. Zu einigen vorschnellen Gleichsetzungen von europäischem Antisemitismus und Antiamerikanismus, in: Nichts gegen Amerika, S. 101-102.

16 Gerhard Scheit: Monster und Köter, großer und kleiner Teufel. Thesen zum Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus, in: Amerika. Der »War on Terror« und der Aufstand der Alten Welt, S. 75-99.

folgenden Massenvernichtung und einer jahrhundertelangen Praxis der Ausgrenzung, Verfolgung, Entrechtung von Jüdinnen und Juden«, der Antiamerikanismus hingegen immer »ein Diskurs« geblieben sei, »der nie vergleichbare Auswirkungen auf amerikanische Bürger gehabt hat«. »Ohne die Beachtung dieses Unterschieds«, so fährt er fort, »hängen alle Vergleiche von Diskursen und Vergleichen in der Luft« (S. 96), und um das zu untersetzen, fügt er wichtige Aussagen dazu an, was als »Amerikanismus« beschrieben werden kann.¹⁵

Völlig anders liest sich das bei Gerhard Scheit in *Amerika*: »Der absolute Feind«, der beim Antiamerikanismus »hinter allen Gegnern« gesehen werde, sei »immer derselbe: das phantasierte Judentum« (S. 93).¹⁶ Mit dieser These werden sie alle, die da irgendwo Kritik an der Politik der USA und/oder Israels wagen, über einen Leisten geschlagen und unmißverständlich in die Schranken gewiesen, und einhergeht diese These mit einem Satz wie diesem: »Die USA sind, wie Dan Diner festhält, dazu *ausersehen*, ›das Ausgreifen einer grenzenlos angelegten bürgerlichen Gesellschaft zu verantworten‹« (S. 80 – Hervorhebung W. A.).¹⁷

Das »Ausersehensein« der USA ist in diesem Buch *Amerika* tatsächlich ein Kernpunkt der Argumentation, von ihm aus wird alle Kritik an den USA vehement zurückgewiesen und verunglimpft. Die »anti-amerikanischen Ideologen«, schreibt Scheit, »die vor allem in Deutschland und Frankreich ihren Stützpunkt haben«, ließen »keine besondere Lage gelten – weder im Falle Israels, als Zufluchtstätte aller vom Antisemitismus Verfolgten, noch in dem der USA, als Organ zur Durchsetzung des Rechts. Darum wollen sie einen internationalen Gerichtshof, den die USA und Israel nur ablehnen können« (S. 86). Eine »besondere« Lage als Rechtfertigungsgrund für Angriffskriege, Völkerrechtsbruch und Setzung ausschließlich eigener Maßstäbe – die Verwandtschaft eines solchen Herangehens mit der Reklamierung einer »besonderen« Lage der Sowjetunion als »Heimat aller Werktätigen« zur Rechtfertigung für imperiale Großmachtspolitik ist unübersehbar, und wer in Texten des deutschen Reichstages in den dreißiger Jahren zu lesen versteht, wird auf noch ganz andere Verwandtschaften stoßen.

Aber das stört die Herausgeber nicht. Kritiklos stellen sich Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken und Andrea Woeldike hinter die Aussage des ehemaligen CIA-Chefs James R. Woolsey, wonach sich die USA »im Krieg mit den faschistischen Regimes im Nahen Osten und totalitären islamischen Bewegungen« befänden und der Krieg gegen den Terrorismus der »Vierte Weltkrieg« sei (S. 12/13),¹⁸ und von daher entwickeln sie ihre These, wonach es sich »beim aktuellen Antiamerikanismus« nicht mehr nur »um falsches Bewußtsein«, sondern »längst um eine politische Realität« handele, der »mit ein wenig Aufklärung und der heuristischen Trennung in Feindbild und ›berechtigte Kritik‹« nicht mehr »beizukommen« sei (S. 13). Also klären sie auch nicht auf, sondern schwingen undifferenziert und über alle Kontinente und Zeiten hinweg – da geht es auch gegen Hegel, Karl May und Lenau¹⁹ und gegen Nietzsche und Bloch²⁰ – einfach die große Keule. Michael Hahn legt in seiner Einleitung zu *Nichts gegen Amerika* viel Wert darauf, Distanz zu diesen »Leuten um die antideutsche Berliner Zeitschrift ›Bahamas‹« herzustellen, die sich »aus lauter Verzweiflung über die eigene Gesellschaft (...) nun einem neuen Vaterland an die Brust« wüfren und »George Bush als ›Man of Peace‹« feierten (S. 12). Indes: Das von ihm

verantwortete Buch ist viel zu eklektisch und an vielen Stellen viel zu nah dran an dem Band *Amerika*, um dieser Distanzierung Glaubwürdigkeit und Tiefgang geben zu können.

Google-Journalismus als Wissenschaftersatz

Herausgeber Hahn hebt in *Nichts gegen Amerika* im Dank an seine »Autor(innen)« hervor, daß diese ihre Beiträge »trotz knapper Zeitvorgaben verfaßt« hätten (S. 13). *Warum* die Zeit knapp war und wer ihm das »Zeitfenster« für eine Veröffentlichung nur kurz aufgehalten hat – war da etwa schon befürchtet worden, daß die USA im Irak in große Schwierigkeiten geraten würden und der Antiamerikanismus-Vorwurf darum an Marktwert verlieren könnte? – läßt er leider unerwähnt. Zu vermuten ist jedoch, daß auch eine längere Bearbeitungsperiode an den erheblichen methodologischen Mängeln beider Bücher wenig geändert hätte, denn es liegt diesen Mängeln wohl etwas Prinzipielles zugrunde. Offensichtlich gewinnt eine Auffassung an Gewicht, wonach auch so grundsätzliche und politisch bedeutungsvolle Fragestellungen wie die nach Wesen und Wirkung des Antiamerikanismus wissenschaftlich seriöser Durchdringung nicht mehr bedürfen. Das zeigt sich zum Beispiel in der weiter oben bereits ausführlich erörterten Anspruchslosigkeit hinsichtlich der Erarbeitung von Definitionen und Kategoriegerüsten; aber es geht noch weiter.

So fällt auf, daß es im Falle beider Bücher offenbar keine Anstrengungen gegeben hat, über die bloße Aneinanderreihung von Beiträgen hinaus etwas Verbindendes, Synergetisches zu leisten. Konferenzen von Autorinnen und Autoren, veranstaltet mit dem Ziel, sich zum Beispiel über Grundbegriffe des abzuhandelnden Themas zu verständigen, finden offensichtlich nicht mehr statt.

Auffällig auch das ahistorische, den konkreten Zeitumständen entrückte Umgehen mit zitierten Standpunkten anderer, um sie reibungslos in die eigene Argumentationskette einbauen zu können. Dies wird durch die üblich gewordene – aber damit noch lange nicht richtige! – Zitierweise gefördert. In der Einleitung zu *Amerika* beispielsweise gibt es als Quellenangabe im Text »Arendt 1999b« und »Ehrenburg 1986«, und weder aus dem Text selbst noch aus der beigelegten Literaturliste geht hervor, daß die zitierten Aussagen natürlich keineswegs aus den Jahren 1999 oder 1986 stammen, sondern – Hannah Arendt starb 1975 und Ilja Ehrenburg bereits 1967 – viel älter sind und unter ganz anderen Umständen entstanden, als es die Jahreszahlen nahelegen. »Bloch 1985«, »Hegel 1971« oder »Alexis de Tocqueville 2001« ergeht es im Artikel von Gerhard Scheit nicht besser, und die Liste der Beispiele ist damit noch lange nicht zu Ende.

Kann es sein, daß da ernsthafte wissenschaftliche Arbeit – oder auch seriöse journalistische Recherche – einfach durch eine »effektive« Arbeit mit der Suchmaschine ersetzt wird, wir es also zunehmend mit einer Art *Google-Journalismus* zu tun haben, der sich nicht mehr die Mühe macht, zu zeigen, *wann* und *unter welchen Umständen* ganz bestimmte Argumente und Auffassungen entstanden sind, sondern statt dessen so etwas wie »Zeitlosigkeit« konstruiert?

Das ist eine denkbar schlechte Methode, um einem so deutlich zeit- und umständegebundenen Phänomen wie dem Antiamerikanismus tatsächlich aufklärend auf die Spur kommen zu können.

Zur Person von Scheit heißt es in der biographischen Notiz: »lebt als freier Autor in Wien und ist Herausgeber des zweiten Bandes der Gesamtausgabe von Jean Améry«, Veröffentlichungen u. a. in den Zeitschriften *Konkret* und *bahamas*, verschiedene Bücher im *ça ira*-Verlag.

17 Das Diner-Zitat stammt aus: Dan Diner: *Feindbild Amerika*, München 2002, S. 17.

18 Das Woolsley-Zitat stammt aus: James R. Woolsley: *At War For Freedom*, in: *Observer Worldview* (UK), 20.7.2003.

19 Gemeint ist der Beitrag von Stefan Ripplinger, ausgewiesen als Mitarbeiter von *Jungle World* und *Die Republik*, der unter dem Titel *Der Schatz im Silbersee. Mit Karl May und Hegel im Wilden Westen in Amerika* auf den Seiten 37-46 abgedruckt ist.

20 Gemeint ist der unter Anm. 16 bereits genannte Beitrag von Gerhard Scheit.

MAX BRYM

Die serbischen Četniks einst und jetzt

Seit einigen Jahren gibt es bei bestimmten deutschen »Linken« zum Teil absurde Vorstellungen zu den Vorgängen auf dem Balkan. Am peinlichsten wird es, wenn der aktuelle Konflikt um Kosova mit »historischen Argumenten« unterlegt wird. Viele betreiben eine Geschichtsbetrachtung, die mit der Realität nichts gemein hat. Besonders signifikant tritt dieser Realitätsverlust bei Autoren wie Jürgen Elsässer, Werner Pirker (Junge Welt) und Justus Wertmüller (Bahamas) zutage. Es wird glauben gemacht, »die Serben kämpften gegen Hitlers Faschisten, während alle anderen auf der Seite der Nazis standen«. Deshalb betrachten sie alle Serben als progressiv, weil angeblich »nur die Serben gegen Hitler kämpften«.

Bis heute werden Kroaten kollektiv mit der Ustascha gleichgesetzt und die Albaner mit der kleinen SS-Division Skanderbeg. Völlig ausgeblendet wird die reale historische und aktuelle Entwicklung, um am Schluß bei der Behauptung von guten und schlechten Nationen zu landen. Es wird einfach ignoriert: Es gab in der Zeit der Nazi-besatzung Jugoslawiens zwei Marionettengebilde: die Ustascha in Kroatien und das Regime des Generals Nedić in Serbien. Dennoch hat die philoserbische Haltung einiger deutscher »Linker« reale Gründe. Die Gründe sind allerdings rein deutsch, demzufolge haben sie nichts mit objektiver Geschichtsbetrachtung gemein.

»Serbien muß sterben«

Glänzend beschrieb Karl Kraus in den »Letzten Tagen der Menschheit« den antiserbischen Rassismus beim deutsch-österreichischen Kleinbürgertum zu Beginn des Krieges 1914. Im Zweiten Weltkrieg wurde der antiserbische Rassismus weiterentwickelt. Ab 6. April 1941 verübten Wehrmachtseinheiten in Serbien unvorstellbare Massaker. Dazu schickte die Nazimilitärführung bewußt alte Kader der österreichischen Armee auf den Balkan. Die Truppenbestände der Wehrmacht in Serbien bestanden zu einem Drittel aus Österreichern. In Zagreb residierte der nazistische ehemalige k.u.k. General Glaise von Horstenau. Es kamen u. a. die Generäle Hinghofer und Dinkelmann sowie der größte Schlächter – General Böhme – zum Einsatz; allesamt ehemalige hohe Offiziere und Generäle der österreichischen Armee. Ihre rassistische Kampagne gegen die Serben war eine Mischung aus »Rache für 1918« oder »Wir führen hier einen unbarmherzigen Kampf gegen das jüdisch bolschewistisch serbische Verbrechen«. Der nazistische Weltanschauungskrieg wurde zuerst in Serbien ausgefochten.

Max Brym – Jg. 1957, freier Journalist, arbeitet für Zeitschriften und Zeitungen im In- und Ausland. Er befaßt sich seit Jahren intensiv mit der Entwicklung auf dem Balkan und hat das Buch »Brennende Steine Kosova/Kosovo«, erschienen im »Dokumentationsarchiv für jüdische Kultur und Geschichte« verfaßt. Der Autor lebt in München.

Aber Serbien war auch wirtschaftlich interessant. Das Land verfügte über hohe Kupfer-, Nickel-, Zink-, Blei- und Silbervorkommen. Die Göringsche Vierjahresplanbehörde wollte zudem die Agrarproduktion für das »Altreich« und die Wehrmacht nutzen. Strategisch gesehen mußte der Balkan als Basis für den Kampf gegen die Sowjetunion gesichert sein. Mit relativ geringen Kräften wollte die Naziführung den Raum kurz vor dem Angriff auf die Sowjetunion absichern. Dabei stellte sich sofort die Frage nach kollaborationsbereiten Kräften und nach einem ideologischen Schmiermittel, um Kooperationsbereitschaft zu fördern.

Nazi Kollaborateure in Serbien

Unmittelbar nach dem Angriff der Achsenmächte begann Kosta Pečanac mit der Aufstellung einer bewaffneten Četnik-Gruppierung.¹ Kosta Pečanac war im alten Jugoslawien Präsident des streng national, ultrakonservativen Četnik-Veteranenvereins. Ab 1932 leitete Kosta Pečanac die Organisation, die 1938 über etwa tausend Sektionen mit insgesamt 500 000 Mitgliedern verfügte. In den zwanziger Jahren war die Organisation von Pečanac der Hauptgegner der Kommunistischen Partei. Seine Kräfte während der Nazibesatzung kamen aus diesem ideologischen Milieu. Bis zum Sommer 1941 stellte Pečanac im südlichen Serbien eine Gruppe von etwa 3 000 Mann auf, die im Winter 1941/42 auf 5 255 anwuchs und unter deutscher Befehlsgewalt stand. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion ließ Pečanac öffentlich verkünden, daß seine Organisation keinen Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht leisten werde und den Kampf gegen den Bolschewismus mitzuführen gedenke.

Der deutsche Nazismus brachte den Bolschewismus generell mit den Juden in Verbindung, im Rahmen der »Sühneaktion« wegen Partisanenaktivitäten in Serbien ließen die Nazis ab Ende August 1941 hauptsächlich jüdische Geiseln erschießen. Es galt die Regel: Für einen getöteten deutschen Soldaten werden hundert Geiseln erschossen. Anders als Massaker an serbischen Zivilisten in den betroffenen Gebieten hatte das Abschlagen der Juden den »Vorteil«, wie es in einem Bericht an das Außenministerium hieß, »die Nedič-Gendarmen bei der Stange zu halten«.

Im Dezember 1941 gab es in Serbien keine männlichen Juden mehr und im Frühjahr 1942 war durch starke Eigeninitiative der Wehrmacht die Judenvernichtung mit der Vergasung der Frauen und Kinder endgültig abgeschlossen. Stolz stellte SS-Gruppenführer Harald Turner gegenüber General Löhr im August 1942 fest: »Judenfrage, ebenso wie Zigeunerfrage völlig liquidiert«. Dagegen hatten die Kollaborateure nichts einzuwenden.

Zbor-Bewegung und Dimitrije Ljotić

Die Zbor-Bewegung unter Ljotić existierte schon vor dem Überfall auf Jugoslawien. Wegen der weitgehenden ideologischen Übereinstimmung mit den deutschen Faschisten stellte sich Ljotić von Anfang an auf die Seite der Okkupanten. In der ersten Kollaborationsregierung unter Ačimović war die Zbor-Bewegung mit zwei Ministern vertreten. Nach Ausbruch des bewaffneten Aufstandes der kommunistischen Partisanen im August 1941 erhielt die Zbor-Be-

1 Četnik – abgeleitet vom serbischen Četa (»Bewaffneter Haufen«).

2 Lagebericht des Verwal-
tungsstabes beim Befehls-
haber in Serbien, 6. 1. 1942,
in: Bundesarchiv-MA RW
40/190,8.

wegung von der Besatzungsmacht das Recht zur Aufstellung be-
waffneter Formationen. Auf dem Höhepunkt des antifaschistischen
bewaffneten Aufstandes im September 1941 waren die Ljotić-Ver-
bände in fünf Bataillonen des sogenannten »Serbischen Freiwilli-
genkorps (SDK)« organisiert. Die Bataillone bestanden aus insge-
samt 3 021 Soldaten und Offizieren.² Andere Teile der Zbor-Bewe-
gung wurden in die bewaffneten Formationen der Regierung Nedić
eingegliedert.

Am 28. August 1941 bildete sich unter Milan Nedić eine Kollabo-
rationsregierung, die bis zur Befreiung Serbiens im Amt bleiben
sollte. General Nedić war im alten Jugoslawien Verteidigungsmini-
ster und sah sich als »serbischer Petain«. In der Tat, das Regime
konnte fast alle Teile des alten serbischen Staatsapparates – vor
allem in Justiz, Verwaltung und Polizei – für sich nutzen. Besonders
die Gendarmen leisteten den Nazis wertvolle Hilfe.

Milan Nedić hatte auch Verbindungen zu Oberst Draža Mihai-
lović, der von den serbischen Geschichtsrevisonisten als »Wider-
standskämpfer« gegen die Besatzungsmacht ausgegeben wird. In der
aktuellen Četnik-Legende, wie sie von der »Serbischen Radikalen
Partei« gepflegt wird, firmiert Drača Mihailović als aufrechter Pa-
triot, obwohl er 1946 wegen Kollaboration gehängt wurde.

Die Četniks des Draža Mihailović

Beim Überfall auf Jugoslawien befehligte Oberst Draža Mihailović
in Ostbosnien als Stabschef eine motorisierte Division. Nach der Ka-
pitation Jugoslawiens am 17. April 1941 schlug er sich mit einem
Teil seiner Truppe in einem mehrwöchigen Marsch in Richtung Ser-
bien durch. Mitte Mai 1941 erreichte er mit sieben Offizieren und
27 Soldaten sein künftiges Hauptquartier in der Ravna Gora. Mihai-
lović sah sich als Vertreter der »Jugoslawischen Exilregierung« und
propagierte die passive Sammlung »patriotischer Kräfte«. Es steht
unzweifelhaft fest, daß Mihailović' Četniks bis September 1941
nicht gegen die deutschen Okkupanten gekämpft haben – wohin-
gegen die kommunistischen Partisanen, allein im August 1941, 242
Attentate verübten und dabei 22 Wehrmachtssoldaten töteten. Mihai-
lović' Četniks gaben sich zwar als Widerstandskämpfer aus, warte-
ten aber ab, wie sich die Dinge entwickeln würden. Dies bestätigen
Berichte der deutschen »Abwehr« vom Oktober 1941. Draža Mihai-
lović stand vollständig auf dem Boden der alten Četnik-Ideologie.
Er wollte ein großserbisches Reich errichten, welches neben »Zen-
tralserbien« auch Bosnien, Dalmatien, Herzegowina, Montenegro,
die Batschka, das Banat, den Sandžak, etwa die Hälfte Kroatiens,
den Kosovo und einige rumänische und bulgarische Grenzgebiete
umfassen sollte. Mit dem übriggebliebenen Rest Jugoslawiens woll-
ten die Četniks eine Konföderation unter ihrer Führung eingehen. In
den Einheiten von Oberst Mihailović waren nur Serben organisiert.

Diese nationalistische »Widerstandskonzeption« brachte Mihailo-
vić in scharfen Gegensatz zu den kommunistischen Partisanen unter
der Führung des Kroaten Tito. Die kommunistischen Partisanen
wollten einen auf Gesamtjugoslawien bezogenen Widerstand, der
keine Nation privilegiert oder diskriminiert. Die kommunistischen
Partisanen errichteten in den befreiten Gebieten nationale Befrei-

ungsräte. Auch dies stand im Gegensatz zu Mihailović, der die alten Strukturen und sozialen Verhältnisse garantiert wissen wollte. Schon im September 1941 verfügten die Partisanen in Serbien über eine Massenbasis; ihre militärischen Formationen fügten den deutschen Besatzern empfindliche Schläppen zu. Die abwartende Position von Draža Mihailović wurde nun unhaltbar. Einige seiner Unterführer rebellierten gegen seine Passivität. Deshalb sah sich Mihailović gezwungen, mit Tito eine weitgehend unverbindliche Abmachung zu treffen. Ab Ende September kam es partiell zu gemeinsamen bewaffneten Aktionen der Partisanen mit den » Draža-Četniks« gegen die deutschen Besatzer und gegen ihre offenen Kollaborateure. Die Hauptlast des Kampfes trugen allerdings die Partisanen. Im September und Oktober fügte der serbische Widerstand der Wehrmacht und den Polizeibataillonen schwere Niederlagen zu. Die heftigsten Kämpfe fanden im Oktober 1941 um Kraljevo statt. Die Wehrmacht rächte sich für die Widerstandsaktionen, indem sie unter den Einwohnern von Kraljevo ein Massaker anrichtete. Dem Massaker fielen zwischen 4000 und 5000 Menschen zum Opfer. Dennoch trieb Mihailović ein Doppelspiel. Während ein Teil seiner Formationen mit den Partisanen kämpfte, unterhielt er Beziehungen zu General Nedić. Er wurde von diesem sogar mit Geld und Waffen versorgt. Gleichzeitig versuchte Mihailović, mit General Böhme in Verbindung zu treten. Böhme lehnte jedoch das Bündnisangebot von Mihailović ab³. Am 2. November 1941 führten Verbände von Mihailović einen hinterhältigen bewaffneten Angriff gegen die Partisanenhochburg Užice. Der Angriff konnte zurückgeschlagen werden und Mihailović entging nur knapp einem vollständigen militärischen Desaster. Über den Verrat von Draža Mihailović schrieb der Stab der Volksbefreiungs-Partisanenabteilung für den Kreis Čačak am 3. November 1941: »Die Fünfte Kolonne ist wiederum auferstanden. Die deutschen Agenten, Draža Mihailović, Oberstleutnant Pavlović, Dragiša Vašić, sind in letzter Stunde Hitler, Nedić und Ljotić zu Hilfe geeilt.« Mihailović' Angriff auf das Hauptquartier der Partisanen in Užice bedeutete den endgültigen Abbruch der kurzfristigen Kooperation zwischen Partisanen und Četniks.

Im Oktober 1941 hatten die Partisanen und Četniks etwa 4500 Quadratmeilen in Serbien, also mehr als ein Sechstel des Territoriums kontrolliert. Durch den Verrat von Mihailović war der Widerstand gegen die deutschen Faschisten entscheidend geschwächt geworden. In welch prekärer Situation die deutschen Besatzer im September und Oktober sich befunden hatten, belegen auch die blutigen Massaker, die auf Befehl von General Böhme an serbischen Zivilisten verübt worden waren. Doch ab November 1941 hatte es keine Kooperation mehr zwischen Partisanen und Četniks gegeben. Böhme verstand, die Situation zu nutzen, und drängte die Partisanen in die Defensive. Nur auf britischen Druck hin einigten sich am 20. November 1941 Tito und Mihailović darauf, ihre Feindseligkeiten einzustellen. In Erwartung eines deutschen Angriffes auf den Hauptstützpunkt der Partisanen in Užice forderte Tito den Četnik-Führer am 28. November noch einmal zu einer gemeinsamen bewaffneten Aktion auf. Mihailović antwortete: »Ich denke nicht daran, ich warte bessere Bedingungen für den Kampf ab.« Zur sel-

3 Siehe OKW Südost
Lageberichte September-
Oktober 1941, in: Ebenda.

ben Zeit hatten schon einige Kommandanten der Četniks ihre Truppen, etwa 2 000 Mann, mit Zustimmung von Mihailović dem Befehl von Nedić unterstellt. Diese Truppen kämpften wenige Tage später auf der Seite der Deutschen gegen die Partisanen.

Ende November gelang es General Böhme – gestärkt durch eine deutsche Division und begünstigt durch die Haltung von Mihailović –, den militärischen Widerstand der Partisanen zu brechen. Die Partisanen flüchteten im Dezember 1941 über den einzigen noch offenen Rückzugsweg in das von Italien besetzte Montenegro.⁴ Mit dem Rückzug aus Serbien nach Montenegro und später nach Bosnien war die Partisanenarmee für Jahre aus Serbien vertrieben. Erst im Sommer 1944 gelang es ihr, in Serbien wieder Fuß zu fassen und gemeinsam mit der Roten Armee im Herbst/Winter 1944, Serbien zu befreien.

Es bleibt festzuhalten: Den Hitlerfaschisten gelang es erst im Winter 1941, mittels Terror und Mord Serbien zu »befrieden«. Es wurden unsägliche Grausamkeiten an serbischen Partisanen und Zivilisten verübt. Nach Estland war Serbien das zweite Gebiet, aus dem an das Reichssicherheitshauptamt gemeldet werden konnte »Serbien ist judenfrei«. In Serbien lagen alle Maßnahmen im vollständigen Verantwortungsbereich der Wehrmacht. Es gab keine formale Aufteilung der Arbeitsbereiche zwischen SS, SD und Wehrmacht. Alles lief über den Tisch der deutschen Generäle. Da die Wehrmacht 1941 in Rußland stark gefordert war, setzte die Naziführung genau wie in Kroatien auf kollaborationsbereite örtliche Bewegungen und Strukturen.

Die weitere Entwicklung von Mihailović

Nach der Niederlage der Partisanen beschloß Mihailović in Übereinstimmung mit der Nedić-Regierung, die Četnik-Abteilungen in Serbien zu legalisieren. Er stellte seine Einheiten komplett der Nedić-Bande zur Verfügung. Von nun ab wurden die Četniks von der Regierung Nedić offiziell mit Geld, Nahrung und Kleidung unterstützt. Gleichzeitig versuchte Mihailović, der britischen Regierung über seine Kanäle zu suggerieren, »er wäre der einzige Widerstandsführer in Serbien«. Von den deutschen Behörden erwartete Mihailović, geduldet zu werden – wegen seiner »Verdienste« im Kampf gegen die Partisanen. Diese Rechnung ging nicht auf. Die deutschen Faschisten liebten zwar den Verrat, aber nicht den Verräter. Am 6. Dezember 1941 griffen deutsche Soldaten das Hauptquartier von Mihailović an. Mit einer kleinen Anzahl von Getreuen zog er sich ebenso wie einige Tage zuvor die Partisanen nach Montenegro zurück. Die Komödie erreichte ihren Höhepunkt, als König Peter am 7. Dezember 1941 in London Mihailović zum Brigadegeneral und Führer der »Jugoslawischen Heimatarmee« ernannte.

Das Ganze war ein Hintertreppen-Witz, denn Mihailović hatte zu diesem Zeitpunkt keinerlei militärische Bedeutung. Erst im Sommer 1942 gewann er in Montenegro und Herzegowina wieder Einfluß auf einige Četnik-Gruppierungen. Dieser Einfluß kam umgehend den Faschisten zugute. Denn Mihailović verweigerte weiterhin Aktionen und Sabotageakte gegen die Deutschen und kollaborierte mit den Italienern bis zu deren Kapitulation im Herbst 1943, die etwa 19 000 Četniks mit Waffen ausrüsteten.

4 Offiziell gehörte Montenegro zu Kroatien.

Ab dem Jahr 1944 dann kollaborierten Teile der Mihailović-Četniks offen mit den deutschen Besatzern und mit der Ustascha in Serbien und Kroatien. In Bosnien, der Hauptbasis der Partisanenarmee, kämpften kroatische Ustaschi und serbische Četniks in vielen koordinierten Aktionen gemeinsam mit den deutschen Truppen gegen Titos multinationale Partisanenarmee. Doch zu Beginn des Jahres 1945 wurde für Mihailović die Situation aussichtslos. Sowohl die britische Regierung als auch König Peter hatten ihn wegen seiner zwielichtigen Rolle und seiner Kollaboration fallengelassen. Anfang April 1945 unterbreitete der deutsche General Löhr Mihailović das Angebot, mit ihm über die österreichische Grenze zu gehen und sich den Briten zu stellen. Mihailović lehnte das Angebot ab und entschloß sich, mit etwa 12 000 Mann den Durchbruch nach Serbien zu wagen, um die antifaschistische Regierung zu stürzen. Das Ganze war ein sinnloses Unterfangen, am 12. Mai 1945 wurden die Četnik-Gruppen von der jugoslawischen Armee gestellt. Rund 9000 Četniks fielen in der Schlacht bei Kalinović. Mihailović selbst konnte ein letztes Mal flüchten. Doch im März 1946 wurde Mihailović im serbisch-bosnischen Grenzgebiet festgenommen. Im Juli 1946 verurteilte ihn ein jugoslawisches Gericht zum Tode. Das Urteil wurde kurze Zeit später vollstreckt.

Serbischer Geschichtsrevisionismus und politische Praxis

Nach dem Tod Titos im Jahr 1980 erhoben der serbische Chauvinismus und Geschichtsrevisionismus offen ihr Haupt, um vom wirtschaftlichen Desaster, in dem sich Jugoslawien befand, abzulenken. In den achtziger Jahren erreichte die jugoslawische Staatsverschuldung gegenüber internationalen Gläubigerbanken die Marke von 20 Milliarden Dollar. In Jugoslawien erfolgten mehrere Geldentwertungen, der Reallohn der Arbeiter sank beträchtlich und die Arbeitslosigkeit stieg massiv. Im Jahr 1988 war Jugoslawien das streikfreudigste Land in Europa, rund tausend multinationale Streiks gegen »die Bonzen« wurden gezählt. Um ihre Privilegien zu bewahren, spaltete sich die herrschende Bürokratie in ihre nationalen Bestandteile auf. Besonders die serbische Bürokratie griff auf das Programm der Četniks zurück. Der rote Bonapartist Tito wurde als »Serbenfeind« bezeichnet und die Geschichte völkisch uminterpretiert.

Besonders Kosova hatte es den serbischen Nationalisten angetan. Am 28. Juni 1989 sagte aus Anlaß des sechshundertsten Jahrestages der Schlacht auf dem Amselfeld Milošević vor einer Million Serben, die nach Kosova gekarrt worden waren: »Zum ersten Mal nach sechshundert Jahren sind die Serben in Kosovo wieder frei.« Damit behauptete er implizit, daß nicht nur unter Tito die Serben nicht frei gewesen seien, sondern auch in der Zeit des großserbisch dominierten ersten Jugoslawiens. Im nächsten Schritt wurde, um die Serben in Kosova »frei« zu machen, die Autonomie Kosovas gewaltsam aufgehoben und die Geschichte entsorgt. Entgegen allen Fakten wurden die Serben zum »Heldenvolk« und alle anderen zu weniger wertvollen Nationen erklärt.

Diese Geschichtsinterpretation wurde von einigen deutschen »Linken« wie Rechten vollständig übernommen. Deshalb hier nochmals einige Fakten zum antifaschistischen Widerstand in Jugoslawien.

Die Querfront-Strategie wurde in den zwanziger Jahren innerhalb der deutschen Rechten entwickelt. Durch extreme soziale und nationale Demagogie sollten Teile der politischen Linken nach rechts gezogen und der ideologischen Hegemonie der Faschisten unterworfen werden. In der Querfront-Ideologie wird versucht, den Gegensatz zwischen links und rechts zu leugnen, und eine Bündnispolitik gegen das »System« propagiert. Als Querfront-Experiment gilt die Regierung unter General Schleicher zwischen Ende 1932 und dem 30. Januar 1933. Schleicher versuchte, eine Regierung unter Beteiligung bestimmter Nationalsozialisten (Gregor Strasser) und der ADGB-Führung zu installieren.

Moderne Querfrontideologen bedienen sich der alten politischen Maskerade, um Linke in ihr Boot zu befördern. Phrasen wie »Wir sind doch auch Sozialisten« oder »Laßt uns doch gemeinsam den Kapitalismus bekämpfen« gehören zum politischen Marschgepäck bestimmter Neonazis. In Osteuropa, besonders in Rußland und in Serbien, gab und gibt es Elemente der Querfront. In Rußland finden Demonstrationen und Kundgebungen mit Zaren-Porträts und Stalin-Bildern statt. Eine bekannte Organisation bezeichnet sich selbst als »nationalbolschewistisch«. In Serbien kooperieren Četnik-Anhänger mit Parteien, die sich »sozialistisch« oder »kommunistisch« nennen. Querfront-Politik ist eine trickreiche Variante rechter Politik, um die Linke zu desorientieren.

Multinationaler Widerstand

Der Widerstand gegen die faschistische Besatzung Jugoslawiens war multinational. Darin lag die Stärke der Partisanenarmee Titos. Nach Statistiken des Generalstabes der Partisanenarmee gab es auf dem Höhepunkt des Krieges Ende 1943 in Kroatien 122 000 aktive Partisanen, in Bosnien waren es 108 000, in Serbien 22 000. Unter den Partisanen in Kroatien und Bosnien waren natürlich auch viele Serben, ebenso Muslime, die von allen Nationalitäten verfolgt wurden. Muslimische Geistliche verurteilten die Verfolgung von Juden und Serben. Nur die Partisanen versprachen eine bosnische Republik innerhalb der von ihnen befürworteten jugoslawischen Föderation. Die bosnischen Muslime erlitten die größten Verluste pro Kopf von allen Nationalitäten in Jugoslawien.

In Kosova fand vom 31. Dezember 1943 bis 1. Januar 1944 die Konferenz von Bujan statt. Die Konferenz erklärte: »Wenn das Volk in Kosova am antifaschistischen Widerstand teilnimmt, wird es das Recht erhalten, sich nach dem Sieg mit seiner Mutter Albanien zu vereinigen.« Unterschrieben wurde das Dokument unter anderem von Miladin Popović und dem Albaner Fadil Hoxha. Im Frühjahr 1945 kämpften 50 000 albanische Partisanen aus Kosova gegen den Hitlerfaschismus. Das den Albanern gegebene Versprechen wurde von Titos Jugoslawien jedoch nicht eingehalten. Dennoch war Tito druckempfindlich, und Kosova erhielt 1974 reale territoriale Autonomie. Grundsätzlich war die jugoslawische Föderation gegenüber dem alten Jugoslawien für alle nichtserbischen Nationalitäten ein großer Fortschritt.

Querfront unter Milošević

1989 schaffte Milošević die verfassungsmäßige Autonomie Kosovas einseitig und widergesetzlich ab. Damit wurde der Prozeß eingeleitet, der zum Ende Jugoslawiens führte. Milošević gab sich als Sozialist aus, stand aber vollständig auf dem Boden der klassischen Četnik-Ideologie. Seine Bündnisse mit einem erklärten Rassisten wie Vojeslav Šešelj (Serbische Radikale Partei) und mit Vuk Drašković (Serbische Erneuerungsbewegung, die sich auf die Kirche, die Monarchie und die Tradition beruft) waren kein Zufall. Wenn der Nationalismus dominiert, steigen selbst Sozialisten, Monarchisten, »Jugoslawische Linke« (Partei von Milošević' Ehefrau und Partei der reichen Leute) mit Rassisten und Faschisten in ein gemeinsames Boot.

Zur Einheit der Völker Jugoslawiens trug der serbische Nationalismus keinesfalls bei. Im Gegenteil, andere Nationalismen wurden befördert und internationale Einflußnahmen ermöglicht. Das Ganze endete in einem Blutbad.

Fazit

Wer sich in Deutschland mit der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien beschäftigt, sollte die Fakten nicht ignorieren. Eine Solidarisierung mit rechten serbischen Parteien nach der feudalen Maxime: »Der Feind meines Feindes ist mein Freund«, ist grundsätzlich abzulehnen. Bei aller gerechtfertigten Kritik an der aktuellen deutschen Balkanpolitik sollte im Auge behalten werden, daß ohne die

inneren Widersprüche im alten Jugoslawien eine deutsche Einmischung nichts hätte bewirken können.

Die serbischen Rechten haben in erster Linie Jugoslawien auf dem Gewissen. Bundesdeutsche und europäische Rechte wissen das sehr genau. Es bestehen seit 1997 brüderliche Beziehungen zwischen Le Pen in Frankreich und der Šešelj-Partei. Auch der russische Chauvinist Shirinowski ist eng mit den serbischen Radikalen verbunden.

Letztere wurden anlässlich der jüngsten Parlamentswahl in Serbien zur stärksten Partei. Das erfreute auch die »Deutsche Nationalzeitung« und den »Kampfbund deutscher Sozialisten«. Wenn deutsche »Linke« – auch wenn das aus anderen Motiven als bei der europäischen Rechten geschieht – Milošević und Šešelj unterstützen, dann befinden sie sich auf dem sicheren Weg in den politischen Ruin. Wunschdenken, Scheinargumente und politische Esoterik haben die Linke stets ins Aus geführt.

Literatur

- [Autorenkollektiv:] Über die Ereignisse in Kosova, Tirana 1981.
 Bogdanović, Bogdan: Der verdammte Baumeister. Erinnerungen, München 2000.
 Browning, Christopher R.: Der Weg zur »Endlösung«. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998.
 Djilas, Milovan: Der Krieg der Partisanen. Memoiren 1941-1945, Wien, München – Zürich – Innsbruck 1978.
 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982.
 Hoxha, Enver: Die Titoisten, Tirana 1982.
 Ivanović, Jovan: Terror gegen die Juden in Belgrad, Beograd 1966.
 Karadžić, Michael: Die Kosova Albaner eine unterdrückte Nation? In: SoZ – Sozialistische Zeitung, Nr. 8 vom 15. April 1999.
 Krausnick, Helmut: Hitlers Einsatztruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942, Frankfurt am Main 1985.
 Manoschek, Walter: Serbien ist judenfrei, München 1995.
 Matl, Josef: Jugoslawien im zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa-Handbuch, Köln – Graz 1954.
 Neubacher, Hermann: Sonderauftrag, Südost 1940-1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Göttingen 1952.
 Pijade, Mosche: Das Märchen von der sowjetischen Hilfe, in: Neues Jugoslawien, 1950.
 Sperber, Manes: Wie eine Träne im Ozean, Köln – Berlin 1961.
 Strugar, Vlado: Der jugoslawische Volksbefreiungskrieg 1941 bis 1945. 2 Bde, Berlin 1969.
 Tito, Josip Bros: Gesammelte Werke, Beograd 1975.

Wandlung und Wahrhaftigkeit. Franz Fühmann zum 20. Todestag

Am 8. Juli 2004 laden die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die »Helle Panke« ein zu ihrer Veranstaltung »Wandlung und Wahrhaftigkeit. Franz Fühmann zum 20. Todestag. Filmvorführung »Das Bergwerk – Franz Fühmann« und Diskussion mit Klaus Höpcke und Stephan Krause«
19.00 Uhr,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Konferenzraum,
1. Etage.

Franz Fühmann (1922-1984) wuchs im sudetendeutsch-nationalistischen Milieu des böhmischen Riesengebirgsdorfes Rochlitz (tschechisch: Rokytnice) auf. In den Bedrückungen seiner Kindheit zwischen dem autoritären Vater, der als Apotheker zu den örtlichen Honoratioren gehörte, und seiner frömmelnden Mutter fand er frühzeitig zur Literatur und zu ersten Schreibversuchen. In seiner Schulzeit u. a. Zögling am Jesuitenkonvikt Kalksburg bei Wien, tritt er als 14-jähriger dem »Deutschen Turnverband«, der sudetendeutschen Hitlerjugend, und nach dem Anschluß Böhmens und Mährens als 16-jähriger der Reiter-SA bei. Abitur 1941, als Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes ist Fühmann am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Wehrmachtssoldat, Ausbildung zum Fernschreiber und Einsatz u. a. in Kiew, Charkow, Athen. In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Besuch der Antifaschule Noginsk bei Moskau, später auch als Lehrassistent und Lehrer tätig. Fühmann kommt als Antifaschist und im Bewußtsein persönlicher Schuld, als Marxist stalinistischer Prägung 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Er wird Mitarbeiter im NDPD-Parteiparat und dort für die kulturpolitische Arbeit zuständig. Nach Konflikten mit der Parteiführung 1958 Beendigung der Arbeit in der NDPD-Zentrale, Tätigkeit als freier Schriftsteller. Frühe lyrische und erzählerische Arbeiten der Abrechnung mit der faschistischen Vergangenheit: *Die Fahrt nach Stalingrad* (Poem), *Kameraden*, *Die Schöpfung*, *König Ödipus*, *Kapitulation* (Novellen). Seit den sechziger Jahren u. a. Kinderbücher – *Die Suche nach dem wunderbaren Vögelchen*, *Kabelkran und blauer Peter* –, Nachdichtungen – *Reinecke Fuchs*, *Das Nibelungenlied* – und eigene Bearbeitungen mythischer und klassischer Stoffe: *Prometheus*, *Der Geliebte der Morgenröte*, *Das Ohr des Dionysios*. Nach dem Prager Frühling und dessen Niederschlagung 1968 Suche nach der Neubestimmung seiner künstlerischen Aufgabe und des Platzes von Literatur in der sozialistischen Gesellschaft: *Zweiundzwanzig Tage oder die Hälfte des Lebens*, *Literatur und Kritik*, *Das mythische Element in der Literatur*. Fühmanns zunehmende Kritik an der Kultur- und Gesellschaftspolitik der DDR drückt sich sowohl in seinen vielfältigen (kultur-)politischen Interventionen wie auch in seinem essayistischen und literarischen Schaffen – *Bagatelle*, *rundrum positiv* (Erzählungen), *Fräulein Veronika Paulmann aus der Pirnaer Vorstadt oder Etwas über das Schauerliche bei E. T. A. Hoffmann* (Essay), *Saiäns-Fiktschen* (Erzählungszyklus) – aus. Im 1982 erschienenen Band *Vor Feuerschlünden* gelingt ihm

die darstellerisch überzeugende Verschmelzung seiner persönlichen Wandlungsprozesse mit der Herausarbeitung der Lyrikleistung Trakls und der Auseinandersetzung mit der gesellschafts- und kulturpolitischer Dogmatik des Realsozialismus. Unter dem Titel *Der Sturz des Engels* auch in der Bundesrepublik erschienen, wurde der Trakl-Essay mit dem Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München ausgezeichnet. Sein großangelegtes Bergwerksprojekt blieb Fragment (posthum 1992 *Im Berg. Bericht eines Scheiterns*). Franz Fühmann starb am 8. Juli 1984.

LUTZ KIRSCHNER

OFFENER BRIEF

an den Leiter der Hauptverwaltung Buchhandel und Verlage
im Ministerium für Kultur Klaus Höpcke

20. 11. 1977

Verehrter Herr Minister,

Sie waren so freundlich, mir einen Artikel aus Ihrer Feder mit dem guten Titel »Lust an der Wahrheit« zuzusenden und mich um meine Meinung zu fragen – darf ich die zugleich für Ihre und meine Leser mit äußern, Ihnen also in einem Offenen Brief antworten? Es ist zwar schon ein paar Wochen her, daß die »Weltbühne« Ihre Arbeit gebracht hat, in der Nummer 37, im milden September, aber Lust an – und nicht minder Qual mit – der Wahrheit bleibt ja auch in Novemberstürmen und Dezemberfrösten.

Sie rufen uns in Ihrem Aufsatz lesenswerte Sätze in die Erinnerung zurück. »Die Wahrheit lieben: anders wird keiner groß« – wer wollte da Heinrich Mann nicht zustimmen, und wer wünschte, und dies aus vollem Herzen, sich nicht bestätigt, was Sie von Belinski zitieren: »Unser Zeitalter ist ganz Drang, ganz Suchen und Sehnsucht nach Wahrheit.« Ich bezweifle das »ganz«; doch: welch ein Ideal! Ich gebe auch vielen Ihrer Sätze gern recht, etwa: »Wie wir die Wertung des Lebens durch die Literatur brauchen, so brauchen wir die Wertung der Literatur durch das Leben.« Ich könnte unschwer noch mehr bringen; leider aber setzt mich Ihre Arbeit nicht in den Stand, auf das Hauptstück Ihrer Ausführungen so einzugehen, wie Sie wohl selbst wünschen, daß es geschehe: mit Sachkenntnis und Anteilnahme. Sie streiten wider einen Aufsatz in einem Feuilleton der Hamburger »Zeit«, worin ein von Ihnen nicht namentlich genannter Autor – ich muß, da Sie nicht wörtlich zitieren, nun dem Gang Ihrer Darlegung vertrauensvoll folgen –, worin also ein offener Ignorant zu behaupten versucht hat, die »Schöpfer der Literatur« – das wären wohl wir Schriftsteller – »hätten ein Monopol des Strebens nach und des Besitzes an der Wahrheit«. Ich muß gestehen, daß ich mir nur schwer, ja eigentlich überhaupt nicht vorstellen kann, daß ein ernstzunehmender Autor so etwas zum Druck gibt. Sie schreiben dazu, in nobler Zurückhaltung: »... beweisbar ist dieses Gegensatzschema nicht.« – Ich finde diese Charakteristik sehr

Quelle:

Franz Fühmann: Briefe
1950-1984. Eine Auswahl,
herausgegeben von
Hans-Jürgen Schmitt,
Hinstorff Verlag Rostock
1994, S. 238-246.

milde; ich würde diese Äußerung meines ungenannten Kollegen, wäre sie wirklich so getan, schlicht für töricht und anmaßend halten. Wirklich schade, daß Sie den Namen nicht nennen und es verschmähen, diese Überhebung durch deren Wortlaut sich selbst richten zu lassen; Sie hätten mich, wer immer es auch sein mag, als redlichen Streiter an Ihrer Seite. Da ich aber auch an Ihrer Darstellung nicht zweifeln möchte, bleibt mir nichts, als an ein Mißverständnis zu glauben, doch stehe in jenem Artikel was immer, er war Ihnen Anlaß zu einer Polemik, und die, und ganz speziell deren Titel haben mich herausgefordert, gar nicht zu einer Gegenpolemik, sondern zu einigen Fragen, zunächst an mich selbst. Johannes 18/38: »Was ist Wahrheit?«

Sicher sage ich Ihnen nichts Neues, sondern variiere nur Ihre eigene Feststellung, wenn ich zwei Arten von Wahrheit unterscheide: die Wahrheit als Resultat, und die Wahrheit als Prozeß. Zwischen diesen beiden Qualitäten steht keine unübersteigbare Mauer, auch diese Begriffe sind im Fluß, aber sie sind eben auch feste Begriffe, und man sollte sich hüten, sie willkürlich gegeneinander auszutauschen. Das Haben der vor uns schon gefundenen und mannigfach als gültig bestätigten Wahrheit ist etwas Anderes als das Teilhaben am Prozeß ihrer Findung, die das fortschreitende Leben ständig verlangt, und wenn die Wahrheit als Resultat allen gehört, die guten Willens sind, sie zu besitzen, gehören zum Finden der Wahrheit alle, die guten Willens sind, sie zu suchen. Da wie dort gibt es kein Monopol. Weder ein Einzelner, noch ein Berufsstand, noch irgendeine soziale Organisation oder politische Gruppierung ist im alleinigen Besitz der Wahrheit und dürfte es auch nicht im Privileg von Mitteln sein, sie finden zu können, dürfte es nicht sein um der Wahrheit willen, die nur von allen gefunden werden kann. – Die Wahrheit des Lebens ist die Wahrheit derer, die leben. – Ebenso ist weder ein Einzelner, noch ein Berufsstand, noch irgendeine soziale Organisation oder politische Gruppierung in der alleinigen Schuld des Irrtums oder im Permiß, ihn begehen zu dürfen. – Ich möchte das Wort »Wahrheit« betonen; die Lüge, also das bewußte Sagen des als unwahr Gekannten, wünsche ich, und dies gewiß mit Ihnen, unterdrückt und geächtet zu sehen: wenn es, wie im Fall von Faschismus, Rassenhetze und Kriegsgebrüll, not täte, durch die Macht des Staates, vor allem aber durch die Macht der öffentlichen Meinung, eben jener, die wir kaum in den Ansätzen haben, ich drücke mich da vorsichtig aus. – Denn Öffentlichkeit als geistige Macht erfordert dreierlei: Information, sich aus den Quellen, nicht nur aus Kommentaren, eine Meinung zu bilden; Gelegenheit, diese Meinung auch mitzuteilen, und zwar im vollen Sinn, den »mitteilen« hat, und schließlich eine begründete Aussicht auf eine, natürlich proportionale, Wirkungsmöglichkeit dieser Meinung. Darf ich, verehrter Herr Minister, freimütig gestehen, daß mich, was diese Dreierheit betrifft, angesichts der Realität unseres Lebens, des realen Sozialismus, ein Gefühl ankommt, das doch mehr Unlust als Lust ist?

Information – ich will jetzt nicht das wiederholen, was sich in beinahe schon gespenstischer Weise an Mißmut über ihren Zustand von Jahr zu Jahr und Jahrfünft zu Jahrfünft und Jahrzehnt zu Jahrzehnt durch all unsere internen Diskussionen schleppt, ohne daß es mög-

lich wäre, das Gespräch darüber öffentlich zu führen, und ohne daß sich, außer leisesten Korrekturen in Einzelzügen, eine merkliche Änderung zeigte. Ich könnte Belege aus eigenem Betroffensein bringen; ich beschränke mich auf ein andres und nur einziges Beispiel. Sarah Kirsch ist von uns fortgegangen, weil sich ihr hier keine Zeile mehr fügen wollte, und keine Zeitung, kein Rundfunkkommentar, keine Aktuelle Kamera hat (oder irre ich mich doch?) es für nötig befunden, diese Tatsache unserem Publikum mitzuteilen: die Nachrichtengebung vertraute darauf, daß, wer so etwas wissen wolle, es sowieso schon erfahre, aus einem anderen Informationssystem. – Hier liegt die Wurzel all unsres Unbehagens auf diesem Sektor; es gibt eine große Lust auf Wahrheit, nur wird sie ungenügend gestillt. – Nun muß man durchaus nicht meiner Meinung folgen und Sarah Kirsch für die bedeutendste lebende Dichterin deutscher Sprache halten; einige der Kollegen, die Sie in Ihrem Artikel anführen, werden das gewißlich nicht tun, und zwei oder auch drei von denen werden überhaupt bestreiten, daß sie eine Dichterin ist – nun gut, ich billige ja auch nicht allen Kollegen, die Sie von der verehrungswürdigen Anna Seghers bis zum Verfasser jenes »Vater Batti« nennen, ein – wie Sie formuliert haben – »künstlerisches Werk« zu; allein die große Mehrheit unsres Publikums wird wohl mit mir der Meinung sein, daß die Tatsache des Weggangs von Sarah Kirsch einer Meldung wert gewesen wäre, ganz zu schweigen von einer Bekundung ehrlicher Trauer über diesen unersetzbaren Verlust und ehrlichem Nachdenken über seine Gründe. Lust allein wird sich beim Suchen und Finden dieser Wahrheit nicht einstellen, und dennoch sollten wir sie nicht scheuen. Ich weiß, wie quälend dies Weggehn gewesen ist, für so viele von uns, und für meine Kollegin Sarah am meisten. Und es geht ja nicht nur um die Information.

Was mich empört hat, war die demonstrative Bereitschaftslosigkeit mancher Institutionen (nicht der von Ihnen geleiteten, um das ausdrücklich zu sagen), vor allem der dazu doch am meisten berufenen, des Schriftstellerverbandes, die uns Verlassende nach ihren Gründen zu dieser Entscheidung auch nur zu fragen. Ich habe gebeten, daß man es tue, man hat diese Zumutung weit von sich gewiesen. Lust an der Wahrheit war da gewiß nicht im Spiel, wohl aber Lust, ihr auszuweichen, da man fühlte, sie werde quälend sein.

Ist es, verehrter Herr Minister, nicht ein wenig merkwürdig? Auf der einen Seite Ihr Bild einer Gesellschaft, die, von der Lust an der Wahrheit beflügelt, mit »Zielbewußtheit und Zielstrebigkeit« »eine neue Welt errichtet«, geführt von einer Kraft, die »überzeugt, daß die Künste im geistigen Leben unserer Gesellschaft unentbehrlich und unersetzbar sind« davon ausgeht, »daß wir auf die Entdeckungen der Künste sowenig verzichten können wie auf die Entdeckungen der Wissenschaften«, und getragen von einem Volk, das »hohe Achtung vor den Lebenserkundern« hegt, »getrieben von nie ermüdender Lust an der Wahrheit« – Sie haben gewiß die Zitate als Ihre Worte wiedererkannt. Auf der einen Seite also das Bild einer Gesellschaft, deren Angebot an alle, ihr Entdecker- und Erbauerglück zu teilen, nur einen Bösartigen, einen Reaktionär oder einen Dummkopf nicht zu begeisterter Zustimmung hinreißen könnte; andererseits ein wachsendes Unbehagen nicht nur so mancher Schriftsteller und Künstler

an der Wirklichkeit ebendieser Gesellschaft, ein Unbehagen, das auch ich teile, und das allmählich in Resignation umzuschlagen droht, ja bei einigen bereits dahin umgeschlagen ist, da es aus der bitteren Erfahrung herrührt, ständig und ständig nur als Objekt und nicht auch als Subjekt von Politik und Kulturpolitik, nicht als Mitberater und Mitbestimmer, sondern ausschließlich als Durchführer und Umsetzer von Programmen betrachtet und behandelt zu werden. – Wie geht beides zusammen: Ihr Bild und das meine? – Es gibt da nur zwei Möglichkeiten: Entweder – und diese Ansicht wird ja von manchem meiner wie Ihrer Kollegen vertreten –, entweder sind Leute wie unsereins hoffnungslos stumpf und dumpf und unbelehrbar in einem Elfenbeinturm aus Rückständigkeit, Ignoranz und Hybris gefangen (auch das böse Wort »Konterrevolutionär« ist im Umlauf), oder das Bild einer enthusiasmierenden Gesellschaft stimmt doch nicht so ganz mit deren Wirklichkeit überein. Ein arges Dilemma, aber ich kann es nicht abwenden:

Ihr Artikel, Herr Minister, stellt mich vor die Wahl, mir entweder eins jener drei Attribute – bössartig, reaktionär, dumm – als das für mich passende auszusuchen oder Ihnen zu bedenken zu geben, ob Sie in einem mir nur zu gut begreiflichen Wunschenken vom Zustand der Gesellschaft, in deren Leitung Sie ja ein wichtiges Amt führen, ob Sie sich also von der Realität nicht doch mit einem Elan abgewandt haben, den man als ein bißchen sehr hoffnungsfroh, den man aber auch – halten zu Gnaden – als ein bißchen demagogisch bezeichnen könnte. Ein Offener Brief soll offen sein.

Herr Minister, wir beide sind »Männer der Feder« und wissen, welche Lust, eben Lust an der Wahrheit, in diesem Handwerk gewährt werden kann, doch Sie wissen gewiß auch so gut wie ich, welche Qual es oft heißt, die Wahrheit zu suchen; der Weg zu ihr ist nicht immer so beschaffen, daß man auf ihm vorwärtsstürmt. Wenn ich die nunmehr zwanzig Jahre wäge, die ich hauptberuflich als Schriftsteller verbracht habe, so senkt sich die Schale mit den Qualen sichtbar tiefer als die mit der Lust. Das ist am wenigsten Schuld der Gesellschaft, von Schuld ist zunächst überhaupt nicht die Rede, die Sache selbst bringt es so mit sich. Es ist oft grausam quälend gewesen, das eigene Leben zu überdenken und der Wahrheit seiner Existenz ins Auge zu sehen. Ich kenne nur zu gut die Versuchung, bei der halben Wahrheit stehenzubleiben, sich einen schmalen Ausschlußpf offenzuhalten, vor der Scham eines Geständnisses zu kapitulieren, eine – um mit Ihnen nochmals Belinski zu zitieren –, eine »ergötzliche kleine Lüge« zu hätscheln und, um der Pein von Konsequenzen zu entgehen, sich einen »angenehmen Irrtum« zu erlauben, kurzum, den Qualen und Ärgernissen der ganzen Wahrheit auszuweichen, und mich befällt manchmal ein Gefühl von Neid, wenn ich Kollegen versichern höre, das Schreiben sei rundum ein prächtiger Spaß. – Nein, ich will sie doch nicht beneiden. – Ich will auch nicht klagen noch mich beklagen, was ich will, ist lediglich, auch auf die bittere Seite der Wahrheit aufmerksam zu machen, denn Lust erklärt vieles, aber nicht alles. Es ist verständlich Quälendes zu meiden, verständlich vom Einzelnen wie von einer Gesellschaft, die durch die Dauer ihres Bestehens mit einem Weltgegner kämpfen muß, der Schonung nicht übt und Nachsicht nicht kennt. Zum

Schmerz von außen nicht noch welchen von innen, denn Schmerzen lähmen unsere Kräfte – das ist doch das gängige Argument, mit dem man jeden Willen zum beßren Neuen in den zu einer Rückkehr zum schlechtern Alten und jedes Signalisieren von Übeln ins Erzeugen von Übeln umspielen kann. Aber der Schmerz von innen hat seine Funktion, er bricht als Tatsache des Lebens selbst wie die Lust aus den Widersprüchen der Entwicklung, und er bringt Informationen, die Lust nie brachte, Warnung und Mahnung, daß da etwas krank sei, ein Nerv eingeklemmt, ein Muskel entzündet, Zellen einseitig ernährt, der Blutkreislauf unterbrochen, ein Gelenk von Versteifung bedroht. Das Wesen des Schmerzes ist Erregung von Unlust, verständlich, daß man ihn hemmen will, doch wer sich ihm ganz zu entziehen versucht, beraubt sich eines lebenserhaltenden Sinnes und – um speziell von der Kunstwahrheit zu sprechen – der lebenserneuernden Macht des Katharsis. Lust und Schmerz sind unabdingbar, die ganze Wahrheit unsres Werdens zu fassen, an die wir uns ja nur annähern können, ebendarum braucht Wahrheit Jeden, so wie ein Jeder Wahrheit braucht. Das alles ist theoretisch nichts Neues und wird in dieser Form kaum bestritten, verzeihen Sie, daß ich Sie gelangweilt habe, allein unsre Praxis ist so beschaffen, daß eine schmerzliche Botschaft nur allzuoft entweder als Verleumdung zurückgewiesen oder als unseriöses Verlangen abgetan wird, etwas ändern zu sollen, das nicht änderbar sei, weil es real ist, und real sein heißen, daß etwas eben so sei, wie es ist. Aber jede dieser Behauptungen ist doch auch nur eine Meinung – was erhebt sie zum Rang gesicherter Wahrheit, mit dem sie sich so selbstverständlich verkündet; wer darf im Prozeß der Wahrheitsfindung, den wir alle vollziehen und von dem Jeder nur Teil ist, seine Meinung als richtig und die ihr widersprechende als falsch nicht nur postulieren, sondern auch administrieren? – Ich rede dabei noch gar nicht von der Spezifik der Literatur, zu deren Wesen ja eben gehört, daß ihre Werke von dafür unersetzbaren Einzelnen geschaffen werden. – Daß man seine Meinung für richtig hält, ist nur natürlich, eben deswegen verfiht man sie ja, aber seine Meinung von vornherein zur gesicherten Wahrheit erheben zu können und die ihr widersprechenden der Öffentlichkeit vorzuenthalten: wäre nicht das eben jenes Monopol, das Sie, und mit Recht, den Schriftstellern absprechen? – Wem, Herr Minister, sprechen Sie's zu? – Noch einmal, ich rede nicht von der Lüge, ich greife da den Vorschlag Brechts auf, Faschismus, Rassismus, Kriegstreiberi sollen auf wehrhafte Intoleranz stoßen, der kann man brauchbare Definitionen erarbeiten, allein welche Formel trennt Irrtum von Wahrheit, wenn es um das fortschreitende Leben geht? Wenn sich die Widersprüche entfalten, wenn alles im Fluß und Wahrheit im Prozeß ist, stehn Irrtum und Wahrheit nicht im simplen Verhältnis von hier nur Schwarz, da nur Weiß zueinander, sie verknäulen sich, ja bedingen sich wechselseitig. – Die »trial and error method« der Kybernetik ist unerläßlich, wenn man auf Entdeckungen aus ist, die zielen ja eben auf das noch nicht Gekannte oder das noch nicht Ausgesprochene. – Das Leben selbst wird einmal entscheiden, in welchem Maß Irrtum und Wahrheit sich in der Meinung eines Jeden von uns gemischt hat, und wenn wir seine Entscheidungen über die jüngste Vergangenheit überdenken: waren es immer nur Schriftsteller,

die irrten, und waren ihre Irrtümer folgenschwerer als andre? Wir wundern uns gern, wie es möglich war, daß bestimmte Bücher, die heute zum Fundus unserer Literatur zählen, gestern auf Veröffentlichungsschwierigkeiten stießen, deren Begründungen, falls sie erfolgten, sich natürlich auch immer als gesicherte Wahrheiten gaben – wann werden wir verwundert fragen, warum die Erzählungen von Hans Joachim Schädlich, der Roman von Stefan Heym über den Juni 1953, Geschichten und Gedichte von Thomas Brasch, Stücke von Volker Braun und manches andre bei uns nicht erscheinen konnten, und nun soll sich, wie Sie mir bestätigt haben, diese Liste noch um das jüngste Buch von Jurek Becker vermehren? Sie waren so entgegenkommend, mir die Gründe dafür anzudeuten. Sie taten es im privaten Gespräch, und ich will Vertrauen nicht brechen, aber gehören diese Fragen nicht vor das Forum jener öffentlichen Meinung, die wir zwar kaum im Ansatz haben, allein wie anders sollte sie sich bilden? – Oder soll sie es etwa nicht? –

In der Presse der BRD, in der »Zeit«, in der »Frankfurter Rundschau«, im »Spiegel«, im »Stern«, aber auch über Rundfunk- und Fernsehstationen jenseits unsrer Grenzen findet eine Diskussion von Schriftstellern der DDR statt: Kunert, Seyppel, Heiner Müller, Harich, Heym, Schneider, Becker, Hermann Kant – sicherlich nenne ich jetzt nicht alle, ich kenne nicht sämtliche Äußerungen, und von denen, die mir zugänglich wurden, sind welche von nicht sehr hohem Niveau, doch was da verhandelt wird, sind schon unsre Probleme, und wenn auch die quälenden dabei in der Überzahl sind: Warum gibt es dafür bei uns keine Tribüne, oder, gäbe es sie, was ich bezweifle, woher dann die Unlust, sie zu betreten? Fürs nächste Frühjahr steht uns ein Schriftstellerkongreß ins Haus. Ich sehe ihm nicht mit Erwartung entgegen. Beim letzten habe ich es noch getan. Und wenn ich so ehrlich sein soll, wie es die Sache verlangt, die Sache unserer Gesellschaft, in der wir beide wirken, dann muß ich sagen: Ich habe Angst.

Ich habe Angst nicht vor Kritik, nicht vor Argumenten, auch nicht vor harten Schlägen, ich teile ja selbst welche aus, ich habe auch nicht Angst vor Unsachlichkeiten, nicht einmal vor Rüpeleien, wenn man die nur öffentlich zurückweisen kann. Ich habe Angst nicht vor der Wahrheit, wie quälend sie auch immer sein mag, wohl aber vor der Möglichkeit einer Entwicklung, die im Namen von Wahrheit Wahrheit zurückdrängt und letztlich allseits ungewollte irreversible Entscheidungen erzwingt. Man wird dann vielleicht als Sieg etwas feiern, was unser aller Niederlage ist. Ich kenne Leute, die sich über den Weggang Sarah Kirschs freuten und freuen; ich weiß, Sie gehören nicht dazu, sonst schriebe ich ja nicht diesen Brief. – Wer wird zuletzt lachen? – Herr Minister, die schönste Lust an der Wahrheit ist die der Korrektur eines quälenden Irrtums – darf ich mit der Hoffnung schließen, daß sich die Sorgen dieses Schreibens bald als irrig herausstellen werden?

Ich bleibe mit vorzüglicher Hochachtung Ihr Ihnen sehr ergebener
Franz Fühmann

Der Offene Brief wurde erst 13 Jahre später publiziert: In »Sinn und Form«, Heft 3, 1990, mit einer Nachbemerkung von Klaus Höpcke.

Ebenda, S. 521 f.

Klaus Höpcke: Postscriptum Januar 1990

»Das hast du nun davon. Du siehst, wozu es führt, wenn man solche Diskussionsartikel wie ›Lust an der Wahrheit‹ schreibt und rumreicht. Nun kümmere dich, daß du da wieder rauskommst.«

So der Bescheid, den ich erhielt, als ich gebeten hatte, der Veröffentlichung des obenstehenden Textes zuzustimmen. Der Vorschlag, Franz Fühmanns Offenen Brief zu drucken, wurde abgelehnt. Das war Ende 1977. Um »herauszukommen«, fragte ich Franz Fühmann, ob wir eine Verwandlung in dialogische Formen versuchen wollten. Obwohl das natürlich die Geschlossenheit seines ursprünglichen Briefes beeinträchtigt hätte, war er zu dem Versuch zunächst bereit. Doch auch dieser Anlauf scheiterte, als wir – zur gleichen Zeit, da wir am Ummontieren des Textes zu arbeiten begannen – bei Nachfragen in Redaktionen die Aussichtslosigkeit des Unterfangens erkennen mußten.

Was mich um so betroffener machte, als ich Fühmann – bei aller Schonung, die er mir in dem Brief angedeihen ließ – doch auch auf bittere Weise bestätigt fand in seiner mit ironischem Ernst vorgetragenen Frage, ob ich mich »ein bißchen sehr hoffnungsfroh« von der Realität abgewandt hätte. War dies zunächst auf meinen Artikel bezogen, der den Anlaß zu Fühmanns Offenem Brief gegeben hatte, galt es nun auch für mein irrales Bemühen um den öffentlichen Umgang mit ebendiesem Brief, oder genauer: dafür, daß ich die Irrealität dieses Bemühens über Wochen hinweg nicht wahrhaben wollte.

(Später begann ich einzusehen, daß Fühmanns kritischer Hinweis mir über den in Rede stehenden Fall hinaus etwas zu sagen hat; das ist ein Thema für sich.) Das Scheitern der damaligen Publikationsversuche unterstrich, wie berechtigt die von Franz Fühmann ausgedrückten Sorgen waren.

DIETMAR WITTICH

In welcher Gesellschaft leben wir?

Die Frage scheint geklärt, durch den Gang von Geschichte. Die Antwort scheint auf der Hand zu liegen, sie trägt ihre Plausibilität in sich selbst. Auch für uns. Das sollte uns wundern, tragen wir doch in unseren Biografien die Erfahrungen von Existenz in unterschiedlichem gesellschaftlichem Sein.

Das ist der Ansatz: Hinterfragen wir die scheinbare Plausibilität unseres »Werkeltagbewusstseins«. Der Zeitgeist bietet verschiedene Deutungsmuster (Denkformen) an: westliche Demokratie, freiheitlich-demokratische Grundordnung, marktwirtschaftlich verfasste Gesellschaft, (nicht mehr) Industriegesellschaft, (nicht mehr) Arbeitsgesellschaft, Freizeitgesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Wissensgesellschaft. Zugleich scheint die Welt(-Gesellschaft) in ihren Normalzustand zurückgekehrt. Die im Rückblick »unnatürliche« Bipolarität der Welt mit unterscheidbaren gesellschaftlichen Ordnungen ist aufgehoben, die Welt ist wieder eins. »Geschichte ist offen!«, hat der Zeitgeist von Karl Popper übernommen. Und: »Das Ende von Geschichte ist gekommen!«, behauptet er zugleich, Veränderungen sind möglich, qualitative Wandlungen der Grundlagen sozialen Seins gelten als ausgeschlossen. Sozialer Wandel, um das »bewährte System« zu erhalten. Alle Politik ist Gestaltungspolitik und damit im Wesen konservativ.

Was lässt sich als Kern dieser Deutungsmuster gegenwärtiger Gesellschaft ausmachen?

(1) Alles dreht sich um Waren, es ist eine Gesellschaft von Waren. Was Marx »Warenfetischismus« nannte, hat den Siegeszug angetreten. Diese Warengesellschaft ist demokratisch, alle Waren sind gleich – als tauschbar. Fortschritt ist, dass prinzipiell alles in Ware verwandelt werden kann, nicht nur Produkte und Dienstleistungen, Information sowieso, aber auch Bildung und Spezialqualifikation, Kunst, Wissen, Glaube, politische Ideen, Soldaten, humanitäre Hilfe, Gesundheit, gar Solidarität (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände), alles hat seinen Markt.

(2) Diese Welt ist global. Die Realität hat die physikalische Erkenntnis eingeholt: Raum und Zeit sind relativ. Kein Ort der Erde ist unerreichbar, keine Chance mehr für Robinson. Per Information kann man überall auf der Welt eingreifen. Für Informationen gibt es keine Grenzen mehr, wie mir jeder morgendliche Blick auf den Müll in meinem elektronischen Briefkasten zeigt. Prinzipiell kann jede Produktion an jeden Ort der Welt verlegt werden, durch Umsteuerung von Kapitalflüssen, der Rest ist Organisation. Für unsere Re-

Dietmar Wittich – Jg. 1943, Dr. phil., Soziologe, Mitglied der Redaktion UTOPIE kreativ. Zuletzt in der Zeitschrift: Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, Heft 160 (Februar 2004).

Für eine politisch-strategische Debatte in der PDS und mit anderen Linken hat eine Gruppe von Beraterinnen und Beratern des Parteivorsitzenden der PDS ein Material erarbeitet »PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt. Thesen zur Strategie der PDS«. Dieser Beitrag und die beiden nachfolgenden Beiträge von Thomas Falkner sowie von Elke Breitenbach und Katina Schubert sind in diesem Arbeits- und Diskussionsprozess entstanden.

daktion z. B. ist es völlig unerheblich, ob ein Autor oder eine Autorin im Prenzlauer Berg wohnt oder in Nordirland.

(3) Der Mensch ist seinem Wesen nach ungleich. Er mag zwar »frei und gleich geboren« sein, das war es dann aber auch. Rousseau und seine Nachfahren im Geist waren und sind Spinner. Die neo-liberale Hegemonie, mit der wir es seit einiger Zeit zu tun haben, basiert darauf, dass es ihren Protagonisten gelungen ist, ein anti-solidarisches Gesellschaftsbild und ein egoistisches Menschenbild zu implementieren und wirksam zu verbreiten. In der Konsequenz werden Menschen eingeteilt in Wertvolle, Nützliche und Überflüssige (in den Slums dieser Welt, aber auch in den kapitalistischen Metropolen).

Soweit meine Sicht vom Gesellschaftsbild des Zeitgeistes.

Aber entspricht dieses Gesellschaftsbild der Realität oder wie weit entspricht es der Realität? Sind die Alternativlosigkeit und die Plausibilität, mit der es präsentiert wird, berechtigt? Was können Ansätze zur Analyse sein?

Ansätze zur Analyse

Dazu ist erforderlich, die eingesetzte Methodologie offen zu legen. Wenn ich als Soziologe mehr tun will, als »Fliegenbeine zählen«, mehr als deskriptive Aussagen zu formulieren, dann brauche ich ein internes Modell der Gesellschaft. Das ermöglicht mir, meinen jeweiligen Gegenstand zu verorten, Realität zu rekonstruieren, indem ich ihn in Beziehung setze zu Zusammenhängen, Prozessen und Verhältnissen. Mein Ansatz ist ein Vergesellschaftungsansatz. Individualität und Gesellschaftlichkeit bilden eine Identität. Ausgangspunkt war die gedankliche Auseinandersetzung mit Aussagen wie diesen: »Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf *sachlicher* Abhängigkeit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse, und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.«

Um ihren Lebensprozess zu realisieren, so Karl Marx in der »Deutschen Ideologie«, müssen die Menschen untereinander Beziehungen eingehen, Kooperation ist die Grundform der individuellen und der gesellschaftlichen Existenz. Diese Beziehungen sind von unterschiedlicher, sich historisch wandelnder Gestalt. Man kann die gesellschaftlichen Beziehungen unterscheiden nach Art (ökonomische, kulturelle usw.), nach Gestalt (unmittelbare – vermittelte), nach Reichweite (familial – global), nach Ergebnis (reproduktiv – kreativ) und nach sozialer Qualität (konfrontativ – kooperativ).

Das komplexe Geflecht dieser Beziehungen der wirklichen Menschen untereinander und zu ihren Existenzbedingungen bildet die gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesen gesellschaftlichen Verhält-

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Dietz Verlag Berlin 1953, S. 75-76.

»Betrachten wir die bürgerliche Gesellschaft im großen und ganzen, so erscheint immer als letztes Resultat des gesellschaftlichen Produktionsprozesses die Gesellschaft selbst, d. h. der Mensch selbst in seinen gesellschaftlichen Beziehungen. ... Die Bedingungen und Vergegenständlichungen des Prozesses sind selbst gleichmäßig Momente desselben, und als die Subjekte desselben erscheinen nur die Individuen, aber die Individuen in Beziehungen aufeinander, die sie ebenso reproduzieren, wie neuproduzieren. Ihr eigener beständiger Bewegungsprozeß, in dem sie sich ebensowohl erneuern, als die Welt des Reichtums, die sie schaffen.«
Ebenda, S. 600.

nissen haben die verschiedenen Arten gesellschaftlicher Beziehungen unterschiedliche Bedeutung oder unterschiedliches Gewicht. Um leben zu können, müssen Menschen bekanntlich essen und trinken, sich kleiden, wohnen sich fortbewegen usw. »Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst ...«. In Gesellschaften, die auf Privateigentum beruhen, sind die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse knappe Güter, sie haben meist die Existenzform von Waren, und die Ressourcen, über die Bedingungen ihrer Herstellung und ihre Produkte und andere Ergebnisse zu verfügen und/oder sie sich anzueignen, sind sozial ungleich verteilt. Diese Verfügung über die Bedingungen der Produktion hat die Existenzform als Kapital, *unsere Gesellschaft ist eine kapitalistische Gesellschaft*.

Menschen sind nicht nur kommunizierende, bedürftige und produzierende Wesen, sie sind auch denkende Wesen, der Drang zum »Baum der Erkenntnis« ist ihnen eigen. Die Ergebnisse dieses Denkens sind verschiedengestaltig, sie reichen von Erfahrung bis Wissenschaft.

Zwei Aspekte sind in unserem Zusammenhang von Bedeutung:

Erstens führt diese Erkenntnis- und Lernfähigkeit (im Kapitalismus zusammen mit der Tendenz des Kapitals, sich auszuweiten und zu rationalisieren) dazu, dass ständig neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden und dass die Prozesse des Herstellens immer effektiver werden, um schneller und mehr produzieren zu können. Die Verfügung oder Nicht-Verfügung über Kapital und andere kapitalförmig verwertbare Ressourcen (politische Macht, Wissen, Information, Organisation- und Verwaltungskompetenz) und der permanente Prozess der Rationalisierung (Produktivkräfte) bilden zusammen die sozial-ökonomischen Verhältnisse. Soziale Unterschiede, die mit diesen sozialökonomischen Strukturen zusammenhängen (von ihnen bedingt werden), haben den Charakter von Klassenunterschieden, sie bilden die Grundlage von Klassenformierung und -strukturierung, das ist unabhängig davon, welche Rolle das im öffentlichen Bewusstsein spielt. Aber die Klassenstruktur ist nur eine Dimension in den komplexen sozialen Strukturen moderner kapitalistischer Gesellschaften. So ist es z. B., wie wir von Pierre Bourdieu wissen, nicht nur von Bedeutung, was und wieviel man isst, sondern auch *wie* man isst. Die Kulturstile konstituieren den Habitus, der die Basis für die Formierung der soziokulturellen Milieus und damit verbundene Formen der Vergesellschaftung oder der Abschließung ist.

Zweitens unterscheiden sich die Ergebnisse menschlichen Denkens nach Stellung der Individuen im Geflecht der gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse und damit verbundenen Interessen. Daraus ergeben sich Unterschiede in Deutungsmustern und Zukunftsbildern (bzw. Chancen für ihre Annahme oder Zurückweisung). Menschen können sich in den hochkomplexen modernen Gesellschaften mit ihrer Vielfalt an Differenzierungen, Zusammenhängen und Spaltungen nur orientieren, wenn sie dabei Deutungsmuster (Topoi) verwenden, sie sagen ihnen, was richtig und was falsch, was gut und böse ist. Diese Deutungsmuster können sich verändern und

Karl Marx, Friedrich Engels:
Die Deutsche Ideologie, in:
MEW, Berlin 1958, Bd. 3,
S. 28.

»In der Beziehung dieser beiden den Habitus definierenden Leistungen: der Hervorbringung klassifizierbarer Praxisformen und Werke zum einen, der Unterscheidung und Bewertung der Formen und Produkte (Geschmack) zum anderen, konstituiert sich die *repräsentierte soziale Welt*, mit anderen Worten *der Raum der Lebensstile*.«
Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede, Frankfurt a. M. 1982, S. 277-278.

sind veränderbar, das ist ein wichtiges Mittel zur Gewinnung oder Sicherung politischer Macht. Jene Deutungsmuster, die die meisten Menschen beeinflussen können, haben die Hegemonie, sie definieren den Zeitgeist. Sicher, die herrschende Ideologie ist immer die Ideologie der Herrschenden, Ausdruck der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, aber nicht nur. Der Kampf um die Köpfe ist ein Krieg, die Produktion von Deutungen ist längst ein selbständiger Industriezweig mit Mächtigen und Machtlosen, aber in diesem Krieg hat es noch nie einen endgültigen Sieger gegeben. Gegenhegemonien sind möglich.

Was ist neu? Globalisierung und Flexibilisierung

Beide Aspekte der sozialökonomischen Verhältnisse haben im modernen Kapitalismus eine neue Qualität erreicht: Die Konzentration und Ausweitung von Kapitalmacht und die Rationalisierung.

Die Entdeckung der potenziellen Globalität gesellschaftlicher Beziehungen als Beziehungen von Waren, als Weltmarkt, ist es, die Marx wenige Jahre, nachdem der Zeitgeist jubilierte »Marx ist tot!«, zu dem Klassiker der Globalisierung werden ließ. Aber es gibt Unterschiede zu der Realität, die Marx reflektierte. Zum einen ist aus der potenziellen Globalität der Waren als verdinglichte gesellschaftliche Beziehungen eine reale Globalität universeller Verfügbarkeit geworden. Zum anderen ist diese Globalität längst nicht mehr auf diese verdinglichten Beziehungen begrenzt, eingreifendes Handeln, Kommunikation, gesellschaftliche Beziehung in ihrer Unmittelbarkeit sind gleichfalls global möglich, und das zu Echtzeit. Das Zentrum dieser Welt (-Gesellschaft) ist überall, überall, wo die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Dominiert wird das alles durch die Globalisierung des Kapitals, dieses hat es am effektivsten verstanden, die neuen Möglichkeit zu nutzen, ja zu okkupieren.

Eine Welle von Fusionen und Übernahmen, verstärkte Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bei den großen Unternehmensgruppen haben insgesamt zu einer Stärkung des international agierenden Finanzkapitals geführt. Sie werden gesteuert an Strategien zur Effizienzsteigerung und bewirken strukturelle Veränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter. Vor allem sind sie verbunden mit einer gigantischen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Es gibt nur wenige »global player«, aber diese Wenigen haben mehr ökonomische (und politische) Macht bei sich konzentriert als je zuvor. Sie haben eine Größe erreicht, dass sie längst über die einzelstaatlichen Volkswirtschaften hinausgewachsen sind, sie in ihre Anhängsel verwandelt haben. Sie entscheiden über Kapitalflüsse, über Kredite und Zinsen. Sie entscheiden (gemeinsam mit der politischen Administration der USA) über das Agieren der Weltbank. Sie sind dabei, die Welt buchstäblich zu erobern. Das Zentrum ist eben nur der Möglichkeit nach überall.

Diese Prozesse haben technologische Grundlagen. Es sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt erst möglich machen. Diese Technologien sind in der Gesellschaft allgegenwärtig, sie werden in allen produktiven und nichtproduktiven Bereichen wirksam und ermöglichen jeweils Effektivität und effektive Vernetzungen. Ihre Wirkung

besteht nicht in erster Linie in neuen Produkten, obwohl es auch dabei eine rasante Entwicklung gibt, die anhalten dürfte. Ihre Hauptwirkung besteht darin, dass sie vermitteln, dass sie prinzipiell alle Herstellungs-, Transport- und andere Arbeitsprozesse effektiver machen und optimieren können. Sie ermöglichen Flexibilisierung und machen sie beherrschbar.

Globalisierung und Flexibilisierung sind objektive Prozesse, sie kann man weder leugnen noch ignorieren und schon gar nicht rückgängig machen, zu ihnen kann man sich nur verhalten. In diesen Prozessen hat sich bisher das Kapital eindeutig zum Sieger gemacht. Globalisierter Kapitalismus bedeutet, dass nicht nur die Erträge gesellschaftlicher Arbeit den realen Wirtschaftskreisläufen in den nationalen Volkswirtschaften entzogen werden und in die virtuelle Sphäre der internationalen Finanzmärkte verschwinden, sondern auch, dass aus dieser Geisterwelt des sich selbst wertsteigernden Geldes ein gewaltsamer Druck in Richtung Profitsteigerung in der realen Wirtschaft ausgeübt wird, der letztlich permanenten Arbeitsplatzabbau bewirkt. Die Konsequenzen sind stagnierende Investitionen, was bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Reduzierung von Lohnarbeit zusätzlich beschleunigt, und defizitäre Staatskassen, die Einschränkungen in den Dienstleistungen für die Gesellschaft erzwingen.

Aber es ist nicht alternativlos, dass Globalisierung und Flexibilisierung sich als kapitalistische realisieren. Die eine Frage, die sich daraus ergibt, ist die, warum es so möglich ist, was die Vermittlungen sind. Die andere ist die nach Alternativen, z. B. ist doch zumindestens zu fragen, ob nicht die gleichen Möglichkeiten zur Internationalisierung von anderen politischen Akteuren genutzt werden können oder zu einem anderen Typ der Regulation zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem, nämlich zu Gunsten des Sozialen.

An den Linken gehen diese Prozesse vorbei, deshalb findet eine Auseinandersetzung um Gestaltungsoptionen gar nicht erst statt, und deshalb haben die neoliberalen Konzepte bisher kampflos gewonnen. Aber zu den Fragen.

Vermittlungen: Politische Macht und Zeitgeist

Die oben formulierte erste Frage umfasst zwei Teile: Was bewirkt, dass diese Gesellschaft so stabil ist? Und: Was bewirkt, dass die Entwicklung in eine ganz bestimmte Richtung gehen kann, die den neoliberalen Konzepten folgt?

Diese Fragen sollen an zwei Dimensionen der gesellschaftlichen Verhältnisse diskutiert werden, einer politischen und einer geistigen. Die These ist, dass zum einen die politische Macht so verteilt und die politischen Kräfteverhältnisse so gestaltet sind, dass die Prioritäten für den Einsatz der staatlich verfügbaren Ressourcen bei der Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse liegen, es ist eine marktradikale Politik. Zugleich werden die geistigen Verhältnisse dominiert von Deutungen, die Marktwirtschaft und Privateigentum, wirtschaftlichen Erfolg und privaten Gewinn generell positiv besetzen. Beide Aspekte verstärken einander.

Politik ist in der Realität beileibe nicht die Kunst des Möglichen. Aus meiner Sicht sind zwei Bestimmungen von Politik (des Politi-

schen) möglich. Zum einen ist Politik die Gesamtheit der Prozeduren und Institutionen, in denen die Staatsbürger die Gestaltung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Zum anderen kann Politik bestimmt werden als Gesamtheit der politischen Beziehungen, die die Menschen eingehen, sich dabei orientieren und organisieren, Normen und Institutionen finden und sie verändern. Soweit die Abstraktion, die Realität ist davon entfernt. Zutreffend ist, dass es sich um Regulierung handelt, die Dimension des Politischen ist eine regulierende, reguliert wird mittels der Ressourcen, die staatlich verfügbar sind, und daneben durch die viel beschworenen Rahmenbedingungen. Ansonsten sind die Verhältnisse anders. Formal sind die Mitglieder der Gesellschaft gleich, egal ob man sie als Staatsbürger oder als Akteur politischer Beziehungen ansieht. In der Realität sind sie es nicht. In den politischen Kräfteverhältnissen haben staatliche Institutionen, Parteien und Interessenverbände (formelle und informelle) ganz klar die Übermacht. Es geht kaum um Diskurse über verschiedene mögliche Lösungsansätze zu gesellschaftlichen Problem- und Konfliktlagen. Die Konzepte sind vorgegeben, sie werden durchgesetzt. Als Wahlbürger können sich die Mitglieder der Gesellschaft dazu verhalten, aber sie haben keine wirklichen Chancen.

Die Ressourcen, die für gesellschaftliche Steuerung zur Verfügung stehen, sind riesig, reichlich 50 Prozent des Bruttoinlandproduktes (1 Billion von 1,8 Billionen €) wandern durch die Staats- und andere öffentlich-rechtliche Kassen. Auch so gesehen bedeutet Politikmachen Macht haben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Politiker mindestens soviel Energie für die Erhaltung von Macht verwenden wie für ihre eigentliche, regulierende Funktion.

In der Welt der Erscheinungen ist immer noch der Einzelstaat der Raum der politischen Prozesse, diese Erscheinung wird reproduziert und verstärkt, indem die Einzelstaaten immer noch die Räume der Legitimationsbeschaffung sind. Aber in Wirklichkeit, in seinen wesentlichen Zusammenhängen hat auch das Politische diesen Rahmen längst gesprengt. Der internationalen Vergesellschaftung der Ökonomie folgt die internationale Vergesellschaftung der Politik. Die Europäische Union hat wesentlich mehr Einfluss auf unseren Alltag, als wir es gemeinhin annehmen. Auch hier tun sich die Linken schwer, sich dazu angemessen zu verhalten.

Kriege sind nach Ende der Bipolarität und in der Ära von Globalisierung und Flexibilisierung auch wieder zu Mitteln von Politik geworden, »neue« Kriege. Geführt werden sie von »Eingreiftruppen« und zunehmend auch von Söldnern. Vor allem die USA sind es, die internationale Konflikte mit militärischen Mitteln kontrollieren und dabei die Welt nach dem Bild der kapitalistischen Metropolen und ihren eigenen Interessen gestalten wollen. Wird die Verfassung der Europäischen Union so angenommen, wie sie jetzt im Entwurf vorliegt, dann gibt es auch in der EU einen rechtlichen Rahmen für weltweites militärisches Eingreifen, für Kriege. Überall auf der Welt sind die Menschen gegen diese Kriege, sie finden trotzdem statt. Hans Jürgen Krysmanski hat den Prozess so zusammenfassend beschrieben: »... ein bestimmtes Zusammenspiel von privatem Reichtum mit ›Direktoraten‹ aus Konzernwelt, Politik, Militär, Kultur usw. (ist) heute zu einem schwarzen Loch, zu einem Gravitations-

zentrum der Macht verdichtet, das die Institutionen der Demokratie und die checks and balances der Zivilgesellschaft nicht nur der USA mit unheimlicher Gewalt aufzusaugen droht.«

Nach Max Weber bedeutet Macht »... jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«. Herrschaft hingegen kann nach ihm »nur die Chance bedeuten: für einen Befehl Fügsamkeit zu finden.« Genau das findet statt. Weil politische Macht als politische Herrschaft ausgeübt wird, gibt es die Einheit von kapitalistischer Globalisierung und neuer imperialer Politik, die politische Herrschaft vermittelt sie.

Demokratie wird dabei ausgehöhlt, aber nicht aufgegeben, erfolgt doch die Legitimationsbeschaffung nach wie vor im einzelstaatlichen Rahmen. Und hier kommt der Zeitgeist ins Spiel.

Hans Jürgen Krysmanski:
Wer führt die neuen Kriege?
In: UTOPIE kreativ, Heft 152
(Juni 2003), S. 519.

Max Weber: Wirtschaft und
Gesellschaft, Tübingen
1972, S. 28.

Ebenda, S. 29.

Zeitgeist, Alltagsbewusstsein und mögliche Alternativen

Dass Bewusstseins- und Stimmungslagen in der Gesellschaft widersprüchlich sind, gilt wohl überall und zu allen Zeiten. Für die Gesellschaft in Deutschland trifft dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf eine besondere Weise zu. Es gibt eine verbreitete allgemeine Unzufriedenheit, ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, grassierende Zukunftsangst und zugleich intensive Fortschrittserwartungen, aber alle diese Tendenzen sind in sich widersprüchlich. Die Lage in der Gesellschaft wird von Mehrheiten gegenwärtig negativer bewertet und pessimistischer gesehen als die eigene Situation, zugleich sind sehr viele in ihrer Lebensplanung verunsichert. Intensive Hoffnungen auf Veränderungen sind unmittelbar mit der Furcht vor Veränderungen verbunden, vor allem davor, selbst dabei zu den Benachteiligten zu gehören. Deutlicher als Umfrageergebnisse das können, zeigt sich diese Stimmungslage darin, dass zu Zeiten steigender Preise, zunehmender Steuern und Sozialabgaben bei stagnierenden oder gar rückläufigen Realeinkommen die Sparquote der Deutschen anwächst.

Aus dieser Grundstimmung heraus kann es zu massenhaften Protestaktionen kommen (wie am 3. April 2004 in Berlin und anderswo), unmittelbar politisierbar ist sie kaum, höchstens an den Rändern, und da vor allem für Rechtspopulismus, wie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen. Warum ist das so? Es ist eine deutsche Spezifik, dass Unzufriedenheit und Krisenbewusstsein sich aus einer völlig anders gearteten Basis heraus entwickeln. Diese Basis wurde von einer verbreiteten Wohlstandsmentalität (»Wohlstand ist anständig!« als Leitwert) und einem tiefen Fortschrittsglauben (»Es geht immer weiter aufwärts.«) geprägt, und das – bei allen sonstigen Unterschieden – im Westen und im Osten nahezu gleichermaßen. Es hat in der alten BRD immer auch Arme, Benachteiligte und Ausgegrenzte gegeben. Aber es war für die Masse der Menschen eine über Jahrzehnte nahezu ungebrochene Erfahrung, dass der Wohlstand zunahm. Das wirkte in der immer breiter werdenden sozialen Mitte der Gesellschaft und bis weit in die unteren Einkommensgruppen hinein, verschämt wurde Armut versteckt, Arbeitslosigkeit getarnt. Reformen bewirkten Fortschritt, mehr Chancengleichheit, mehr soziale Gerechtigkeit. In der DDR war das Lebensniveau zwar insgesamt bescheidener, aber der Wohlstand im

Westen war für viele Vor- und Leitbild, auch wenn man nur als Beobachter von außen daran teilnahm. Die Wohlstandsmentalität wurde sehr schnell übernommen. Das wurde augenfällig in der Geschwindigkeit, mit der der durchschnittliche Ostdeutsche aus dem Trabi in den VW oder aus dem Wartburg in den BMW umstieg. Aus der »nachholenden Modernisierung« wurde dann zwar nichts, aber die nachholende Motorisierung war ein schlagartiger Erfolg. Diese Wohlstandsmentalität ist zugleich partizipativ (man weiß, dass man an einer allgemeinen Entwicklung teil hat) und egoistisch, erst danach – vielleicht – auch solidarisch. Mit dieser historisch akkumulierten Erfahrung kollidiert nun die aktuelle Erfahrung, dass Wohlstand nicht nur nicht wächst, sondern dass es Abstriche gibt, Wohlstand in Frage gestellt wird oder sogar verschwindet. Das wirkt aktuell bis in die soziale Mitte der Gesellschaft, deren Breite jetzt abschmilzt. Das gegenwärtige Krisenbewusstsein in Deutschland ist somit in der übergreifenden Tendenz defensiv, rückwärts gewandt, nostalgisch. Zwei politische Aspekte deuten sich aus diesem Kontext heraus schon einmal an: Soziale Absteiger tendieren eher zur Revolte als zur Revolution. Defensives Krisenbewusstsein favorisiert die alten Modelle, denen die früheren Erfolge zugeschrieben werden, und die politischen Akteure, die damit im Zusammenhang gesehen werden.

Mit dem bis hierher Gesagten ist natürlich nicht die Gesamtheit der Stimmungs- und Bewusstseinslagen erfasst, es handelt sich um eine Tendenz im insgesamt sehr differenziert strukturierten geistigen Leben der Gesellschaft, in Informationen und Meinungen, bei Werten und Deutungsmustern. Eine weitere, wesentliche Tendenz besteht darin, dass die Überzeugung: »So wie es ist, kann es nicht bleiben!« um sich greift und zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Welche Vorstellungen sich in diesen Überzeugungen artikulieren, ist nicht nur sehr differenziert, sie sind vor allem in hohem Maße unklar, diffus und widersprüchlich. Etwa zwei Drittel der Deutschen sehen dringenden gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf, noch mehr jedoch sind der Meinung, dass die Agenda 2010 bisher nichts gebracht hat. Das heißt, sie wollen andere Reformen als diese, sie wollen Alternativen. SPD und Grüne sind an die Regierung gelangt, weil sie Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellten. Vor allem seit Beginn ihrer zweiten Regierungsperiode haben sie den Begriff der Reformen umgedeutet, Reform soll nun nicht mehr sein, mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen, Reform soll nun die Verwertungsbedingungen für Kapital verbessern, den Anteil der Sozialleistungen an den öffentlichen Haushalten verringern und dadurch zu Wirtschaftsentwicklung beitragen. Das folgt der zentralen Botschaft des neoliberalen Zeitgeistes. Fast alle konkreten politischen Projekte, die die Regierung auf den Weg oder auch nur in die öffentliche Debatte gebracht hat, stoßen auf mehrheitliche Ablehnung in der Bevölkerung. Das gilt für die Praxisgebühren und überhaupt für die Gesundheitspolitik, das gilt für die Herabsetzung der Anspruchsfristen für Arbeitslose und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, das gilt für die Rentenpolitik sowie für Subventions- und Steuerpolitik, insbesondere für die immer wieder reflektierte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Auslandseinsätze der Bundeswehr, die unter dieser Regierung möglich und politische Praxis

geworden sind, werden gleichfalls mehrheitlich abgelehnt. Aufwind hat aber ausgerechnet die konservative Fraktion der politischen Eliten in Deutschland, deren Kritik an der Regierung vor allem darin besteht, diese würde die notwendigen Reformen nicht konsequent genug betreiben. Die Hegemonie der neoliberalen Ideologie ist ungebrochen.

Was sind das für Gegebenheiten und Vorgänge, in denen die Reproduktion neoliberaler Hegemonie erfolgt?

In der Meinungsbildung der Bevölkerung wirken relativ stabile Faktoren, und es wirken variable Faktoren. Zu den relativ stabilen Faktoren gehören Werte, Wertestrukturen und dabei gesetzte Prioritäten sowie Gesellschafts- und Menschenbilder. Sie verändern sich in »normalen« Zeiten nur relativ allmählich. Zu den variablen Faktoren gehören Problemwahrnehmungen und -bewertungen, Deutungsmuster für relevante Ereignisse und Prozesse und gesellschaftspolitische Strategien für Problemlösungen und Zukunftsgestaltung.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die Werte der bürgerlichen Revolution, dominieren in unserer Gesellschaft unangefochten, sie werden in allen sozialen Gruppen und soziokulturellen Milieus mehrheitlich geteilt. Weitere Werte, denen viele Menschen eine große Bedeutung zumessen sind: Macht und Ordnung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Fleiß und Ordnung sowie Kreativität und Selbstverwirklichung. Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede, welche Strukturen sich dabei formieren und wie die Prioritäten gesetzt werden. Danach lassen sich in der Gesellschaft vier Typen von Wertestrukturen unterscheiden, die jeweils mit spezifischen politischen Orientierungen verbunden sind.

- Der erste Typ setzt die Prioritäten einerseits bei Macht und Ordnung und andererseits bei Kreativität und Selbstverwirklichung, politisch dominiert eine konservative Orientierung; das sind die Werteprioritäten der eigentlichen Trägergruppe neoliberaler Politik.

- Der zweite Typ setzt die Prioritäten gleichfalls bei Macht und Ordnung und daneben bei Fleiß und Wohlstand, er hat politisch eine Mitte-Rechts-Orientierung und wandert zwischen rechten und sozialdemokratischen Politikangeboten.

- Der dritte Typ favorisiert Solidarität und soziale Gerechtigkeit und daneben Fleiß und Wohlstand, es handelt sich um eine traditionell soziale Orientierung, politisch sozialdemokratisch oder links davon orientiert.

- Nur der vierte Typ, der die Prioritäten bei Kreativität und Selbstverwirklichung sowie Solidarität und Gerechtigkeit setzt und sich politisch links orientiert, ist ein klares Gegenpotenzial zu neoliberaler Politik, allerdings ein relativ kleines.

Die eindeutigen Unterstützer und die eindeutigen Gegner neoliberaler Politik sind Minderheiten. Die Latenzen in den beiden mittleren Gruppen, die insgesamt klar die Mehrheit bilden, kommen vor allem dadurch zustande, dass bei ihnen eine Orientierung auf Wirtschaft und eine Orientierung auf soziale Sicherheit jeweils stark und zugleich wechselnd sind, das macht sie für neoliberale Botschaften gelegentlich und zeitweise empfänglich (vor allem, wenn sie Anlass zu Zukunftsangst haben), aber auch für andere.

Weiterhin ist von Bedeutung, dass bei dem anderen, eigentlich relativ stabilen Faktor des gesellschaftlichen Meinungsbildes, den

Gesellschafts- und Menschenbildern, der neoliberalen Ideologie ein Einbruch gelungen ist. Langfristig in entsprechenden Denkfabriken vorbereitet, ist es ihren Protagonisten gelungen, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und ein egoistisches Menschenbild zu implementieren und wirksam zu verbreiten. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Ellenbogenkampf um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Diese Gesellschaft gehört den Reichen, Mächtigen und Schönen. Der dazu passfähige Mensch hat egoistisch zu sein, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften und das möglichst ungehindert. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt. Diese Bilder konnten sehr wirkungsvoll am Egoismus der Wohlstandsmentalität anknüpfen. An alternativen Gesellschafts- und Menschenbildern, vor allem an solchen, die eine solidarische Gesellschaft zeichnen und auf die Verbindung von individueller Freiheit und sozial gerechter Gesellschaft setzen, gibt es derzeit inhaltliche und kommunikative Defizite, sie sind unkonkret und nicht glaubhaft als realisierbar zu vermitteln.

Wie die Aktienkurse stehen, ist nur für eine Minderheit der Deutschen wirklich von Bedeutung. Trotzdem stehen die entsprechenden Botschaften täglich auf den Titelseiten der großen Boulevard-Zeitungen. Über die Entwicklung an den Börsen wird in allen Nachrichten- und Magazinsendungen des öffentlich-rechtlichen und des privaten Fernsehens informiert. Der Kern ist, es handelt sich nicht um Nachrichten, hier wird ein neoliberales Deutungsmuster verpackt und in einem ideologischen Trommelfeuer verbreitet. Seine Botschaft ist: »Wenn die Wirtschaft boomt (gemeint sind die privaten kapitalistischen Unternehmen), geht es der Gesellschaft gut!«.

Die neoliberale ideologische Offensive (mit ihren Menschen- und Gesellschaftsbildern, Deutungsmustern usw.) hat Wirkungen erreicht, aber sie hat auch Grenzen. In der Wahrnehmung und Bewertung der drängenden gesellschaftlichen Probleme gibt es kaum Unterschiede. In der Gesellschaft existiert insgesamt eine sehr komplexe Problemstruktur, das spiegelt sich auch im Alltagsbewusstsein wider. In der Problemwahrnehmung aller Gruppen und Milieus haben globale Probleme (Frieden), existenzielle Probleme (Arbeitsplätze, Gesundheit), wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme besonderes Gewicht. Diese Gruppen von Problemen erhalten Priorität. Eine Besonderheit des Ostens ist, dass soziale Probleme intensiver reflektiert werden, sie rangieren vor den wirtschaftlichen Problemen. Politische Probleme und Probleme des Zusammenlebens der Menschen werden auch von vielen als Probleme in der Gesellschaft benannt, aber weniger oft als die oben aufgeführten.

Die Unterschiede liegen darin, welche Konzepte zur Problemlösung und zur Zukunftsgestaltung verbreitet werden und Akzeptanz finden. Formal gibt es im Prinzip nur zwei Ansätze für solche Konzepte. In dem einen Ansatz haben die sozialen Probleme Priorität vor den wirtschaftlichen Problemen, das ist der traditionelle sozialpolitische Reformansatz. Dieser Ansatz wird gegenwärtig im politischen Raum kaum von jemandem vertreten, er ist als unrealistisch verschrien und ist es wohl auch, er würde allerdings bei einer qualifi-

zierten Minderheit in der Bevölkerung Akzeptanz finden. Der andere Ansatz setzt die Priorität bei den wirtschaftlichen Problemen und rangiert die sozialen Probleme danach, das ist gegenwärtig der marktradikale Ansatz. Dieser Ansatz ist heute in Deutschland nahezu konkurrenzlos, ihm folgen alle Parteien des politischen Mainstreams, das »Kartell der sozialen Kälte«. Mit Unterschieden im Detail gehen sie gleichermaßen daran, die Defizite im Staatshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen durch Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zu beseitigen oder zu verringern. In der Bevölkerung findet dieser Ansatz gegenwärtig auch die relativ größte Zustimmung, ohne Mehrheitsposition zu sein. Es ist jedoch auch noch ein dritter gestaltungspolitische Ansatz vorstellbar. Der geht davon aus, dass keine der politischen Parteien des politischen Mainstreams gegenwärtig über geeignete Gestaltungsstrategien verfügt (das ist ohnehin Mehrheitsmeinung). Erforderlich ist ein neuer gestaltungspolitischer Diskurs (nicht nur in Deutschland, aber im Rahmen der Europäischen Union, des Weltsozialforums, im Europäischen Sozialforum auch in Deutschland). Diesen Diskurs sollten die sozialen Bewegungen, Verbände und die Gewerkschaften wesentlich mit tragen, vor allem müssten die Bürgerinnen und Bürger an ihm relevant mitwirken können. Dieser Diskurs müsste die gegenwärtige Triade von kapitalistischer Globalisierung, neuen imperialen Kriegen und neoliberaler Ideologie kritisch reflektieren und er müsste thematisieren, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen der Grundsatz umgesetzt werden kann, dass die Wirtschaft für die Gesellschaft da ist und nicht umgekehrt. Auch ein solcher Ansatz könnte erhebliche Akzeptanz finden.

Zentrum: Eigentum und Herrschaft

Was ergibt sich daraus insgesamt, in welcher Welt leben wir also?

(1) Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft mit einer sich rasch entwickelnden neuen Regulationsweise. Diese Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, allerdings ist dabei zu beachten, entsprechend der veränderten Produktions- und Regulationsweise funktioniert auch die Klassenformierung auf neue Weise. Und es ist ein globalisierter Kapitalismus mit einer ungeheuren Konzentration von kapitalistischem Eigentum.

(2) Wir haben es damit zu tun, dass politische Macht als politische Herrschaft ausgeübt wird, die politischen Strukturen sind so gestaltet, dass sie Durchsetzungsfähigkeit und Machterhalt möglichst gewährleisten. Es gibt eine immer stärker werdende Tendenz, die politische Herrschaft als imperiale Herrschaft durchzusetzen.

(3) Die Vorherrschaft des neoliberalen Zeitgeistes ist nicht nur ein Produkt des Kartells der Meinungsmacher. Im geistigen Leben dieser Gesellschaft gibt es Konstellationen von Werten und Einstellungen, die diesem Zeitgeist gegenwärtig erhebliche Wirkungen ermöglichen, zumal wirkliche, konkret ausgearbeitete Gegenkonzepte gegenwärtig fehlen.

Kapitalistisches Eigentum in seiner gegenwärtigen Gestalt als globalisierter Kapitalismus und imperiale politische Herrschaft bilden der Kern der gegenwärtigen Weltordnung. Der neoliberale Zeitgeist vermittelt als Legitimationsbeschaffer die Erhaltung und Reproduktion dieser Ordnung.

Bei der Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitik muss es aber nicht bleiben. Jörg Roesler hat die Krise der New Economy mit früheren Krisen nach technologischen Entwicklungsschüben verglichen und ist zu dem Schluss gekommen, dass auch diesmal wie in vergleichbaren Krisenperioden, ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik die Konsequenz sein kann.

Im Raum steht die Frage: Was tun?

(1) Zunächst müssen die Linken selbst wieder daran glauben, dass Alternativen möglich sind. Der Weg in die soziale Kälte ist nicht der einzig mögliche.

(2) Es gibt einen dringenden Analyse- und Diskussionsbedarf, den gibt es international und er muss auch international bearbeitet werden.

(3) Kapital und politische Herrschaft sind Bastionen, der Ansatzpunkt könnte bei den Vermittlungen liegen. Dem neoliberalen Zeitgeist muss und kann ein anderes Gesellschafts- und Menschenbild entgegen gesetzt werden: eine sozial gerechte Gesellschaft und solidarische Menschen.

(4) Gebraucht werden »konkrete Utopien«, und deshalb ende ich auch mit einem Zitat von Ernst Bloch: »Wie in der menschlichen Seele Noch-Nicht-Bewußtes dämmert, das noch nie bewußt war, so in der Welt Noch-Nicht-Gewordenes: an der Spitze des Weltprozesses und Weltganzen ist diese Front und die ungeheure, noch so wenig begriffene Kategorie Novum. Deren Inhalte sind nicht bloß die unerschiedenen, sondern die unentschiedenen, sie dämmern in bloßer realer Möglichkeit, haben die Gefahr des möglichen Unheils in sich, aber auch die Hoffnung des möglichen, noch immer nicht vereitelten, durch Menschen entscheidbaren Glücks.«

Jörg Roesler: Die New Economy – ein Wiederholungsfall? In: UTOPIE kreativ, Heft 161 (März 2004), S. 225.

Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. Zitiert nach: Ernst Bloch: Freiheit und Ordnung, Abriß der Sozialutopien, Leipzig 1985, S. 190.

THOMAS FALKNER

Herausforderungen für sozialistische Politik

»Es reicht!« – so plakatierte die PDS im Europa-Wahlkampf und forderte »eine bessere Politik«. »Eine andere Welt ist möglich« – der Ruf der Globalisierungsgegner schallt mittlerweile seit Jahren tapfer von hier nach da, mal lauter, mal leiser. Gleichwohl bleibt die Hegemonie jener, die der »schlechten« Politik geziehen werden, ungebrochen – ungeachtet aller Wahlniederlagen oder gar –desaster für jene unter ihnen, die die »schlechte« Politik gerade in der Regierungsverantwortung umsetzen.

Sozialistische Politik ist nicht an sich die bessere Politik, sondern nur dann, wenn sie tatsächlich einen politischen Akteur hat, der für Zeit, Raum und Ort, wo er sich befindet, aktuelle Entscheidungsoptionen entwickelt – Entscheidungsoptionen, die einen gerechten Zugriff aller auf die Lebensquellen der Gesellschaft ermöglichen, die auf soziale und demokratische Integration statt auf Ausgrenzung zielen und die auf der Einsicht beruhen, dass konkrete Machtverhältnisse zeitlich bedingt und damit wandelbar sind. Eine so vorstandene und konzipierte sozialistische Politik kann zu einem kreativen und treibenden Kern der demokratischen Linken auch in Deutschland werden.

Auch die Option einer »anderen Welt« ist keine unmittelbar wirkungsmächtige Alternative. Die Idee der »anderen Welt«, des »neuen Jerusalem«, des »neuen Himmels und der neuen Erde« muss *diessseits-fähig* sein – diese Grunderrungenschaft jener großen geistigen Revolution, mit der geschichtlich die Neuzeit begann (und auf deren Grundlage auch der Sozialismus erst politisch denkbar wurde), hat auch heute – zweihundert Jahre mit Krisen, Kriegen und Zusammenbrüchen später – noch Bestand. Jede wirkliche Alternative also muss sich auf die tatsächliche, die gegenwärtige Welt samt ihren Grenzen hin definieren und aus ihr heraus legitimieren – und zwar in *Ziel und Weg*. Erst so wird auch sozialistische Programmatik strategie- und politikfähig. Erst so – und nicht moralisierend auf »Gut« und »Böse« hin entfaltet – gewinnt die Forderung nach einer »besseren« Politik Sinn und Inhalt.

Was bedeutet das für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten in Deutschland?

I.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wird in der näheren Zukunft von den Herausforderungen geprägt sein, die sich kurz- und mittelfristig aus der Wachstums- und Strukturkrise der zurück lie-

Thomas Falkner – Jg. 1957; Dr. rer. pol.; Journalist und Publizist; Autor verschiedener Bücher über die Entwicklung der PDS und Aufsätze zur politischen Strategie der PDS. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Politik als Chance, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

genden Jahre sowie aus der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung ergeben.

Einerseits wird eine schwache und fragile, durch die fortschreitende Erholung der Weltwirtschaft jedoch gestützte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mit einem Wachstum um die 1,5 Prozent (unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes) erwartet. Mit Blick auf die gewaltigen Herausforderungen, vor denen die deutsche Volkswirtschaft am Arbeitsmarkt, bei den Staatsfinanzen und in den sozialen Sicherungssystemen steht, gilt ein reales Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent allgemein als deutlich zu niedrig.

Während das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland von 1992 bis 2003 insgesamt um 13,6 Prozent wuchs (durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr), konnten die anderen 14 EU-Staaten im selben Zeitraum ihre gesamtwirtschaftliche Leistung um rund 27 Prozent (2,2 Prozent pro Jahr) steigern. Dies wird insbesondere mit den Belastungen durch die deutsche Einheit in Verbindung gebracht, weist aber auch auf strukturelle Defizite hin. Zwar zählt Deutschland nach wie vor zu den leistungsstärksten Industriestaaten weltweit, es gerät jedoch ins Hintertreffen auf dem Markt für internationale Dienstleistungen sowie bei modernen Bürogeräten, Telecom-Produkten und anderen IT-Komponenten.

Deutlich abgehängt entwickelt sich Ostdeutschland. Das BIP pro Kopf beträgt nur 60 Prozent des Westens. Seit 1998 wächst die ostdeutsche Wirtschaft langsamer als die im Westen; die Arbeitslosenquote lag 2002 um 107 Prozent-Punkte höher als im Westen; 1995 betrug die Differenz »nur« 6 Prozent. Zugleich treten Differenzierungen hervor: Einem massiven Zusammenbruch der Bauwirtschaft stehen teils zweistellige Wachstumsraten bei der – allerdings erheblich reduzierten – ostdeutschen Industrie gegenüber. Regional bilden sich »Wachstumscluster« wie Dresden, Leipzig, Chemnitz, Halle, Erfurt oder Jena. Aber auch sie liegen im Niveau noch unter den schwächeren westdeutschen Regionen; Ausstrahlungseffekte auf Nachbarregionen bleiben bislang aus.

Weltwirtschaftlich wird die Lage in den vor uns liegenden Jahren vom Vollzug der EU-Erweiterung und einer insgesamt fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung geprägt sein. Insbesondere die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Staaten sind jetzt schon äußerst eng; der Warenaustausch mit Mittel- und Osteuropa insgesamt ist mittlerweile annähernd so groß wie mit den USA. Die hohen Importe weisen dabei auf ein bereits vor der EU-Erweiterung hohes Maß an Ausgliederungen von Produktion – und damit Arbeitsplätzen – nach Mittel- und Osteuropa hin.

Die Arbeitslosigkeit wird weiter – Schwankungen eingerechnet – auf einem hohen Niveau verharren. Politisch standen in den letzten Jahren einerseits Bemühungen im Zentrum, Arbeit zu verbilligen (insbesondere durch Rückbau sozialer Leistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger), andererseits wurde über die Hartz-Reformen der Druck auf die Arbeitslosen verstärkt, auch unter ihrem bisherigen beruflichen und sozialen Niveau neue Jobs aufzunehmen bzw. das Risiko einer Selbständigkeit auf sich zu nehmen. Beides hat nicht und kann auch weiterhin nicht zu signifikanten Rückgängen

der Arbeitslosigkeit führen. Weder wird Deutschland in den Arbeitskosten jemals mit Mittel- und Osteuropa oder anderen Teilen der Welt konkurrieren können – noch bestehen hinreichend konjunkturelle, finanzielle und mentale Voraussetzungen für eine schlagartige Überwindung der spezifisch deutschen Scheu vor Selbständigkeit und Unternehmensgründung.

Der Diskurs über die Arbeitslosigkeit ist zudem gespalten und vielfach überlagert. Das wird zunächst daran ersichtlich, dass die Arbeitslosen und auf andere Weise sozial Marginalisierten keine eigenständige Rolle in diesem Diskurs spielen.

Ihr Problem besteht nicht allein darin, dass sie kaum organisiert und kaum organisierbar sind. Ihr Problem beginnt damit, dass sie nicht als Individuen mit Gesicht und Schicksal, sondern über ihre große Zahl als Symbol für die Größe der Gefahr wahrgenommen werden, selbst arbeitslos zu werden und ggf. zu bleiben. Das faktisch verhandelte Thema lautet also: Arbeitslosigkeit; es lautet nicht: die Arbeitslosen. Wird über die Reduzierung der Arbeitslosigkeit geredet, soll vor allem den noch Beschäftigten die Angst genommen werden – angenehmer Nebeneffekt ist die Tatsache, dass Menschen wieder in Lohn und Brot kommen.

Spiegelbildlich stellt sich die Lage für die Arbeitslosen selbst dar: Ihre Interessen können sich naturgemäß nicht in erster Linie auf die Ausgestaltung ihres Zustandes, sondern müssen sich auf die Überwindung ihrer Lage richten – also insbesondere darauf, wieder in Arbeit zu kommen. Einerseits gelingt dies nach wie vor dem größeren Teil der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, andererseits haben für die Frage nach Arbeitsmarktchancen die dortigen Akteure (Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik) die Deutungsmacht – und nicht die zeitweise oder ganz heraus Gedrängten. Die Frage nach neuen (Binnen-) Märkten und neuen Jobs, aber auch nach neuen Märkten, die durch Existenzgründungen (mit) erschlossen werden könnten, ist in Deutschland aus vielerlei, hier nicht im Einzelnen abzuarbeitenden Gründen blockiert. Alles in allem kommen die Arbeitslosen somit in eine Lage, in der sie sich dem zunehmenden Widerwillen von Unternehmen und Arbeitsplatzbesitzern gegenüber den Sozialkosten beugen und – für den größeren Teil von ihnen zeitweilige – Verschlechterungen der Alimentierung sowie die Zunahme des Drucks, einen beliebigen neuen Job anzunehmen, hinnehmen müssen. Die Notwendigkeit, die Ausgestaltung der eigenen sozialen Lage ins Zentrum zu rücken, ergibt sich hingegen um so schärfer für den Kern der Arbeitslosen – die Langzeitarbeitslosen und die Sozialhilfeempfänger. Sie allerdings sind eben kaum politisch vertreten – und wer sie (wie die PDS) als politische Kraft vertritt, muss ebenfalls erst durch die Diskursfalle hindurch.

Wir sind mit diesem Komplex in einem Kernbereich der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit angekommen. Sie umfasst den Bereich der Arbeitsmarktchancen, den Anteil am Volkseinkommen und die Verteilung der Kosten für den Sozialstaat. Die sozialstaatlichen Leistungen sind in diesem Kontext den Arbeitsmarktchancen untergeordnet – die Hauptbetroffenen der von den beiden sozialen Hauptgruppen und der Politik letztlich einvernehmlich und augenzwinkernd hingegenommenen bzw. veranlassten Leistungskürzungen erscheinen

als begrenzte Interessengruppe, die noch dazu schlecht organisiert und vertreten wird. Die Vertretungslücke kann politisch nicht aus der Perspektive eines Interessenverbandes, sondern nur im Kontext der Gesamtabwägung geschlossen werden.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausforderungen im weitesten Sinne aktuell vor einer Reihe grundsätzlicher Entscheidungsfragen:

- Liegt die Lösung im Bruch mit dem oder in der Wiederbelebung und Anpassung des spezifischen deutschen Wirtschaftsmodells?

- Soll der Osten Deutschlands abgeschrieben und als Appendix der Mehrheitsgesellschaft West, ihres Wirtschafts- und Sozialorganismus weiter geführt oder soll ein Neuanatz für eine umfassende, tatsächliche Integration entwickelt werden?

- Wie viel Ausgliederung nach Mittel- und Osteuropa sowie in andere Teile der Welt verträgt die deutsche »Innovationsmaschine«? Braucht eine globalisierte deutsche Wirtschaft noch ein Standbein in Deutschland selbst – und welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

II.

Am Zustandekommen der wirtschaftlichen Leistungen und an deren – direkten wie indirekten – Ergebnissen sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes sehr unterschiedlich beteiligt.

Auf der Ebene der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung liegen die Arbeitnehmerentgelte einerseits sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits mit Anteilen von 70,5 Prozent bzw. 29,5 Prozent am Volkseinkommen (Stand: 2003) einerseits im langjährigen, für die Bundesrepublik typischen Rahmen. Die Lohnquote war sogar gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Gegenzug gesunken. (Diese Relationen sind seit 1985 etwa gleich; zuvor, zum Ende der sozial-liberalen Koalition, lag die Lohnquote bei knapp 76 Prozent – bei allerdings geringerem absoluten Umfang, der sich zudem auf eine höhere Zahl von Erwerbstätigen verteilte.)

Andererseits sind neue Trends unübersehbar: Die Bruttolöhne und -gehälter – und die Nettolöhne und -gehälter noch stärker – sind erstmals seit 1997 im Vorjahresvergleich wieder gesunken; zuvor lagen bereits die jährlichen Zuwächse unter dem jeweiligen Vorjahresniveau. Darin spiegeln sich zunächst eine Reihe von Problemen und Veränderungen in der Wirtschaft wider:

- Die vereinbarten Tariflohnsteigerungen von im Durchschnitt rund 2,5 Prozent kamen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme in den Betrieben offenkundig nicht zum Tragen; übertarifliche Leistungen und Sonderzahlungen wurden gekürzt bzw. ausgesetzt.

- Als weiterer Erklärungsansatz gilt, dass gut bezahlte Arbeitnehmer in den Ruhestand gehen oder entlassen werden, während die nachrückenden Arbeitnehmer niedriger entlohnt werden.

- Schließlich wächst seit 1999 deutlich der Anteil von Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihren sehr niedrigen Durchschnittsverdiensten.

Es gibt aber auch noch eine weitere Dimension: Trotz des Rückgangs bei den Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten ist die

Lohnquote insgesamt größer geworden. Sie schließt neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge ein. Und letztere sind 2003 insgesamt stärker als die Löhne und Gehälter gestiegen (Arbeitnehmerseite: 1,8 Prozent; Arbeitgeberseite: 1,6 Prozent) Der Anstieg der Sozialbeiträge – insbesondere der Beitragssätze und der Bemessungsgrenze – ist auch für den statistisch stärkeren Rückgang der Nettolöhne und -gehälter verantwortlich.¹

Das Phänomen lässt sich von verschiedenen Seiten beschreiben:

a) Die Reduzierung der Personalkosten, die die Unternehmenseite auf ganz unterschiedliche Art und Weise gegenüber den Beschäftigten durchgesetzt hatte, wurde durch die gestiegenen Sozialkosten wieder kompensiert.

b) Die Beschäftigten – sofern noch im Arbeitsverhältnis – mussten eine Verschiebung von direkten zu indirekten Entgelten hinnehmen, verbunden mit einem nominellen Einkommenszuwachs unter den vereinbarten Tarifsteigerungen und unter der Teuerungsrate, also anhaltend mit realen Verlusten.

Für beide Gruppen stellen sich somit die wachsenden Soziallasten als Belastung, als Einschränkung ihrer Spielräume dar. Zugleich geriet die Politik unter Druck, weil sie gegenüber beiden Seiten Erwartungen nicht erfüllen konnte: Weder erwies sie sich in der Lage, die Unternehmen im internationalen Wettbewerb besser zu stellen noch konnte sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die z. B. mit der Steuerreform in Aussicht gestellten Entlastungen tatsächlich wirksam machen.

Der Druck auf die Politik verstärkte sich noch, weil sie nicht über den Sozialkosten steht, sondern selbst mit für deren Aufkommen Sorge tragen muss – so durch die Bundeszuschüsse zur Gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung.

So sind die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung von 49,2 Milliarden € (1998) auf 61,2 Milliarden € (Haushaltsansatz 2003) angestiegen – also um 12 Milliarden € auf 124,4 Prozent. Diese Summe setzt sich sowohl aus der Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen als auch aus einem Anteil zusammen, der seit 1998 der Stabilisierung der Beitragshöhe dient und im Wesentlichen in Abhängigkeit von der Bruttolohn- und -gehaltsumme bestimmt wird.

Bei der Bundesagentur für Arbeit beläuft sich der Bundeszuschuss für das Jahr 2003 auf 6,2 Milliarden € (nachdem im ursprünglichen Haushaltsansatz davon ausgegangen worden war, überhaupt keinen Zuschuss zu benötigen). Zu dem entsprechenden Defizit kam es einerseits, weil 700 000 versicherungspflichtig Beschäftigte weniger in die Arbeitslosenkasse eingezahlt hatten (entspricht rund 2 Milliarden €), andererseits waren nicht »nur« – wie von der Bundesregierung angenommen – 4,14 Millionen sondern rund 4,4 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen, was zusätzliche Zahlungen in Höhe von rund 4,5 Milliarden € erforderlich machte.²

Beide Sozialversicherungszweige weisen starke und sich verstärkende Ost-West-Unterschiede auf. Schon für das Jahr 2000 stellte das DIW fest: »Hohen Überschüssen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherungsträger in Westdeutschland stehen kräftige Defizite in Ostdeutschland gegenüber. Im Jahre 2000

1 Gleichwohl ist diese Entwicklung bei den einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht angekommen, denn die Nettoeinkommen sanken weniger stark als die Zahl der Beschäftigten, so dass sich für jene, die einen Arbeitsplatz hatten, sogar ein geringfügiger Zuwachs von knapp einem Prozent ergab.

2 hib-Meldung 249/2003; Stand: 12. 11. 2003.

3 Sozialversicherungshaushalt weiterhin mit Überschüssen. DIW-Wochenbericht 46/00, Bearbeiter: Volker Meinhardt.

4 Kostenexplosion im Gesundheitswesen? DIW-Wochenbericht 7/03; Bearbeiter: Volker Meinhardt, Erika Schulz.

5 Bericht (der Landesregierung) zu den Auswirkungen der demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg. Stand: Februar 2004. Landtag Brandenburg, Drucksache 3/7088. Siehe dazu auch den Beitrag von Wolfgang Weiß in diesem Heft.

wird der Westbereich der Bundesanstalt für Arbeit einen Überschuss von 23 Milliarden DM erzielen. Dieser Betrag wird verwendet, um das in den neuen Ländern anfallende Defizit von knapp 25 Milliarden DM zu decken. Im laufenden Jahr fällt auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung im Westen ein beträchtlicher Überschuss an (15 Milliarden DM), in den neuen Ländern gibt es dagegen ein Defizit in fast der gleichen Höhe (12 Milliarden DM).³

Anders als bei der Renten- und der Arbeitslosenversicherung ist die Politik in der Krankenversicherung nicht durch Bundeszuschüsse beteiligt, wohl aber regulierend gefordert. Sowohl die Schröder- als auch schon die Kohl-Regierungen begründeten ihre jeweiligen Eingriffe mit einer »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen. Eine DIW-Untersuchung von 2003 verdeutlicht jedoch, dass es seit dem signifikanten Ausgabenzuwachs in den ersten Jahren der sozial-liberalen Koalition (1970 bis 1975) in Westdeutschland nur einen äußerst moderaten Anstieg des Anteils der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung am Bruttoinlandsprodukt gegeben hat, nämlich von 5,7 Prozent im Jahre 1975 auf 6 Prozent im Jahre 1998; bei den Behandlungsausgaben gab es eine Steigerung von 4,7 Prozent auf 5,1 Prozent. »Werden allerdings die Gesundheitsausgaben der GKV nicht auf das BIP, sondern auf die Brutto-lohn- und -gehaltsumme (BLG) bezogen«, so das DIW, »dann ergibt sich ein Anstieg der Relation von 12,1 Prozent (1975) auf 14,2 Prozent (1998); dies entspricht einer prozentualen Steigerung um 17 Prozent. Für die GKV liegt also der Grund für den Anstieg der Beitragssätze in der zunehmenden Spreizung von BIP und BLG. Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge, die Bruttolöhne und -gehälter, hält offensichtlich nicht Schritt mit der Entwicklung des BIP.« Eine ähnliche Entwicklung der Gesundheitsausgaben wie für das alte Bundesgebiet stellt das DIW auch für Gesamtdeutschland im Zeitraum 1992 bis 2000 fest.⁴

Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind umlagefinanziert. Anzahl und Beitrag der Aktiven stehen dabei in einem direkten Zusammenhang mit Anzahl und Leistungshöhe der Empfänger. Das Verhältnis zwischen Aktiven und Leistungsempfängern aber ist in zweierlei Hinsicht gestört: einerseits durch die verfestigte hohe Arbeitslosigkeit, andererseits durch den demographischen Wandel. Dieser Wandel wird seit längerem als Hauptargument für Sozialabbau bemüht.

So strittig allerdings bestimmte Prognosen sein mögen – unbestreitbar sind die tief greifenden Einschnitte in der Bevölkerungsentwicklung von den beiden Weltkriegen über den »Pillen-« und in Ostdeutschland den »Wendeknick« bis hin zu den Geburtenverlusten im Osten durch Abwanderung und angesichts der sich seit Ende der 90er Jahre wieder verschärfenden wirtschaftlichen und sozialen Krise in Ostdeutschland.

Unbestreitbar ist auch die deutliche Geburtenzurückhaltung der Deutschen bis zum heutigen Tag. »Deutschland hat weltweit die höchste Zahl an Kinderlosen; insbesondere Gut- und Hochqualifizierte bleiben zunehmend ohne Nachwuchs.«⁵

Beides wird künftig unweigerlich als »demographisches Echo« in allen gesellschaftlichen Bereichen wieder erscheinen und Probleme

induzieren. Nicht das Ob, sondern bestenfalls das Wie, die Frage nach dem Ausmaß taugen als Gegenstand der Auseinandersetzung. Selbst wenn »ab sofort jede Frau jene 2,1 Kinder zur Welt brächte, die rechnerisch zum Erhalt einer Bevölkerung notwendig sind, würde sich die Einwohnerzahl erst im Jahr 2080 stabilisieren.«⁶ Selbst die als wesentlich kinderfreundlicher geltende französische Politik hat es jedoch nur geschafft, die Anzahl der Kinder pro Frau von 1,65 im Jahr 1993 auf 1,88 im Jahr 2000 zu steigern.⁷

Die Linke in Deutschland tut sich mit diesen Problemen seit Jahren besonders schwer. Einer ihrer Kronzeugen ist dabei Gerd Bosbach, Professor an der FHS Koblenz und von 1988 bis 1991 beim Statistischen Bundesamt tätig. Seine Auffassungen verdienen schon deswegen eine gründlichere Auseinandersetzung, als sie hier geleistet werden kann. Vor zwei gern verwendeten Thesen sei jedoch gewarnt:

Bosbach erklärt, nicht allein das Verhältnis der Erwerbsfähigen zu den Alten sei maßgeblich, sondern auch die Relation zu den Jungen (unter 20 Jahre), also der »Gesamtquotient«.⁸ Auf dieser Ebene stellt er eine wesentlich weniger dramatische Entwicklung fest und erklärt, »auch bei Eintreffen der Prognose des Statistischen Bundesamtes wächst die Zahl der zu Versorgenden bis 2050 nur um 12 Prozent gegenüber 1970!« Darin »versteckt« der Professor jedoch schlicht die Tatsache, dass 1970 das Verhältnis von Jungen zu Alten 60:40 war und sich bis 2050 zu 34:78 geradezu fundamental gewandelt haben dürfte. (Stand 2001: 38:44) Damit ändert sich an der Dramatik für eine umlagefinanzierte Rentenversicherung nichts – jedenfalls in der Sache nicht.

Dem Statistischen Bundesamt und der Politik wirft Bosbach ferner vor, gezielt einen »worst case« ausgewählt zu haben und zu propagieren. Er erklärt: »Wären die Berechnungen bis 2060 geführt worden, wären die heute geburtenstarken Jahrgänge der 30- bis 40-Jährigen – 2050 noch in nennenswerter Zahl Rentner – überwiegend verstorben. Das Zahlenverhältnis würde sich wieder zu Gunsten der Erwerbsfähigen verändern.«⁹ Der Zynismus dieser Aussage ist unübersehbar. Derartige Zahlenspiele beruhigen nicht nur an der falschen Stelle, sie stellen auch das Schicksal ganzer Generationen zur Disposition, weil sie Handlungs- und Reformbedarf im Interesse dieser Menschen negieren oder Illusionen wecken.

Der Horizont dieser taktisch zweckbestimmten Auseinandersetzungen wird durch die Dramatik im Osten Deutschlands jedoch gesprengt. Die massive Abwanderung hier ist nicht nur Ursache für einen regionalen Geburtenausfall – sie steht besonders zugespitzt dafür, dass der demographische Wandel nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme dramatische Folgen hat, sondern auch für die Reproduktion und Akquise von Ressourcen insgesamt. Im Osten fehlen die Abgewanderten als qualifizierte, leistungsfähige Arbeitskräfte mit Perspektive, die wirtschaftliche Ansiedlung attraktiv machen könnten. Sie fehlen für die zahlenmäßige und qualitative Reproduktion der Bevölkerung. Märkte und Nachfrage-Strukturen verändern sich mit der Vergreisung der ostdeutschen Gesellschaft, mit der zunehmenden Abhängigkeit von Transfereinkommen und mit dem Fall des kulturellen Niveaus. Und der Bevölkerungsrückgang schlägt an-

6 Zit. nach: Bericht (der Landesregierung) zu den Auswirkungen der demographischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg. Stand: Februar 2004. Landtag Brandenburg, Drucksache 3/7088.

7 Gerd Bosbach: Demografische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik. o. O., o. J., S. 4.

8 Ebenda, S. 6.

9 Ebenda, S. 8.

gesichts der Berechnungsgrundlagen der föderalen und sonstigen Finanzausgleichssysteme negativ auf die Transferzahlungen an den Osten zurück.

Bevölkerungswachstum, Bevölkerungsentwicklung sind nur scheinbar abstrakte Größen. Letzten Endes stehen dahinter Lebensentscheidungen von Menschen – ob Paare ihren Kinderwunsch erfüllen oder nicht, ob sich Frauen entscheiden, ein Kind zur Welt zu bringen oder nicht. Diese Entscheidungen fallen stets unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen – und diese Umstände sind (nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich) politisch induziert. Damit sind sie politisch beeinflussbar.

Die Bundesregierung hat dies mit Maßnahmen wie der Erhöhung des Kindergeldes, der Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld, mit der Anpassung des Wohngeldes und der Erhöhung der individuellen Ausbildungsförderung versucht, jedoch keinen tatsächlichen Umbruch bewirkt. So muss sie einräumen: »Allein Lebende, allein Erziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern weisen ein signifikant höheres Ausgrenzungsrisiko und überdurchschnittliche Armutsquoten auf. Während die Armutsquoten von allein Lebenden bei rd. 15 Prozent verharren, geht die Armutsquote von allein Erziehenden von rd. 30 Prozent (1998) auf 26,5 Prozent (2001) zurück. Paare mit drei oder mehr Kindern sind deutlich stärker von relativer Einkommensarmut betroffen als Paare mit einem Kind oder zwei Kindern ... Die Armut in der Altersgruppe bis unter 16 Jahren liegt beinahe unverändert bei 13,6 Prozent (2001), bei Menschen über 65 Jahren bewegen sich die Armutsquoten etwas unterhalb der Quote für die Gesamtbevölkerung ...«¹⁰ Letzteres bestätigen nicht nur neueste Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) von DIW Berlin und Infratest Sozialforschung, sie zeigen zudem, dass von den alten Menschen »... die Mehrzahl finanziell sogar deutlich besser gestellt ist als Familien mit Kindern. Seit Mitte der 80er Jahre konnten die Alten insgesamt ihre Einkommensposition zudem nachhaltig verbessern.«¹¹

III.

Dass die deutsche Gesellschaft eine wenig kinderfreundliche und zu wenig zukunftsorientierte Gesellschaft ist, zeigt sich nicht nur im finanziellen Bereich, sondern auch und gerade daran, wie der Zugang zu scheinbar immateriellen Ressourcen geregelt ist. Stichwort: Bildung.

In einer Viadrina-Studie wurde mit Blick auf die westlichen Bundesländer festgestellt, »dass die absoluten Bildungsausgaben nur sehr geringfügig auf die Veränderung der Bevölkerungsgruppen im bildungsrelevanten Alter reagieren. Für einen Verteilungskonflikt ließ sich nur eine schwache Evidenz finden.«¹² Das dürfte im Osten im Prinzip ähnlich sein, wenn auch verschärft durch die Folgen der Abwanderung und die zusätzlichen Geburtenrückgänge seit der Wende. Das Problem besteht zunächst vielmehr darin, dass das Grundniveau insgesamt zu niedrig ist. Bereits 1997 lag Deutschland mit seinen öffentlichen Bildungsausgaben deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder und vor allem deutlich hinter den skandinavischen Ländern.¹³ Ein Problem lag auch in der Struktur der

10 Strategien zur Stärkung der sozialen Integration. Nationaler Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, S. 6.

11 Einkommen, Sparen und intrafamiliale Transfers von älteren Menschen. DIW-Wochenbericht Nr. 6/2004

12 <http://www.makro.euv-frankfurt-o.de/Bildung.pdf>.

13 Vgl.: <http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STIBildungsausgaben-Hamburg.html>; vgl. auch: Schmidt, Manfred G.: Ausgaben für Bildung im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 21-22/2003) http://www.bpb.de/publikationen/CSELQR,0,0,Ausgaben_fProzentFCr_Bildung_im_internationalen_Vergleich.html#art0.

Bildungsausgaben selbst: »... von dem Geld kommt in den Klassenzimmern und Hörsälen nur wenig an. Das meiste Geld landet bei den Lehrern – je älter, desto teurer«, so das Fazit einer SPIEGEL-Analyse.¹⁴

Zudem gab es Ende der 90er Jahre innerhalb Deutschlands noch einmal deutliche regionale Differenzierungen, die auch der Tatsache geschuldet sind, dass hier Bildung Ländersache ist. Im Großen und Ganzen wurde deutlich, dass die ostdeutschen Länder weniger für Bildung aufwandten als die westdeutschen; in den Stadtstaaten wurde am meisten für Bildung ausgegeben – auch mehr als in den westdeutschen Flächenländern.¹⁵ Eine deutliche Korrelation zu den späteren PISA-Ergebnissen war allerdings nicht feststellbar.

Das Problem des deutschen Bildungswesens ist denn auch, so die Lehre aus PISA, vor allem ein strukturelles und ein inhaltliches: Es wird zu wenig in der Breite gefördert und zu früh ausgelesen. Es gibt eine ausgeprägte soziale Differenzierung im Bildungszugang, die gerade in den Bundesländern am härtesten ist, die die besten PISA-Ergebnisse – aber eben immer noch deutlich hinter den Spitzenreitern – vorweisen. Die inhaltlichen Schwächen zeigen sich vor allem in den relativ schlechten Leseleistungen, mathematischen Leistungen und naturwissenschaftlich-technischen Fähigkeiten.

Der aktuell dominierende Diskurs in Deutschland, der vor allem auf Eliten-Förderung orientiert, zielt also an den eigentlichen Herausforderungen – den strukturellen und inhaltlichen – vorbei. Denn hier müsste eine umfassende Bildungsreform ansetzen.

IV.

Alle Reformdebatten in Deutschland sind seit Jahren überlagert von der Auseinandersetzung um die Krise der öffentlichen Finanzen. In Deutschland stieg die Bundesschuld von Anfang der 80er Jahre bis Ende der 90er Jahre um rund 600 Prozent; schon 1997 überstieg die Gesamtsumme der öffentlichen Schulden deutlich die Grenze von 2 000 Milliarden DM. Fast jeder vierte Steuer-Euro wird inzwischen allein für Zinszahlungen ausgegeben. Zwölf Wochen im Jahr arbeiten Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft somit nur für Zinsen.

Und die Verschuldung wächst weiter und weiter. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes waren die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände) zum Jahresende 2003 insgesamt mit 1 325,6 Milliarden € verschuldet. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 72,4 Milliarden € oder 5,8 Prozent. Beim Bund und seinen Sondervermögen erhöhten sich die Schulden um 40,7 Milliarden € (+ 5,2 Prozent), bei den Ländern stiegen sie um 30,2 Milliarden € (+ 7,8 Prozent) und bei den Gemeinden/Gemeindeverbänden um 1,6 Milliarden € (+ 1,9 Prozent).¹⁶

Die Krise der öffentlichen Finanzen wird immer wieder verkürzt auf die Kosten des Sozialstaates zurückgeführt. Tatsächlich aber ist es so, dass in Deutschland die Gewinnsteuern und die »veranlagte« Einkommensteuer für das gesamte Steueraufkommen eine immer geringere Rolle spielen, während der Anteil der Lohnsteuern allein von 1992 bis 1997 um 20,7 Prozent stieg (bei gegenläufigem Trend der Löhne und Gehälter!) und nun erst recht der größte Einnahme-

14 <http://www.spiegel.de/unispiegel/geld/0,1518,219818,00.html>.

15 <http://www.arge.schule-hamburg.de/Archiv/STIBildungsausgaben.html>.

16 Neben den Kreditmarktschulden nahmen die öffentlichen Haushalte Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe auf. Sie erreichten am 31. Dezember 2003 insgesamt 32,0 Milliarden € und übertrafen damit den Vorjahreswert um 32,9 Prozent. Die Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände lagen zum Jahresende 2003 bei 15,9 Milliarden € (+ 5,2 Milliarden € oder fast 50 Prozent mehr als im Vorjahr). – Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 86 vom 26. 2. 2004. <http://www.destatis.de>.

posten für den Fiskus ist. Auch die viel bemühte These vom Hochsteuerstandort Deutschland war schon vor Jahren – vor der rot-grünen Steuerreform, die die großen Unternehmen weiter entlastet – nicht zutreffend.

Es ist sachlich falsch, wenn die deutsche Bundesregierung bei der Haushaltssanierung die Korrektur der Einnahmesituation ausblendet und stattdessen ausschließlich auf die Reduzierung von Ausgaben und sogar auf eine weitere Entlastung der Unternehmen setzt. Nach Einschätzung der internationalen Fachwelt haben z. B. in den USA die 1996 unter dem Druck der Republikaner (!) von Clinton herbeigeführte Anhebung der Kapitalzuwachssteuer neben der Verringerung des Rüstungsetats, den niedrigen Zinsen, steigenden Realeinkommen im privaten Sektor und weiteren Faktoren dazu geführt, dass Washington 1998 erstmals seit fast 30 Jahren wieder einen Haushaltsüberschuss (70 Milliarden \$) verzeichnen konnte. (1999: 76 Milliarden \$) Diese Mittel wurden im Musterland des Kapitalismus und unter Führung des für die »Neue Sozialdemokratie« in Anspruch genommenen Bill Clinton keineswegs zur Begünstigung der Wirtschaft, sondern ausnahmslos für soziale Zwecke eingesetzt: größtenteils zur Rettung der konkursreifen staatlichen Pensionskassen sowie zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Schulen und zur Sanierung der gesetzlichen Krankenversicherung Medicare.

V.

Die Ereignisse vom 11. September 2001 sowie vom 11. März 2004 markieren Zäsuren in der Entwicklung der Weltgesellschaft und auch der Stellung Deutschlands in der Welt. Mit den Angriffen auf New York, Washington und Madrid haben Terroristen jetzt für die USA, für den Westen/den Norden einen Zustand hergestellt, dem sich viele Menschen in der Dritten Welt tagtäglich ausgesetzt sehen: als Hungernde, als Bewohner palästinensischer Flüchtlingslager etc. – dass ihr Leben nicht viel wert zu sein scheint. Die Menschen im Westen sind nicht mehr nur Adressat des terroristischen Appells, sondern zugleich Opfer der terroristischen Tat. Ins Visier werden dabei vor allem *zentrale zivile Elemente der westlichen Lebens- und Kommunikationsweise* genommen (Verkehrsmittel, Arbeitsplätze und deren exponierte Lage, Siedlungsdichte). Der Westen, die Bürgerinnen und Bürger hier, sind verwundbar wie seit langem nicht mehr. Und sie wissen, dass keine noch so starken Gesten ihrer Regierenden, kein Militär- und kein Polizeieinsatz, sie sicher gegen derartige Attacken schützen können. Verstärkt durch den globalisierungsbedingten Wettbewerbsdruck wird deutlich, dass sich der Westen jetzt in einer Phase befindet, die auch von Defensive und tatsächlichen Bedrohungselementen für ihn geprägt ist.

Die Terroristen des El-Qaida-Netzwerkes ebenso wie die Bush-Administration haben einen Krieg ausgerufen – El Qaida gegen die »Christen und Juden«, die USA unter Bush den »Krieg gegen den Terrorismus«, unter dessen Banner auch Kriege zur pro-amerikanischen Neuordnung ganzer Regionen wie der Irak-Krieg geführt werden. Doch sowohl der Afghanistan- als auch der Irak-Krieg (ebenso wie die jüngste Entwicklung im Kosovo) haben bestätigt, dass mit militärischen Mitteln die Konflikte der Welt von heute nicht gelöst

und die terroristische Gefahr nicht gebannt, sondern eher weiter forciert wird. Zugleich zeigen sowohl der Afghanistan- wie der Irak-Krieg, unter welchem massiven Druck Verbündete der USA wie Deutschland in solchen Situationen geraten und wie schwer das Primat der Politik zu behaupten und durchzusetzen ist. Der nach dem 11. September ins Gespräch gebrachte Marshallplan für den Süden wurde schnell wieder vergessen.

Das Verhalten Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder zum Irak-Krieg macht aber zugleich deutlich, dass es nicht schicksalhaft dazu kommen muss, dass unter dem Banner des Kampfes gegen den Terrorismus die dominanten Staatenbündnisse die bewaffnete Verteidigung des Status quo und Eliminierung der letzten fremden Enklaven in ihrem Herrschaftsbereich unterwerfen und dass die Option einer globalen Kooperation zur Lösung der Weltprobleme nicht völlig ohne jede Basis ist.

Dazu kommen Anknüpfungspunkte für fortschrittliche Veränderungen, die die neue Weltsituation auch bietet: Globalisierung und die Kritik an der kapitalistischen Globalisierung sind nicht mehr nur ein exklusives Thema von intellektuellen Linken und Experten, sondern haben weltweit Bewegungscharakter angenommen. Globalisierung verlangt globale Politik *und* Regionalisierung. Der Fragmentierung ist zu begegnen, eine Weltinnenpolitik zu schaffen, der UNO eine neue Rolle zu geben – den USA und ihrer »Koalition der Willigen« ist es nicht gelungen, die UNO völlig auszuschalten.

Gleichwohl sind auch für Deutschland unter dem Banner des »Krieges gegen den Terrorismus« gravierende Veränderungen eingetreten. Der weltweite Einsatz der Bundeswehr wurde – über die neue NATO-Strategie hinaus – bindend; auch in der inneren Sicherheit breitet sich eine Tendenz zum Abbau von Freiheitsrechten aus. Aber auch dies ist nicht schicksalhaft, wie die Tatsache zeigt, dass die rot-rote Koalition in Berlin in der Lage war, auf dem Höhepunkt der Erregung über die Anschläge von Madrid im Frühjahr 2004 die Schleierfahndung abzuschaffen.

VI.

Demokratisch-sozialistische Politik muss sich der tatsächlichen Herausforderungen und gesellschaftlich zu verhandelnden Probleme bewusst sein – und der Verlockung widerstehen, populistisch draufzusatteln. Die Dimension der Fragen reicht über die aktuelle Empörung über die Belastungen, Einseitigkeiten und Fehlsteuerungen beim Einstieg in die notwendigen Umbauprozesse hinaus.

Welches Bild ergibt sich tatsächlich?

a) Eine Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage Deutschlands deutet darauf hin, dass wir noch weitgehend in der Tradition des »rheinischen Kapitalismus«, der sozialen Marktwirtschaft leben. Die Verhältnisse sind kapitalistisch, aber sie sind *noch* nicht vollständig aus dem Wohlfahrtskapitalismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgebrochen. Gleichwohl hat dieser Umbruch begonnen. Kohl hat sich an die Dinge heran getastet, die Agenda 2010 war der erste spürbare Schritt auf tiefer greifende Umbrüche zu.

b) Hintergrund der Veränderungen sind eine Reihe von »Störungen« im vertrauten Gesellschaftsmodell:

1. Die Wirtschaft reagiert auf ihre strukturelle Krise und die Herausforderung durch den globalen Wettbewerb nicht in erster Linie durch Anpassung der durchaus anpassungsfähigen deutschen »Innovationsmaschine«, sondern durch Umbau nach angelsächsischem Vorbild und nach neoliberalen Mustern.

2. Die verfestigte hohe Massenarbeitslosigkeit, wobei verschiedene Ebenen zu unterscheiden sind: Kosten und Einnahmeausfälle infolge der Arbeitslosigkeit, die soziale Lage der Betroffenen (insbesondere der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger), die Symbolwirkung der hohen Zahl als Signal der Bedrohung durch Jobverlust für die jetzigen Arbeitsplatzbesitzer.

3. Die verhaltene Entwicklung der Löhne und Gehälter geht mit der tendenziellen Abkopplung vom Bruttoinlandsprodukt einher – und damit auch mit einer Abkopplung der sozialen Sicherungssysteme vom BIP. Das ist *politisch* der wohl wichtige Punkt in einer Situation, in der man auf die Lohnentwicklung (mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes) politisch wenig Einfluss ausüben kann. Aber die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist eine politische Aufgabe – und die wiederum muss zielgerichtet angepackt und darf nicht auf bloße Ausgabenkürzungen reduziert werden.

4. Der demographische Wandel, der sich bereits vollzogen hat, und seine »demographischen Echos« werden die Reproduktion der Gesellschaft über zunächst einige Jahrzehnte nachhaltig stören und damit vor allem die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme, aber nicht nur sie, herausfordern.

5. Ostdeutschland ist nicht wirklich umfassend in die Bundesrepublik integriert – zwar in die Verfassungsordnung, und im Grundsatz in das politische, wirtschaftliche und soziale System, aber es ist im Wesentlichen eine Empfänger-, keine Geberregion. Der Osten kostet – und er ist das Menetekel des westdeutschen Modells, das sich als letztlich nicht vollständig erfolgreich übertragbar erwiesen hat. Nach der Konstituierung einer spezifischen ostdeutschen Teilsellschaft in den 90er Jahren vollzieht sich jetzt deren Ausdifferenzierung nach spezifischen sozialen Lagen. Konturen einer Neukonstituierung und damit ein spezifisches, verbindendes ostdeutsches Interesse sind (noch) nicht wieder erkennbar. Das Interesse *am* Osten reduziert sich auf die Begrenzung der Kosten

6. Das Bildungssystem – maßgeblich geprägt von einer Vermischung von Rudimenten traditioneller bürgerlicher Schule mit Strukturen und Inhalten der 68er Reformauffassungen – ist vor allem strukturell und inhaltlich nicht in der Lage, in der notwendigen Breite die Ressourcen für die beginnende Wissensgesellschaft zu mobilisieren und zu entwickeln.

7. Die Krise der öffentlichen Finanzen – im Spannungsfeld von galoppierender Verschuldung, Grenzwerten der Euro-Zone und der Tabuisierung von Einnahmeverbesserungen.

8. Der Übergang des Westens in eine begrenzte Defensiv- und Bedrohungsposition im Ergebnis des globalen Wettbewerbs und des neuen internationalen Terrorismus.

c) Die »Störungen« stehen nicht für sich, sondern sind auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Sie sind für keine politische Kraft selektiv zu behandeln. Es handelt sich zudem um politisch

kaum steuerbare oder allenfalls nur bundes- (oder gar europa-) politisch beeinflussbare Entwicklungen.

Das System strebt danach, diese Störungen zu verarbeiten. Die Logik der bisherigen Entwicklung verweist darauf, dass die eigentlichen Härten wohl erst noch bevorstehen – darauf weisen sowohl die Forderungen von Unternehmensseite als auch die Entwicklung der politischen Positionen hin, die einerseits den Unternehmensforderungen folgen, andererseits auf einer einseitigen eigenen Logik beruhen und aus bestehenden Blockaden, Ziel- und Mittel-Konflikten nicht herauskommen.

Vieles ist dabei dennoch offen – das heißt: auch beeinflussbar.

Auch wenn der Ausbruch aus dem wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus noch nicht vollzogen erscheint und viel an Zumutung und Aufregung derzeit noch auf der Symbolebene stattfindet (nicht die am härtesten und auch perspektivisch am meisten Benachteiligten wehren sich, sondern vor allem jene protestieren, die in ihrem Anspruchsniveau betroffen sind, das sie sich selbst zuschreiben und das aus dem herkömmlichen gesellschaftlichen Konsens gefolgert wird), so setzen doch politische Orientierungsprozesse ein, zumal die Auseinandersetzungen durchaus ernste Rückwirkungen auf die politischen Kräfteverhältnisse und auf die Verfasstheit der Parteien und politischen Richtungen haben.

Vor diesem Hintergrund erlangt die aktuelle und künftige Entwicklung in der SPD Bedeutung – der Versuch, diesseits von Union und bisherigem Schröder-Kurs eine machterhaltende Antwort auf die beschriebenen Herausforderungen zu finden.

Zugleich ist spätestens seit der Wahlniederlage der PDS im September 2002 die Frage offen, ob es unter den aktuellen Bedingungen in Deutschland politisch einen Platz links der SPD gibt – und ob er von einer demokratischen oder eher einer populistischen Linkspartei gefüllt werden kann. Die PDS ist angesichts dessen einer harten und anhaltenden Zerreißprobe ausgesetzt – zumal ihr seit einigen Monaten der Platz links der SPD von eher populistisch orientierten Absprengelein der SPD streitig gemacht wird.

Populismus aber ist keine politisch verantwortliche Reaktion auf gesellschaftliche Herausforderungen. Populismus in der Politik ist der enge egoistische Versuch, schnellen Nutzen für die eigene Partei zu ziehen – um den Preis, letztlich mit der eigenen Partei und schlimmstenfalls mit der gesamten Gesellschaft in einer teuren, wenn nicht sogar blutigen Sackgasse zu enden.

Aus der Gesamtsituation ergibt sich für eine Partei wie die PDS vielmehr:

Gesellschaftliche Opposition, politischer Mit- und Umgestaltungsanspruch sowie demokratischer und sozialer Widerstand – das sollte als »strategisches Dreieck« sozialistischer Politik verankert werden. Dabei muss dieses strategische Dreieck stets eine Umbau- und Einmischungs-(Beteiligungs-)Option sein und darf sich nicht in der Attitüde bloßer, distanzierter Kritik oder im parteiegoistischen Zweckbündnis zur bloßen Verteidigung jedweder Besitzstände aus dem alten »rheinischen Kapitalismus« erschöpfen.

Alle drei Elemente des strategischen Dreiecks werden erst in dem Maße produktiv, wie sie sich in engem Zusammenhang auf die ak-

tuellen »Störungen« beziehen und in die Auseinandersetzungen um deren Bewältigung eingreifen. Dabei geht es mit einem solchen strategischen Dreieck nicht darum, »Arzt am Krankenbett des Kapitalismus« zu sein, sondern um die Einsicht, dass sowohl die kurzfristige Verbesserung oder auch nur Stabilisierung der Lebenslage der Menschen als auch der künftige demokratische Sozialismus in Deutschland nur auf dem Weg über die Beteiligung an der Bewältigung der aktuellen Störungen zu erreichen sind.

Die PDS in ihrer derzeitigen politischen Schwäche ist zwar mit all diesen »Störungen« und ihren Auswirkungen konfrontiert, hat aber – wenn überhaupt – nur auf Landesebene und in Kommunen die Möglichkeit, selbst Entscheidungen zu treffen oder eigene Konzepte umzusetzen. Von daher haben die Themen Bildung und Neuansatz Ost für die PDS eine besondere Bedeutung – allerdings können sie auch die nur entfalten, wenn der Gesamtkanon der »Störungen« bearbeitet wird.

Dabei geht es zunächst voraussichtlich um nicht mehr als um die Verankerung von demokratisch-sozialistischen Wertmaßstäben, Kriterien, konkreten Alternativen wie öffentliche vs. marktwirtschaftliche Regulierung (z. B. in der Bildung) im öffentlichen Bewusstsein sowie in bestimmten Bereichen politischen Entscheidens, wo dies möglich ist. Gleichwohl müssen und können aus der Intervention in die Bewältigung der »Störungen« sachliche Referenzen entstehen, auf deren Basis weitergehende strategische Optionen erschlossen werden können – gegenüber konkurrierenden Parteien, im Verhältnis zu Protest und Widerstand wie auch zu den Resignierten.

Aktuelles strategisches Ziel wäre dann: Konflikte und soziale Alternativen deutlich und politisch verhandelbar zu machen. Dies schliesse als einen ersten formellen Schritt den Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag 2006 ein – würde sich aber bei weitem nicht darin erschöpfen.

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT

Opposition und Regierung – Partei und Bewegung – Widersprüche?

Überlegungen zur PDS-Strategie-debatte

Am 8. und 9. Mai hat sich in Rom die Partei der europäischen Linken (PEL) gegründet. Die Delegierten von 15 Parteien aus 13 Ländern haben ein gemeinsames Programm und Statut beschlossen und einen gemeinsamen Vorstand gewählt. Die Partei der europäischen Linken wird und muss mehr werden als ein bloßer Zusammenschluss linker Parteien aus den europäischen Einzelstaaten. Sie hat den Anspruch, tatsächlich zu einer europaweit wirkenden und wirksamen Partei zu werden. Denn der Einfluss der Europäischen Union auf die Politik in den einzelnen Ländern wächst zunehmend. Der überwiegende Teil der Gesetzgebungsvorhaben in der Bundesrepublik ist auf Vorgaben aus Brüssel zurückzuführen. Das macht im Verein mit der Fraktion im Europaparlament frühzeitige politische Intervention auf europäischer Ebene immer notwendiger. Ihre Stoßrichtung hat die PEL auf dem Gründungskongress deutlich gemacht: Sie wird eine Partei, die die Transformation des hochvermachteten kapitalistischen Europa im Bündnis mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, der demokratischen Teilhabe, der gleichen Rechte für alle und der friedlichen Konfliktlösung vorantreibt – auf parlamentarischer und auf außerparlamentarischer Ebene.

Für die PDS kann die Partei der europäischen Linken den politischen Handlungsrahmen erweitern. Denn in der bundesdeutschen Linken wächst die Erkenntnis in die Notwendigkeit, sich auf internationaler Ebene, auf europäischer Ebene zu organisieren und über den Erfahrungsaustausch hinaus politisch interventionsfähig zu werden. Was für viele dieser Linken die PDS nicht ist, kann die PEL werden. Weil auch Einzelmitgliedschaften möglich sind, können wir mit der PEL möglicherweise Linke erreichen, die für die PDS derzeit nicht ansprechbar sind, die sich aber beispielsweise an den jüngsten Protestaktionen gegen die rot-grüne Abbruchpolitik beteiligt haben.

Der Protest gegen die Politik des Sozialabbruchs ist kein deutsches Spezifikum. Er zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern, in denen die Regierungen ähnliche Strategien verfolgen wie in der BRD.

Auch die Groß-Demonstrationen am 3. April 2004 in Berlin, Köln und Stuttgart standen nicht allein. In den meisten europäischen Ländern fanden ähnliche Manifestationen statt.

Solche Bewegung ist geeignet, die wachsende Resignation, das wachsende Desinteresse an Politik mit ihren ungeheuren Auswirkungen auf das eigene Leben zu brechen.

Elke Breitenbach, Jg. 1961, Politikwissenschaftlerin, seit 2003 Abgeordnete in Berlin. Sie war vorher persönliche Referentin der Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin und Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion. Langjährige Erfahrung in der ehren- und hauptamtlichen Gewerkschaftsarbeit sowie in Frauen- und Antifa-Gruppen. Seit 2003 Mitglied des PDS-Parteivorstands und Mitglied des SprecherInnenrates des Netzwerks Reformlinke.

Aber: Die Protestierenden sind – gesellschaftlich gesehen – eine Minderheit. Die ist wichtig als Bremsklotz gegen den Abbau von sozialen Sicherungssystemen.

In der Bundesrepublik koppelt sich wachsender Protest mit zunehmendem Vertrauensverlust der Bundesbürgerinnen und -bürger in politische Institutionen, insbesondere in Parteien. Und – was offenbar neu ist – mangelndes Vertrauen und Desinteresse sind zunehmend in kalte Verachtung umgeschlagen. Das ist ein Problem, nicht nur für die Bundesregierung und die konservative Opposition, auch für uns als linke Opposition im Bund und als politische Partei.

Die PDS ist in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrem Anspruch nach in der Bundesrepublik die einzige Partei, die für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit, zu selbstbestimmtem Leben steht. Die PDS will als einzige Partei, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, dass sie viel mehr als jetzt über ihre eigenen Angelegenheiten und die der Gesellschaft entscheiden können.

»Einzige Partei« zu sein, ist kommunikationstechnisch und werberisch betrachtet von Vorteil. Alleinstellungsmerkmale können uns für Sympathisantinnen und Sympathisanten sowie Wählerinnen und Wähler interessant machen. Zugleich ist die Stellung als einzige Partei für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit usw. unser Problem.

Denn als einzige Partei, die für den Politikwechsel steht, die dazu noch eindeutig eine gesellschaftliche und politische Minderheit repräsentiert, haben wir mit zwei Bundestagsabgeordneten auf der Bundesebene parlamentarisch kaum – klarer gesagt – so gut wie keine politische Durchsetzungsmacht.

Genau diese ist es aber, die uns für Wählerinnen und Wähler, die etwas anderes wollen als den großkoalitionären Kurs von rot-grün und die Verschärfung des Kurses durch schwarz-gelb, interessant machen würde.

Politische Durchsetzungskraft in unterschiedlichen Formen macht uns auch für soziale Bewegungen interessant – sei es zur Informationsbeschaffung, sei es als Transmissionsriemen ihrer Themen und Positionen auf die parlamentarische Ebene, sei es als tatsächliche Durchsetzung ihrer Forderungen.

Innerhalb der PDS wird immer wieder die Öffnung zu den sozialen Bewegungen postuliert.

Was verstehen wir eigentlich darunter? Bedeutet Öffnung, Positionen von Bewegungen eins zu eins zu übernehmen, fast schon eins mit den Bewegungen zu werden, oder haben wir ein politisches Verständnis vom Zusammenspiel Bewegungen – Partei?

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns auch die Frage, wie wir unser Verhältnis zu den anderen Parteien definieren? Sind wir als die »einzige Partei, die für Politikwechsel steht«, bündnisfähig mit der SPD und den Grünen oder schließt sich das generell aus?

Darauf folgt die Frage: Wie gehen wir mit den Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern um? Halten wir sie nur aus oder nutzen wir sie aktiv als ein Mittel, politisch gegen den Abbruchwahn der Großkoalitionäre zu intervenieren? Und wenn ja, wie bekommen wir das strategisch und kommunikativ untersetzt?

Katina Schubert, Jg. 1961, Politikwissenschaftlerin, Bonn/Berlin, arbeitet im wissenschaftlichen Dienst des Bundestages und war von 1996 bis 2002 Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsfraktion. Vor dem Eintritt in die PDS hat sie 20 Jahre in Studierenden- und Antirassismusgruppen mitgearbeitet. Seit 2003 Mitglied des PDS-Parteivorstands und Sprecherin des Netzwerks Reformlinke. Seit Mai dieses Jahres Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei.

Wir haben einen breiten Abschnitt im Partei-Programm, der sich mit Reformalternativen befasst, der sich dazu bekennt, auf allen Ebenen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirkens Politik machen zu wollen, auch auf der Regierungsebene. Die Frage stellt sich, wie? Hier einige Überlegungen zu diesen Komplexen:

Für die PDS kann die Partei der europäischen Linken den politischen Handlungsrahmen erweitern.

PDS und soziale Bewegungen

Die neuen sozialen Bewegungen wie Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, viele zeitlich begrenzte Bewegungen wie die gegen Volkszählungen, für autonome Kultur- oder Jugendzentren usw. haben immer dann Erfolg gehabt, wenn es ihnen gelungen ist,

a) signifikant viele Menschen für ihre Anliegen zu mobilisieren und dadurch erheblichen Druck in Richtung Medien und politische Entscheidungszentren auszuüben,

b) politische Partner auf parlamentarischer Ebene zu gewinnen, die letztlich für die Durchsetzung ihrer Anliegen gesorgt haben. Das gilt für die kommunale Ebene in der Regel genauso wie für die Bundesebene.

Mit den Gewerkschaften ist das noch anders, da sie viel weitreichendere Instrumente haben, Positionen durchzusetzen.

Zwar sind sie traditionell der SPD als parlamentarischer Kraft verbunden, diese Bindung scheint jedoch zunehmend zu bröckeln. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass auch in gewerkschaftlichen Strukturen diskutiert wird, inwieweit sich politische Forderungen und gesellschaftliche Veränderungen durch außerparlamentarische Kämpfe durchsetzen lassen.

Der Mitte Mai in Berlin stattgefundenen Perspektivenkongress hat gezeigt, dass erstmals Gewerkschaften, attac und andere außerparlamentarische Initiativen und Verbände eine über die Demonstrationen vom 3. 4. 2004 hinaus weisende Debatte und Zusammenarbeit planen.¹ Die Breite des Bündnisses und die Vielfalt der Problemanalysen und Ziele unterscheidet die heutige Bewegung von den Ein-Punkt-Bewegungen der Vergangenheit.

Teile dieses Bündnisses wollen sich nicht auf den außerparlamentarischen Bereich beschränken, sondern überlegen, für die Bundestagswahl 2006 eine eigene Partei oder Wahlbündnis zu gründen.

Wir haben uns bei Gesprächen und Veranstaltungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wahlalternative und der Initiative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit auseinander gesetzt. Die von ihnen formulierten programmatischen Positionen finden sich schon seit langem im PDS-Programm und Konzepten der PDS wie zum Beispiel der agenda sozial. Differenzen ergeben sich auf der strategischen Ebene. Ob es Dissense auf inhaltlicher Ebene gibt, wird sich erst zeigen, wenn diese Initiativen über die bloße Forderungsebene hinausgehen und sich inhaltlichen Debatten zu einzelnen Fragen stellen sollten. Das muss unserer Ansicht nach die Messlatte für jedwede Kooperation sein.

Ähnlich muss sich für die PDS ihr Verhältnis zu den Bewegungen darstellen: Wir kooperieren inhaltlich und organisatorisch mit den Bewegungen, wenn es inhaltliche Übereinstimmung gibt. Nicht jeder Protest, so legitim er sein mag, deckt sich in seiner Stoßrichtung mit unseren inhaltlichen Positionen.

Der Protest gegen die Politik des Sozialabbruchs ist kein deutsches Spezifikum.

Als im November letzten Jahres Studierende das Karl-Liebknecht-Haus besetzten, erklärte ein Teil von ihnen während der Debatten, dass es ihnen egal sei, was der rot-rote Senat in Berlin z. B. für Alleinerziehende oder Asylbewerberinnen und Asylbewerber verbessert habe. Betrachten wir diese Studierenden uneingeschränkt als Bündnispartner?

Wir haben nicht den Anspruch, in den Bewegungen aufzugehen. Wir brauchen die Bewegungen als Druck von außen. Das verschafft uns die Spielräume, parlamentarisch und außerparlamentarisch unsererseits Druck zu machen – in der Opposition, und auf der Ebene der Länder und Kommunen auch in der Regierung.

Und sie brauchen uns oder sollen uns wieder brauchen als Transmissionsriemen und Durchsetzungsmacht auf parlamentarischer Ebene bis in die Regierungen auf Länderebene.

PDS und Bündnispartner auf der Parteebene

Wenn wir auf der Bundesebene die »einzige Partei« sind, die für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit steht, haben wir auf parlamentarischer Ebene ein Bündnisproblem. Denn für einen Politikwechsel braucht man Mehrheiten – auf gesellschaftlicher Ebene und auf der Ebene politischer Entscheidungsfindung. Das heißt auch: die emanzipatorischen Potenziale, die sich bei der SPD und den Grünen trotz des Abbruchkurses ihrer Führungen noch finden, dürfen wir nicht ignorieren. Nur wenn die PDS ausreichend Druck von links aufbauen kann – mit Hilfe von Protest und sozialen Bewegungen, mit Hilfe von konkreten und umsetzbaren Alternativen wie der agenda sozial –, werden sich Andockstellen bei SPD und Grünen ergeben.

Die PDS ist nicht Mehrheitsbeschafferin für andere Parteien und sie ist nicht Verhinderer anderer, aber sie ist diejenige, die über Druck von links zumindest SPD und Grüne zu einem wirklichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit bewegen muss.

PDS und Regieren

Regieren ist eine Form politischen Handelns, die sich relativ folgerichtig aus der Logik parlamentarischer Beteiligung ergibt, für die PDS allemal. Denn im Osten – und das unterscheidet sie fundamental von den Grünen gesamtdeutsch – ist sie Volkspartei. Und wer dieses Jahr in Thüringen, Brandenburg oder Sachsen PDS wählt, tut dies nicht oder nicht nur, damit es eine ordentliche Opposition gibt – die Oppositionsführung hat die PDS bereits in allen drei Ländern. Er oder sie tut es im Zweifelsfall auch, um in Thüringen und Sachsen die Alleinherrschaft der CDU zu brechen und in Brandenburg die große Koalition zu beenden. Das heißt aber in der Konsequenz, dass weitere PDS-Regierungsbeteiligungen zustande kommen könnten. Und das heißt, wir müssen als Gesamtpartei eine andere Haltung zu dieser Frage entwickeln. Regieren kommt nicht über uns, was wir irgendwie ertragen müssen. Wir haben es gewollt und herbeigeführt, weil wir um Mehrheiten gekämpft haben.

Nach knapp sechs Jahren Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und zwei Jahren in Berlin wird insbesondere »Berlin« als »Problem« der PDS gesehen, als Glaubwürdigkeitsproblem, vor

allem, weil die PDS trotz ihres Images als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht alle sozialen Kürzungen verhindern konnte.

Dabei ist die Wahrnehmung der PDS-Politik durchaus unterschiedlich in den verschiedenen Gruppen in der Parteimitgliedschaft, in linken Szenen, in der bürgerlichen Öffentlichkeit. Über die Politik der PDS in Berlin wird kontrovers diskutiert.

Die Politik in Berlin steht unter dem Zeichen der Haushaltskonsolidierung. Dass den jährlichen Steuereinnahmen von Berlin in Höhe von 8 Mrd. €, ein Schuldenberg von etwa 53 Mrd. gegenübersteht, lässt sich nicht ignorieren. Bekannt ist auch, dass sich im früheren West-Berlin ein Netz aus Filz und Korruption herausgebildet hat – das Beispiel Bankgesellschaft ist hier die Spitze des Eisberges.

Deshalb zielt die Politik der PDS – unabhängig von der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung – darauf, den Filz aufzureißen und mehr Transparenz zu schaffen. Es geht um eine Politik, die trotz Haushaltskonsolidierung zu mehr sozialer Gerechtigkeit sowie Beteiligung führt und Berlin zukunftsfähig macht. Dazu sind Strukturveränderungen nötig.

Ein Beispiel hierfür ist die Wohnungsbauanschlussförderung. »Die öffentliche Förderung im sozialen Wohnungsbau muss sozial schwachen Mieterinnen und Mietern die Möglichkeit eröffnen, zu sozial verträglichen Preisen Wohnungen anzumieten, nicht Investoren und Anleger reich machen. Berlin schießt derzeit auf die Mietzahlungen der Mieter von durchschnittlich 50 € noch einmal monatlich acht bis 15 € pro Quadratmeter zu. Die Nutznießer dieses Systems sind also nicht etwa die MieterInnen, sondern diverse Akteure des Berliner Baufilzes und FondszeichnerInnen, die in den vergangenen Jahren damit Spitzenrenditen und Steuerabschreibungen realisieren konnten.«² Deshalb entschied die rot-rote Koalition Anfang 2003 den Ausstieg aus der Anschlussförderung. Die Immobilienwirtschaft klagt nun gegen das Land Berlin.³

Was muss eine Kommunikationsstrategie bei Regierungsbeteiligung leisten?

Immer wieder wird beim Thema Regierungsbeteiligung als Problem die schlechte Kommunikation genannt. Dieses Problem existiert und wir möchten dies nicht in Frage stellen.

Kommunikation muss in erster Linie die Politik nachvollziehbar erläutern und erklären. Darauf haben sowohl die Partei als auch die Öffentlichkeit einen Anspruch. Erst wenn dies geschehen ist, gibt es real eine Grundlage, Politik zu bewerten. Eine solche Kommunikation an sich gestaltet sich schon schwierig. In der Regel handelt es sich dabei um komplizierte und vielschichtige Materien.⁴ Haben die eigenen Mitglieder oder gar die Öffentlichkeit ein Interesse an einer solch komplizierten Auseinandersetzung? Dürfen wir dies eigentlich erwarten?

Die direkt handelnden Akteurinnen und Akteure (Senatorinnen und Senatoren, Abgeordnete) werden in der Regel ihre Politik verteidigen, es lässt sich davon ausgehen, dass sie – nach Abwägung unterschiedlicher Faktoren und möglicher Alternativen – eine Entscheidung treffen und sie entsprechend bewerten. Wer jedoch die Aussage trifft, dass die jeweilige Politik alternativlos ist, liegt falsch

Wir kooperieren inhaltlich und organisatorisch mit den Bewegungen, mit denen es inhaltliche Übereinstimmung gibt. Nicht jeder Protest, so legitim er sein mag, deckt sich in seiner Stoßrichtung mit unseren inhaltlichen Positionen.

Wenn wir auf der Bundesebene die »einzige Partei« sind, die für einen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit steht, haben wir auf parlamentarischer Ebene ein Bündnisproblem.

Regieren kommt nicht über uns, was wir irgendwie ertragen müssen. Wir haben es gewollt und herbeigeführt, weil wir um Mehrheiten gekämpft haben.

– Politik ist niemals alternativlos! Ob die jeweiligen Alternativen zum eigenen Handeln besser sind, obliegt politischer Bewertung, Prioritätensetzung und letztlich politischer Entscheidung.

Durch die Regierungsbeteiligung haben wir unsere Unschuld verloren. Dies ist der Preis für Regierungsbeteiligung, den alle zahlen müssen, die reale Politik unter konkreten Verhältnissen gestalten wollen und müssen – in Zeiten schlechter Kassen allemal.

Der Gestaltungsrahmen auf Landes- oder Kommunalebene ist marginal.⁵ Um eine soziale Balance zu erhalten, ist auch hier eine Umverteilung von oben nach unten nötig. Diese findet nicht im luftleeren Raum statt. Diese wird nicht nur die Millionäre treffen, sondern sie trifft vor allem die Normalverdiener.

Das heißt: gutes Regieren ist nicht nur eine Frage der Kommunikationsstrategie. Es ist auch eine *Frage der politischen Vermittlung und Prioritätensetzung*. Sie bewegt sich im Spannungsfeld von PDS-Programmatik, Erwartungshaltungen der Mitglieder und möglicherweise auch anders gelagerter Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger sowie des politisch Durchsetzbaren.

Die Strategiedebatte der PDS muss diesen Spannungsbogen in der PDS bewusst machen und sich damit auseinandersetzen.

Ein Ziel muss sein, konsistente PDS-Politik in Bund und Ländern, in Regierung und Opposition zu entwickeln und dabei zu einer durchaus konfliktorischen, aber solidarischen Arbeitsteilung zu kommen.

Soziale Gerechtigkeit als strategisches Auseinandersetzungsfeld

Je mehr SPD und Grüne sich mit ihrer Politik der Agenda 2010 von der Idee sozialer Gerechtigkeit im Sinne von

- materieller Umverteilung,
- gleichen Bedingungen für Bildung,
- politischer und kultureller Teilhabe,
- individueller Emanzipation

verabschieden, desto mehr versuchen sie, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in eine bloße Leerformel umzudeuten. Soziale Gerechtigkeit wird demnach verkürzt auf gerechte Teilhabe (Olaf Scholz), auf »Leistungsgerechtigkeit« (Sigmar Gabriel) und auf die Lebenschancen künftiger Generationen (Kathrin Göring-Eckard).

Damit kommt der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um den Begriff und die Politik sozialer Gerechtigkeit für die PDS strategische Bedeutung zu.

Ein zentraler Grundsatz unserer Politik ist die Idee sozialer Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit – im Sinne auch eines neuen Verteilungskompromisses – setzt voraus, dass diejenigen, die mehr Einkommen haben, sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen müssen. Das sehen aber viele derjenigen, die gefordert sind, ganz anders. Das liegt zum einen daran, dass es vorwiegend die Normal- bis wenig-über-dem-Durchschnittsverdiener, die abhängig Beschäftigten sind, die belastet werden, sei es durch steigende Sozialabgaben, Gesundheitsreform, indirekte Steuern, steigende Kosten für Kinderbetreuung, steigende Gebühren auf öffentliche Leistungen.

Das liegt zum anderen daran, dass es in dieser Gesellschaft zunehmend weniger Verantwortungsbewusstsein dafür gibt, dass Ge-

meinwohl und öffentliche Infrastruktur finanziert werden müssen. Denn Straßen, der öffentliche Personennahverkehr, Bildung, Kultur und auch ein großer Teil der sozialen Leistungen werden überwiegend aus Steuermitteln bezahlt (die wenigsten Nahverkehrs- und Kulturbetriebe arbeiten ohne öffentliche Zuschüsse).

Beispiel: die Auseinandersetzung um die Kita-Gebühren-Erhöhung in Berlin

Berlin verfügt bundesweit über eines der besten Angebote zur Kinderbetreuung. Daran hat sich, trotz Haushaltsnotlage, nichts geändert. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Berlin das Betreuungsangebot nicht abgebaut. Bundesweit werden Eltern zur Finanzierung der Kinderbetreuung herangezogen, auch in Berlin. Allerdings war und ist das Niveau geringer als an anderen Orten. Auch die PDS in Berlin möchte ein kostenfreies Kinderbetreuungsangebot, kann dies aber, aufgrund der finanziellen Situation, gegenwärtig nicht umsetzen.

Sie will aber diejenigen mit geringem Einkommen nicht weiter belasten. Vielmehr soll sich die finanzielle Beteiligung der Eltern am Einkommen orientieren und deshalb haben wir die Beiträge stärker gestaffelt als bisher. Statt der bisher neun Einstufungen wurden 41 eingeführt. Über diesen Weg erhöhen sich die Kosten für einen großen Teil der Eltern nicht. Diejenigen, die mehr verdienen und nun stärker belastet werden, haben sich darüber natürlich nicht gefreut. Dies ist aus ihrer Sicht verständlich, aber wir müssen diese Auseinandersetzung führen: Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif.

Wir müssen weg von einer Kultur, in der Steuern zahlen als persönliche Dummheit gilt, hin zu einer Kultur, in der Steuern zahlen Zeichen gesellschaftlicher Verantwortung ist. Wir wollen nicht so viel Steuern wie möglich, aber soviel wie gesellschaftlich nötig.

Die PDS ist die Partei der Verteilungsgerechtigkeit

Wir brauchen einen *erneuerten Gesellschaftsvertrag*. In diesem sollten wir uns gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften, Verbänden und Bewegungen darüber verständigen, was gesellschaftliche Aufgaben sind, wie sie finanziert werden und wer sich daran wie beteiligen muss – jede und jeder nach seiner und ihrer Leistungsfähigkeit. Zu diesen gesellschaftlichen Aufgaben zählen:

- Bildung für alle vom Kindergarten bis zur Hochschule und Berufsausbildung
- kulturelle Teilhabe für alle
- Schutz vor Armut und ausreichend Einkommen für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben
- existenzsichernde Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten können und wollen
- Absicherung vor Lebensrisiken, wie z. B. Krankheit, Arbeitslosigkeit, etc
- Sicherung der Mobilität aller durch einen leistungsfähigen öffentlichen Personenverkehr
- Sicherheit vor Diskriminierung, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus.

Die von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen propagierte und umgesetzte Politik der Steuersenkung – die durch den internationalen

Wer jedoch die Aussage trifft, dass die jeweilige Politik alternativlos ist, liegt falsch – Politik ist niemals alternativlos! Ob die jeweiligen Alternativen zum eigenen Handeln besser sind, obliegt politischer Bewertung, Prioritätensetzung und letztlich politischer Entscheidung.

Damit kommt der öffentlichen und politischen Auseinandersetzung um den Begriff und die Politik sozialer Gerechtigkeit für die PDS strategische Bedeutung zu.

Steuer-runter-Wettbewerb noch angeheizt wird – treibt die soziale Spaltung der Gesellschaft voran.

Es gilt das Recht der Stärkeren. Dieses Bild knüpft an frühkapitalistische Verhältnisse an, die wir längst überwunden glaubten.

Leitbild des von uns vorgeschlagenen erneuerten Gesellschaftsvertrages ist hingegen die Solidarität in der Gesellschaft. Das gilt für die soziale Sicherung genauso wie für die Finanzierung der anderen gesellschaftlichen Aufgaben. Und es gibt durchaus Bereitschaft in der Bevölkerung zur Solidarität, auch wenn sie kostet. Die PDS ist die Partei, die *umsteuert zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger*.

Weiter stellt sich die Frage, wie gesellschaftliche Mehrheiten für den Umsteuerungsprozess zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr BürgerInnenbeteiligung zu organisieren sind, die unserem Regierhandel die notwendige Rückendeckung bieten.

Wie gesagt, die politischen Handlungsspielräume auf kommunaler und Länderebene sind gering, aber es gibt welche.

Beispiel: Beteiligungshaushalt

Auch wenn der Anteil der frei verfügbaren Mittel in den kommunalen und Länderhaushalten nur noch sehr klein ist, lassen sich mit Beteiligungshaushalten möglicherweise *politische Prozesse* mit Bürgerinnen und Bürgern initiieren, die irgendwann in eine gemeinsame Entscheidungsfindung münden – eine neue Form demokratischer Beteiligung.⁶

Beispiel: Kopftuchdebatte und Abschaffung der Schleierfahndung

Zunmittelbar nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kopftuchverbot für Lehrerinnen im Herbst letzten Jahres forderte die Berliner SPD ein Verbot des Kopftuchs im öffentlichen Dienst Berlins. Die PDS hielt aus bürgerrechtlichen und antidiskriminierungspolitischen Erwägungen dagegen. Es gelang ihr, über ein halbes Jahr eine öffentliche Debatte in der Stadt mit zu bestimmen. Am Ende des öffentlichen Diskurses und des koalitionsinternen Aushandlungsprozesses steht, dass an Schulen und im Justiz- und Polizeibereich generell keine religiösen Symbole gezeigt werden dürfen. Gleichzeitig haben sich PDS und SPD auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Integrationspolitik geeinigt.

Gegenläufig zum herrschenden Diskurs, dass Polizei und Geheimdienste im Kampf gegen Terrorismus ständig wachsende Befugnisse auf Kosten von Bürgerrechten bekommen sollen, hat rot-rot in Berlin die Schleierfahndung abgeschafft.

Zusammenfassend: Was können Ziele der PDS-Regierungspolitik sein?

- Kommunikation, dass Politik und politische Entscheidungen nie alternativlos sind, verbunden mit einer möglichst breiten öffentlichen Debatte, welche der Alternativen für die Bevölkerungen der Stadt/des Landes und auch für die PDS die beste bzw. am ehesten akzeptable ist

- Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung durch Beteiligungshaushalte, Volksgesetzgebung, Anhörungen, Stadtteil- bzw. regionale Foren etc. in die Entscheidungsfindung und -begründung

- als Partei der sozialen Gerechtigkeit im Zusammenspiel mit der Partei auf Bundesebene (unter den bekannten sehr eingeschränkten Bedingungen) und den anderen Ländern und dem außerparlamentarischen Druck der sozialen Bewegungen schlimmere Eingriffe zu Lasten der Armen und Ärmsten verhindern

- entfachen einer öffentlichen Debatte über den Sozialstaat, den es nicht zum Nulltarif gibt, den wir aber im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht dem privaten Risiko der Einzelnen überlassen wollen

- Konstituierung von »Leuchttürmen« alternativer Politik, die den mainstream brechen und zeigen, dass auch unter den Bedingungen leerer Kassen und eines sozialdemokratischen Koalitionspartners Alternativen möglich sind.

Den naserümpfenden Hinweis »Ostpartei« vor diesem Hintergrund halten wir für ignorant und zutiefst chauvinistisch.

Agenda sozial – strategischer Ansatz der PDS, Kritik und Alternativen zu bündeln

Die Agenda sozial ist unsere Alternative zur rot-grünen Agenda 2010. Sie folgt völlig anderen Leitbildern und Ideen, auf deren Grundlage politische Konzepte entwickelt werden. Sie geht davon aus, dass die Politik verantwortlich ist für die wirtschaftliche Krise, die viele Menschen hier und in vielen Teilen dieser Welt Lebenschancen kostet und sie in Arbeitslosigkeit und Armut stürzt. Deshalb ist es Aufgabe von Politik, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so zu ändern, dass soziale Gerechtigkeit keine sozialdemokratische und grüne Leerformel bleibt, sondern gelebte Wirklichkeit wird.

Die Agenda sozial folgt diesen Leitbildern:

- Wir wollen einen neuen Verteilungskompromiss durchsetzen.
- Die Arbeit muss vor der Willkür des Marktes geschützt werden.
- Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglichen.

Diese sollten wir – bei allen noch vorhandenen Defiziten der agenda sozial, vor allem, was die Umsetzung anbetrifft – in der Öffentlichkeit verankern. Auf dieser Grundlage sollten wir auch unsere politischen Konzepte (weiter-)entwickeln und daran müssen sie sich auch messen lassen.

Dabei ist es Aufgabe von PDS-Politik, die Verbindung von sozialistischer Vision einer gerechten, demokratischen und friedlichen Gesellschaft mit konkreter, im Hier und Jetzt auf Veränderung zielender Tagespolitik immer wieder neu herzustellen. Wir müssen klarstellen, was wir langfristig wollen, was wir kurz- und mittelfristig an politischer Veränderung durchsetzen können und wie wir das bewerkstelligen.

PDS und Westen – PDS und Osten

Die PDS hat mit dem Parteaufbau und der -verankerung im Westen zu wenig Fortschritte gemacht. Es gibt kein Patentrezept für den West-Aufbau. Weder Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet noch die Aufnahme von Mitgliedern anderer Parteien haben der PDS im Westen einen wirklichen Schub verschafft. Der Charakter der West-PDS wird sich erst zu einer offenen und einladenden Partei ändern, wenn es gelingt, mehr Leute zu gewinnen, die politisch diskutieren, intervenieren wollen, die für die eigene Position streiten und Mehrheiten gewinnen und sich vor Ort aktiv politisch einmischen.

Viel notwendiger ist es jetzt, dass sich gerade die Wessis mit den Erfahrungen des Aufbaus bzw. Abbruchs Ost befassen. Vielerorts im Westen ist der Osten angekommen.

Beim West-Aufbau müssen wir vermutlich mehrgleisig fahren:

- Es muss eine Infrastruktur in allen West-Landesverbänden gewährleistet sein.

- Wir brauchen die kommunale Vertretung über Parlamentsmandate, wo das wegen fehlender Fünf-Prozent-Hürde möglich ist, um die PDS über die Medien und eigene öffentliche Aktivitäten im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

- Wichtig ist die Mitarbeit bzw. Kooperation mit Bürgerinitiativen auf kommunaler und/oder Stadtteil-Ebene und wo möglich die Initiierung gemeinsamer Projekte, die eine Chance haben, auch umgesetzt zu werden (Beispiel: Volksbegehren gegen cross-border-leasing-Projekte u. a.).

- Die Mitarbeit bzw. Kooperation in Gewerkschaften und Bewegungen.

- Der Aufbau und die Konsolidierung von PDS-Hochschulgruppen, die in der Lage sind, nicht nur Studierende anzusprechen, sondern über ihre Aktivitäten auch Andockstationen für linke Intellektuelle und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu sein.

- Und: wir müssen die Idee der europäischen Linkspartei weiter kommunizieren.⁷

Alleine die Altersstruktur der Mitgliedschaft weist deutlich darauf hin, dass die PDS nur dann eine langfristige Perspektive gewinnt, wenn es ihr gelingt, nennenswert viele neue Mitglieder zu gewinnen, die bereit sind, Zeit und Arbeit in die PDS, ihre Weiterentwicklung und die Verbreitung ihrer Ideen und Vorstellungen zu stecken.

Die PDS muss auch in Ostdeutschland neue Leute anzusprechen vermögen: Vereinigungs- und/oder Globalisierungsverlierer genauso wie Leute, die voll ins Erwerbsleben integriert sind, aber mit den herrschenden Verhältnissen unzufrieden sind.

Ostpartei – unsere Chance

Immer wieder werfen westdeutsche Linke der PDS vor, sie sei eine Ostpartei.

Diesen Vorwurf müssen wir näher betrachten: Im »Westen« gibt es (Vor)Urteile über die SED-Nachfolgepartei PDS, die aus der Geschichte resultieren. Das ist nachvollziehbar und wir müssen uns dieser Debatte immer wieder stellen.

Allerdings bezieht sich der Vorwurf »Ostpartei«, wie er beispielsweise von Vertreterinnen und Vertretern der Wahlalternative und der Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit vorgebracht wird, nicht auf die Vergangenheit. Der Vorwurf deutet auch nicht auf politische Dissenspunkte hin.

Ostpartei besagt lediglich, dass wir im »Osten« gesellschaftlich verankert sind. Das ist eine Tatsache, die wir positiv bewerten. Den naserümpfenden Hinweis »Ostpartei« vor diesem Hintergrund halten wir für ignorant und zutiefst chauvinistisch.

Eine solche Haltung zeugt von Geringschätzung und oft schlichter Ignoranz gegenüber »dem Osten« und leugnet zudem, dass wir auch im »Westen« Mitglieder und Parteistrukturen haben, in Kommunalparlamenten vertreten sind. Tatsache ist allerdings auch, dass wir dort nach wie vor eine verschwindend geringe Minderheit darstellen.

Trotzdem sind wir eine gesamtdeutsche sozialistische Partei mit einer heterogenen Mitgliedschaft, mit Menschen aus unterschiedli-

chen Herkunftsländern, mit unterschiedlichen politischen Sozialisierungen und kulturellen Unterschieden. Dies gestaltet sich oft konfliktreich, wie immer, wenn Menschen mit solchen Unterschiedlichkeiten aufeinandertreffen. Wir müssen immer wieder um Kompromisse ringen und oft stehen sich Positionen noch immer unversöhnlich gegenüber. Gleichzeitig haben wir aber eine Menge Gemeinsamkeiten auch deshalb, weil wir voneinander gelernt haben.

Als Westdeutsche in der PDS müssen wir deshalb auch von der weit verbreiteten Haltung weg kommen, dass jedes Programm oder Papier zum Aufbau Ost aus PDS-Feder Ausdruck rein ostdeutscher Orientierung der PDS-Führung ist, die den Westen ignoriert.

Viel notwendiger ist es jetzt, dass sich gerade die Wessis mit den Erfahrungen des Aufbaus bzw. Abbruchs Ost befassen. Vielerorts im Westen ist der Osten angekommen. Etliche Städte zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen werden in den nächsten Jahren bis zu einem Fünftel an Bevölkerung verlieren. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur oder auf die öffentliche Infrastruktur. In strukturschwachen Gebieten des Westens ist zu sehen, was im Osten längst Alltag ist: verlassene Häuser, verfallene Gewerbebetriebe und Gaststätten, hohe Arbeitslosenquoten und kaum Hoffnung, wieder zu befriedigenden Jobs zu kommen. Die rot-grüne Bundesregierung hat in ihren jüngsten Äußerungen den Osten als Aufbauprojekt faktisch abgeschrieben. Im Westen wird die Förderung des Ostens angesichts des Strukturverfalls mit zunehmendem Neid diskutiert, der in Forderungen wie des Bundeswirtschaftsministers gipfelt, die Förderung des Ostens massiv zu kürzen.

Die PDS ist die einzige Partei, die immer wieder gezielte Programme und Vorschläge zu Strukturveränderungen vorgelegt hat, die nicht auf Niedriglohnssektoren und Deregulierung lang erkämpfter arbeitsrechtlicher Fortschritte setzen. Es ist an der Zeit, dass die Westdeutschen in der PDS sich mit diesen Konzepten befassen und für die eigene Politik im Westen nutzbar machen.

Es ist an der Zeit, dass die Westdeutschen in der PDS sich mit diesen Konzepten befassen und für die eigene Politik im Westen nutzbar machen.

- 1 Die auf dem Perspektivenkongress stattgefundene Abgrenzung auf unterschiedlichen Ebenen gegenüber der PDS und die Westlastigkeit der Veranstaltung bedarf einer besonderen Betrachtung, die hier nicht geleistet werden kann.
- 2 Gernot Klemm: Aus für die Wohnungsbauförderung – Was tun?, <http://www.pds-berlin-drei.de/kandidat/klemm/index.html>.
- 3 Weitere Beispiele für Strukturveränderungen finden sich unter <http://www.pds-berlin.de/partei/lpt/09/03/a01synop.html>: In der Mitte, nicht über den Berg. Anlage zur Halbjahresbilanz der Berliner PDS. Informationen zum Stand der Umsetzung von Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung (Synopsis).
- 4 Ein weiteres Beispiel: Bei dem Konflikt um die Kürzungen des Blindengelds in Berlin handelte es sich um die Änderungen des Landespflegegeldgesetzes, worin die Leistungen für viele Behinderte geregelt sind. Für die Blinden ist es verständlicherweise kein Trost, wenn Berlin, als eines der wenigen Bundesländer, z. B. die Leistungen für Gehörlose u. a. enthält. Weitere Infos dazu unter: http://www.elke-breitenbach.de/cms/front_content.php?idcat=4.
- 5 Um dies zu verdeutlichen: Im Haushalt der Berliner Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz sind etwa 95 Prozent der Mittel durch Gesetze (60 Prozent) oder Verträge (etwa 35 Prozent, in erster Linie für Betreuung und Beratung von Personen, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind) gebunden. Lediglich fünf Prozent der Gelder stehen theoretisch für unsere politische Schwerpunktsetzung zur Verfügung.
- 6 Vgl. z. B. Francisco de Oliveira: São Paulo als »Lackmustest« der Partizipativen Haushaltsführung, in: UTOPIE kreativ, H. 158 (Dezember 2003), S. 1117-1125, Klaus-Rainer Rupp: Beteiligungshaushalt als linke Alternative zur »Bürgerkommune«, in: UTOPIE kreativ, H. 158 (Dezember 2003), S. 1126-1131.
- 7 »Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln. Darin sehen wir unsere Verantwortung und die Möglichkeit, all jene anzusprechen, die sich für eine gerechtere Gesellschaft als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben des Individuums einsetzen.« Programm der PEL, Präambel. <http://sozialisten.de/sozialisten/el/programm.htm>.

FRIEDRICH W. SIXEL

Die PDS und die Krise der heutigen Gesellschaft

Beim Lesen dieses Aufsatzes sollte man beachten, dass ich ihn als ein in doppelter Hinsicht Außenstehender schreibe: ich lebe nicht in Deutschland, und ich bin nicht Mitglied der PDS. Dies schon allein ist Grund, mich hier auf Grundsätzliches zu beschränken.

Die PDS fühlt sich, und dies mit Recht, seit der letzten Bundestagswahl in einer Krise. Es wäre dem demokratischen Sozialismus indes keineswegs angemessen, würde die PDS sorgenvoll nur auf das Abschneiden im Wettbewerb um Wählerstimmen schauen. Täte sie dies, würde sie als sozialistische Partei ein ihr Besonderes verkennen. Sie würde anzeigen, dass sie die weiß Gott brennenden Probleme ihrer Zeit nicht so erfasst, wie es dem Sozialismus sonst oft gelungen ist. Die Krise der heutigen Gesellschaft nicht voll zu begreifen, impliziert die Krise der PDS.

Nun mag man in Deutschland von Marx derzeit nicht mehr so viel hören wollen, aber man kann weder bestreiten, dass er das Problem seiner Zeit, nämlich den todbringenden Wettkampf um (individuierten) Profit beim Namen genannt hat, noch dass Menschen im späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert in der damaligen SPD mehrheitlich die zukunftsweisende Partei sahen. Nur wenn es um Gewichtigeres geht als um wahltaktische Überlegungen, kann man die Misere einer Zeit aus dem Erkennen ihres Grundproblems heraus überwinden und dann vielleicht auch – Wahlen gewinnen.

Wenn überhaupt nötig, sei hier zunächst festgehalten, dass der heutige Kapitalismus das Grundübel des traditionellen Kapitalismus keineswegs abgeschafft hat; Kapital macht weiter arbeitslos und dies mit ungebrochener Tendenz. Aber wenn schon von Anbeginn Kapitalismus des Schleiers der Lüge bedurfte, so ist epistemologischer Opportunismus zum Grundmuster der heutigen »Wissensgesellschaft« geworden. Ohne gewiegte Interpretation der Realität ist kein Gewinn zu machen, weder in der Wirtschaft, in der Politik, noch sonst wo. Wo mit Interpretation und Darstellung der Realität flink umgesprungen werden kann, erheben sich Fragen folgender Art: wie funktionieren heutzutage überhaupt Wissenserarbeitung, wie der Austausch von Information, die Bewertung von Gewusstsein etc? Wie fördert unser Hantieren mit Wissen die Profite, nicht nur an Geld sondern auch an Macht?

Man mag sich erinnern, dass schon Karl Marx die Zeiten heraufkommen sah, in denen Wissen sich aus einem bloßen Produktionsmittel in eine Produktivkraft¹ wandelte. Wissenschaft wurde nicht mehr nur in der Produktion bloß angewandt, sondern alle Aspekte

Friedrich W. Sixel –
Jg. 1934; Dr. phil., Professor
für Soziologie an der
Queen's University in
Kingston, Kanada; neben
zahlreichen Essays hat er
u. a. folgende Bücher
veröffentlicht: *Crisis and
Critique – on the »Logic«
of Late Capitalism* (1988),
Understanding Marx (1995),
*Nature in Our Culture –
a Study in the Anthropology
and Sociology of Knowing*
(2001), zuletzt in UTOPIE
kreativ: Was ist denn nicht
»reiner Wahn«?
(Heft 133, November 2001)

1 Siehe Karl Marx: Grundrisse, Frankfurt, Wien, o. J., z. B. S. 587, S. 594. Dieser Rohentwurf wurde 1857/58 verfasst.

eines Unternehmens wurden Gegenstand wissenschaftlicher Forschung; sie strukturiert seitdem deren Abläufe. Dies nahm seinen Anfang mit Frederick Taylors »Time-Motion-Studies«. Schon vorher hatten Unternehmen sich gewandelt; sie waren nicht nur größer geworden, sondern auch vielfältiger und anonymer. Vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien, dem Deutschen Reich, Belgien und auch Frankreich vereinten sie einerseits vorher getrennte Unternehmen unterschiedlicher Branchen und andererseits Rohstoffgewinnung mit der Herstellung von Produkten, deren Großvertrieb und nicht selten auch deren Verkauf im Einzelhandel. Es ist geläufiges Wissen, dass sich Unternehmensleitung und Unternehmensbesitz bald differenzierten, so dass die Akteure in beiden Bereichen in ein distanzierteres und, das heißt auch, in ein abstraktes Verhältnis zu ihrer Tätigkeit traten. Zunehmender Abstand und größere Abstraktion waren zu Erfordernissen im Betreiben eines Großunternehmens geworden und spielten im sozialen Verhalten der Mitarbeiter zueinander eine wachsende Rolle. Abstraktion und Individuation, seit spätestens Max Weber geläufige Dimensionen des Modernisierungsprozesses, wurden zu systemischen Erfordernissen, die bald die überkommene Dialektik von Arbeit und Kapital und damit den Klassenkampf überholten, nicht abschafften, sondern »aufhoben«; dies in den USA schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die Entwicklung zum Spät- oder Globalkapitalismus war nicht aufhaltbar, und, wie Ulrich Busch jüngst überzeugend in UTOPIE kreativ, H. 155 dargelegt hat, ist heute noch weniger durch formaltheoretisch eingeleitete Maßnahmen rückgängig zu machen als das z. B. vom Marxismus-Leninismus versucht worden ist. Normative oder moralische Appelle, oft voll tiefer Gedanklichkeit,² haben noch nie, jedenfalls nicht im Westen, dem Wachstum des Kapitalismus Einhalt geboten und werden das auch in Zukunft nicht tun; sie fördern höchstens das Wachstum von Moral-Unternehmen.

Um das Vergebliche derartiger Reformversuche besser einzusehen, muss man sich klar machen, was dieser moderne Kapitalismus über die Unternehmen hinaus für die Praxis der Gesamtgesellschaft mit sich brachte.

Wie gesagt, waren Abstraktion und Individuation zu Erfordernissen im Wirtschaftsleben geworden, vor allem in leitenden Positionen, aber auch in dem, was einst die Arbeiterklasse ausmachte. Diese war bald über Aktienbesitz, Bankguthaben, Versicherungen, Kreditaufnahmen, Investmentfonds etc. selbst zu einem Maß an Individuation gelangt, in dem der Einzelne sich immer weiter entfernte von Ideen wie Eigener-Hände-Arbeit (»Fleiß«) und gemeinsames Klassenbewusstsein. Arbeiter, die dieser Modernisierung nicht folgten, blieben zurück, wurden arbeitslos, zumal heute. Für das Führungspersonal wurde die Kultivierung der Fähigkeit immer wichtiger, höchst komplexes Datenmaterial aus den vielfältigen Bereichen der Konzernorganisation schnell »auf einen Nenner« zu bringen, oder, wie Niklas Luhmann dies nannte, »seine Komplexität im Hinblick auf kommunikative Effizienz zu reduzieren«. Führungskräften hatte es vor allem darum zu gehen, Sachverhalte so darstellen zu können, also Fakten so zu verknüpfen, dass damit die Sicherung des Erfolges für das Unternehmen und vor allem auch für die

2 Siehe z. B. Jürgen Klute: *Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie*, Hans-Georg Trost: *Die Eigentumsfrage in der Programmdebatte der PDS*, beide in UTOPIE kreativ, H. 155, S. 812 ff. bzw. S. 841 ff. In beiden Aufsätzen spielen Begriffe wie »ethische Aspekte«, »Verantwortung des Staates«, »Sozialpflichtigkeit« eine grundlegende Rolle. So auch in den Beiträgen zu »Nachhaltigkeit & Soziale Gerechtigkeit« in UTOPIE kreativ, H. 153/4.

Führungskräfte selbst als erwartbar erschien. Profit zu machen wurde auf keinen Fall unwichtig, aber der Schwerpunkt des Interesses verlegte sich auf den durch Plausibilität von Informationen abgestützten Machtkampf zwischen Individuen. Sinnlich wahrnehmbare Realität wurde zum bloßen Substrat einer Welt von Erscheinungen, wenn sie überhaupt noch von Belang war.

Herausarbeitung, reduktive Darstellung und Flexibilisierung von Informationen seitens wirtschaftlicher Führungskräfte blieben nicht auf Unternehmen oder die Wirtschaft beschränkt, sondern spielten bald auch in Institutionen wie Politik, Justiz, ja Kunst und Religion ihre Rollen. Bald wurde es gleichgültig, in welchem dieser Bereiche eine »Persönlichkeit« tätig war, ihre Aufgabe wurde es, der jeweils eigenen Institution und damit sich selbst zu Geltung und Wachstum gegenüber anderen zu verhelfen. Die hierzu geforderte instrumentalistische Denkfähigkeit erlaubte bald eine enorme Flexibilität. Es begann üblich zu werden, dass Führungskräfte zügig aus der Wirtschaft in die Wissenschaften wechseln konnten und von dort in die Politik oder in die Leitung kirchlicher Organisationen, dies vor allem, wenn es ihrem Einfluss-, oder genauer, ihrem Machtstreben diente.

Ähnliche, aber keineswegs dieselbe Flexibilität entwickelte sich auch in der Arbeiterschaft und durchtränkte bald die Denk- und Sehweise all derer, die halt nicht in Führungspositionen ihr Spiel trieben. Schon Marx hatte beobachtet, dass Arbeit in den USA nicht mehr eine Sache lebenslanger Identität war.³ Sie war nicht mehr als ein Mittel »to make a living«, und dabei war es gleichgültig, ob man im Schlachthaus einen »job« hatte, bei der Eisenbahn oder am Hochofen. Es wurde mehr und mehr erforderlich, schnell umlernen zu können, und das hieß, dasjenige sich aneignen zu können, durch das man nützlich wurde für die, die einem den Job gaben. Ich muss hier beiseite lassen, was diese Form der Arbeit für die Qualität der Produkte mit sich brachte. Was zählte, waren deren Quantität und Marktbeherrschung. Dass das Erfolg brachte, und zwar an individuiertem Profit, an Lohn und dann auch an gesellschaftlicher Macht, haben zuerst die USA bewiesen und bald auch all diejenigen Gesellschaften, die sich deren Denkweise zu eigen machten.

Seit Niklas Luhmann, gewiss einem der bemerkenswertesten Ideologen der modernen Gesellschaft, kann man diese Denkweise im Falle der Eliten als Instrumentalismus und im Falle des Restes der Gesellschaft als Anpassungsrationalität bezeichnen. Letzteres heißt, dass sich derjenige, der weniger Macht hat, den vorgesetzten Bedingungen anpassen muss und dies auch klugerweise »willig« tut. Vermischungen von Instrumentalismus und Anpassungsrationalität hängen vom Einflussvermögen der jeweiligen Akteure und ihrer zeitweiligen Lage ab. Nicht in allen Bereichen ist man immer Elite, aber immer ist es dienlich, soviel Eindruck und Einfluss wie möglich auszuüben.

Es hat sich dadurch eine Gesellschaft entwickelt, in der jeder Einzelne auf eigene Rechnung agiert (»Ich-AG«). Von äußerster Wichtigkeit ist in jedem Falle, »to have what it takes«, aber diese Art von Vermögen muss auch sichtbar werden durch geschickte Kommunikation. Das Akzeptable kommunizierter Aussagen erweist sich nicht

3 Dies stellte Marx schon 1857/58 fest, siehe Marx, Karl: op. cit., S. 25.

an seinem konkreten Tatbestand, sondern an seiner Verwertbarkeit durch andere. Ein Unternehmer prüft erst gar nicht, ob der von Politikern behauptete Bedarf an neuen Straßen zutrifft, er bemüht sich um den Auftrag. Auf diese Weise entstehen Abhängigkeiten, Möglichkeiten, Druck auszuüben und Verpflichtungen aufzuerlegen, die die Gesellschaft zu einem Gefüge von Machtbeziehungen⁴ umformt. Dieses gesellschaftliche Netzwerk ist eng geflochten und hat höchst konkrete Auswirkungen, wenngleich seine Grundlage in konkreter Realität oft nur schwer auffindbar ist, falls angebliche Realität überhaupt hinterfragt wird. Den Auswirkungen einer derart gespensterhaften Wirklichkeit (z. B. auf die Psyche des Einzelnen) kann hier nicht nachgegangen werden, zu ihnen gehört aber zweifellos die Unmöglichkeit fundierten Urteilens und damit die Unterminierung von Demokratie.

In dieser Gesellschaftsform spielt sich ein Überlebenskampf von jedem gegen jeden ab, der jedoch Bündnisse, Kompromisse, Freundschaften etc. keineswegs ausschließt, sie aber auch nicht auf Dauer stellt; hier herrscht eben »Freiheit«, nicht Solidarität. Jedem ist der Erwerb von dienlichen Hilfsmitteln frei gestellt, ja dieser Erwerb wird von einem Interesse getragen, das alle anderen Ziele ausschließt. Dabei ist gleichgültig, ob diese Hilfsmittel von mehr materiell-konkreter oder bloß symbolisch-geistiger Art sind; entscheidend ist in der »Wissensgesellschaft«, dass sie wirken. Während der Rationalismus des klassischen Kapitalismus sich nach Max Weber noch durch ein individuiertes Zweck-Mittel-Denken charakterisieren ließ, haben im heutigen Denken Zwecke nur einen Zweck, wenn sie ohne viele Umstände zur Umsetzung in Mittel taugen. Was einst Zwecke-in-sich-selbst waren, ist im heutigen Denken zur Bedeutung bloßer Mittel implodiert. Man scheint sagen zu können, dass ein der antiken Midas-Figur zugeschriebenes Denken – alles sollte ihm bei Berührung zu Gold, dem Mittel par excellence werden – das heutige Verstehen von allem und jedem dominiert.

Kapitalismus war von Anbeginn auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet, »konnte keine Hürde anerkennen«, ist aber heute auf Wachstum an Einfluss in jedem Bereich gesellschaftlichen Lebens programmiert. Nicht nur Profit zählt, sondern alles was sich tauglich zeigt zum Gewinn von mehr Einfluss, also Macht. In welchem Maße dieser in jeder Hinsicht auf Wachstum angelegten Gesellschaftsform ein permanentes Hungrigsein à la Midas, also ein perpetuiertes Unbefriedigtsein, zugrunde liegt, braucht jetzt vielleicht nicht im Einzelnen dargelegt zu werden. Trotzdem sollte deutlich sein, dass moralische Appelle und Aufrufe zu »Nachhaltigkeit« und »Suffizienz« hier nichts fruchten, und zwar, weil sie als Werte längst deswegen entwertet sind, weil sie keiner praktisch einhalten will. Dies macht klar, warum ein Politiker, der das Gegenteil von Wachstum propagiert, keine Chance hat in der Arena, die wir immer noch als »demokratisch« bezeichnen. Damit sei nicht gesagt, dass Wachstum per se ein Unsinn sei, sondern dass unser praktizierter Begriff von Wachstum pervertiert ist, weil er gegen die Natur, die Materie geht, die die Dinge und wir Menschen gemeinsam haben.

Wenn das bisher Ausgeführte nicht total verkehrt ist, dann bedarf m. E. die Frage, was zu tun sei, der schon weiter oben als zeitgemäß

4 Dies ist besonders von dem amerikanischen Kulturanthropologen Richard N. Adams und seiner Schule herausgestellt worden; siehe z. B. Adams, Richard N.: »Energy and Structure«, und »The Eighth Day«, beide Austin (Texas), 1975 bzw. 1988.

hingestellten Analyse dessen, wie Wissen gewonnen, wie Objekte definiert, wie Gewusstes ausgetauscht wird etc. Es mag sich dann zeigen, dass es dem Globalkapitalismus gelungen ist, ausbeuterischen Gewinn nicht nur aus der Hände Arbeit zu ziehen, sondern aus jeder Lebensäußerung des Menschen.

Schon zu Marxens Zeiten war das Studium des Wissens als Produktionskraft eine harte Nuss, und ist dies auch heute noch. Aber nicht deswegen, weil es der Tradition des Materialismus schon immer schwer gefallen ist zu sagen, was das Geistige sei, sondern weil die im Westen seit Sokrates/Platos Zeiten dominante Einstellung dem Geist den Primat über die Materie gibt. Seitdem ist das Geistige so sehr von höherer Art, dass es mit Materie nichts gemein hat und nicht von ihr befleckt werden darf. Wer den heutigen Problemen auf den Leib rücken will und zu verstehen versucht, was das derzeit praktizierte Erkennen, Wissen und deren Kommunikation ausmacht, hat also etliche Schwierigkeiten zu überwinden. Aber ohne wenigstens einen Versuch in dieser Sache zu machen, wird alles beim Alten bleiben.

Ich lasse beiseite, dass selbst der Dialektische Materialismus dem herrschenden idealistischen Denken zum Opfer gefallen ist und es immer wieder dann tut, wenn er sich als eine Denktradition über konkrete Wirklichkeit stellt, also diese Wirklichkeit über seinen formalistischen Leisten schlägt. Wer so vorgeht, hat zwar im Rahmen seiner Denkweise immer Recht, verfehlt aber, wie im »real existierenden Sozialismus« geschehen, eben diese Wirklichkeit, ohne die wir Menschen nicht gedeihen können.

Ein Aspekt der tradierten Schwierigkeiten taucht schon auf, wenn ich unterstreiche, dass mein hier zur Diskussion gestellter Versuch auf keinen Fall als ein auch nur moralisierender Appell zu verstehen ist. Appelle solcher Art reißen lediglich die historisch aufgebrochene Diskrepanz zwischen Wille und Norm wieder auf und führen »bestenfalls« zu der Art von Repression, von der Herbert Marcuse schon vor Jahrzehnten sagte, dass auf ihrem Boden vor allem die Produktivität floriere und, wie ich hinzufügen möchte, das verkehrte Wachstum. Selbst die Analyse des Status quo, ganz zu schweigen vom Akzept ihres Resultats, kann nur über diesen hinausweisen, wenn sie von denen unternommen und angenommen wird, die es einfach leid sind, unter den herrschenden Verhältnissen ihr Leben zu verbringen; die also nicht mehr so leben wollen, wie sie es derzeit müssen. Ich möchte also sagen, dass Analysen des Jetzt, in denen die Analyse der heutigen Wissensform zentral sein muss, erst zukunfts-trächtig werden, wenn sie der heute oft ignorierten Grundlage echten Wollens entwachsen und sich dabei die Rolle des Willens für den Wissensprozess klar machen. Wer das Wissenwollen nicht in Betracht zieht, wird am heutigen Kapitalismus nicht viel auszusetzen haben; ihm wird das Verderbliche der Produktivkraft »Wissen« entgehen. Zudem kann eine Analyse des Jetzt nur dem Status quo beikommen, wenn sie, wie gerade gesagt, selbst aus einem Wollen entsteht, das wie alles gegründete Wollen nicht verordnet werden kann, also jenseits normativer Appelle lebt.

Wer nicht mit normativen Appellen seine Zeit vertun will, muss angesichts der heutigen Wissensgesellschaft die Frage nach der Na-

tur des Wissens aufwerfen. Diese Gegenwart lässt uns fragen: Was soll Wissen materialiter sein? Man hat ihm 0-Dimension (Gregory Bateson) zugeschrieben, insofern ihm weder Raum noch Gewicht eignen, hat sich gefragt, wo es in den Zeiträumen steckt, in denen es nicht »getan« wird, hat eingesehen, dass es im Gehirn nicht einfach wie eine Sache deponiert ist (Richard Adams), hat jedoch auch beobachtet, dass Bedeutungsinhalte, also ein Verstehen, nur gewonnen werden können, wo dies auch gewollt wird. Einfach gesagt: Wissen gibt es nicht, ohne wissen zu wollen. Es verdankt sich zumindest auch der menschlichen Leiblichkeit, der inneren Energie.

Darin ist impliziert, dass das Kulturschaffen in seiner Gesamtheit und damit auch das Erkennen, das Wissen, das Lernen und die Verarbeitung von Information sich nicht einfach zwischen der Natur der Dinge und dem von ihnen getrennten Geist abspielen, sondern zwischen materiell-konkreten Objekten und menschlichen Subjekten, welche Letztere mit den Objekten das Materiell-Konkrete gemeinsam haben. So kann es denn kein Wissen geben, nicht nur ohne die Natur der Dinge, aber auch nicht ohne die Natur des Menschen. Es kann jederzeit von jedem erlebt werden, dass der Primat der Natur sich auch im Denken erhält. Ohne Leben kein Wissen und zwischen beiden keine Mauer.

Um in diesem Fragenbereich wenigstens ein gewisses Maß an Klarheit zu schaffen, ist vorgeschlagen worden,⁵ Wollen, Erkennen und Wissen voneinander deutlich zu unterscheiden, um dann ihren Bezug zueinander besser eruieren zu können. Es scheint, dass dieses Vorgehen uns dazu bringen kann, Fragen solch wichtiger Art genauer zu bedenken, wie denen nach Wahrheit in ihrer doppelten Hinsicht, nämlich der nach dem Bezug zwischen Objekt und erkennendem Subjekt und der nach dem Bezug zwischen miteinander kommunizierenden menschlichen Subjekten. Das heißt, dass Fragen nach der Identität zwischen Erkennen und Erkanntem und solchen nach der sozialen Identifikation unter Menschen sich in einer neuen Form stellen lassen. Ich hoffe hier zeigen zu können, dass das Behandeln dieser Fragen mehr einschließt und auf mehr abzielt als eine bloß theoretisch-philosophische Kritik, und zwar auf gesellschaftliche Praxis, zumal in der Wissensgesellschaft. Pluralistisches und damit variables und doch wahres Wissen mag dann gegen opportunistisches Darstellen von Wirklichkeit und ihre schlimmen, ja für die Natur in uns und um uns verheerenden Folgen immun machen (und zur »Aufhebung« von Neo-Liberalismus und Globalkapitalismus beitragen).

Es geht also nicht darum, aus materialistischer Denktradition heraus zu demonstrieren, dass auch das Geistige Materielles ist, sondern es gilt die Frage zu beantworten, was Geistiges, was Wissen und was Information sind. Schon die einfache Beobachtung, dass Geistiges für uns nur greifbar wird in der Strukturierung von Materie, seien dies Schall- oder Lichtwellen, Kerben im Holz, Digitalisierung eines Bildes etc., macht die kaum mehr bezweifelbare Erkenntnis der heutigen Kommunikationsforschung und Kulturwissenschaft plausibel, dass so etwas wie Geist-an-sich höchstens in Bereichen existieren kann, in denen wir Menschen nichts zu suchen haben. Sie liegen jenseits einer Grenze.

5 Siehe Friedrich W. Sixel: »Nature in Our Culture«, New York, Oxford 2001, pp. 106 ff. und die dort angegebene Literatur. Demnächst auch auf Deutsch als »Die Natur in unserer Kultur«, Würzburg (im Druck), S. 118 ff.

Zum Erkennen und Verstehen der Bedeutung, wie sie in der Struktur eines Gegenstandes oder einer Aussage liegt, gehört zwar, dass wir diese Struktur mit unseren Sinnen erfahren – Schallwellen z. B. haben unsere Ohren (materialiter) zu erreichen –, aber selbst diese Bedingung ist nicht hinreichend für das Verstehen. Sonst wäre das Hören einer Botschaft ihr Verstehen. Darüber hinaus muss eine uns materiell erreichende Information eine spontane elektrisch-chemische Reaktion im Gehirn des Subjektes auslösen, also Neuronen zum »Zünden« bringen, so dass unser Gehirn dazu gebracht wird, die Bedeutung der ankommenden Botschaft neu zu erschaffen. Bedeutung selbst, also Bedeutung »an sich« (was immer das sein mag), wandert nicht. Natürlich bleibt die wichtige Frage, ob das menschliche Gehirn die Bedeutung der ankommenden Signale in einer der Natur des Gegenstandes angemessenen Weise neu kreiert. Tut doch die Natur unseres Wissens gut daran, der Natur der Dinge gemäß zu sein, da wir selbst Natur sind.

Dieses Zünden der Neuronen ist in der Sprache heutiger Neurophysiologie dasjenige, was Philosophen wie Kant unter Spontaneität verstanden haben. Sie ist ein Impuls, der wie Bedeutung-an-sich außerhalb menschlicher Kontrolle liegt. Martin Luther sprach deswegen in einer seiner wichtigsten Schriften davon, »[d]ass der freie Wille nichts sei«, also hinsichtlich seiner Entstehung, seinem »Zünden«, für uns unkontrollierbar bleibt. Entscheidungen für oder gegen den Willen sind eine andere Sache. Dennoch: dieser Wille stellt den energetisch-materiellen Strom dar, der uns, und zwar primär, mit der Natur verbindet, wie z. B. Goethe wusste.⁶ Nun soll mein Bemühen solch gewichtiger Kronzeugen nicht der Überredung des Lesers dienen, aber: ohne Appetit – im weitesten Sinne des Wortes – kein Ausgriff, auch kein geistiger, auf die Natur um uns, sondern ihr baldiges Ende in uns.

Zur Erkenntnis, also zum Erschaffen von Wissen, gehört aber mehr als bloß Spontaneität. Um noch einmal Kant zu bemühen, bedarf es zum Aufbau des Wissens der dem menschlichen Subjekt inwohnenden »Kategorien«. Als »Bezugsrahmen«, wie einige heute sagen würden, stellen sie das strukturierende, Ordnung schaffende Prinzip unserer Erkenntnis dar. Ich kann hier das Problem ihrer Herkunft allenfalls streifen, aber wie schon der amerikanische Sozialpsychologe George H. Mead⁷ mit dem Begriff der »Sedimentierung von Erfahrungen« zu sagen versuchte, und wie die heutige Neurophysiologie⁸ es unter den von frühester Kindheit an sich einstellenden »Zündungsmustern« von Neuronen zu erfassen sucht, geben diese sich so aufbauenden »Kategorien« dem neuronalen Ausgriff auf die Natur seine Form.

Hier scheint sich eine Dialektik zwischen energetischer Spontaneität und ordnender Struktur innerhalb der menschlichen Natur anzukündigen, in der der Spontaneität der Primat zukommt und in der die Struktur den Rang der Antithese einnimmt.⁹ Gemeinsam ist beiden die Materialität, die Naturhaftigkeit. Der Primat des Willens ergibt sich - grob gesprochen - daraus, dass er als Zustrukturierendes vorhanden sein muss, um strukturiert werden zu können. In der materiellen Dialektik von Spontaneität und Kategorie, um es kantisch zu sagen, synthetisiert sich das Wissen, das aber dadurch nicht zu ei-

6 Siehe Johann Wolfgang v. Goethe: »Newtons Persönlichkeit«, in: Goethe: »Farbenlehre«, Band III, Stuttgart 1988, S. 232.

7 So vor allem in George H. Mead: »Mind, Self and Society«, Chicago, London 1934.

8 Siehe z. B. Gerhard Roth: »Das Gehirn und seine Wirklichkeit«, Frankfurt 1994, vor allem die Kapitel 6 und 10, und Manfred Spitzer: »Geist im Netz«, Heidelberg, Berlin, Oxford 1996, vor allem die Kapitel 2, 3, 8, und 9.

9 Siehe hierzu Friedrich W. Sixel: op. cit., pp. 106 ff. (demnächst auf Deutsch S. 119 ff.). Diese Dialektik findet sich, poetisch reich dargelegt, auch in Nietzsches Vorstellung vom Dionysischen und Apollinischen, wie klar herausgestellt wird in Volker Caysa:

nem »rein Geistigen« wird, sondern seinen Bedingungen und Resultaten nach Teil der Natur, der Materie, bleibt. Wissen ist zwar gewiss eine »Steigerung« der Natur, um einen Begriff Goethes zu benutzen, lässt diese aber nicht hinter sich, geht als solche nicht über sie hinaus. Dieses Geistige lebt nur dann, wenn es, wie ich eingangs sagte, »getan« wird, etwa im Augenblick seines Gedachtwerdens, im Herstellen von Gegenständen, im Erklängen eines Musikstückes oder im Tatwerden der Liebe.

Hier fehlt der Raum darzulegen, welche Konsequenzen ein sich so abzeichnendes materialistisches Begreifen vom Erkenntnisprozess im Einzelnen haben würde. Neben vielem anderen liefen sie darauf hinaus, dass der so genannten Wertfreiheit von Wissenschaft, zumal von Naturwissenschaft ein Ende gesetzt würde. Wenn, wie z. B. Heisenberg bedauerte,¹⁰ in den Naturwissenschaften das Richtige (oder Zutreffende) nicht mehr Wahrheit beanspruchen kann, wenn also, vereinfacht gesagt, Zutreffendes gleich Wahrheit minus Wert ist, dann zielt eine hier angedeutete Erkenntnisweise insofern wieder auf Wahrheit, als sie sich auf den Primat des Willens gründet und letzteren durch Kommunikabilität unter Beteiligten den Status des gesellschaftlichen Wertes verleiht.

Damit deutet sich an, dass die hier ins Auge gefasste Erkenntnisweise unmittelbar sozial ist. Wenn aus dem Erleben des »alles einigenden Bandes der Natur« (Goethe) sich die spätere Marxsche Einsicht bestätigt, dass alle Wissenschaft Naturwissenschaft ist,¹¹ dann heißt das hier, dass das Band der Natur selbstverständlich den Mitmenschen im Wissensgewinn einschließt; Wissen, über das nicht in aller Offenheit geredet werden kann, lässt einen Teil der Natur aus, nämlich den Mitmenschen. Vom Einzelnen, genauer gesagt vom Vereinzelten, lässt sich Natur allenfalls als »zutreffend« erkennen, also nicht in einer Weise, die der Natur da draußen, in einem selbst und im Anderen gerecht und damit zu Wahrheit wird. Eine derartige Weise des Erkennens entspricht kaum der heute dominanten Form der Wissensgewinnung. Ihrer Annahme stehen große Schwierigkeiten entgegen, obwohl das herrschende Denken vor dem Dilemma steht, dass es einerseits den Naturwissenschaften das Zutreffen nicht absprechen kann, sich aber andererseits nicht verhehlen kann, dass deren Erkenntnisse der Natur im Menschen und um ihn herum so offensichtlich wenig bekömmlich sind.

Würde man das hier skizzierte Verstehen vom allumfassenden Primat der Natur praktizieren, dann zeigte sich zudem das Schiefe eines Begriffs wie dem der Umweltprobleme; dieser Begriff nimmt uns einerseits quasi hygienisch (»wertfrei«) aus der Natur heraus, um dann unserer eigenen, aber damit entfremdeten Natur moralisch auf den Geist zu gehen. Eine auf Wahrheit und nicht auf das Zutreffen angelegte Naturwissenschaft hätte wahrscheinlich weder dieses Dilemma noch Probleme mit der »Umwelt«.

Es würde ferner deutlich werden, dass – und wie – wir uns unsere eigene Natur in jedem Augenblick heutiger falscher Praxis verdrehen lassen (Midas!). Wir würden dann uno actu wissen, wer es ist, der da »an dieser Sache dreht«: Diejenigen, denen es stets, eben nicht nur als Klasse in den großen Auseinandersetzungen, sondern auch in jeder konkreten Begegnung zwischen einem Ich und einem Du darum geht, Macht zu gewinnen, Sieger zu bleiben.

»Bloch – (k)ein toter Hund«, in: UTOPIE kreativ, H. 153/4, insbesondere S. 701 ff. Siehe hierzu auch Ulrich Busch: Vergessene Utopien, in: UTOPIE kreativ, H. 151, S. 460 ff.

10 Siehe Werner Heisenberg: »Das Naturbild Goethes und die technischnaturwissenschaftliche Welt« in: Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft, Neue Folge, 2. Band, Weimar 1967, dort insbesondere S. 34 f., 40 f.

11 Siehe u. a. Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Berlin 1956 ff., Ergänzungsband I, S. 544.

Damit wird vielleicht auch offenkundig, dass das globalkapitalistische Verdrehen der Wahrheit - meist mit Hilfe des »Zutreffenden« – vor allem eines ist: Produkt und Hilfsmittel im individuierten Kampf um Erfolg. In der Tat bin ich der Ansicht, dass es nicht der menschlichen Natur entspricht, sich gegen die Natur um ihn herum, im Mitmenschen und in sich selbst zu stellen. Sich trotzdem so zu verhalten, ist nicht nur Zeichen gesellschaftlich zugefügter Deformation und stellt nicht nur einen Widerspruch dar, sondern geht gegen die Natur, die wir primär sind und die in uns zur »Steigerung« kommen kann.

Gegen Verdrehungen der Natur, derer die bloße nichtmenschliche Natur nicht fähig ist, hilft nicht nur eine naturgegründete Praxis als solche, sondern auch ein reflexives Bewusstsein des Einzelnen von sich selbst in dieser Praxis. Wenn wir uns ein altes kapitalistisches Motto anverwandeln wollten, könnten wir sagen: »Gutes tun und darüber reden«; dieses Tun und Darüber-Reden geschieht aber dann miteinander und eben nicht egofokal und individuiert, sondern aus der reflexiv bewusst werdenden Grundlage dessen, was uns allen kommun ist: die Natur. Dann verwandelt sich egofokale Individuation in gegründete Individualität; Solidarität, Nachhaltigkeit, Suffizienz wären nicht mehr bloß moralistische Aufrufe, sondern neu auferstandene Werte. Die kapirolenhafte Flexibilität globalkapitalistischen Wissens wäre »aufgehoben« in dem gemeinsamen Bewusstsein davon, dass Wahrheit nicht steif sich gleich bleibt wie eine Mumie. Armselig ist doch wohl derjenige, der nicht bemerkt, dass die Welt im Augenblick des »Vorher« eine andere ist als in dem des »Nachher«. Wer die Variabilität der Wahrheit, um eine Formulierung des schon einmal angeführten Niklas Luhmann zu paraphrasieren, den verdrehenden Händen des Globalkapitalismus wegnehmen will, darf allerdings nicht hinter die Höhe der Entwicklung zurückfallen, die vom Kapitalismus, wenngleich falsch, erreicht worden ist. Dazu gehört das Verfechten einer Demokratie, deren Bürger eine neue Art von Mündigkeit leben. Um diese zu erlangen, bedarf es der Einübung in die Gewissheit, dass uns nichts anderes nach dem Tod einst vielleicht großartiger, aber statischer Ideen geblieben ist als unser eigenes Teil-Sein im Strom der Natur und im Fließen der Wahrheit.

Das Spektrum einer Opposition gegen den Status quo ist thematisch nahezu unbegrenzt, weil Unsicherheiten eben nicht nur wie im traditionellen Kapitalismus von der Lohnabhängigkeit herrühren, sondern darüber hinaus aus der allumfassenden Scheinwirklichkeit stammen, die die Wissensgesellschaft wie einen Schleier über das gesamte Leben geworfen hat. Daraus ergibt sich die strategische Grundposition heutiger sozialistischer Politik.

Wenn es derzeit vornehmlich darum geht, der Verschleierung der Wirklichkeit ein Ende zu bereiten, dann gilt es in erster Linie entsprechende Fähigkeiten in den Menschen zu fördern; ohne diese Fähigkeiten bliebe Demokratie Teil der verstellenden Scheinbarkeit, Hokuspokus für nicht-mündige Bürger. Diese Aufgabe verlangt zuallererst, dass der sozialistische Politiker selbst ein Mensch ist, der echt ist und nicht ein genau so »großer Schlauberger«, wie die Anderen (nicht nur in der Politik) es sind. Aber selbst diese Forderung entstammt einem neuen Denken; als moralische Forderung wäre sie

schon missverstanden. Ehrlichkeit ist hier ein Wert, der aus der unwertenden Erfahrung der Scheinwirklichkeit von Neoliberalismus und Globalkapitalismus stammt.

Hier taucht natürlich die Frage auf, wie denn ein solcher Politiker gefunden, wie er z. B. zum Wahlkandidaten gemacht werden soll. Wohl kaum von einem übergeordneten Parteigremium! Dieses ist allzu leicht versucht, Kandidaten nach schlaun Gesichtspunkten auf der Landkarte hin- und her zu schieben. Stattdessen sollten es örtliche Parteigruppen sein, die einen Kandidaten wegen seiner Bewährung aus ihrer Mitte bestimmen. Dieser Modus impliziert offensichtlich Fragen der überörtlichen Parteiorganisation, auf die ich zwar hier nicht eingehen kann, die aber hinter dem oben skizzierten innerparteilichen Wahlmodus von Funktionsträgern zurückzustehen haben, und zwar deswegen, weil dieser Wahlmodus weniger die Schlauheit als den politisch wichtigen Prozess der konkreten menschlichen Zusammenarbeit fördert.

Diese Art des demokratischen Prozesses nimmt einen vielleicht überraschenden Vorteil des heutigen linken Politikers ernst: Anders als sein klassischer Vorgänger, der ja meist die Misere seiner Arbeitergenossen nicht teilte, steckt heute der Politiker in der omnipräsenten Misere selbst mittendrin; und, falls gewählt, ist er permanent und direkt der Scheinwelt in Parlamenten und sonstigen Gremien ausgesetzt. Nicht zuletzt dort wird sich zeigen, wie viel an neuer sach- und selbstsicherer Mündigkeit in ihm steckt.

Dass Bildung und Bildungspolitik in der Wissensgesellschaft von zentraler Wichtigkeit sind, steht wohl außer Frage. Hier müssen Maßnahmen eingeleitet und gefördert werden, die auf eine Bildung von Menschen zielt, die individuell mit eigenen Füßen auf dem ihnen jeweils gemäßen Boden zu stehen kommen wollen. Anders als bei »neoliberaler Zurichtung des Menschen« (Titelseite von UTOPIE kreativ, H. 156) geht es nicht darum, jeden Einzelnen mit denjenigen Waffen für den Überlebenskampf aufzurüsten, die vor allem eins bewirken, nämlich diesen Kampf aller gegen alle zu verlängern. Vielmehr gilt es, in der Bildung die Fähigkeit und die Art von Gehorsam einzuüben, die in jedem Augenblick darauf abzielt, sinnlich von den Sachen auszugehen, miteinander Sachverhalte auszukundschaften, Rat der Erfahrenen anzuhören, Projekte gemeinsam hinzustellen und dabei die Talente jedes Einzelnen zu entdecken und zu fördern. Hier soll zu Mündigkeit im Kreise tätiger und durchs Tun identifizierbarer Mitspieler erzogen werden. Leistung wird hier in keiner Weise außer Acht gelassen, dies aber nicht im Sinne altgewohnter Prüfungsgläubigkeit, sondern in der Anerkennung durch die Anderen und auch der Erfahreneren. Hier spielen die schiefen Standards von »PISA« keine Rolle.

Mag nun schon das Erziehungswesen so viele Aspekte einschließen, und zwar vom Kindergarten bis zur Universität, von der künstlerischen, der wissenschaftlichen Ausbildung bis zum Lehrbetrieb, dass es unmöglich ist, auch nur ein wenig in die Einzelheiten zu gehen, dann trifft das genauso auf Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu. Gebiete wie Produktion, Finanzen, Handel stellen jedes für sich riesige Bereiche dar. Aber auch hier gilt zweierlei: Einmal ist ein Stand gesellschaftlicher Verflechtung erreicht worden, der nicht einfach,

wie auch Ulrich Busch in UTOPIE kreativ H. 155 betont, abgeschafft werden darf, sondern angeeignet werden muss von Menschen moderner Mündigkeit. Das bedeutet aber zum andern, dass das, was falsch ist an der globalkapitalistischen Verflechtung, nämlich ihre Benutzbarkeit zu einer schier ungläublichen Machtanhäufung seitens gewiegener Einzelner, von mündig gewordenen Menschen mit demokratisch gewonnener Sachkenntnis übernommen und korrigiert werden muss. Welche Organisationsformen Unternehmen, in denen das Wirtschaften selbst demokratisch geworden ist, anzunehmen haben (Eigentumsformen wie Stiftungen, Besitzbeteiligung der Beschäftigten etc.), wird wahrscheinlich nur von Fall zu Fall zu klären sein.

Hier fehlt der Raum, weitere Beispiele auch nur kurz zu diskutieren. Große Fragenkomplexe betreffen Verwaltung und Praxis gesundheitserhaltender (nicht nur wiederherstellender) und kunstfördernder Einrichtungen. Hierzu gehört auch die Herstellung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Sollen diese lokal oder regional bleiben? Wohl kaum aber nur global oder gar industriell. Wer soll da was und wie besitzen, und wie soll die Mitsprache des Kunden sich äußern? Nur durch die Abstimmung per Geldschein am Verkaufstand? Was hat Landbau und Genuss seines Ertrages mit Landschaftspflege, also mit der Kultivierung von Menschen und ihrer Lebenswelt zu tun?

Fragen, die sich auf Außen und Verteidigungspolitik beziehen, können hier kaum aufgeworfen werden, bedürfen jedoch ganz klar einer demokratischen Anteilnahme, die, wie riesige Demonstrationen gerade auch in jüngster Zeit gezeigt haben, weit über das (ohnehin schmalere werdende) Mitspracherecht der Parlamente hinausgeht.¹²

Abschließend sei zunächst wiederholt, dass es in diesem Aufsatz nicht so sehr meine Absicht war, auf Einzelheiten einzugehen, als vielmehr eine grundsätzliche Überlegung zur Diskussion zu stellen. Aber es soll hier auch noch ein Wort angefügt werden über den Propaganda-Aspekt sozialistischer Politik. Nichts würde die Öffentlichkeitsarbeit einer Partei wie der PDS mehr fördern als das Überzeugende ihrer Mitglieder in der Praxis. Eine neue Mündigkeit, wenn gelebt, ist weniger ein Zeichen des Elitären als das der Avantgarde.

12 Man denke nur an das Bemühen des Herrn Verteidigungsministers Struck um die Ermächtigung, Soldaten auch ohne konstitutive Zustimmung des Bundestages »out of area« einsetzen zu können.

ULI SCHÖLER

Der unbekannte Paul Levi?

Vor Jahresfrist wurde in *UTOPIE kreativ* Paul Levi wiederentdeckt. Jörn Schütrumpf unternahm den sympathischen Versuch, Unabgeholtenes in dessen Politikverständnis für das politische Wirken der PDS fruchtbar zu machen.¹ An anderer Stelle unternimmt Heinz Niemann – allerdings trotz wohlwollender Würdigung des Textes von Schütrumpf mit eher entgegengesetzten Intentionen – einen ähnlichen Anlauf.² Nun steht es einem Sozialdemokraten mit Sicherheit nicht an, einer anderen Partei Vorschriften darüber machen zu wollen, auf welche politischen Denker sie sich bezieht und welche Lehren sie daraus ziehen will. Erlaubt sollte allerdings schon sein, auf eine Reihe von auffälligen Defiziten aufmerksam zu machen, die sich bei der Lektüre beider Texte einstellen.

Schütrumpf stellt an den Ausgangspunkt seiner Überlegungen die These, dass gegen Lenins »Rat«, man solle alles vermeiden, was für diesen Levi »unnötigerweise Reklame« mache, bis zum heutigen Tage auffallend selten verstoßen werde, nicht nur von den Kommunisten – hier ist wohl ein Teil der PDS und die DDR-Geschichtsschreibung gemeint –, sondern von den Deutschen überhaupt. Er listet dann zwar eine Reihe von Arbeiten auf, die – insbesondere in den achtziger Jahren – in der Bundesrepublik zu Levi erschienen sind. Sein Fazit bleibt aber: Die deutsche Linke sei letztlich Lenins Verdikt gefolgt.³

Ähnlich in dieser Hinsicht Niemann: Er konstatiert zunächst die apologetische Behandlung durch die DDR-Geschichtsschreibung als »Renegat« und »Verräter« (die seltsam abstrakt bleibt, schließlich hatte Niemann seinen Anteil daran). Für Levi spreche aber, dass sich die westdeutsche Geschichtsschreibung – aus anderen Gründen als die der DDR – mit ihm schwer getan habe; die SPD habe ihn möglichst völlig totgeschwiegen.⁴ Niemanns bis heute überdauernde eigene apologetische Haltung erfährt insofern nur eine Akzentverschiebung. Früher galt es, mit Lenin den »Renegaten« Levi zu brandmarken, heute ist es der »Marxist« Levi, der gegen *die SPD*, die es so nie gegeben hat (sie bestand immer aus Strömungen und Flügeln), verteidigt werden muss. Dass Levi bis auf gut drei Jahre seines Lebens *Sozialdemokrat* war, bleibt damit auf seltsame Weise ausgeblendet.⁵

Freundlich ausgedrückt, lässt sich an beiden Texten zunächst einmal nur ablesen, dass es – in diesen wie in anderen Fällen – Autoren und Wissenschaftlern aus der ehemaligen DDR bis heute an einer genaueren Kenntnis der historischen wie politikwissenschaftlichen

Uli Schöler – Jg. 1953; Dr. habil rer.pol., Jurist und Politikwissenschaftler; Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; ehem. Sekretär der Historischen und der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD; Mitglied des Redaktionskreises der Theoriezeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte«; letzte größere Veröffentlichungen: Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus, Berlin/Bonn 1999; Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker, Opladen 2001 (mit Friedrich-Martin Balzer und Hans-Manfred Bock)

1 Jörn Schütrumpf: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: *UTOPIE kreativ*, H. 150, April 2003, S. 330 ff.

2 Heinz Niemann: Paul Levi in

unserer Zeit, in: Geschichtskorrespondenz. Mitteilungsblatt des Marxistischen Arbeitskreises zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der PDS, 10 (2004), Nr. 1, S. 17 ff.

3 Schütrumpf 2003, S. 331. Bei seinem Text fällt zudem auf, dass er sich – was die Schriften Levis betrifft – fast ausschließlich auf die entsprechende bundesrepublikanische Sammelpublikation bezieht; zu Lenins Diktum bereits kritisch Uli Schöler: Lenin – Luxemburg. Alles was links ist fängt mit L. an, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (2000), H. 1-2, S. 37.

4 Niemann 2004, S. 18. Wie der Autor zu der (Selbst)Einschätzung kommen kann, erst in der – von ihm 1982 herausgegebenen – »Geschichte der deutschen Sozialdemokratie« (vgl. Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Berlin 1982 hier zit. nach der Ausgabe Frankfurt 1982) sei man Levi besser gerecht geworden als in der parteioffiziellen achtbändigen Geschichte der Arbeiterbewegung von 1966, wird wohl sein Geheimnis bleiben. Wörtlich genommen könnte es ja heißen, 1966 sei man ihm bereits gut gerecht, und dann 1982 eben besser gerecht geworden, aber das scheint er nicht zu meinen. Ernsthaft: Wer in diesen Band schaut, wird sich schnell davon überzeugen können, dass hier die gängige marxistisch-leninistische Parteilsgeschichtsschreibung präsentiert wird, in der die Sozialdemokratie generell unter dem Begriff des Opportunismus abgehandelt wird (vgl. nur den Abschnitt »Die neuen Wirkungsbedingungen des Opportunismus nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, S. 66 ff.). Der Spaltungsprozess der USPD und Levis Kritik daran werden schlichtweg ausgeblendet, auch seine Herausgabe von Rosa-Luxemburgs Broschüre »Die russische Revolution« Ende 1921. Levis Rolle wird nur dann gewürdigt, wenn er als kritischer Kronzeuge gegen die Politik der SPD-Führung brauchbar erscheint. Seine Kritik an der Putschtaktik der KPD im März

Literatur der alten Bundesrepublik (und ebenso der angelsächsischen Literatur) mangelt. Dies beginnt bereits mit so eigenartigen Wertungen wie der, Sibylle Quack habe eine »eigenständige Levi-Forschung« begründet, die allerdings wenig Fortsetzung gefunden habe.⁶ Davon kann keine Rede sein. Was beide Autoren dagegen übersehen, ist die Tatsache, dass die Auseinandersetzung mit der Person und den Positionen Levis (über die wenigen von ihnen rezipierten Arbeiten hinaus) in eine Vielzahl von Arbeiten Eingang gefunden hat⁷, die sich mit der zeitgenössischen Geschichte der KPD⁸, der von Levi gegründeten Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG)⁹ wie der USPD¹⁰, der SPD¹¹, insbesondere ihres linken Flügels¹² und seiner Publikationen¹³ sowie – in den neunziger Jahren – dem Verhältnis von jüdischen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung¹⁴ vor und in der Weimarer Republik befassen.¹⁵ Fast überflüssig zu erwähnen, dass ein Großteil dieser Arbeiten im wissenschaftlichen Umfeld der Sozialdemokratie entstanden sind und im wesentlichen auch nur dort rezipiert und debattiert wurden.

Beiden ist auch nicht bekannt, dass sich die auch heute noch existierende linkssozialdemokratische Zeitschrift *SPW* ihren Namen in Anlehnung an das historische Vorbild von Levis zeitgenössischer Korrespondenz gegeben hatte¹⁶, was im übrigen – im Zusammenhang mit einer Ende der siebziger Jahre in der sozialdemokratischen Linken einsetzenden Neurezeption des historischen »Austromarxismus«¹⁷ – zu einer heftigen Auseinandersetzung über den möglichen Vorbildcharakter von Levis Positionen für linke Sozialdemokraten innerhalb der verschiedenen Strömungen und Zeitschriften der Jungsozialisten führte.¹⁸

Schließlich, und das ist aus meiner Sicht – hoffentlich verständlicherweise – besonders bedauerlich, ignorieren beide Autoren vollständig alle die Arbeiten, die sich mit der zeitgenössischen Perzeption der sowjetrussischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen, in denen die Positionen Levis breit und kritisch diskutiert werden.¹⁹ Daraus resultieren im übrigen eine Reihe von Fehlurteilen, die sich auf Levis Positionsbestimmungen im Zusammenhang mit der sowjetrussischen Entwicklung im einzelnen beziehen, was noch zu zeigen sein wird. Bei Schütrumpf erscheint er als hellsichtiger Visionär, der mit einer konsistenten Kritik die Fehlentwicklungen vorausgesehen und analysiert hat, ohne die Brüche und Schwachstellen in dessen Analyse und Argumentation zur Kenntnis zu nehmen. Für Niemann ist eine andere Feststellung wichtig, die wohl mehr über seine nostalgischen Beharrungswünsche, als über Levi aussagt: »Zum Feind der Sowjetunion hat er sich nicht machen lassen.«²⁰ Die darin zum Ausdruck kommenden oberflächlichen bis Fehlurteile resultieren auch daraus, dass sich beide Levi auf einer ausgesprochen begrenzten Quellenbasis nähern. Schütrumpf zitiert nur aus ganz wenigen Texten. Niemann blendet alle diejenigen aus, die seinen ausgesprochen waghalsigen Urteilen allzu offensichtlich widersprechen.

Wenn Schütrumpf wiederum urteilt, Levis Vorwort zu Rosa Luxemburgs Schrift »Die russische Revolution« sei erstaunlicherweise bis zum heutigen Tage nicht rezipiert worden, dann spricht das nochmals auf dramatische Weise für seine Unkenntnis der einschlä-

gigen Sekundärliteratur.²¹ Mit dieser Unkenntnis gehen verständlicherweise eine Reihe von Fehleinschätzungen einher, mit denen seine Darstellung das Werk Levis versieht. Dass er das genannte Vorwort, »dieses Stück Literatur ... als eine Art Geburtsurkunde des demokratischen Sozialismus« bezeichnet²², ist schon fast grotesk zu nennen²³. Bereits die theoretischen Debatten der Vorkriegsperiode der deutschen und internationalen Sozialdemokratie berührten immer neu die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus, nicht nur, aber auch in den herausragenden Debatten über den Massenstreik bzw. die Bernsteinschen Revisionismusbestrebungen.

Spätestens aber mit dem Ausbruch der russischen Oktoberrevolution, den konkreten Maßnahmen der Machterringung und -erhaltung der Bolschewiki sowie dem Zusammenbruch der Habsburger- und Hohenzollernreiche entbrannte in der internationalen Arbeiterbewegung eine mehrere Jahre anhaltende intensive Auseinandersetzung über das Verhältnis von Demokratie und Diktatur. Alleine über den innersozialdemokratischen Diskussionsprozess in Deutschland und Österreich der Jahre 1918 bis 1921 (unter Einschluss der anregenden Beiträge der lange verfeimten russischen Menschewiki) habe ich auf mehreren hundert Seiten berichtet.²⁴ Wenn man also nach »Geburtsurkunden« sucht, wird man sie hier finden: in den Beiträgen von Autoren wie Karl Kautsky oder Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding oder Hermann Heller, Hugo Haase oder Otto Janssen, Otto Bauer oder Max Adler, Julius Martow oder Theodoro Dan – um nur einige der wichtigsten Autoren und Akteure zu nennen.

Politisch gesehen mag es für die heutige PDS von Bedeutung sein, im Bereich der *kommunistischen* Dissidenten nach Vorbildern zu suchen, die ihr auf dem Weg zu einem *demokratischen* Sozialismus halfen. In dieser Hinsicht steht Paul Levi jedoch »auf den Schultern« von Rosa Luxemburgs Kritik an Lenins Parteitheorie der Jahre 1904/05 wie ihrer frühen Kritik an den Entartungserscheinungen der russischen Revolution, wie Schütrumpf in seinem Beitrag selbst zeigt. Zudem, auch darauf weist er implizit hin, ist Paul Levi weit weniger als andere durch die Vorlage theoretisch anspruchsvoller Programmschriften hervorgetreten. Er war – zeit seines Lebens – eher der situativ agierende Realpolitiker, der begnadete Redner, der seine Einschätzungen zudem stärker als andere durch seinen juristischen Hintergrund untermauerte. Es ist deshalb auch charakteristisch für ihn (und nicht Ausdruck irgendwelchen »Totschweigens«), dass nahezu keinerlei theoretisch bedeutsame Beiträge von ihm aus der Zeit vor 1921 bekannt sind. Wer sich hingegen *wissenschaftlich* mit der Frage beschäftigt, in welchen Debatten und theoretisch anspruchsvollen Beiträgen ein spezifisch *demokratisches* Sozialismusverständnis (in Auseinandersetzung mit *autoritären* bzw. *despotischen*²⁵ Konzepten) entwickelt wurde, wird um die genannten anderen *sozialdemokratischen* Autoren und ihre Beiträge bei der Suche nach »Geburtsurkunden« nicht herum kommen.

Paul Levi und die russische Revolution

Als wesentliches Charakteristikum der Haltung des Spartakusbundes mit Blick auf die russische Revolution kann genannt werden (auch im Unterschied zu anderen Einschätzungen innerhalb der So-

1921 findet *keinerlei* Erwähnung, vielmehr lautet die Einschätzung dazu so: »Die rechten sozialdemokratischen Führer hatten sich in der Märzprovokation als Handlanger zur Durchsetzung der Politik des Monopolkapitals erwiesen. Ihr Ziel, die VKPD zu zerschlagen, erreichte die Konterrevolution jedoch nicht.« (S. 97) Derselbe Niemann urteilt dann 2004 so über die »putschistische Offensivtheorie« (Niemann 2004, S. 21): »Erst die Auseinandersetzung um die Märzaktion 1921 führt dann zum Bruch *mit der KPD*, bei der Levi seine Position auf *strikt marxistischer Basis* (Hervorhebung von mir, U. S.) und mit den wichtigsten Einsichten Lenins begründete.« (Ebenda, S. 19) Kommentar wohl überflüssig.

5 Argumentativ suggeriert Niemann entsprechend, dass Levi zeitlebens *kommunistisch* dachte: »Für ihn blieb gültig, dass nur der Kommunist ist, der den Anfang zum Ende führen will.« (Niemann 2004, S. 24) Er bezieht sich hier auf den Levi des Jahres 1924! Diese neuerlichen *postkommunistischen Vereinnahmungsversuche* korrespondieren auf eigentümliche Weise mit früheren *sozialdemokratischen Ausgrenzungsversuchen*. Da hieß es – ich komme darauf noch zurück – während Otto Bauer immer als *unbedingter demokratischer Sozialist* argumentiert habe, habe es sich bei Paul Levi um einen *immerfort kommunistisch argumentierenden Theoretiker* gehandelt; vgl. Gerd Storm, Franz Walter: Weimarer Linkssozialismus und Austromarxismus. Historische Vorbilder für einen »Dritten Weg« zum Sozialismus? Berlin 1984, S. 6.

6 Ebenda. Quacks Arbeit gibt zwar einen guten Überblick über Levis Lebensweg und kann Genaueres über sein Verhältnis zu Rosa Luxemburg darlegen (aufgrund des spektakulären Fundes eines Briefkonvoluts auch erstmalig über ihre Liebesbeziehung). Allerdings werden die politiktheoretischen Beiträge Levis nur kursorisch beleuchtet; vgl. Quack, Sybille: Geistig frei und niemands Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffent-

lichten Briefen, Köln 1983. Von einer durch sie begründeten »Schule« kann nicht die Rede sein. Neben der zitierten Arbeit liegen von ihr nur noch zwei – bei Schüttrumpf zitierte – bibliographische Beiträge zu Levi vor. Der an derselben Stelle – ebenfalls in der IWK erschienene Aufsatz von Ludewig datiert sogar zwei Jahre vor dem Erscheinen von Quacks Monographie! Aus demselben Jahr wie Quacks Arbeit stammt ein weiterer Text über Levi, den beide Autoren übersehen haben: Volker Gransow, Michael Krätke: Paul Levi oder das Problem, Linksozialist in der Sozialdemokratie zu sein, in: SPW 6 (1983), H. 18, S. 101 ff.; vgl. ferner Dies.: Vom »Koalitionspopo«, von unsozialistischen Praktikern und unpraktischen Sozialisten. Paul Levi oder Dilemmata von Linksozialisten in der Sozialdemokratie, in: Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt 1986, S. 134 ff.

7 Beiden Autoren entgeht auch eine wichtige »ostdeutsche« Publikation, die einen Text wie einen biographischen Beitrag über Levi enthält: Michael Franzke, Uwe Remppe (Hrsg.): Linksozialismus. Texte zur Theorie und Praxis zwischen Stalinismus und Sozialreformismus, Leipzig 1998.

8 Vgl. u. a. Werner T. Angress: Die Kampfzeit der KPD 1921 – 1923, Düsseldorf 1973; Ossip K. Flechthelm: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969; Dirk Hemje-Oltmanns: Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21, Westberlin 1973; Sigrid Koch-Baumgarten: Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/New York 1986; Wolfgang Krumbain: Arbeiterregierung und Einheitsfront. Eine kritische Aktualisierung der Arbeiterregierungs-konzeption und Einheitsfrontpolitik aus der Weimarer Republik, Göttingen 1977; Hermann Weber: Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung,

zialdemokratie, zu der die Gruppe ja bis zur Jahreswende 1918/19 noch gehörte), dass man sie im Kontext einer europäischen revolutionären Entwicklung begriff. Sie könne lediglich als Prolog der europäischen Revolution ihr Ziel erreichen. Diese Einschätzung bleibt ein Kontinuum auch in der Haltung Paul Levis. So schrieb er noch 1925, dass es den Bolschewiki zur Ehre gereiche, dass sie ihre Revolution auf die erwartete europäische als Voraussetzung der ihrigen eingerichtet hätten.²⁶ Levis zunächst gültige unbedingte Solidarität mit dem Weg der Bolschewiki drückte sich u. a. auch darin aus, dass er zu denjenigen gehörte, die Rosa Luxemburg von einer Veröffentlichung ihrer Schrift »Die russische Revolution« noch im Jahre 1918 abbrachte.²⁷

Dies dürfte auch der Tatsache geschuldet gewesen sein, dass sich seine Haltung in einem wesentlichen Punkt von der Luxemburgs unterschied. Während sie eine stärker *sozialistisch* ausgerichtete Agrarpolitik einforderte, war für ihn klar: Wer den Gutsbesitzern das Land wegnahm und den Bauern gab, der hatte die breite Masse der Bauern auf seiner Seite.²⁸ Die Bolschewiki, so schrieb er, »... führten ihre Propaganda unter der Parole: das Land den Bauern und *führten die Landverteilung sogar durch*, obgleich doch *kein* Bolschewik nicht wußte, daß das Endziel des Kommunismus nicht Landverteilung in Privateigentum der Bauern, sondern ungefähr das Gegenteil ist. Sie taten das und mußten das tun. War das ein Aufgeben des Marxismus? Mitnichten.«²⁹

Ich habe mich an anderer Stelle ausführlicher mit Levis Einschätzung und ihren zunehmenden Akzentverschiebungen auseinandergesetzt.³⁰ Hier sei zunächst – zusammenfassend – nur so viel gesagt: In dieser frühen Phase des Jahres 1921 setzte Levi (durchaus realistischer als Rosa Luxemburg) auf eine sinnvolle und langfristig angelegte Bündnisstrategie der Bolschewiki, auf eine gemeinsame Perspektive von Arbeiter- und Bauernschaft. Ende 1921 fällt seine Einschätzung schon deutlich skeptischer aus: In der Zwischenzeit habe sich der von Rosa Luxemburg prognostizierte Gegensatz zwischen Industrieproletariern und Landbesitzern unendlich vertieft. Geblieben sei nur der Wille zum Besitz auf der einen und zum Sozialismus auf der anderen Seite.³¹

Wandlungen in Levis Russlandbild

Der allmähliche Wandel von Levis Blick auf die Sowjetunion hängt unmittelbar mit den im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik ergriffenen Maßnahmen zusammen. Zunächst zeigt er noch großes Verständnis. Die bolschewistische Regierung habe so Schritte getan, die notwendig gewesen seien, um ihren eigenen Zusammenbruch zu verhindern, und zwar nach einer wahrhaft heroischen Ausschöpfung aller Mittel. Seine Einschätzung schwankt nun (Mitte 1921) zwischen dem Verständnis für unvermeidliche Schritte und der Furcht vor einer schnellen Restauration des Kapitalismus hin und her.³² Aber er warnt zugleich vor der Illusion, zu glauben, das Emporkommen eines sowjetstaatlich reglementierten und patentierten Kapitalismus beeinträchtige nicht das Wesen des Sowjetstaates. Deshalb sei diese Politik der Konzessionen letztlich doch verhängnisvoll und bedeute den Anfang vom Ende der Herrschaft der russischen Kommunisten.³³

Allerdings hatte Levi selbst den Bolschewiki auch wenig Alternativen an Vorschlägen für eine andere Politik anzubieten. Was ihnen übrig bleibe, und dieser Vorschlag war dürftig genug, sei der Weg des Appells an die Kräfte der ganzen proletarischen Klasse, wofür diese die freieste Betätigung brauche, um das Errungene mit Aufopferung und Hingabe zu verteidigen.³⁴ Besonders praktische Vorschläge für das von einer ökonomischen und politischen Krise geschüttelte Land waren das nicht. Levi sah aber durch die NEP schwerste Folgen für die Arbeiterbewegung Europas heraufziehen, weshalb man alles tun müsse, um die Selbständigkeit der Kritik an den russischen Vorgängen zu fördern – womit er u. a. die Herausgabe von Luxemburgs Gefängnisschrift begründete.³⁵

Jetzt, im Sommer 1921, setzte er und mit ihm die KAG auf die Arbeiteropposition innerhalb der russischen KP³⁶, später auf die Linksoption. Mit dem Kronstädter Aufstand im März 1921 – den er nur als den äußeren Ausdruck, als das Symbol dafür begriff – hatte für ihn die russische Revolution ihren Thermidor erreicht, aus der russischen Revolution wurde die russische Reaktion.³⁷ 1918 seien die Bolschewiki mit sozialistischen Zielsetzungen angetreten, 1921 hätten sie nur noch kapitalistische.³⁸ Wie sehr er nun die russische Revolution und die sie tragende Partei abgeschrieben hatte, soll folgendes Zitat veranschaulichen:

»... das *schwerste Gewicht* (Hervorhebung von mir, U. S.), das heute auf dem Sozialismus lastet, heißt Rußland, und wenn Kritik an Rußland vermag, die schwere Lage des Sozialismus zu erleichtern, so gestehen wir: uns ist das Schicksal des sozialistischen Gedankens, des dauernden Interesses der Arbeiterklasse wertvoller als der verblässende Ruhm selbst der glänzendsten und ruhmvollsten Episode der proletarischen Geschichte – aber eben einer Episode.«³⁹

Levi blieb natürlich nicht verborgen, dass die Perspektiven der russischen Revolution eng mit dem Verhältnis von Arbeitern und Bauern verknüpft blieben. Die Hungersnot des Jahres 1921 lasse, so Levi im Mai 1922, die Bauern zu Millionen verhungern.⁴⁰ Zugleich, so nun sein Befund, seien in Russland nun Bauern und Arbeiter endgültig zu antagonistischen Klassen geworden. Die Bauernschaft sei nunmehr einheitlich, geschlossen, unerschütterlich antisozialistisch und konterrevolutionär. Die Bolschewiki hätten aber zugleich ihre soziale Basis bei den Arbeitern verloren, wie die Ereignisse des Kronstädter Aufstandes bewiesen hätten. Die Konzessionen an die Bauern im Rahmen der NEP zeigten, dass sich die Bolschewiki für die stärkeren Bataillone, die Bauern, entschieden hätten. Deshalb könne man auch nicht mehr von einer Diktatur des Proletariats sprechen. Vielmehr verberge sich hinter dem Vorhang der Sowjetherrschaft die Diktatur einer kleinkapitalistischen Bauernklasse.⁴¹ Er sieht die Bolschewiki mit großem Eifer bei der Arbeit, bewusst und absichtlich die kapitalistische Basis der Wirtschaft auszubauen, bei gleichzeitigem Festhalten an der Staatsgewalt, und zwar mit allen Mitteln, um die kapitalistische Wirtschaft und ihre Formen zu beeinflussen. Damit würden sie das Proletariat notwendigerweise in eine Oppositionsstellung zwingen.⁴²

1927 hatte er seine Position endgültig der ursprünglichen von Rosa Luxemburg angepasst: Hatte ihm die Agrarpolitik der Bol-

Hannover 1969; Ders.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt 1969.

9 Vgl. hierzu insbesondere Bernd-Dieter Fritz: Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG) im Vergleich mit der KPD und SAP, Bonn 1966 (Phil. Diss.). Es ist kaum verständlich, dass diese zugleich einzige wie wegweisende Arbeit über die von Levi gegründete und geführte kommunistische Zwischengruppe bei Schürumpf wie Niemann völlig unbeachtet bleibt.

10 Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Köln 1975; Ders.: Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Glashütten i.T. 1976; David W. Morgan: The Socialist Left and the German Revolution, Ithaca/London 1975; Dan Lincoln Morill: The Independent Social Democratic Party of Germany and the Communist International, March 1919 – October 1920, Diss., Emory University 1966; Robert F. Wheeler: USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt/Berlin/Wien 1975 [1975 a]; Ders.: Die »21 Bedingungen« und die Spaltung der USPD im Herbst 1920. Zur Meinungsbildung der Basis, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), H. 2, S. 117 ff. [1975 b].

11 Vgl. u. a. Benno Fischer: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/Bern/New York 1987; Helga Grebing: Die linken Intellektuellen und die gespaltene Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Ein Überblick, in: Ulrich von Alemann u. a. (Hrsg.): Intellektuelle und Sozialdemokratie, Opladen 2000, S. 78 ff.; Richard N. Hunt: German Social Democracy 1918-1933, Chicago 1970; Alfred Kastning: Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919-1923, Paderborn 1970; Günter Könke: Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen

Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924-1932), Stuttgart 1987; Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf, a. a. O.; Rosemarie Leuschen-Seppel: Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924-1928/29, Bonn 1981; Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar/Köln/Wien 1995; Richard Saage: »Gleichgewicht der Klassenkräfte« und Koalitionsfrage als Problem sozialdemokratischer Politik in Deutschland und Österreich zwischen den Weltkriegen, in: Ders.: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt 1983, S. 107 ff.

12 Vgl. insbes. Arnetta Ament Jones: The Left Opposition in the German Social Democratic Party 1922-1933, Phil. Diss., Emory University 1968; Dietmar Klenke: Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. Eine Untersuchung zu den regionalen organisatorischen Grundlagen und zur politischen Praxis und Theoriebildung des linken Flügels der SPD in den Jahren 1922-1932, 2 Bde., Münster 1983; Ernst Wolowicz: Linksoption in der SPD von der Vereinigung mit der USPD 1922 bis zur Abspaltung der SAP 1931, 2 Bde., Bonn 1983; Ulrich Heinemann: Linksoption und Spaltungstendenzen in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Bd. 2, Frankfurt 1978, S. 118 ff.; Jungsozialisten in der SPD Landesverband Bremen (Hrsg.): Aus der Geschichte lernen: Der Kampf gegen die »Nachrüstung« in der Weimarer Republik, Bremen 1983 (mit Auszügen aus Texten und Reden Levis).

13 Ernst-Victor Rengstorf: Links-Opportunisten in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe«, Hannover 1978.

schewiki zunächst noch als *marxistisch* gegolten, so bezeichnete er sie nun als ihren ersten grundlegenden Irrtum. Damit hätten sie selbst die Ursache für die Schärfe des nun existierenden Gegensatzes zwischen Proletariat und Bauernschaft geschaffen. Diese Einschätzung erscheint mir durchaus fragwürdig, weil er die Konsequenzen der Alternative nicht ernsthaft diskutiert. Hätten die Bolschewiken von Anfang an auf eine »sozialistische« Lösung der Agrarverhältnisse gesetzt, wären sie mit großer Wahrscheinlichkeit ziemlich schnell politisch am Ende gewesen. Bedeutsamer erscheint mir deshalb nur Levis Hinweis auf den zweiten grundsätzlichen Fehler zu sein: »War die Landüberlassung theoretisch ein Fehler, praktisch aber unvermeidlich, so mußte die Partei in ihrer Zielsetzung das bekennen. Statt das zu tun, machte sie aus ihrem Fehler eine Theorie: die Theorie von der Interessensolidarität zwischen Arbeiter und Bauern.«⁴³ Levi verwies damit – im übrigen nicht zum ersten Mal – auf einen wesentlichen Grundzug der theoretischen Dogmatisierungstendenzen bei Lenin und im zeitgenössischen Bolschewismus, der sich verheerend in der internationalen Arbeiterbewegung auswirkte.

»das Leidvollste, das die proletarische Geschichte kennt«

Levis Einschätzung der russischen Revolution selbst erfährt im Laufe der Zeit auch rückblickend eine wichtige Veränderung. 1924 stellt er erstmals – zwar nicht ihre Legitimation, aber doch – ihre Erfolgsmöglichkeit infrage: »Wahr ist *vielleicht* auch ..., daß der geschichtliche Moment für eine Machtergreifung in Rußland noch nicht gekommen gewesen sei und daß viele Methoden falsch waren. Aber niemand hat je bestritten, daß auch im März 1871 in Frankreich nicht der Zeitpunkt für eine Machtergreifung des Proletariats gekommen war ...«⁴⁴ Levi bewegte sich damit im Rahmen eines Argumentationsmusters, wie es Karl Kautsky seit den ersten Monaten nach der Revolution verfochten hatte, und für das er von der Linken in der Sozialdemokratie wie in der KPD heftig angefeindet worden war.

Das Ergebnis – so resümierte er Ende der zwanziger Jahre – sei eine geradezu »schmähliche russische Wirtschaft«.⁴⁵ Die Sowjetmacht sei im Innern antiproletarisch und arbeiterfeindlich geworden, ihr Ziel sei kein sozialistisches mehr. Der Grund: Die Bolschewiki hätten die Gegenrevolution in sich selbst vollzogen.⁴⁶ Aus diesem Grunde gab es für Levi auch keine Grundlage für Solidarität mehr. Er geißelte das russische Bonzentum, die Herrschaft einer Clique, die sich längst von allen Massen losgelöst habe und hinter den Zinnen des festummauerten Kreml niste, von dort ausziehe und alles Lebende erschlage. Das sei das spezifisch russische an der augenblicklichen Herrschaftsform.⁴⁷ Seine ganze Abscheu, die nahezu ausnahmslose Verurteilung des Bestehenden in der Sowjetunion kommt in folgender Passage zum Ausdruck (auch wenn er die Schuld an diesem Befund einleitend nur zur Hälfte den Bolschewiki alleine zugestehen will):

»... gerade das, was sie für die schönste und jüngste Frucht am Baume revolutionärer Erkenntnis gehalten haben, daß eine einzige patentierte revolutionäre Partei eine Klasse führen, gängeln, lenken und – nach Bedarf – auch kommandieren und schurigeln könne, ge-

rade diese Methode hat die in der revolutionären Arbeiterschaft lebendigen Kräfte aller – auch moralischer – Art ertötet und hat die politische Bewegtheit der Revolution verwandelt in das kalte Schachspiel von ein paar Bonzencliquen, die glauben, allen moralischen Geboten dadurch enthoben zu sein, daß sie die Amoralität zum Prinzip erheben.«⁴⁸

Es herrsche der Geist der wesenlosen Diktatur, der über dem Beamtentum noch die Bespitzelung installiert habe. Dieser Geist über jenem Beamtentum, der wirke wie Heuschrecken nach Raupenfraß, zerstöre, was der Bürokratismus noch übrig gelassen habe. Schon letzterer habe die wenigen zur Aufbauarbeit vorhandenen Talente in ein bürokratisches Joch eingespannt.⁴⁹ Diese Diktatur habe alles zertritten, und die lebendigen Kräfte des russischen Volkes seien lahmgelegt. Dass so eine Diktatur so wirke, das sei nicht neu. Aber so ein System mit dem Namen Sozialismus zu belegen und damit nicht nur sich selbst, sondern den Sozialismus insgesamt zu kompromittieren, das sei neu. Diese *Karikatur von Kommunismus* sei nichts besseres als der Kapitalismus. Je mehr der Sozialismus davon abricke, umso mehr gewinne er an sittlicher Kraft, das zu tun, worin der Bolschewismus versagt habe: dem Schlechten etwas Besseres entgegen zu setzen.⁵⁰ Hören wir ein letztes Zitat:

»Jener Prozeß der Erstarrung, wie das, was 1917 war, zu dem ward, was 1927 ist, ist wie der Beginn das Wundervollste, so das Leidvollste, das die proletarische Geschichte kennt.«⁵¹

Nochmals zusammengefasst: Ich halte Levis Einschätzungen zur sowjetrussischen Entwicklung in mancherlei Beziehung für zu schematisch, ziehe ihr die differenzierteren Betrachtungen der russischen Menschewiki wie der österreichischen Sozialdemokraten um Otto Bauer vor. An dieser Stelle kam es mir nur darauf an, etwas genauer darzulegen, dass es nicht angeht, Paul Levis Lebensweg, dazu noch bzgl. seiner Zeit als linker Flügelmann in der Weimarer Sozialdemokratie, dazu zu benutzen, ihn zum zeitlebenden Leninisten und unerschütterlichen Freund der Sowjetunion zu stilisieren, wie das bei Niemann geschieht, um damit letztlich die eigene unkritische Sicht auf die sowjetische Geschichte zu kaschieren.

Sicher: es lässt sich trefflich darüber streiten, was es heißt, zum »Feind der Sowjetunion (habe) er sich nicht machen lassen«⁵². Man kann ja auch der Sache und dem Anliegen verpflichtet bleiben, möglicherweise sogar authentischer als die Protagonisten selbst, ohne deren Wendungen mitzumachen bzw. weiter zu unterstützen. Der von Niemann suggerierte Eindruck, er könne sich mit seiner eigenen, bis heute eher apologetischen Haltung zum Bolschewismus und Leninismus auch auf Paul Levi als Kronzeugen berufen, muss jedoch mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Paul Levis Stellung in der intellektuellen Debatte um Demokratie und Diktatur

Obwohl zu vermuten steht, dass Paul Levi auch in den Kriegs- und Revolutionsjahren in seinen Grundauffassungen von Rosa Luxemburg geprägt gewesen sein dürfte (hierzu wären genauere Studien erforderlich), so kann für seine publizistische Tätigkeit nach dem Ausscheiden aus der KPD zunächst noch gesagt werden, dass er sich um

14 Mario Keßler: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Mainz 1993; Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995.

15 Auch die Arbeit von Weißbecker fußt auf einer recht engen Quellenlage. Allerdings zeichnet sie sich durch ein hohes Maß an kritischer und selbstkritischer Differenziertheit aus; vgl. Manfred Weißbecker: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1993.

16 Vgl. Klaus-Peter Wolf: Editorial, in: SPW 1(1978), H.1, S. 3. Dort wird darauf verwiesen, dass diese Neugründung – sicherlich zufällig – genau 50 Jahre nach der Vereinigung von Levis SPW mit der von Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz geprägten Publikation »Der Klassenkampf« im September 1928 erfolgte. Das Editorial folgte daraus: »Die Linke kann nur offensiv gemeinsam handeln und somit an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen, wenn es gelingt, unterschiedliche Standpunkte schrittweise zu vereinheitlichen. Marxisten arbeiten auch deshalb in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, weil sie meinen, daß die Überwindung der Zersplitterung und Bedeutungslosigkeit der Linkskräfte von der sozialdemokratischen Linken ... eingeleitet werden muß.« (Ebenda)

17 Vgl. u. a. Detlev Albers u. a. (Hrsg.): Otto Bauer – Theorie und Politik, Berlin 1985; Ders. u. a. (Hrsg.): Otto Bauer und der »dritte« Weg. Die Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linksozialisten und Eurokommunisten, Frankfurt/New York 1979; Christoph Butterwegge: Zur Kritik des Austromarxismus und seiner »Wiederentdeckung« in der Gegenwart, in: ders.: Marxismus. SPD. Staat, Frankfurt 1981; Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hrsg.): Otto Bauer (1881-1938). Theorie und Praxis, Wien 1985; Uli Schöler: »Otto Bauer – nein danke?« Austromarxismusdiskussion und historische Bezüge

für eine Standortbestimmung marxistischer Sozialdemokraten, Berlin-West/Bremen 1984; Ders.: Otto Bauer und Sowjetrußland, Berlin (West) 1987.

18 Vgl. Storm, Walter 1984; Schöler 1984; Michael Scholing, Gerd Storm, Franz Walter: Otto Bauer und die Chancen einer marxistischen Realpolitik in der Weimarer Republik, in: Juso-Hochschulgruppen (Hrsg.): Sozialdemokratischer Marxismus, Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Nr. 64, August 1985, S. 11 ff.; Michael Scholing: Arme spw – armer Otto Bauer, in: Sozialist 10 (1985), H. 1, S. 20 ff.; Uli Schöler: Vom schwierigen Umgang mit der Geschichte. Uli Schöler antwortet Michael Scholing, in: ebenda, H. 3, S. 28 ff. (Teil 1); H. 4, S. 16 ff. (Teil 2); Detlef Lehnert: Otto Bauer. Ein linkssozialistischer Grenzgänger zwischen Reformsozialismus und Kommunismus?, in: ebenda, S. 22 ff.

19 Vgl. insbes. Uli Schöler: »Despotischer Sozialismus« oder »Staatsklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 – 1929), Hamburg/Münster 1990, 2 Bände; siehe aber auch Horst-Dieter Beyerstedt: Marxistische Kritik an der Sowjetunion in der Stalinära (1924-1953), Frankfurt/Bern/New York 1986; Jürgen Zarusky: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933, München 1992.

20 Niemann 2004, S. 17.

21 Schütrumpf 2003, S. 336. In der zuvor zitierten Arbeit gehe ich an den unterschiedlichsten Stellen gerade auf diesen Text ein. Da ich nicht nur Politikwissenschaftler, sondern selbst auch Jurist bin, liegen bei mir auch nicht die sprachlich-argumentativen Schranken vor, denen Schütrumpf die mangelnde Rezeption geschuldet glaubt. Selbstverständlich ist dieser Text auch in Arbeiten anderer Autoren herangezogen worden.

22 Ebenda.

eine größtmögliche Übereinstimmung mit den Grundlinien des *bolschewistischen* Denkens bemühte. Es ging ihm darum, zu zeigen, dass sich die neue KPD-Führung auf putschistischen Abwegen befand. Zugleich stellte er sich aber noch hinter die Positionen Trotzki und Radeks, wonach die Diktatur des Proletariats nur möglich sei als Diktatur seiner bewussten Vorderreihen, d. h. als Diktatur der Kommunistischen Partei. Er betonte die Notwendigkeit der organisatorischen und ideologischen Geschlossenheit der KP, wobei das Kernproblem der lebendige Zusammenhang mit der breiten Masse des Proletariats sei.⁵³ Zwar erinnert letztere Wendung an Formulierungen Rosa Luxemburgs, ansonsten hatte allerdings diese *bolschewistische* Positionierung weder mit ihrer, noch mit zeitgenössischen linkssozialdemokratischen Vorstellungen von einer *demokratisch verstandenen* Diktatur des Proletariats etwas zu tun, auch nicht mit den entsprechenden Auffassungen bei Marx und Engels.⁵⁴

Aber selbst an dieser Stelle lässt er es an Kritik an der konkreten Politik der Bolschewiki nicht fehlen. Er moniert die verordnete allgemeine Versammlungspflicht, wo bei Strafe Leibes oder Lebens das verordnete Parteireferat zur Kenntnis genommen werde. Lediglich stürmischer Beifall und begeisterte Zwischenrufe seien bisher noch nicht verordnet. In gleicher Weise wendet er sich gegen die Abschaffung aller anderen Parteien. Dies sei deswegen falsch, weil die Massen in einem dialektischen Prozess nur dadurch lernten, dass auch die Fehler und Abirrungen in konkreter Form, parteimäßig, vor ihr Auge treten würden. Zugleich wendet er sich gegen den Gedanken einer Erziehungsdiktatur, wie sie im bolschewistischen Konzept angelegt war.⁵⁵

Will man also im Umfeld der PDS von den kritischen Interventionen Paul Levis lernen, dann wird man sich auch diesen – noch unvollkommenen und widersprüchlichen – Positionierungen zuwenden müssen. Denn sie werfen – mit Blick auf die ersten Jahre der russischen Revolution – drei kritische Fragen auf (die jeweils Grundfragen der russischen Revolution berühren). War es richtig – wie Lenin und seine Anhänger –, auf ein politisches Bündnis nur mit den Linken Sozialrevolutionären zu setzen, statt – wie es eine Gruppe um Sinowjew, Kamenew und andere favorisierte – auf eine Koalitionsregierung aller sozialistisch orientierten Kräfte zu setzen? War es richtig, die Konstituierende Nationalversammlung nach ihrem Zusammentreten auseinander zu jagen, statt – wie es Rosa Luxemburg gefordert hatte – Neuwahlen anzuberaumen? War es richtig, wie es Lenin vorzuwerfen ist, nach dem Ende des Bürgerkrieges sein Versprechen zu »vergessen«, die anderen Parteien wieder zu legalisieren und den normalen Parteienwettbewerb zuzulassen, und stattdessen auch noch die letzte (neben der eigenen) verbliebene »halblegale« Partei, die Menschewiki, ins Exil zu treiben?

Die Art der Fragen legt *meine* Antworten nahe: Nein, alle diese Entscheidungen haben sich als für die russische wie die internationale Arbeiterbewegung verheerend ausgewirkt. Auch Paul Levi hat die Verbannung der anderen sozialistischen Parteien scharf kritisiert und sich zum konkreten Fall der menschewistischen, sozialdemokratischen Partei folgendermaßen geäußert: Gerade sie seien, trotz aller Fehler »... doch Teil der großen revolutionären Arbeitermasse

gewesen ..., die 1917 gegen den Zaren, die (im Bürgerkrieg) 1918 gegen die Tschechoslowaken, die 1919 gegen Koltshak und Jude-nitsch, die 1920 gegen Wrangel gestanden hat.«⁵⁶ Statt einer produktiven Klärung, so Levi zwei Jahre später, habe die russische Revolution die schwierige Frage des Verhältnisses der verschiedenen Arbeiterschichten zueinander nur durch die Guillotine gelöst.⁵⁷ Wer über *demokratischen* Sozialismus sprechen möchte, wird diesen Fragen nicht ausweichen können. Während Schütrumpf diese Fragen nicht wirklich aufwirft, legt die Lektüre des Textes von Niemann die bis heute vertretene Auffassung nahe, unter meines Erachtens nicht zutreffender, diesen verkürzend wiedergebenden Berufung auf Paul Levi an der Option *sozialistischer Minderheitsherrschaften* festhalten zu wollen.⁵⁸

Bereits in einem Text aus dem Oktober 1921 wird deutlich, dass Levi sich aufgrund der kritischen Auseinandersetzung mit der Haltung der KPD wie der KI von derartigen Auffassungen verabschiedet hatte. Seinem Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats ließ er nun eine Abgrenzung zu all denjenigen folgen, die darunter das Kommando irgendeiner noch so energischen und klugen Minderheit verstanden. Und auch die junge Weimarer Republik stellte für ihn jetzt – ohne Ewigkeitswert zu besitzen – eine verteidigungswerte Regierungsform dar.⁵⁹ Dieser noch sehr situativ geprägten Positionsbestimmung folgte dann wenige Monate später die sehr viel detaillierter ausgearbeitete Neubestimmung seines Verhältnisses zu Demokratie und Diktatur in Vorwort und Einleitung zu Rosa Luxemburgs Schrift »Die russische Revolution«, in denen er noch weit schonungsloser mit den Bolschewiki und den russischen Zuständen ins Gericht ging. Da Schütrumpf daraus ausgiebig und zustimmend zitiert hat, kann eine nochmalige detaillierte Wiedergabe und Wertung an dieser Stelle unterbleiben. Ich werde nur im konkreten Zusammenhang mit den Fragen der Parteitheorie und den 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale nochmals darauf zurück kommen. Ein anderer Text aus dem Jahre 1927 zeigt allerdings nochmals, wie schonungslos später sein Fazit in diesem Zusammenhang ausfiel, und wie wenig Niemann recht hat, wenn er ihn weiter *bolschewistisch* zu interpretieren versucht: »Praktisch aber – und die Praxis ward bald Lehre – haben die Bolschewiken stets Diktatur und Aufhebung der Demokratie für identisch gehalten und niemals irgendwelche demokratische Anwendung gezeigt.« Die Diktatur aber, so fügte er an, die keine Demokratie als Mittel kenne, könne nur den Terror kennen.⁶⁰

Die 21 Aufnahmebedingungen

der Kommunistischen Internationale und die Spaltung der USPD

Lenins Parteitheorie spielte nicht nur eine bedeutende Rolle beim Parteibildungs- bzw. -spaltungsprozess innerhalb der russischen Sozialdemokratie, sondern auch im Prozess der Neuformierung der internationalen Arbeiterbewegung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Mit den 21 Aufnahmebedingungen reagierten Lenin und die Führung der KI⁶¹ auf eine sich neu herausbildende *dritte Kraft* innerhalb der Arbeiterbewegung, zwischen einer stärker reformerisch agierenden klassischen Sozialdemokratie und den sich neu formie-

23 Diese Kritik teilt auch Niemann: »Natürlich ist sie das nicht.« (Niemann 2004, S. 24) Ihm ist auch da zuzustimmen, wo er auf den Kontext mit der spezifischen zeitgenössischen sowjetrussischen Praxis und der Rolle der Bolschewiki verweist. Anders als Niemann halte ich diese Positionsbestimmungen allerdings schon für verallgemeinerungsfähig. Seine Intention geht hingegen dahin, Levi zum (sicherlich unbrauchbaren) Kronzeugen vermeintlich »marxistischer« Kritik an Visionen eines »demokratischen Sozialismus« im Parteiprogramm der PDS zu machen.

24 Schöler 1990, Bd. 1, S. 252 ff.

25 Vgl. den Titel meiner entsprechenden Arbeit in Anlehnung an eine von Otto Bauer für den sowjetischen Weg entwickelten begrifflichen Formel: »Aber wenn das Sozialismus ist, so ist es doch ein Sozialismus besonderer Art, ein despotischer Sozialismus.« (Otto Bauer: Bolschewismus oder Sozialdemokratie?, Wien 1920, in: Ders.: Werkausgabe Bd. 2, Wien 1976, S. 291)

26 Paul Levi: Einleitung zu: Trotzki, 1917 – Die Lehren der Revolution [1925], in: Ders.: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt 1969, S. 146.

27 Ders.: Vorwort zu Rosa Luxemburg »Die russische Revolution« [1921 b], in: ebenda, S. 96.

28 Ders.: Unser Weg. Wider den Putschismus [1921 a], in: ebenda, S. 51.

29 Ebenda, S. 53.

30 Schöler 1990, Bd. 1, S. 239 ff.

31 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg »Die russische Revolution« [1921 c], in: Levi 1969, S. 106 f.

32 Ders.: Von den Konzeptionen, in: Unser Weg (Sowjet), H. 6, 15. Juli 1921, S. 167 ff.

33 Ebenda, S. 171.

- 34 Ebenda, S. 171 f.
- 35 Ders., 1921b, S. 97.
- 36 Ders.: Wie weiter in Rußland?, in: Sowjet, H. 4, 15. Juli 1921, S. 118 [1921 d].
- 37 Ders.: Ihre Gefängnisse, in: Unser Weg (Sowjet, H. 10, 25. Mai 1922, S. 226.)
- 38 Ders., 1921c, S. 99 f.
- 39 Ders.: Einiges über die russische Außenpolitik, in: Unser Weg (Sowjet, H. 6, 1. April 1922, S. 126.)
- 40 Paul Levi: Genua, in: Unser Weg (Sowjet, H. 9, 6. Mai 1922, S. 206.)
- 41 Ders.: 1921 c, S. 108, 125.
- 42 Ders.: »Der Sieg«, in: Unser Weg (Sowjet, H. 17, 29. September 1922, S. 353), Ders.: Opposition, in: Unser Weg (Sowjet, H. 20/1922), in: Ders. 1969, S. 184 f.; Ders.: Taktische Fragen, in: Unser Weg (Sowjet, H. 1/2, 15. Januar 1922, S. 25.)
- 43 Ders.: Zurück vom Leninismus, in: SPW vom 8. Juli 1927 [1927a], in: Ders. 1969, S. 148. Problematisch erscheint mir allerdings hier die Entgegensetzung von theoretisch falsch und praktisch unvermeidlich zu sein, die suggeriert, dass es die eine abstrakt richtige Theorie gibt, die zudem noch von je nationalen wie zeitbedingten Besonderheiten abstrahiert.
- 44 Ders.: Sachverständigen-gutachten und was dann? Zur innen- und außenpolitischen Orientierung, Berlin 1924, S. 18.
- 45 Ders.: Die Donezkverschwörung, in: SPW Nr. 12, 23. März 1928 [1928 a].
- 46 Ders.: Der Umsturz in Rußland, in: SPW Nr. 30, 29. Juli 1926.
- 47 Ders.: Das Ende eines Schwindels, in: SPW Nr. 27, 6. Juli 1928 [1928 c].
- 48 Ders.: Das große Rätsel, in: SPW Nr. 19, 11. Mai 1928 [1928 b].
- 49 Ders., 1928 c.

renden kommunistischen Parteien. Diese sich ebenfalls revolutionär verstehenden linkssozialistischen Parteien, in Deutschland verkörpert durch die USPD, verhehlten zwar nicht ihre Sympathie für die russische Revolution, lehnten aber die *bolschewistischen Methoden* für die anders gearteten west- und mitteleuropäischen Verhältnisse ab. Mit ihrem Massenanhang und ihrer Wählerunterstützung drohten sie, den kommunistischen Bewegungen den Rang abzulaufen. Darauf reagierte die KI mit Aufnahmebedingungen, die unter Zugrundelegung der bolschewistischen Organisationsprinzipien die Spreu vom Weizen trennen sollte.

Der Kongress der KI verabschiedete diese Bedingungen, die u. a. folgende Regelungen enthielten: völlige Unterstellung der Presse und der Verlage unter den Parteivorstand (§ 1); regelrechte und planmäßige Entfernung von Reformisten und Zentrumsleuten aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (§ 2); Schaffung eines parallelen illegalen Organisationsapparates (§ 3); Entlarvung von Sozialpatriotismus und -pazifismus (§ 6); Anerkennung und Propagierung des vollen Bruchs mit dem Reformismus und mit der Politik des »Zentrums« (bei Namensnennung von unter anderem Kautsky und Hilferding als »notorische Opportunisten«, die nicht das Recht haben sollen, als Angehörige der KI zu gelten) (§ 7); Organisation von der Partei vollständig untergeordneten kommunistischen Zellen in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften (§ 9); Bruch mit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale (§ 10); Beseitigung aller unzuverlässigen Elemente aus den Parlamentsfraktionen, Unterordnung der Fraktionen unter die Parteivorstände (§ 11); Ausstattung der Parteivorstände mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen (§ 12); Säuberungen der Partei von Zeit zu Zeit zu ihrer systematischen Reinigung (§ 13).⁶²

Man braucht schon ein gerüttelt Maß an Abstraktionsvermögen, um sich aus heutiger Sicht überhaupt vorstellen zu wollen, dass es über ein derartiges *despotisches*, von oben und außen diktiertem Parteikonzept überhaupt eine ernsthaft positive Auseinandersetzung gegeben hat. Ausgesprochen naheliegend erscheint mir hingegen eine Reaktion zu sein, wie sie in der von Rudolf Hilferding herausgegebenen USPD-Zeitschrift »Freiheit« erfolgte. Sie klassifizierte einzelne Paragraphen so: § 1: Diktatur der »Bonzen«; § 2: planmäßiger Hinauswurf; § 3: Zwang zur Geheimbündelei; § 9: die Sprengzellen; § 11: die Blutprobe der Abgeordneten; § 13: planmäßiges Spitzeltum.⁶³

Paul Levi hatte sich bereits auf diesem zweiten KI-Kongress, der schließlich die Bedingungen annahm, dagegen gewandt, eine Liste von *organisatorischen* Bedingungen für die Zulassung zur Komintern aufzustellen und stattdessen gefordert, die USPD mit eindeutigen politischen Prinzipien zu konfrontieren.⁶⁴ Rückblickend sah er in ihnen verächtlich ein bloßes Advokatenwerk.⁶⁵ Levis Ausgangspunkt in der Beurteilung der Gründe für diesen Konflikt ist zunächst kulturhistorisch geprägt. In Russland sei die Arbeiterbewegung unter einem feudalistisch-mittelalterlichen, halbasiatischen Absolutismus geformt worden, in Deutschland unter den Verhältnissen einer bürgerlichen Demokratie. Das müsse auf die Organisationsform zurück-

wirken.⁶⁶ Entsprechend habe der Bolschewismus seit seiner Entstehung gewisse bakunistische Züge angenommen, etwas Sekten- und Verschwörerhaftes. Für ihn steht fest, dass sich in der Auseinandersetzung um die 21 Aufnahmebedingungen ein Konflikt wiederholt, wie er schon zu Beginn des Jahrhunderts zwischen Lenin und Rosa Luxemburg ausgetragen worden war: Es zeige sich erneut die unterschiedliche Sichtweise des Verhältnisses von Partei und Massen, in der Trennung der Revolution in ein System von Vorhut, Vortrupp und Masse.⁶⁷ Seit dieser Zeit existiere in der Arbeiterbewegung zu dieser Frage eine gegensätzliche Weltanschauung.⁶⁸

Von seiner zwischenzeitlichen, oben dargelegten Auffassung der Notwendigkeit einer ideologisch geschlossenen Partei verabschiedete sich Levi nach seiner Rückkehr in die Sozialdemokratie (über die Rest-USPD in die wiedervereinigte VSPD) bald. Nun spricht er davon, dass die ideologischen Gegensätze, die in der Arbeiterbewegung vorhanden seien und sein müssten, in den verschiedenen Massenorganisationen in Europa ihr Gefäß hätten.⁶⁹ Dass sich eine solche Sicht nicht mit einer ideologisch geschlossenen Partei verträgt, die zwar mit den Massen verbunden, aber organisatorisch von ihnen getrennt ist, liegt auf der Hand. Er spricht nun die Differenz auch offen aus: Lenins tiefster Irrtum liege in seiner Auffassung, man könne eine Partei absondern, sie in Reinkultur hegen wie im Laboratorium und sie durch »Reinigung« unverändert halten oder immer besser machen.⁷⁰

Bezogen auf die 21 Bedingungen zieht er ein nüchtern-negatives Fazit. Seiner Auffassung nach waren sie zwar nicht alleine oder hauptverantwortlich für die Spaltung der USPD – eine aus meiner Sicht anfechtbare Position. Diese sei auch aufgrund ihrer inneren Heterogenität auseinandergefallen. Jedoch hätte nur eine Stärkung der sozialrevolutionären Tendenz als Ergebnis diese Spaltungsoperation rechtfertigen können. Weder sei aber eine einheitliche kommunistische Massenpartei gebildet worden, noch sei nach dem Hallenser Spaltungsparteitag der USPD überhaupt ein Zustand eingetreten, den man als Fortschritt gegenüber vorher bezeichnen könne.⁷¹

Diesen – meines Erachtens völlig zutreffenden – Befund möchte ich anhand einiger Fakten unterstreichen. So sehr sich die meisten herausragenden Führer der USPD-Linken für den Anschluss an die Komintern unter Akzeptieren all der genannten unwürdigen Bedingungen eingesetzt hatten, so sehr und schnell wurde ein großer Teil von ihnen in kürzester Zeit innerhalb der KPD und der KI zutiefst enttäuscht. Mit Ausnahme von Walter Stoecker und Wilhelm Koenen begegnen uns alle führenden Köpfe der Linken auf dem Weg über die KAG zurück in die USPD und dann in die vereinigte SPD: Ernst Däumig, Richard Müller, Curt Geyer, Otto Braß, Bernhard Düwell, Adolph Hoffmann und einige mehr waren nicht bereit, den von der Komintern forcierten putschistischen Putsch mitzumachen und verließen die Partei. Herausragende Bedeutung innerhalb der Arbeiterbewegung erlangte von diesen in der Revolutionsperiode führenden Vertretern der Arbeiterbewegung keiner mehr. Mit ihnen verschwand eine ungezählte Anzahl weiterer Arbeiterfunktionäre, die in den Jahren 1918 bis 1920 an der Spitze des deutschen Proletariats gestanden hatten, aufgrund der Spaltungsprozesse der Jahre 1920/21 resigniert von der Bühne des politischen Geschehens.

50 Ders., 1928a; 1928 b.

51 Ders., 1928 b.

52 So Niemann 2004, S. 17.

53 Levi 1921 d, 108.

54 Vgl. dazu detailliert Schöler 1990, Bd. 1, S. 256 ff.

55 Levi 1921d, S. 116 ff.

56 Ders., 1921c, S. 131.

57 Ders.: Zum 1. Mai, in: SPW Nr. 19 vom 27. April 1923.

58 Vgl. Niemann 2004, S. 19, 23 f.

59 Paul Levi: Zum Mord an Erzberger. Aus einer Reichstagsrede vom 1. Oktober 1921 [1921 e], in: Levi 1969, S. 230 ff.

60 Ders.: Der Terror in Rußland, in: Der Klassenkampf Nr. 3, 1. November 1927, S. 85 f. [1927 b].

61 Ob nun diese Bedingungen, wie bislang in der Literatur ganz überwiegend angenommen, von Lenin oder – wie Ulla Plener im Anschluss an J. Wurche meint – Sinowjew formuliert wurden, scheint mir nicht entscheidend zu sein; vgl. Ulla Plener: Lenin über Parteidisziplin, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, H. 4/1998, S. 58. Mir ist nicht bekannt, dass Lenin ihren Inhalt jemals infrage gestellt bzw. die mit ihrer Anwendung intendierten Folgen bedauert hätte. Plener hat zwar recht, wenn sie darauf hinweist, dass Lenins theoretisches Agieren immer situationsbedingt war. Gerade dagegen richtete sich ja die Kritik von Levi und anderen, dass er und die Bolschewiki dazu neigten, aus jeder taktischen Wendung nachträglich eine Theorie zu zimmern. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über mögliche demokratische Anwendungen Lenins im innerparteilichen Zusammenhang, wie sie Plener anstellt, erscheinen mir angesichts seines grundsätzlichen Verhältnisses zu den Aktionsmöglichkeiten konkurrierender sozialistischer Parteien (jenseits aller »Partei-theorie«) im hier interessierten Zeitraum doch ausgesprochen realitätsfern zu sein. Dies lässt

sich nämlich für die Zeit nach dem Ende des Bürgerkrieges mit folgendem Zitat charakterisieren (das Paul Levis Einschätzung unterstreicht, der Bolschewismus habe das Verhältnis der sozialistischen Parteien zueinander durch die Guillotine »gelöst«): »Sowohl die Menschewiki als auch die Sozialrevolutionäre, die allesamt solche Dinge (letztlich sozialdemokratische Auffassungen, U. S.) predigen, wundern sich, wenn wir erklären, daß wir Leute, die so etwas sagen, erschießen werden ... Wer den Menschewismus öffentlich manifestiert, den müssen unsere Revolutionsgerichte erschießen lassen, sonst sind das nicht unsere, sondern wer weiß was für Gerichte.« (Lenin, Wladimir Iljitsch, Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) an den XI. Parteitag, 17. März 1922, in: Ders.: Werke Bd. 33, Berlin 1971, S. 269) Angesichts derartiger Auslassungen erscheint es mir völlig inakzeptabel zu sein, wenn Plener in ihrem Aufsatz an verschiedenen Stellen den Versuch unternimmt, Lenins Parteiverständnis als eine lineare Fortentwicklung des Disziplinverständnisses in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie zu klassifizieren; vgl. Plener 1998, S. 58, 62.

62 Vgl. Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Herausgegeben von Hermann Weber, Hannover 1966, S. 55 ff.

63 Zit. nach Franz Klühs: Die Spaltung in der U.S.P.D., Berlin [1920], S. 5 ff.

64 Paul Levi in: Der Zweite Kongreß der Kommunist. Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 361; vgl. dazu auch Wheeler 1975a, S. 224.

65 Ders.: Warum gehen wir zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei?, in: Unser Weg, H. 16/1922, in: Levi 1969, S. 182.

66 Ders.: Taktische Fragen, in: Unser Weg (Sowjet), H. 1/2, 15. Januar 1922, S. 31.

Derartige Verluste gab es jedoch nicht nur bei den führenden Funktionären. Im Herbst 1920, d. h. zum Zeitpunkt der USPD-Spaltung, zählte die Partei knapp 900 000 Mitglieder, die KPD knapp 80 000. Nach der Spaltung, d. h. im April 1921, wurden noch 340 000 verbleibende USPD-Mitglieder gezählt. Die Angaben darüber, wie viele Mitglieder der Linken den Weg zur VKPD mitmachten, schwanken beträchtlich, zwischen 428 000⁷² und 280 000⁷³. In jedem Falle steht fest, dass nur ein Teil der Anhänger der USPD-Linken die Vereinigung mit der KPD mitvollzog, wobei sich die Schätzungen, wieviele Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung links von der MSPD verloren gingen, auf 20 Prozent⁷⁴ bzw. mindestens ein Drittel der Mitgliedschaft⁷⁵ belaufen. Die gleichen Effekte lassen sich anhand der Wahlergebnisse feststellen. Der Zusammenschluss zur VKPD führte nicht zu einem Aufschwung bei den Wahlen, vielmehr dürften 20 bis 30 Prozent der ehemaligen USPD-Wähler ihre Stimme nicht mehr an die Parteien links von der MSPD gegeben haben.⁷⁶

Die mit der Spaltung beabsichtigte Zielsetzung, eine Spaltung des reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung zu erreichen, schlug mittelfristig ins Gegenteil um. Nach der »Märzaktion« 1921 und der Abspaltung der KAG verlor die KPD nochmals fast 100 000 Mitglieder⁷⁷, wobei die Zahlen auch in den Folgejahren weiter rückläufig waren. Stattdessen war die existierende, an Mitgliedschaft wie bei Wahlen im Wachsen begriffene und im Frühsommer 1920 auch programmatisch relativ geschlossen dastehende linke Massenpartei des deutschen Proletariats, die USPD, zerschlagen worden. Ich kann mich nur dem Urteil von Wheeler anschließen, der feststellt, dass die mit den 21 Bedingungen betriebene Spaltung nicht zur Klärung und Stärkung der revolutionären Linken, sondern zu einer anhaltenden Verwirrung und permanenten Schwächung des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung geführt hat.⁷⁸

Diesem Urteil dürfte sich Paul Levi rückblickend sicherlich angeschlossen haben.⁷⁹ Wer sich politisch wie wissenschaftlich mit Levi auseinandersetzt, kommt um diese Schnittstelle seines politischen Wirkens und seine Haltung dazu nicht herum. Während Schütrumpf sich diesen Fragen nicht wirklich stellt, wird in Niemanns Beitrag mehr als deutlich, dass er Levis Einschätzungen nicht wirklich teilt⁸⁰, seinen Weg zurück in die Sozialdemokratie für einen Fehler hält. Denn, so Niemann: »Eine linke Opposition innerhalb einer reformistischen Partei hat objektiv die Funktion des »nützlichen Idioten«, sie verstellt den Blick auf den wahren Charakter der verfolgten Politik und hilft den Reformisten, ihren Einfluss zu behalten.«⁸¹ Es macht die Sache nicht besser, dass Niemann hier – welche Ironie – zugleich seinen eigenen Standort innerhalb der PDS beschreibt.

Levis Standort in der Sozialdemokratie der 20er Jahre

Paul Levis Weg zurück in die Sozialdemokratie – über die USPD in die 1922 wiedervereinigte Sozialdemokratische Partei – vollzog sich verständlicherweise mit Aspekten von Kontinuität wie von Positionsveränderungen. Avantgardistische Parteivorstellungen gehörten nun bei ihm der Vergangenheit an. Das hatte er aus seinen Auseinandersetzungen in der KPD und in und mit der Komintern gelernt. Spiegelbildlich zu seinen kritischer werdenden Stellungnahmen zur

sowjetrussischen Entwicklung erfolgte auch eine Neubewertung des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und demokratischer Republik. Die junge Weimarer Republik hielt er nun – anders als die Mehrzahl der Kommunisten – für verteidigungswert, ohne ihr Ewigkeitswert zuzugestehen.⁸² Das Bekenntnis zu dieser Regierungs- und Staatsform im Heidelberger Programm von 1925 ging ihm zwar zu weit. Er kritisierte, dass die dem bürgerlichen Staat gegenüber feindliche Stellung der Sozialdemokratie so nicht ausreichend zum Ausdruck gebracht worden sei. Er wollte dies aber zugleich nicht als Absage an die Demokratie verstanden wissen. Diese sei aber nur in einem anderen Staat zu verwirklichen als in dem, der vom Bürgertum beherrscht werde.⁸³

Vom gegenüber der Mehrheitslinie der KPD kritischen »Rechtskommunisten« war er nun zum linksoppositionellen Sozialdemokraten geworden. Dabei verleugnete er nicht, wo er herkam. Trotz aller aktuell sich verschärfenden Kritik an den russischen Zuständen pochte er in den innersozialdemokratischen Programmdebatten darauf, dass man auch im Rückblick noch von den Bedingungen und Formen der russischen Revolution lernen könne und müsse. Dem Programmentwurf der österreichischen Partei gesteht er dieses Lernen zwar zu; es geht ihm aber nicht weit genug. Die Tatsache, dass Lenin im entscheidenden Augenblick mit den Sowjets die Form für die Idee der Revolution gefunden habe, sei nicht verarbeitet worden.⁸⁴

Es mögen derartige Vorschläge gewesen sein, die Levi auch später erneut den Vorwurf eingehandelt haben, er sei ein zeit seines Lebens kommunistisch argumentierender politischer Kopf geblieben.⁸⁵ Hinzu kommt der bei Niemann ausführlich beschriebene Gesichtspunkt, dass Levi derjenige war, der am intensivsten auf der sozialdemokratischen Linken die Koalitionspolitik der Mehrheit der Partei auch mit bürgerlichen Parteien kritisierte.⁸⁶ Die genannte Charakterisierung geht jedoch fehl. Zwar blieb es dabei, dass Levi auch das mit Korrekturen nach links beschlossene Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokraten als »brav demokratisches« Programm ironisierte, dem er – zu Unrecht – einen geradezu zwangsläufigen Optimismus vorwarf. Gewisse Zweifel an seinem demokratischen Bekenntnis nährte Levi im übrigen weiterhin selbst, und zwar dort, wo er formulierte, Herrschaft sei eben ein Gewaltverhältnis, und Gewalt könne sich selbst keine Grenzen setzen. Die einmal eroberte Staatsgewalt müsse das Proletariat mit allen Mitteln verteidigen.⁸⁷ Wer Levis Positionierungen in Auseinandersetzung mit den Bolschewiki und seine Kritik an der von ihnen aufrechterhaltenen Minderheitsdiktatur nicht zur Kenntnis nimmt, kann daraus natürlich folgern, darin stecke sein bedingungsloses Bekenntnis zur Minderheits Herrschaft.⁸⁸ Aber so – ich habe es ausführlich gezeigt – ist Levi wohl nicht zu verstehen. Im Rückblick fällt auch sein Urteil über die österreichische Schwesterpartei und ihr Programm deutlich positiver aus: Er lobt die Stärke und Geschlossenheit der SDAP und hebt hervor, dass sich in ihr die Doktrin des Marxismus in größerer Klarheit erhalten habe als anderswo; austro zwar, aber doch Marxismus.⁸⁹

So bleibt Paul Levis Stellung in der Weimarer Sozialdemokratie eingeklemmt zwischen Kritik von links und rechts. Den einen ist er nicht sozialdemokratisch genug. Heinrich August Winkler wirft ihm

67 Ders.: Rosa Luxemburg und die russische Revolution, in: Leipziger Volkszeitung Nr. 24, 29. Januar 1923 [1923 b].

68 Ebenda sowie Ders.: Brief an Clara Zetkin vom 23. September 1921, in: Ders. 1969, S. 137.

69 Ders.: Die Lage nach Rathenaus Tod, in: Unser Weg, H. 12-13/1922, in: Ders. 1969, S. 243.

70 Ders., 1921c, S. 128. Man sieht, auch Levi schrieb die 21 Bedingungen Lenin zu.

71 Ders.: Zum Stand der proletarischen Bewegung in Deutschland, in: Rote Revue, H. 4, Dezember 1922, S. 129 f. [1922 a]; Ders.: Die politische Lage und die Aufgabe der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, in: Sowjet, H. 15, Dezember 1921, S. 411.

72 Vgl. Wheeler 1975a, S. 62; 1975 b, S. 148.

73 So Horst Naumann: Der Kampf des revolutionären Flügels der USPD für den Anschluss an die Kommunistische Internationale und die Vereinigung mit der KPD. Unter besonderer Berücksichtigung der Hilfe durch die Kommunistische Internationale und die KPD, Diss., Berlin 1961, S. 309. Flechthelm nennt die Zahl 300 000 unter Berufung auf Angaben von Wilhelm Pieck aus den Jahren 1922/23; vgl. Flechthelm 1969, S. 157.

74 Wheeler 1975 a, S. 264; 1975 b, S. 148.

75 Krause 1975, S. 219.

76 Wheeler 1975 a, S. 267; 1975 b, S. 150.

77 Vgl. die unterschiedlichen Zahlen einerseits bei Wheeler 1975a, S. 263 und Flechthelm 1969, S. 168.

78 So Wheeler 1975 b, S. 18 f.; ähnlich das Urteil bei Peter von Oertzen: Arbeiterbewegung und Demokratie. Zu Heinrich August Winklers Werk über »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1933«, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XXVIII, 1988, S. 501.

79 Dies lässt sich schon daraus ablesen, dass er rückblickend bereits das Ausschneiden der Spartakusgruppe aus der USPD für Ausdruck von Sektendenken hält, als den schwersten Fehler bezeichnet, den sie in der Revolution gemacht hätten; Levi 1922a, S. 131 f.

80 Anders wohl Weißbecker 1993, S. 6, der zudem auf den beschämenden Umstand hinweist, dass bei der üblichen Trauererhebung für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Levi nicht nur die nationalsozialistische Fraktion, sondern auch die kommunistische den Plenarsaal verließ; ebenda, S. 8.

81 Niemann 2004, S. 22.

82 Levi 1921e. Hier traf er sich im übrigen fast wortgleich in den Formulierungen mit Clara Zetkin, die ebenfalls kritisch zum aktuellen Kurs der KPD stand, sie anders als Levi aber nicht verließ; vgl. das Zitat bei Weißbecker 1993, S. 13 f.

83 Ders.: Rede, in: Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 286.

84 Ders.: Das neue österreichische Parteiprogramm, in: SPW, Nr. 33, 19. August 1926.

85 Vgl. nochmals Storm, Walter 1984, S. 6; kritisch dazu: Schöler 1985; Gransow, Krätke 1986, S. 147 f.

86 Vgl. im einzelnen Niemann 2004, S. 21 f. Da dieser Gesichtspunkt dort näher ausgeführt wird, wird hier auf eine detaillierte Wiedergabe verzichtet.

87 Paul Levi: Das österreichische Parteiprogramm, in: SPW, Nr. 45, 11. November 1926.

88 So Niemann 2004, S. 19, 23 f.

89 Paul Levi: Die Tragödie Österreichs, in: Der Klassenkampf, Nr. 19, 1. Oktober 1929, S. 582.

90 Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität. Ar-

in seiner großen Darstellung der zeitgenössischen Arbeiterbewegung vor, er sei auch nach seiner Trennung von der KPD »immer noch von vulgärdemokratischen Illusionen erfüllt« gewesen und habe als Quertreiber innerhalb der SPD agiert.⁹⁰ Spiegelbildlich die Kritik der späten DDR-Geschichtsschreibung, von der Niemann auch rückwirkend immer noch glaubt, sie sei Levi besser gerecht geworden. Levis Programmkritik in Heidelberg wie seine oppositionelle Haltung in der Weimarer Sozialdemokratie wurden darin nur insoweit gewürdigt, wie sich an ihnen die opportunistische Haltung der Sozialdemokratie als solcher »nachweisen« ließ. So hieß es angesichts seiner Parteitagsrede 1925, dass die Auseinandersetzung einige entscheidende Ursachen für die Schwäche der gesamten Linksoption offenbart habe:

»Sie resultierte vornehmlich aus der zunehmenden Verschüttung marxistischen theoretischen Denkens bei großen Teilen der Mitgliedschaft einschließlich der linken Kräfte. Auch die führenden Köpfe wie Levi waren nicht zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Programm fähig ... Sie scheuten ... davor zurück, sich marxistisch-leninistische Positionen und Einschätzungen zu den jüngsten Entwicklungen zu eigen zu machen.«⁹¹

Die Folie ist also klar: Die – heute mit Levi als putschistisch kritisierte – Politik der KPD war der Gradmesser ebenso wie die stalinistische Ideologie des Marxismus-Leninismus. Ähnlich verfuhr man mit Levis Kritik an der sozialdemokratischen Koalitionspolitik Ende der zwanziger Jahre. Seine Kritik war da »willkommen«, wo sie die Schwächen dieser Politik vor Augen führte. Die reichlich platten Schlüsse dürfte Levi aber kaum geteilt haben: Erneut habe sich gezeigt, dass es keinen dritten Weg zwischen den Interessen der übergroßen Volksmehrheit und dem Häuflein monopolkapitalistischer Großaktionäre gegeben habe und habe geben können.⁹² Die dürften wohl auch einer Partei zu weit gehen, die heute auf der neuen Suche nach einem dritten Weg zwischen Sozialdemokratie und Leninismus ist.

Paul Levi heute

Anders als Schütrumpf und Niemann glaube ich nicht, dass es die Realitäten am Beginn des 21. Jahrhunderts möglich machen, umstandslos aus Paul Levis Lebensweg und politisch-theoretischen Positionsbestimmungen lernen zu können. Zu deutlich unterscheiden sich die Herausforderungen, denen sich linke Parteien heute gegenüber sehen von denen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Das heißt jedoch nicht, dass es ohne Erkenntnisgewinn bliebe, wenn man sich heute mit Paul Levi auseinandersetzt.

Wer dies tut, muss sich jedoch – anders als Schütrumpf – mit dem ganzen Levi beschäftigen, darf sich nicht – aus Unkenntnis oder Bequemlichkeit – die eine oder andere vermeintlich »demokratisch-sozialistische Geburtsurkunde« herauspicken wollen. Die sozialistische Arbeiterbewegung hat theoretisch ausgereifere Denker und Köpfe zu bieten, die den Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus – mit und ohne Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell – differenzierter und klarsichtiger herausgearbeitet haben. Ferner ist der Paul Levi des Jahres 1921 – auch für die PDS – nicht

ohne seine Auseinandersetzung mit dem Leninschen Parteikonzept zu haben, wie sie sich insbesondere in seiner Kritik an den 21 Aufnahmebedingungen der Komintern und ihren verheerenden Folgen ausdrückten.⁹³ Die Konsequenz, die Levi daraus zog, war die unterschiedene Absage an die bolschewistische Parteitheorie und die Absonderung kommunistischer Parteien von der großen Masse der Arbeiter, die sich in der Sozialdemokratie organisierten. Seine Konsequenz war die Rückkehr in die Sozialdemokratie.

Gänzlich ungeeignet ist eine »Revitalisierung« Levis, die ihn wie Niemann – als angeblich immerwährenden Freund der Sowjetunion – seiner kritischen Position zur sowjetischen Entwicklung entkleidet. Nur so lässt er sich – nachdem aus dem M-L der »Marxismus« geworden ist – für angeblich »marxistische« Positionen in der PDS instrumentalisieren, hinter denen sich doch schlecht verhüllt weiterhin eher der Leninismus verbirgt. Ohne Levis kritische Absagen an die Behauptung der bolschewistischen diktatorischen Minderheits-herrschaft zur Kenntnis zu nehmen, wird er so zu einem angeblichen Kronzeugen für despotische Sozialismuskonzepte auch noch heute. Umstandslos und ohne nähere Analyse der Vergleichbarkeit historischer Situationen wird in dieser Betrachtung aus dem Kritiker der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit dem katholischen Zentrum Ende der zwanziger Jahre ein Kronzeuge für eine zeitlos verstandene prinzipielle Oppositionshaltung sozialistischer Parteien in einem bürgerlich-kapitalistischen System. Ein Schelm, wer da vermutet, hier sei eine Grundsatzkritik an den Länderkoalitionen der PDS mit der SPD gemeint. Das ist schon eine tolle Volte: Paul Levi, der linke Sozialdemokrat der späten 20er Jahre als Bezugspunkt für die Kritik eines heutigen Leninisten daran, dass eine postkommunistische Partei mit Sozialdemokraten koalitiert!

beiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 555.

91 Autorenkollektiv 1982, S. 169.

92 Ebenda, S. 231.

93 So auch Weißbecker 1993, S. 11. Seiner Schlussfolgerung kann ich durchaus zustimmen: »Mehr Demokratie *in* den, *mit* den und *durch* die Parteien – das muß durchaus keine Utopie sein, an deren Unerfüllbarkeit künftig immer noch aufrechte Menschen zu zerbrechen drohen.« (Ebenda, S. 22)

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Für seine Ausgabe am Tage der Europa-Wahl hatte sich der *Tagespiegel* aus Berlin was Nettes einfallen lassen: Er wollte uns offenbar den Horror vor dem Brüsseler Europa-Gigantismus nehmen oder Mißtrauen abbauen oder was auch immer: Jedenfalls wollte er seine Leser für Brüssel erwärmen, indem er Leute vorstellte, die dort leben und arbeiten. Zwar nicht gerade Grimme-Preis-verdächtig, aber dennoch keine schlechte Idee. Zum Beispiel wurde Gosia Lachut vorgestellt. Die Frau ist dreißig Jahre alt, kommt aus Warschau, wo sie Wirtschaft studierte; in Brüssel arbeitet sie »in der EU-Behörde, die Entwicklungsprogramme in afrikanischen Staaten aufbaut«. Gosia Lachut werde oft gefragt: »Du bist polnisch?« Und wenn sie dann mit »Ja« antworte, würden die Leute sagen: »Meine Putzfrau auch.« Doch sie könne damit leben, beschied sie der Journalistin, »trotzdem würde sie keine polnische Putzfrau einstellen. Das wäre ihr ein bißchen peinlich.« Immerhin. O-Ton Gosia Lachut: »Dann lieber eine Russin.« Wie schön, daß der ganze EU-Rummel und das EU-Gedöns samt Sonntagsreden den traditionellen europäischen Hackordnungen nichts anhaben konnten und daß jemand, der in der Hackordnung selber ziemlich unten rangiert, immer noch einen findet, auf den er hinabschauen kann.

Die deutsche Publizistenschaft hat Zuwachs erhalten: Erstaunt (allerdings in Maßen) hatten wir neulich in der ARD-Fernsehsendung *Frühshoppen* zur Kenntnis zu nehmen, daß sich der Historiker Winkler, Westimport an der Ostberliner Humboldt-Universität und bislang vorwiegend am rechten Spektrum der SPD zu verorten gewesen, daß Heinrich-August Winkler nun als Publizist vorgestellt wird. Bislang war diese Methode nur bei abgehalfterten oder aus

anderen Gründen ausgeschiedenen Politikern angewendet worden (nachzuprüfen zum Beispiel in den Qualitätszeitungen *Super Illu*, *Berliner Kurier* und ähnlichen Blättern). Nun also werden auch aus Professoren gleichsam über Nacht Publizisten. Das müssen wir natürlich nicht per se bemißtrauen, aber wundern wird man sich doch noch dürfen. Doch vielleicht sollte man sich redlicherweise bei Winklern weniger darüber wundern als bei jenen ehemaligen Politikern, die nachgewiesenermaßen bislang kaum eine Zeile zu Papier brachten (sie hatten ja Reden- und Artikelschreiber) und nun als Publizisten herumtingeln. Denn erstens hat sich Professor Winkler schon als Buchautor hervorgetan, und seine Artikel waren – um es mal politneutral auszudrücken – immer äußerst »griffig«. Jüngst erst konnten sich die Leser der *Berliner Zeitung* davon überzeugen, als dort der schreibende Historiker sehr zeitgeistig über den »D-Day« befand. Geharnischte Leserbriefe waren die Folge. Kurzum: Heinrich-August Winkler, Publizist.

Wir kommen nicht umhin, auch hier ein Wort über Fußball zu verlauten, genauer: über die Fußball-Europa-Meisterschaft. (Was waren dagegen schon die *Europa-Wahlen ...*) Wie meist bei derartigen Gelegenheiten ist das die Stunde der Experten. Wer auf sich hält (und es sich leisten kann), hält sich einen solchen. Im Fernsehen war unter anderem der ehemalige Fußballspieler Günter Netzer unter Vertrag. Und der ließ auch das Magazin *Focus* an seinem Expertentum teilhaben und befand dort, es sei für die Deutschen immer dann gut gelaufen, »wenn die Mannschaft ein paar Schweinehunde auf dem Rasen« gehabt habe. Überschrift einer den *Focus* zitierenden Tageszeitung: *Netzer vermisst »Schweinehunde«*.

Das ist doch nun wahrlich mal eine gute Nachricht: In Deutschland werden die Schweinehunde knapp! Wann hat es das je gegeben! Diese Meldung ist mindestens genauso bemerkenswert wie jene, derzufolge die Hallenser Puffbetreiberin Christine Schmittroth auf der Auktionsseite der Zollbehörden eine Deutschlandfahne ersteigerte, die einst auf dem Reichstag zu Berlin wehte; der Vorgang löste, wie *Das Blättchen* dazu anmerkte, »keinen landesweiten Orkan patriotischer Empörung« aus – »vielleicht ist Deutschland doch schon weiter, als wir bislang zu hoffen wagten«. Zugegeben, wir sollten uns nicht zu früh freuen, Rückschläge sind nicht ausgeschlossen.

Gewinner suhlen sich seit jeher gerne an einstigen Weihestätten geschlagener Gegner – Gruseleffekt. Darum war es denn auch nicht verwunderlich, daß sich Mitte Juni der *Bundesverband der Deutschen Industrie* im früheren *Palast der Republik* zu seiner Jahrestagung zusammengerottet hatte. Zu wundern wäre sich höchstens darüber gewesen, daß der BDI nicht schon eher auf dieses Event kam. Daß Gerhard Schröder vorgeladen worden war und der ausgerechnet in seiner Rede vor den Bossen »Reformunwillige« aus seiner eigenen Partei denunzierte, gab der Sache besondere Würze. Man war mit ihm zufrieden.

**Wolfgang Ruge: Berlin –
Moskau – Sosswa. Stationen einer
Emigration, Pahl-Rugenstein Bonn
2003, 452 S. (29,00 €)**

Wer durch geschichtswissenschaftliche Publikationen zur Weimarer Republik und außerdem durch Radikalkritik an Partei und Staat der Sowjetunion bekannt geworden ist, wäre wohl imstande, in seine Memoiren auch analytisch-theoretische Gedanken aufzunehmen: Erörterungen zu jenem politischen System, das unter den Begriffen »Stalinismus« und »Poststalinismus« noch immer hart debattiert wird. Sehr zu Recht aber hat Ruge sich diesmal für eine narrative Darstellungsweise entschieden, die an Grimmelshausen denken läßt. Simplicissimus, der autobiographische Erzähler, wird am Vorabend der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« geboren, was für ihn symbolische Bedeutung hat. So wächst er in einer Berliner Lehrerfamilie auf, deren Denken und Tun in der Überzeugung gründet, daß »ex oriente lux« seit 1917 eine ganz und gar eindeutige Tatsache ist: Lenin, die Bolschewiki, schließlich auch Stalin gelten als Führer eines Volkes von Arbeitern und Bauern, die unter dem Roten Stern für die Erneuerung Rußlands, sogar der Menschheit angetreten scheinen.

Was Wunder, wenn der sechzehnjährige Jungkommunist nach Machtergreifung der Hitlerfaschisten über Skandinavien in die Sowjetunion emigriert – mit ihm sein Bruder Walter, wenig später die Mutter, der Vater. Es ist leicht vorstellbar, mit welcher hohen Erwartungen er sich in erste Begegnungen und Erfahrungen begibt, die aber seine Sowjetgläubigkeit erschüttern. Zum Beispiel schon am Tag der Ankunft in Leningrad, wo die Werktätigen ärmlich, in abgerissener Kleidung vorüberhasten und er mit Befremden sehen muß, wie dem einen ein Stückchen Zucker auf die regennasse Straße fällt, ein anderer sich eilig bückt und die verschmutzte Beute in den Mund steckt. Hier ist kein Land, wo Milch und Honig fließen. Zum Beispiel dann in Moskau, wo er beengt lebt und allzu bald in die tödliche Sphäre der »Tschiska«, der sogenannten Parteireinigung gerät, in der ihm befreundete

und wertvolle Menschen spurlos verschwinden. Und schon beginnen die denkwürdigen Zufälle, die ihn selbst wiederholt vor Verhaftung und Auslöschung bewahren: Hätte er nicht beschlossen, sich ganz dem Exilland zu widmen, durch Sprache und Lebensweise ein »Russe zu werden«, so würde er unter deutschen Emigranten gelebt haben und zusammen mit ihnen den Fängen der Staatspolizei verfallen sein. Es ist die Zeit des Attentats gegen Kirow, der beginnenden Schauprozesse, in denen die Genossen der Großen Revolution als Staatsfeinde entehrt und abgeurteilt werden.

Die mörderischen Folgen entfremden einen jeden der Familie. Der Vater wird an die Nazis ausgeliefert. Die Mutter, Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale, entkommt nur durch verdeckte Begünstigung in die westlichen Länder. Der Bruder wird inhaftiert, in die Eiswüsten des hohen Nordens verbracht. Nach Schilderung weniger Jahre der Desillusionierung beginnt der Erzähler, von seiner simplizianischen Schreibweise abzurücken und zu kommentieren: »Statt Freiheit gab es nur Menschenjagden, statt Glück – Denunziationen, statt Wohlstand – Elend.« Der junge Mann hat auf seinen »Vaterlands der Werktätigen« den deutschen Faschismus überwinden wollen – und will es noch immer. Wie sehr aber muß ihn der Stalin-Hitler-Pakt von 1939 schockieren. Keine zwei Jahre später dann der faschistische Überfall und Angriffskrieg, der alle in Rußland lebenden Deutschen, ob Emigranten oder deutschstämmige Sowjetbürger mitsamt ihren Angehörigen, in den Verdacht der Spionage, der Kollaboration, der Feindschaft gegen die Sowjetunion bringt. Der Erzähler und seine russische Frau werden in die Viehwagen eines der vielen Sammeltransporte gepfercht und nach Kasachstan gekarrt.

Damit beginnt eine Verbannung für die ihm noch unbekanntes Dauer von vierzehn Jahren. Der Mann verliert seine eheliche Gefährtin, wird weiter nach Norden, als Holzfäller in die westsibirische Taiga verschleppt. Was »Gulag«, von stalinistischen Bürokraten und Menschenschindern als »Arbeitsarmee« schöngefärbt, im sowjet-russischen Alltag bedeutet, wird in diesen Memoiren auf ergreifende Weise beschrieben. Es ist fast ein Wunder, wie der Geschehenszeuge unter Unzähligen, die

durch Hunger, Krankheiten, Unfälle, sogar Hinrichtung zugrunde gehen, überleben kann: vornehmlich dank hellwacher Intelligenz, die ihn schwierige Situationen wieder und wieder bestehen läßt. Das ist Lebenswille, der aus Geistigem kommt – bloße Körperkraft, sture Ausdauer reichen da nicht. Und nun finden nicht wenige der Verbannten und der anonym verscharrten Toten in den Zeilen dieses Erinnerers ein spätes Gedenken, ein Grabmal.

Je länger, desto mehr kommen gedankliche Reflexionen auf. Der Verfasser schreibt im Stil der Umgangssprache, sehr anschaulich und durchaus nicht mit der Feder des Hasses. Wer diesen Lebensbericht auf sich wirken läßt, müßte unweigerlich zu der Einsicht gelangen, daß ein derart politisches System wohl die deutschen Angriffskrieger besiegen konnte, als Entwicklungsform für eine humane Gesellschaft hingegen verdorben war. Des Alltags beweiskräftige Tatsachen sind hier in Fülle ausgebreitet. Während den Verbannten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Rehabilitation und die Heimführung verweigert werden, so daß Verzweiflung und Suizidrate steigen, verschärft der Erinnerer – längst nicht mehr Simplizissimus – seine kritische Haltung: »Zum ersten Mal erfassen mich Zweifel an der Machbarkeit des kommunistischen Ideals. Mögen die Wegbereiter des Humanismus daran glauben – die hirnverbrannten Politiker zerstören noch die allerletzte Illusion!« Wenn es noch eines Beweises bedürfte: Am 26. November 1948 erläßt der Ministerrat der UdSSR einen Gesetzestext, wonach »Deutsche, die während des Großen Vaterländischen Krieges in entfernte Gebiete der Sowjetunion ausgesiedelt worden sind, mit zwanzig Jahren Zwangsarbeit bestraft werden, falls sie sich ohne Erlaubnis aus dem ihnen zugewiesenen Siedlungsraum entfernen«. Zwangsarbeit bedeutet Leben in Ketten. Wer da nur fragt, aufgrund welcher Schuld die nun »auf ewig« dekretierte Verbannung verhängt wird, gilt prompt als »Stimme des Klassenfeindes«. Politischer Zynismus par excellence! Doch Kuriosität der Historie: Es ist der BRD-Kanzler Adenauer, der in den fünfziger Jahren die Rückführung deutscher Kriegsgefangener durchsetzt und dadurch mittelbar auch die Befreiung politischer Emigranten bewirkt. 1956 kehrt der einstige Jungkommunist – ein na-

hezu Vierzigjähriger – nach Deutschland zurück.

Ruge wählte seinen freiwilligen und dauernen Aufenthalt in der DDR. Er war der erste Historiker, der an der Akademie der Wissenschaften zum Professor ernannt wurde. Seine Freunde wußten von seiner schweren Vergangenheit. Jedoch in der Öffentlichkeit wurde das Thema »Gulag« verheimlicht. Das hat der Rezensent selbst erfahren: In einer Laudatio auf Wolfgang Ruge, die im Journal »Eulenspiegel« veröffentlicht wurde (Nr. 23, Jg. 1988), strich die Zensur den sehr moderaten Hinweis: »verwiesen hinter den Ural«. Die Adepten des witzigen Urvaters, den wir alle doch mit dem Spiegel der Kritik in der Hand verbildlicht wissen, unterdrückten die Wahrheit, so daß ich dem verstümmelten Text meinen Namen verweigern mußte. Ruge selbst schwieg coram publico über seine sowjetische Zeit, engagierte sich aber mit Rückgriff auf seine »verblichenen Jugendideale«: »Den Schatten dieser Ideale nahm ich zum Anlaß, mich selbst zu überzeugen, daß ich helfen wollte, den Sozialismus in der DDR zu errichten.« Lenin war ihm der unbestrittene Führer einer wirklich Großen Revolution; den Staatsverbrecher Stalin berührte er nicht. Erst das Ende der DDR hat dem politischen Bewußtseinsstrom, der in Ruge aufgestaut war, die Schleusen geöffnet. Bereits im Frühjahr 1990 überraschte er mit der weithin Entrüstung hervorrufenden, aber prinzipiell richtigen These: »Lenin gab Stalin die Knute in die Hand.«

Es kann nicht ausbleiben, daß Ruges frühere und heutige Texte miteinander verglichen werden. Seine »Wende« zum öffentlichen Radikalkritiker hat tatsächlich stattgefunden, und ein erklärender Schlüssel zum Verständnis seines vorhergehenden Lebens scheint mir in den Memoiren enthalten zu sein. Ein Biologe würde sagen: »Variabilität« ist die Eigenschaft alles Lebendigen. Der politische Mensch – nicht ohne Moral – spricht hier von »Anpassung«. So der Verfasser selbst in der »Vorbemerkung«: Aus seiner Jugendzeit komme ein »Prozess der Angepasstheit« – ohne den er nicht überlebt hätte. Wer wollte das kritisieren? Es ist denkbar, daß aus dem Jungkommunisten auch ein Oppositioneller, ein Widerständler gegen den Stalinismus hätte werden können. Doch niemand würde wohl jemals er-

fahren haben, ob dann in Moskau, Kasachstan oder Sosswa ein Märtyrer, vielleicht gar ein Held zugrunde ging.

HELMUT BOCK

Albert Scharenberg,
Oliver Schmitke (Hrsg.):
Das Ende der Politik?
Globalisierung und der
Strukturwandel des Politischen,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2003, 383 S. (24,80 €)

Dass mit zunehmender Macht der Akteure der neoliberalen Globalisierung nationale Regierungen an Einflussmöglichkeiten und daher auch Bürgerinnen und Bürger an demokratischer Teilhabemöglichkeit einbüßen, gehört ebenso zu den Grundlagen der Globalisierungskritik wie die Debatte über mögliche Gegenstrategien gegen die von Birgit Mahnkopf kürzlich so schön betitelt »Zwangs-Amerikanisierung«. Dass diese derzeit ohne ernstzunehmenden Gegenspieler stetig fortschreitet, können nur Revolutionsromantiker in Zweifel ziehen. Die sozialdemokratische Führung nicht nur in Deutschland hat aus dieser Analyse den Schluss gezogen, dass nur die Anpassung an den Neoliberalismus noch Restbestände politischen Einflusses retten könne.

Wer diese Strategie, weil anti-emanzipatorisch, nicht teilen mag, sollte Macht- und Interessenverhältnisse ebenso gründlich analysieren wie über Alternativen reflektieren. »Auch wenn die Übermacht der neoliberalen und reaktionären Kräfte immer wieder deutlich wird, leben wir in spannenden Zeiten. (...) es scheint wieder möglich, grundlegende Kritik an den Verhältnissen zu üben« (Ulrich Brand, S. 375).

Dazu leistet das von Albert Scharenberg und Oliver Schmitke herausgegebene Buch wichtige Beiträge. Das erste Kapitel (»Globalisierung und Transnationalisierung«) wird von Scharenberg mit einer Untersuchung über die aus der Globalisierung folgende soziale Ungleichheit eingeleitet. Zunehmende Spaltungen ergeben sich nicht nur für die Weltgesell-

schaft (»Zentrum und Peripherie«), sondern auch in den »Siegerländern« des »Nordens«, vor allem in den USA. Für Deutschland bezieht sich Scharenberg auf den ersten Armuts- und Reichtumsbericht der rot-grünen Bundesregierung.¹ Im Ergebnis ist auch für Deutschland von einer Zunahme der sozialen Spaltung auszugehen.

Moralische Entrüstung über obszöne Manageregehälter könnte verdecken, dass zunehmende soziale Ungleichheit eine logische Folge der Machtanhäufung des akkumulierten Kapitals darstellt.

Ebenfalls mit einem Dokument deutscher Politik setzt sich der Berliner Ökonom Kurt Hübner auseinander, der »Polemische Anmerkungen zur Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft« formuliert. Vor allem die Empfehlung der Kommissionsmehrheit zur Einführung einer Tobin-Tax trifft auf Hübners Kritik. Er hält die Devisentransaktionssteuer für kein geeignetes Mittel zur Eindämmung spekulativer Kapitalströme.²

Ergänzt wird dieses Kapitel durch zwei feministische Beiträge von Suzanne Bergeron und Birgit Sauer.

Unter der Überschrift »Globalisierung und die ›Grenzen‹ des Politischen« findet sich ein äußerst lesenswerter demokratiekritischer Essay des bekannten Bürgerrechtlers Wolf-Dieter Narr (Die Verfassung der Globalisierung). Überzeugend seine Ist-Analyse der liberalen Demokratie im globalisierten Kapitalismus: sie »funktioniert nicht«. (S.155) Tendenziell schon immer zu beobachten, erfahre die Ausrichtung der Politik an den Interessen des Kapitals durch die Globalisierung neue Dimensionen und entkoppelte sich völlig von der Legitimierung von Wählerinnen und Wählern. Demokratie, so Narr weiter, könne nur in überschaubaren Räumen funktionieren. Das müssen nicht die Nationalstaaten sein, wie auch Oliver Schmitke anschließend darlegt.

Dass die Europäische Union nicht umstandslos als Rettungsanker gesehen werden könne, meint Susanne Schunter-Kleemann (Bremen). Sie sieht Gefahren durch undurchschaubare (»männerbündlerische«) horizontale und vertikale Verflechtungen und die viel beklagte mangelnde Gewaltenteilung in der europäischen Politik. Dass andererseits die EU als potenzieller Gegenspieler zu den USA

gesehen wird und vielfach zum Vorbild regionaler Zusammenschlüsse dient, greifen der Münsteraner Soziologe Reinhart Köbler und Hening Melber (Uppsala) auf. Sie untersuchen »Afrikanische Kooperation im Zeichen der Globalisierung« und kommen, wenig überraschend, zu ernüchternden Ergebnissen.

Dem Slogan vom globalen Denken und lokalen Handeln trägt das 3. Kapitel Rechnung, in dem drei Beiträge diesen Zusammenhang untersuchen. Mit Blick auf die USA zeigt Peter Marcuse (New York), wie der 11. September 2001 von politischen und ökonomischen Machteliten zur Machterweiterung genutzt wurde. Roger Keil und Neil Brenner entwerfen ebenso wie die Berliner Politikwissenschaftlerin Margit Meyer Szenarien von Städten als Orten sozialer Kämpfe, die zunehmend unter globalen Aspekten zu sehen seien.

Im vierten Kapitel wird realen und potenziellen Bewegungen gegen die Entpolitisierung nachgegangen. Sabine Lang (Washington) hofft auf das Internet »die ›Wild Card‹ globaler Öffentlichkeit.« Das Internet berge ein großes Potenzial für die Kommunikation von Protest.

Ernsthafter dürfte die von Thomas Greven (Berlin) empirisch behandelte transnationale Gewerkschaftspolitik sein. Ausgehend von der Analyse der die Gewerkschaften in die Defensive treibenden Faktoren, setzt Greven auf transnationale Kampagnen als Lernorte für die gewerkschaftliche Basis.

Dass solche Lernstrategien nicht nur für Gewerkschaften, sondern für die gesamte Linke erforderlich seien, meint im abschließenden, das Thema nochmals umfassend theoretisch aufgreifenden Beitrag Ulrich Brand (Kassel).

Das Buch kann, wenngleich nicht allen Beiträgen uneingeschränkt gefolgt werden kann, allen Globalisierungsinteressierten Leserinnen und Lesern mit Vorinformationen zum Thema empfohlen werden.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

1 Gerechterweise muss gesagt werden, dass Rot-Grün mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung einer langjährigen Forderung aus der Sozialbewegung nachkam; dass insbesondere mit »Hartz IV« die Verarmung Langzeitarbeitsloser verschärft wird, steht auf einem anderen Blatt

2 Der Rezensent erlaubt sich darauf hinzuweisen, dass der über die Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) kostengünstig zu beziehende Schlussbericht der Enquete-Kommission eine wahre Fundgrube an Material zur Globalisierung bietet.

Massimiliano Andretta,
Donatella della Porta,
Lorenzo Mosca, Herbert Reiter:
No Global – New Global.
Identität und Strategien
der Antiglobalisierungsbewegung,
Campus Verlag Frankfurt/M. und
New York 2003, 243 S. (19,90 €)

Daß sich die Politik mit einem neuartigen sozialen Phänomen befassen muß, besagt noch nicht viel. Ein sicheres Anzeichen dafür, daß dieses ernstgenommen werden muß, ist jedoch noch immer, wenn es zum Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaft wird. Auch die globalisierungskritische »Bewegung der Bewegungen«, die in ihrer Formierung als transnationaler kollektiver Akteur faktisch die Kehrseite der Internationalisierung von Politik und Wirtschaft darstellt, hat es inzwischen geschafft, die höheren Weihen sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit zu erlangen – und das nicht nur im großen, ganzen und allgemeinen, sondern auch bezogen auf einzelne Ereignisse, wie die Proteste von Seattle, Prag, Göteborg, Genua und anderenorts.

Den Autoren des vorliegenden Bandes geht es genau um die Analyse eines solchen Einzelereignisses, nämlich darum, »mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Instrumente die Aktionen und den Diskurs der Organisationen, der Männer und Frauen, die das Ereignis Genua ›gemacht‹ haben, zu rekonstruieren« (S. 37). Auf mehr als 200 Seiten befassen sie sich tiefgründig und detailliert mit der Organisation des Protests (Kapitel 1), mit der Identität einer globalen Bewegung (Kapitel 2), mit Protest und öffentlicher Ordnung (Kapitel 3), mit der nachträglichen Interpretation der Ereignisse durch die politischen Parteien (Kapitel 4) und schließlich mit dem Zusammenhang von globaler Bewegung und Demokratie (Kapitel 5).

Sicherlich ist es den Autoren gelungen, wertvolles Material zu sammeln und aufzubereiten – für kommende Scharen von Diplomanden und Doktoranden zum Thema »neue soziale Bewegungen« wird dieses Buch sicherlich eine Standardreferenz darstellen –, aber wirklich überraschend Neues hat es für

den interessierten Laien (an den es sich auch gar nicht wendet) nicht zu bieten.

Daß die Protestierer eher im jugendlichen Alter sind, daß sie mehrheitlich Gewalt ablehnen, aber sie nicht völlig ausschließen, daß sie unterschiedliche Meinungen nicht unbedingt als etwas Trennendes ansehen, sondern oft als Bereicherung empfinden, daß ihre Organisationen flache Hierarchien haben und sich die Mitglieder gern des Internets bedienen – dieses alles wird im vorliegenden Buch weniger ›entdeckt‹ als vielmehr ›bestätigt‹ und vor allem am Beispiel Genua dokumentiert. Auch die Ratlosigkeit etablierter Parteien gegenüber der »Bewegung der Bewegungen« und die verhängnisvolle Tendenz der ›Ordnungshüter‹ zur gewaltsamen Überreaktion sind durch die Medien längst nicht nur in die Wohnstuben, sondern auch in die Hinterzimmer und bis zu den Stammtischen vorgedrungen und haben dort sowohl Sympathien ausgelöst als auch Ängste geschürt.

Was nun die zu erwartenden sozio-politischen Wirkungen der Proteste durch Bewegungen, die jenseits von Parteipolitik und repräsentativer Demokratie stehen, angeht, so zeigen sich die Autoren am Ende allerdings erstaunlich rat- und visionslos. »Wenn die Suche nach neuen Formen der Demokratie ... mit einem wachsenden Bedürfnis nach Partizipation zusammenklingt (auch weil es immer weniger durch die politischen Parteien erfüllt wird), so bleibt das Problem der Kanalisierung der Forderungen der Bewegung in die Agenda der Institutionen offen« (S. 212) – was will der Sozialwissenschaftler dem geneigten Leser damit wohl sagen? Daß am Ende doch alles darauf hinaus läuft, daß die Globalisierungskritiker eine »richtige« Partei bilden, oder vielleicht, daß sie eine finden, die ihre Forderungen in den Parlamenten und Institutionen vertritt – daß sich schlußendlich doch wieder alles in den alten Bahnen bewegen muß? Wenn die Protestierer von Seattle, Prag, Göteborg, Genua usw. erst ihren Marsch in und durch die (althergebrachten) Institutionen angetreten haben und sich am Rande von bedeutenden Sitzungen und Konferenzen in Schlips und Anzug über »weißt du noch, damals in Genua...« unterhalten, dann wäre also alles (wieder) in bester Ordnung; oder auch nicht...

ARNDT HOPFMANN

Tanja Busse, Tobias Dürr (Hg.):
Das *neue* Deutschland.
Die Zukunft als Chance,
Aufbau-Verlag Berlin 2003,
328 S. (15,90 €)

Gemeint ist Ostdeutschland. Indem die Herausgeber die Gegend zwischen Elbe und Oder als »das neue Deutschland« titulieren, folgen sie Donald Rumsfeld, welcher glaubt, neben dem alten, traditionalistischen Europa im Osten des Kontinents ein neues, modernes und amerikafreundliches Europa ausmachen zu können. Der zweite, nicht minder wichtige Bezugspunkt ist Wolfgang Engler, welcher in Ostdeutschland das modernere Deutschland sieht und die Ostdeutschen mithin als Avantgarde.

Das Buch vereinigt Beiträge von 23 Autoren aus Ost und West, die sich mit der Frage auseinandersetzen, wie die Lage in den neuen Bundesländern heute, nach dem Ende der Nachwendezeit und dem Beginn tiefgreifender Reformen, einzuschätzen ist. Dabei geht es den Autoren vor allem um die zukunftsweisende Frage, ob und gegebenenfalls wie die Bundesrepublik als Ganzes von den Erfahrungen, die seit 1990 in Ostdeutschland gemacht worden sind, profitieren kann. Die Antworten, die hierauf gegeben werden, fallen sehr unterschiedlich aus, überwiegend jedoch eher skeptisch. So ist von einem »ernüchterten neuen Deutschland nach dem Ende der liebsten Illusionen seiner Bürger in Ost und West« (S. 10) die Rede, von »deindustrialisierten Landschaften«, die man nicht mit »postindustriellen« verwechseln sollte (S. 15), vom »intellektuellen Ausbluten des Ostens« (S. 80), von Ostdeutschland als einer »abgehängten Region« (S. 152), in welcher kein wirtschaftlicher Aufschwung mehr zu erwarten sei, von einer dramatisch schrumpfenden Bevölkerung, von abnehmender Bildung und Kultur, »uncivility« (S. 150) u. a. m. Die Themenfelder, an denen dies exemplifiziert wird, sind sehr verschieden, ebenso die Diktion der einzelnen Beiträge.

Prüft man die einzelnen Aufsätze auf die Frage hin, was der Westen denn nun vom Osten tatsächlich lernen könne, »gerade jetzt

und zu seinem eigenen Nutzen«, wie Matthias Platzeck betont (S. 52), so findet man letztlich wenig Konkretes. Feststellungen wie die, daß »die Strukturanpassung« im Osten längst begonnen habe, im Westen aber noch bevorstehe (S. 58), mögen richtig sein, sie belegen aber noch keinen »Vorsprung« Ostdeutschlands im strukturellen Wandel, geschweige dessen Vorreiterrolle. Eher stehen sie für die Erfahrung, wie schwierig ein solcher Wandel ist und daß er auf keinen Fall allein den Kräften des Marktes überlassen werden darf. Sehr anschaulich beschreibt dies Tobias Dürr in seiner Reportage über Zschornowitz, einem Beispiel erfolgreicher ostdeutscher De-Industrialisierung und postindustrieller Transformation. Er fragt: »Welche neuen Chancen und Perspektiven bietet der Wandel all den wider den eigenen Willen Ausgemusterten der großen Transformation?« Seine realistische Antwort lautet: »Nicht viele.« (S. 76). Da sich die Gesellschaft in einem Umbruch befindet, wird der Westen als »Wirtschaftswunderland« keine Zukunft haben und der Osten in jenem »gelobten Land« niemals ankommen. Niemals! – »Wer in Zukunft noch einmal Wachstum, Wohlstand für viele und eine sozial integrierte Gesellschaft erlangen will, wird völlig andere Wege einschlagen müssen, als jene, die das heute verblichene Wirtschaftswunderland einst so erfolgreich machten« (S. 77). – Aber welche Lehren vermag Ostdeutschland dafür zu erteilen, als halb entvölkertes, intellektuell ausgeblutetes und deindustrialisiertes Land? Thomas Kralinski stellt sich dieser Frage unter demografischem Aspekt. Seine Antworten sind zum Teil sarkastisch. So erblickt er für Ostdeutschland eine Perspektive als »Rentnerparadies«, ähnlich Florida oder Mallorca, bloß ohne Sonne. Buslinien sollten mangels Fahrgästen eingestellt und der öffentliche Nahverkehr auf manchen Strecken auf Taxis umgestellt werden. Überhaupt wird der Osten eine Vorreiterrolle einnehmen, da man hier experimentieren kann, »wie Ärzte in der Peripherie zu halten sind und wie Fahrdienste organisiert werden können, um älteren Menschen das Einkaufen zu ermöglichen. Neue Möglichkeiten für ältere Bürger wird das Internet bringen... (S. 90 f.). Alexander Thumfart unternimmt den Versuch, anhand ausgewählter politischer und sozialer

Phänomene in Ostdeutschland »wahrscheinliche Entwicklungen für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt« (S. 137) zu explorieren. Er konzentriert sich dabei auf das Wahlverhalten, die Arbeitsbeziehungen und das Phänomen der »uncivility«. So stellt er zum Beispiel fest, was wir »in Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Arbeitsverhältnisse erleben werden, sind ostdeutsche Zustände bundesweit.« (S. 149) Auch ostdeutsche Löhne?! Albrecht von Lucke verfolgt die Frage weiter und spitzt sie zu, indem er fragt: »Was hat der Ossi dem Wessi voraus?« – »Eines gewiß«, so die Antwort: »Mit Sicherheit ist der Ossi um einige Enttäuschungen reicher, genauer müßte man wohl sagen: um einige Verlusterfahrungen. Was aber auch bedeutet: um einige Wirklichkeitserfahrungen.« (S. 208) Nun gut, aber Erfahrungen sind nicht übertragbar, die muß jeder selbst am eigenen Leibe »erfahren«. Insofern bleibt den Ostdeutschen nur die Häme, daß es letztlich auch die Westdeutschen erwischt. Ob dies, ökonomisch gesehen, im Westen aber genauso abläuft wie der Strukturwandel im Osten, bleibt zu bezweifeln. Dafür sind die Voraussetzungen, sprich Einkommensverhältnisse und Vermögenspolster, wohl doch allzu verschieden. Ein dies faktisch vorwegnehmend belegender Artikel ist der Aufsatz von Landolf Scherzer. Hierin wird nicht nur der akademische Alltag an einer thüringischen Hochschule sehr eindrucksvoll geschildert, sondern auch das Schicksal eines entlassenen Professors, wie es im Osten tausendfach zu finden ist, im Westen aber schier nicht vorstellbar ist, auch nicht in zwanzig Jahren. Allein dieser Text wiederlegt aufs Anschaulichste die These von der »inneren Einheit« und von der vermeintlichen Rolle der Ostdeutschen als Avantgarde. Sehr erhellend wirkt in diesem Zusammenhang auch die Schilderung der Ostdeutschen als Immigranten, wie sie Toralf Staud vornimmt. Seine These lautet, hätte man 1990 beachtet, daß die Ostdeutschen aus einem »vollkommen anderen Land« kommen als die Westdeutschen, so wäre die deutsche Einheit mit Sicherheit anders verlaufen, »wahrscheinlich erfolgreicher« (S. 266). Die beiden abschließenden Texte des Bandes, die Aufsätze von Alexander Cammann und Detlef Pollak, demonstrieren noch einmal sehr eingängig, in

welchem Maße die bundesdeutsche Gesellschaft heute immer noch eine gespaltene Gesellschaft ist. Dies gilt nicht nur für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Situation in der Gegenwart, sondern gleichermaßen auch für die Wahrnehmung der Vergangenheit, ein Aspekt, dem im allgemeinen wenig Aufmerksamkeit zuteil wird: »Über die Verhältnisse in der DDR kann man in Deutschland, ohne sich über sie lustig zu machen oder sie zu verdammen, eigentlich nicht reden.« (S. 305) Die Ostdeutschen gelten, obwohl seit 14 Jahren Teil der Bundesrepublik, immer noch als »Fremde«, denen es »schwer fällt, die neue Umgebung zu begreifen, in der sie sich nunmehr befinden, sich in ihr zurechtzufinden und sich ihr anzupassen.« (S. 295) Pollak bedauert es, daß die vielfältigen Kompetenzen der Ostdeutschen, die 1990 zur Nutzung bereitstanden, im Vereinigungsprozeß nicht genutzt worden sind. »Heute stehen sie nicht mehr zur Verfügung.« (S. 304) Insofern ist es inzwischen bereits fraglich, ob die Ostdeutschen für die gesamtdeutsche Zukunft überhaupt noch einen eigenständigen Beitrag leisten können. Deshalb aber ist der Osten keineswegs unwichtig für die gesamtdeutsche Entwicklung. Ganz im Gegenteil. Allen Autoren ist die Überzeugung gemeinsam, »daß die Gegenwart Ostdeutschlands und der Ostdeutschen viel darüber sagt, wie es mit diesem Gemeinwesen insgesamt weitergehen wird.« (S. 11) Das vorliegende Buch bildet vielleicht einen Auftakt zu weiteren, gerade jetzt dringend notwendigen Debatten darüber.

ULRICH BUSCH

Volker Perthes: Geheime Gärten.
Die neue arabische Welt,
Siedler Verlag Berlin 2002,
426 S. (24,00 €)

Wie viele potentielle Leser, die Volker Perthes nicht kennen, mag der Titel des Buches von seinem Kauf abgehalten haben? In wenigen Sätzen (S. 9, 318) erläutert der Autor zwar den Euphemismus, mit dem der frühere marokkanische König Hassan II. seine Gefängnisse als »geheime Gärten« beschrieb, die

sich eine Nachfolgegeneration nun zu öffnen anschickt, aber der Begriff gehört außerhalb Marokkos kaum zum allgemeinen Sprachgebrauch. Ein flüchtiger Blick über die Auslagen in den Buchhandlungen mag den Titel deshalb wohl eher mit arabischer Poesie oder Mystik in Verbindung bringen. Das ist insofern sehr schade, weil mit Perthes' Buch ein Werk vorliegt, das in Deutschland seinesgleichen sucht: es existiert keine fundierte Lagebeschreibung der modernen arabischen Welt, ergänzt und abgerundet mit Personenindex, sinnvollen Karten und Literaturhinweisen, die auf reichlich vierhundert Seiten für ein breiteres Publikum so optimal die Balance zwischen Detailreichtum und Abstraktionsgrad findet. Da stört auch kaum, daß der historische Teil in einem Buch, das sich »Die neue arabische Welt« unternimmt, vielleicht etwas zu lang geraten ist; jeder, der sich auch nur mit Teilaspekten des Themas beschäftigt hat, weiß, wie schwer komplexe Entwicklungen in der arabischen Gegenwart plausibel zu machen sind, ohne die historische Tiefe zu bemühen.

Das Buch gliedert sich in drei Teile bzw. zwei und ein längeres Abschlußkapitel, wobei die Querschnittsteile die Länderkapitel quasi in die Mitte nehmen. Dabei konnten Duplizierungen von Wertungen und Aussagen (z. B. »kalter Friede« zwischen Ägypten und Israel, Generationswechsel, Nahostkonflikt, »Schwarzer September«, US-»Schutzschild« am Golf u. a.) nicht ausbleiben; immerhin widersprechen sie sich nicht, wie in vielen weniger sorgfältig redigierten Werken.

Die übergreifenden Darstellungen des ersten Teils behandeln neben dem historischen Rückblick u. a. so wesentliche Probleme wie die Elemente des Wandels, sozio-ökonomische Entwicklungsdefizite und Chancen sowie die neuen Führungseliten in der arabischen Welt. Viele Leser werden die wohl begründeten Aussagen zu den zentralen Konflikten der Region, dem Wechsel der Ideologien und Generationen sowie dem Auf und Ab des Friedensprozesses zu schätzen wissen. Die Experten unter ihnen werden vor allem die überraschenden Sichtweisen goutieren: die Wahl Israels als entwicklungspolitischer Bezugspunkt angesichts der westlichen Überlegenheit (S. 21), den wissentlichen Export des eigenen islamistischen Untergrunds durch die

Al Sa'ud (S. 24), die häufig größere Ähnlichkeit von Monarchien und Republiken miteinander, als jeweils untereinander (S. 54) oder die Hoffnung auf eine Entwicklungsperspektive des islamistischen *mainstreams* in Richtung auf Funktion und Selbstverständnis europäischer christdemokratischer Parteien (S. 127). Wohl bemerkt, nicht alle Einschätzungen müssen geteilt werden, aber sie sind »frisch« und regen zur Diskussion an. Das gilt auch für die Periodisierung der arabischen Geschichte von den 1940er Jahren bis zur Gegenwart in fünf Phasen (ab S. 28), die angefochten werden kann, aber in sich logisch ist. Leider wirkt sich hier die im gesamten Buch weitgehend fehlende Hierarchie in den Gliederungsebenen besonders störend aus.

Die durchweg lebendig geschriebenen Länderkapitel beginnen mit Ägypten, der *umm ad-dunya*, der »Mutter der (arabischen) Welt« (S. 131-153). Dabei ragt die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Präsident Mubarak und den Islamisten ebenso heraus (S. 143 ff.) wie des »Geheimnisses« ägyptischen Überlebens trotz aller »Unkenrufe« (S. 131). »Durchwursteln« ohne Anführungszeichen in einer Zwischenüberschrift verwendet (S. 136), scheint nicht nur ein Stillbruch zu sein, sondern auch eine inhaltliche Kontroverse zu markieren. Anders als Perthes, schreiben viele Spezialisten (u. a. Pawelka) der ägyptischen Regierung spätestens seit dem 2. Golfkrieg doch die feste Absicht und erste Erfolge auf dem Weg zum strukturellen Umbau zu, ohne das »Durchwursteln« gänzlich aufzugeben (S. 138). Im Gegensatz zur strikten Verneinung des Autors, scheint der Ausgang von Wahlen unter Mubarak doch festzustehen (S. 143).

Die Kapitel über Israel und Palästina (S. 154-187), Syrien (S. 188-216), Libanon (S. 217-240) und Jordanien (S. 241-263) gehören zweifellos zu den Höhepunkten des Buches. Trotz des »langen Atems«, der das Buch durchzieht, bleibt nicht verborgen, daß hier die wissenschaftlichen Schwerpunkte des Autors liegen. Das betrifft nicht nur die spannende Darstellung der »verpaßten Friedenschancen« zwischen Israelis und Palästinensern, sondern auch der Person Hafiz al-Assads für die Chancen des Generationswechsels in Syrien (S. 200 ff.), der graduellen Ablösung des Konfessionalismus durch liberal-etatisti-

sche oder militärisch-zivile Trennlinien in Libanon nach dem Friedensabkommen von Ta'if (S. 239), oder des schwierigen Erbes, das der jordanische König Hussein seinem Sohn Abdallah in Gestalt von dauerhafter Finanz- und Wirtschaftsschwäche sowie ungelöster Probleme mit den Bürgern palästinensischen Ursprungs hinterlassen hat (S. 246-257).

Trotz der dramatischen Wende in der irakischen Geschichte seit dem 20. 3. 2003 ändert sich der Gehalt der Aussagen über das Wirken des internationalen Embargos auf die irakische Bevölkerung und seine Instrumentalisierung durch Saddam Hussein nur geringfügig. Auch die Aussagen über Urheber und Profiteure der Umgehung des Embargos (S. 278 f.) bleiben vielsagend. Angesichts der neueren Entwicklung sind die irakische Opposition und die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates dagegen wohl etwas zu kurz weggekommen (S. 280).

Auch im Kapitel über die Golfmonarchien (S. 287-314) finden sich viele interessante Einschätzungen (Rolle der Frauen in Saudi-Arabien als »Agentinnen« von Veränderung – S. 306) und Fakten (Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen hat die Ägyptens überstiegen – S. 288). An dieser Stelle wären aber vertiefende Aussagen über die unterschiedlichen Reformprojekte und den Grad ihrer Realisierung wünschenswert gewesen (S. 302). Außerdem schlichen sich hier sachliche Fehler ein: Die *ikhwan* (Brüder)-Milizen gehen nicht auf Muhammad Ibn Abd al-Wahhab zurück, sondern wurden eigens von Abd al-Aziz Ibn Sa'ud als wesentliches Instrument seines Expansionsvorhabens 1912 geschaffen. Außerdem begann der Prozeß der dritten saudischen Staatsgründung nicht in den 1920er Jahren, sondern im vorausgegangenen Jahrzehnt mit der Eroberung des Shammar-Gebietes und des wichtigen Asir. Die Zerschlagung des Königreichs Hejaz, 1924, markierte sicherlich einen Höhepunkt, keinesfalls jedoch den Beginn des Expansionsprozesses (S. 289).

Hohe Anerkennung verdient auch das Schlußkapitel. Nicht nur, daß hier auf wenigen Seiten (347-368) wesentliche Merkmale der arabischen Welt gekonnt zusammengefaßt werden, auch die Schlußfolgerungen sind bemerkenswert.

HENNER FÜRTIG

GERHARD WAGNER

»I know, that we will win, just this once«

Hollywood, Casablanca and the Liberation Of Paris

On the occasion of the 60th anniversary of the disembarkation in the Normandy and the liberation of France, this article deals with the legendary movie »Casablanca« (1942). It discusses several important relations: between Franco-American history during the forties (the Vichy Regime, the Free France Movement, la Résistance, the attack on Pearl Harbor, the combat of the Allies in North Africa) and the movie's plot, its authentic dimensions and locations. The author underlines that »Casablanca« is an important part of Hollywood's meritorious anti-Nazi series, and not just a romantic, love story.

MARIO CANDEIAS

Education of the Labour Force

The neo-liberal attack on the last – and already eroded – bastions of the fordist welfare state is not only a deregulation and downsizing of the state. Moreover it has to do with a re-articulation of the functions of social welfare as new forms of workfare. This kind of re-regulation and strengthening of specific state policies focuses on a re-education of the labour force according to the requirements of a high-technological mode of production and flexible labour markets. In this sense a social democratic »activating state« seems to be more effective, although the contents of these policies deeply roots in neo-liberal conceptions. Nevertheless, the new mode of production develops contradictions which are difficult to handle by the ruling power block. This leads to a crisis of representation.

WOLFGANG WEISS

Bearing Capacity –Regional Demographic

Terminology with Political Implications

The term »bearing capacity« plays a central role in demography and related sciences. Even the first attempts at demography were inspired by the search for answers to the question of how many people could possibly live on the earth. This is often the exclusive perspective. Various approaches to this issue are over-generalized and even analyzed without taking into account either historical developments or geographic/regional circumstances. In current discussions of demographic change, the term »bearing capacity« has become politically functionalized. Its inherent Malthusianism is being used to justify reducing social expenditures – as if this were the functioning of a law of nature.

RICHARD SAAGE

What about the Future of the Classical Term »Utopia«?

There is no consensus around the term »Utopia«. In the social sciences, alone, three »schools« have been formed around the term: the intentional, the totalitarian and the classical term. Looking into their development – and discussing positions of Landauer, Mannheim, Bloch, Popper et al. – the author prefers

the Elias proposal of returning to the roots of the classical tradition, which began with Morus. He points out the advantages of this approach, shows its development in its nearly 400-year history and draws the conclusion that the future of utopian thinking depends on its ability to take the consequences of its own learning processes. The author finds the reasons for and the necessity of utopian thinking are more numerous today, than ever before.

Heinrich Vogeler and the Utopia of The New Man

The text reflects a discussion that took place on December 4th, 2003 between Jan Vogeler and Heinrich Fink at the Rosa Luxemburg Foundation. Jan Vogeler, born in 1923 in Moscow, son of Heinrich Vogeler, the famous painter and founder of the artist's colony, Worpswede near Bremen, lived and worked in the Soviet Union – first as an interpreter for the anti-fascist National Committee »Free Germany«, later (until 1990) as Professor of Philosophy at the Lomonossov University in Moscow. Heinrich Fink was Professor of Theology at the Humboldt University in Berlin. The conversation produced a unique perspective on the life, ideas and tragic end of Heinrich Vogeler, who, after having given all his power and abilities to the construction of what he hoped would be a socialist society, died in 1942, starving in Soviet exile.

MICHAEL BRIE

Which Marxism and Which Politics? A Critical View of Uwe-Jens Heuer's Book »Marxismus und Politik«

Marxism arose historically to establish socialist and communist strategies for overcoming Capitalism. This is also the course followed by Uwe-Jens Heuer in his new book »Marxismus und Politik« (Marxism and Politics). However, his idea of capitalism reduces it to the economic aspect. An opinion emerges, where essential changes are seen as impossible without a political revolution imposing a socialist economic system. The barbaric characteristics of Soviet state socialism are almost unavoidable consequences of this approach to overcoming capitalism. The question is whether a viable humane basis for socialist politics would thereby be possible.

WOLFRAM ADOLPHI

Like a Trite Club and an Intellectual Self-Mutilation. Two New Books Developing a »Leftist« Anti-Americanism-Reproach

Discussing two books published in Germany immediately following the beginning of the war by the United States and Great Britain on Iraq in 2003 – »Nichts gegen Amerika. Linker Anti-Amerikanismus und seine lange Geschichte« (Nothing Against America. Leftist anti-Americanism and Its Long History) and »Amerika. Der »War on Terror« und der Aufstand der Alten Welt« (America. The »War on Terror« and The Rebellion of the Old World) – the author criticizes an approach using the accusation of »anti-Americanism«

without first considering what would be called »Americanism«. He compares the anti-Americanism-Reproach to the anti-Sovietism-Reproach that had been used by the Soviet leadership – and the leadership of the GDR – to suppress any criticism of the Soviet Union. The author rejects the consideration that »anti-Americanism« is a »higher level of anti-Semitism«.

MAX BRYM

The Serbian Chetniks Before and Today

Criticizing the approach of what he calls »certain sectors of the German ›Left« toward Balkan history, the author rejects the view that sees Serbs as the only ones to have fought Hitler while equating all Croats with the Ustasha fascists and all Albanians with the small SS- Skanderbeg Division. This view ignores, for instance, that there were two marionette regimes in Yugoslavia under Nazi occupation: the Ustasha in Croatia and the regime of General Nedic in Serbia. The author says, that there are reasons for the serbophilic attitude of these German »Leftists« – but these are of a purely German nature and have nothing to do with an objective approach to history.

In Memoriam Franz Fühmann (1922-1984)

In November 1977, the well-known writer Franz Fühmann wrote an Open Letter to the Director of the Head Office for Publishing and Booksellers, located in the Ministry of Culture of the GDR, Klaus Höpcke. His letter criticized the practice of censorship and demanded an open, non-dogmatic, creative approach to the development of the arts in the socialist society. The text presented here is a reprint of that letter, whose publication was suppressed until 1990. This open letter is, still today, of importance in the discussions of a period, where the crisis of »real-existing socialism« was becoming more apparent from year to year. Also included here is a remark written by Klaus Höpcke in 1990 as well as a short biographical outline. Fühmann died July 7, 1984.

DIETMAR WITTICH

The Society in Which We Live

Reflections on the transformation of society must begin with a clear picture of reality. What are the basic characteristics of the present society? What are its latest trends and developments? What causes a basic stability despite all its contradictions? What stand does public opinion take concerning the state of the society in which they live? The following is apparent: capitalist ownership, in its present guise of globalized capitalism and imperialist political rule, form the core of today's order of the world. The neo-liberal zeitgeist has succeeded in propagating its idea of society, and the role of the individual within it, thereby legitimizing the preservation and proliferation of this world order. The predominance of this neo-liberal economic policy does not have to continue.

Thomas Falkner

Pre-Conditions for Socialist Policies

Against the background of current economic, social and cultural developments in structure in the Federal Republic of Germany, as on the internatio-

nal level, the author examines the strategic possibilities of socialist politics and its spheres of action. He refers to a series of closely connected »difficulties« pertaining to the current model which the system strives to tackle. In no way is everything predetermined. On the contrary, there are times when socialist politics can and should intervene. Populism is not a responsible political reaction to social needs. Social and democratic opposition, as well as a demand to participate in and change politics, all result from this situation. This should be adopted as the »strategic triangle« of socialist politics.

KATINA SCHUBERT, ELKE BREITENBACH

Opposition and Government – Party and Movement – Contradictions?

In Germany, and on the international level, protests are growing against the abolition of social protection. The PDS, while members of the government in two federal laender, is part of this. What is the relationship between the PDS and these protest and social movements? On matters of agreement, the PDS must cooperate, without merging with them. It is currently the only political party in Germany advocating a change toward left-wing politics. An ally in parliament is clearly necessary. Under these circumstances, how should the PDS handle its role in government? Another focus of the authors' attention is PDS' competence in East German affairs and its weight for PDS politics in general.

FRIEDRICH W. SIXEL

The PDS and the Crisis of the Society

Since democracy is undermined by the structural conditions of globalized capitalism, socialist politics should not be limited to winning elections. It has to focus on overcoming these conditions. To the extent that knowledge has become a force of production, thus transcending the traditional forces of labor and capital, to a point where even perception and understanding of reality have been perverted into means of (mental) exploitation. This situation transforms an analysis of knowledge into a task similar to that of the traditional analysis focused on capital. Dimensions of this task are outlined and its political consequences are briefly sketched in this paper.

ULI SCHÖLER

The Unknown Paul Levi?

In an answer to an article published by Jörn Schütrumpf in *UTOPIE kreativ* No. 150, April 2003, (Open Questions – Deliberations of the Political Positions of Paul Levi) the author exposes a wide range of research results concerning Paul Levi, brought to light over the last few decades by West-German historians, and thereby calling into question some of the basic views developed by Schütrumpf in his article. This is also stimulating further discussion of the role and merits of Levi, a contemporary of Rosa Luxemburg and V. I. Lenin.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: 10 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Veröffentlichung gem. § 7a Berliner Pressegesetz:
Gesellschafter der NDZ GmbH: Förderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC (100 %), Gesellschafter der FEWAG GmbH: Uwe Hobler, Bundesschatzmeister PDS, Berlin (40 %), Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30 %), Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30 %)